

Görg/Brand (Hrsg.)
Mythen globalen Umweltmanagements

Christoph Görg/
Ulrich Brand (Hrsg.)

Mythen globalen Umweltmanagements

„Rio + 10“ und die Sackgassen
nachhaltiger Entwicklung

Ulrich Brand, geb. 1967, Dr. phil., studierte Tourismus in Ravensburg und Politikwissenschaft in Frankfurt/Main, Berlin und Buenos Aires; wissenschaftlicher Assistent an der Universität Kassel; Mitautor der Studie *Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?*, Münster 2000.

Christoph Görg, geb. 1958, PD Dr. phil., studierte Soziologie, Politikwissenschaften und Philosophie in Frankfurt/Main, dort tätig als wissenschaftlicher Assistent am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, arbeitet zu Themen der politischen Soziologie (Staat, soziale Bewegungen, NROs), der Umweltsoziologie und der Regulationstheorie, dazu zahlreiche Veröffentlichungen, u.a. *Gesellschaftliche Naturverhältnisse* und (zusammen mit R. Roth Herausgeber) *Kein Staat zu machen*, Münster 1998.

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Mythen globalen Umweltmanagements : „Rio + 10“
und die Sackgassen *nachhaltiger Entwicklung* / Christoph
Görg/Ulrich Brand (Hrsg.) - 1. Aufl. - Münster :
Westfälisches Dampfboot, 2002
(Einsprüche; 13)
ISBN 3-89691-596-7

1. Auflage Münster 2002
© 2002 Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster
Alle Rechte vorbehalten
Umschlag: Lütke-Fahle-Seifert
Druck: Fuldaer Verlagsanstalt
Gedruckt auf säurefreiem Papier.
ISBN 3-89691-596-7

Inhalt

Einleitung	7
<i>Ulrich Brand und Christoph Görg</i> „Nachhaltige Globalisierung“? <i>Sustainable Development</i> als Kitt des neoliberalen Scherbenhaufens	12
<i>Henri Acselrad</i> Die ökologische Herausforderung zwischen Markt, Sicherheit und Gerechtigkeit	48
<i>Christa Wichterich</i> Sichere Lebensgrundlagen statt effizienterer Naturbeherrschung - Das Konzept nachhaltige Entwicklung aus feministischer Sicht	72
<i>Enrique Leff</i> Die Geopolitik nachhaltiger Entwicklung - Ökonomisierung des Klimas, Rationalisierung der Umwelt und die gesellschaftliche Wiederaneignung der Natur	92
<i>Silvia Ribeiro</i> <i>Biopiraterie</i> und geistiges Eigentum - Zur Privatisierung von gemeinschaftlichen Bereichen	118
<i>Silvia Rodríguez Cervantes</i> Biodiversitäts-Politik und lokale Gegenmacht - Das Beispiel Costa Rica	137
<i>Tewolde Berhan Gebre Egziabher</i> Bedrohte Ernährungssouveränität, internationales Recht und <i>Farmers' Rights</i> in Afrika	154
<i>Achim Brunnengräber</i> Umwelt- oder Gesellschaftskrise? Zur politischen Ökonomie des Klimas	192
Über die Autorinnen und Autoren	216

Einleitung

Die neunziger Jahre des 20sten Jahrhunderts werden vielleicht einmal in die Geschichte eingehen als das Jahrzehnt, in der die „ökologische Problematik“ endlich die internationale Ebene erreicht hat – und in der gleichzeitig das Scheitern einer „globalen Reaktionsstrategie“ sich abzeichnete. Nach dem Ende der Blockkonfrontation sollten die internationalen Beziehungen auf eine neue Grundlage gestellt werden. Im Juni 1992 wurde mit der UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro auf der konzeptionellen wie auch auf der institutionellen Ebene der Versuch unternommen, mit dem Begriff nachhaltige Entwicklung (*sustainable development*) Umwelt- und Entwicklungspolitik miteinander zu verknüpfen. Die sog. Friedensdividende sollte in diese beiden Bereiche fließen und neue globale Partnerschaften die Lösung der globalen Umweltbedrohung ermöglichen. Sowohl ein anderes, gerechteres Nord-Süd-Verhältnis als auch eine grundlegende Umorientierung der bestehenden, krisenhaften Formen gesellschaftlicher Naturaneignung sollten mit Hilfe dieses Leitbildes verwirklicht werden. Die Folgekonferenz 2002 in Johannesburg, die 10 Jahre nach Rio eine Bilanz des Erreichten ziehen und gleichzeitig frischen Wind in die festgefahrenen Verhandlungsprozesse bringen soll, gibt Anlaß zu einer kritischen Überprüfung dieses Konzeptes.

„Rio plus 10“ soll – nach dem Willen ihrer staatlich-politischen und zivilgesellschaftlichen Protagonisten – einen weiteren Einschnitt in der internationalen Umwelt- und Entwicklungspolitik darstellen. Trotz umfangreicher Aktivitäten stellt sich jedoch schon im Vorfeld Ernüchterung ein. Nicht nur ist die Bilanz des vergangenen Jahrzehnts alles andere als berauschend. So haben sich die ökologische Situation wie die globalen Ungleichheiten z.T. drastisch verschlechtert – trotz aller inzwischen ergriffenen Maßnahmen, und manchmal sogar wegen ihnen. Vor allem aber fehlen weitgehend Vorstellungen darüber, was die Konferenz überhaupt an neuen Anstößen bringen könnte, jenseits eines neuen Appells an die „Weltgemeinschaft“, die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, Nord und Süd und die zunehmenden Umweltprobleme endlich anzugehen.

Die dem Buch zugrunde liegende These lautet, daß der Rio-Prozess trotz aller Erfolge im Einzelnen gemessen an seinem ursprünglichen Anspruch in eine Sackgasse geraten ist und dass dies mit grundsätzlichen Defiziten zusammenhängt. Nicht nur gibt es kaum noch überzeugende Vorschläge, wie die Nord-Süd- und die Umweltthematik integriert werden können, beide fallen sogar mehr und mehr wieder auseinander. Während „im Norden“ das Konzept der nachhaltigen Entwicklung auf ein reines Umweltproblem reduziert und verkürzt wird – und als solches zudem der Suche nach Strategien zur Steigerung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit untergeordnet wird –, droht das Ziel einer Abmilderung der globalen Ungleichheiten und damit die Gerechtigkeitsdimension immer stärker in Vergessenheit zu geraten oder auf ein bloßes Lippenbekenntnis reduziert zu werden.

In den letzten Jahren wurden im Denken wie im Handeln der Umgang mit internationalen Umwelt- und Entwicklungsproblemen auf ein technokratisches Management reduziert. Strukturelle Änderungen im Nord-Süd- wie in den gesellschaftlichen Naturverhältnissen werden kaum noch anvisiert. Mehr noch: Hinsichtlich der Entwicklungspolitik bzw. eines anderen Nord-Süd-Verhältnisses ist die heutige Debatte um den Begriff nachhaltiger Entwicklung stark am Paradigma von Strukturanpassungen im Süden sowie der Hoffnung auf die vermeintlich überlegenen Problemlösungskapazitäten des Marktes und von neuen Technologien orientiert. Damit wird jedoch – sowohl innerhalb der einzelnen Länder wie auch international – den dominanten Trends gesellschaftlicher Veränderung kaum entgegengewirkt und die praktische wie theoretisch-konzeptionelle Suche nach gesellschaftlichen Alternativen entscheidend verkürzt. Im dominanten Prozess neoliberaler Globalisierung kommt jenseits der Rhetorik nachhaltige Entwicklung kaum vor, es sei denn das Verständnis davon wird auf eine recht affirmative Variante ökologischer Modernisierung reduziert.

In Deutschland wie in vielen anderen nördlichen Industriegesellschaften gibt es kaum noch kritische Diskussionen darum, wie diese Sackgasse kritisch aufgearbeitet und in neue politische Impulse umgewandelt werden kann. Warum ist „nachhaltige Entwicklung“ zu einem technokratischen und in

den nördlichen Ländern vor allem umweltpolitisch verkürzten Begriff geworden? Weshalb und wie wurde er kompatibel mit der neoliberalen Gesellschaftstransformation? Angesichts der Entkopplung von Umwelt und Entwicklung ist zudem zu beobachten, dass im Süden ganz andere Diskussion geführt werden. Wie wird dort von kritisch-emanzipativen Akteuren mit dem Begriff „nachhaltige Entwicklung“ umgegangen? Damit soll eine Perspektiverweiterung und zugleich eine Reflexion auf die Erfahrungen des vergangenen Jahrzehnt vorgeschlagen werden: Worin bestand das kritische Potential des Begriffs? Und warum konnte dieses sich nicht nachhaltig Geltung verschaffen? Warum fanden in einzelnen Politikfeldern wie beispielsweise in der Klimapolitik sogar gegenläufige Prozesse statt?

Das Buch versammelt internationale und bundesdeutsche ExpertInnen, die sich in den letzten Jahren kritisch mit den angedeuteten Tendenzen auseinandergesetzt haben. *Ulrich Brand* und *Christoph Görg* arbeiten in ihrem einleitendem Beitrag, ausgehend von der Situation im Vorfeld des Johannesburg-Gipfels, die heute zu beobachtende Verknüpfung zwischen Nachhaltigkeit und Globalisierung als Gefahr heraus. Es droht nicht nur eine weitere Verflachung der Debatten, da die strukturellen Probleme neoliberaler Globalisierung kaum noch zur Kenntnis genommen werden, sondern die Debatte droht insgesamt in den Schatten der „neuen Weltunordnung“ zu geraten, deren Widersprüche sich nach den Anschlägen vom 11. September noch vertieft haben. *Henri Acselrad* aus Rio de Janeiro geht den inneren Spannungen genauer nach, die dem Begriff der nachhaltigen Entwicklung von Beginn an inne gewohnt haben und die mit der Konfliktstruktur zu tun haben, die mit seiner Hilfe bearbeitet werden sollte. Er beleuchtet insbesondere die wichtigsten diskursiven Wandlungen der vergangenen Jahre. Dabei zeigt er am Beispiel des brasilianischen Amazonasgebietes die in der letzten Zeit verstärkt zu beobachtende Verknüpfung von Umweltthemen mit Fragen der nationalen Sicherheit, die zu einer „Militarisierung der Nachhaltigkeit“ geführt hat. *Christa Wichterich* (Bonn) bringt in Erinnerung, dass das Konzept der nachhaltigen Entwicklung die in den 1980er und frühen 90er Jahren innerhalb der globalen Frauenbewegung geführten Debatten um ein neues Entwick-

lungsmodell nur äußerst selektiv wiedergibt. Insofern ist dieses Konzept in seinem Kompromißcharakter nicht nur hochgradig selektiv in der Aufnahme genderspezifischer Themen, sondern weist zudem eine entscheidende „Transformationschwäche“ auf.

Enrique Leff aus Mexiko sieht eine Unvereinbarkeit zwischen ökonomischer und ökologischer Rationalität. Er zeigt auf, wie es unter dem Begriff nachhaltige Entwicklung zu einer Ökonomisierung der biologischen Vielfalt kommt, weil der Norden diese zur Bindung von CO₂ nutzen möchte, um den Treibhauseffekt zu bekämpfen. Er weist zudem auf die zentrale Bedeutung internationaler politischer Institutionen hin, um dominante Interessen durchzusetzen. Globalisierung, das wird insgesamt in diesem Band deutlich, ist eben ein ökonomischer und politischer Prozess. Zudem skizziert er Konturen einer alternativen Rationalität, die in sozialen Auseinandersetzungen erfochten werden muss. *Silvia Rodriguez* (Costa Rica) berichtet, ausgehend von der Situation in einem bestimmten Gebiet in Costa Rica, über die ambivalenten Erfahrungen mit Initiativen zur Stärkung der lokalen Ebene. Sie stellt dar, warum technokratische Ansätze im Naturschutz scheitern müssen und welche Aussichten für ein „Empowerment“ der lokalen Akteure bestehen. Eine besondere Bedrohung für die Rechte schwächerer Akteure ist die Praxis der Biopiraterie. Die in Mexiko lebende internationale Aktivistin *Silvia Ribeiro* zeigt, dass die gegenwärtige internationale Politik im Bereich genetischer Ressourcen dazu beiträgt, diese besser den Vermarktungsbedingungen anzupassen. Insbesondere die Spezies der transnationalen Konzerne, die Ribeiro als „Gen-Giganten“ bezeichnet, treiben die Entwicklung in engem Zusammenspiel mit staatlichen Akteuren voran. Zentral ist hier, dies taucht in einigen Beiträgen auf, die internationale Absicherung der geistigen Eigentumsrechte der „modernen“ Unternehmen.

Aus seinen langjährigen Erfahrungen aus der nationalen wie internationalen Politik heraus schildert *Tewolde Berhan Gebre Egziabher* (Äthiopien), Träger des Alternativen Nobelpreises, die besonderen Probleme und die Aussichten des afrikanischen Kontinents, um die Ernährungssicherheit seiner Bevölkerung zu gewährleisten und gleichzeitig in der globalen technologischen Konkurrenz nicht erneut übervorteilt zu wer-

den. In gewisser Weise handelt es sich um einen konkreten Beleg der andernorts entwickelten Vorstellung einer „De-Globalisierung“, die jüngst beim Weltsozialforum in Porto Alegre breite Zustimmung fand. Die Notwendigkeit rechtlicher Regelungen auf internationaler Ebene wird gesehen, die gegenwärtige Situation aber scharf kritisiert. *Achim Brunnengräber* zeigt in seinem Beitrag über die internationale Klimapolitik, wie die Diskussionen um eine weltweite Gleichverteilung der Pro-Kopf-Emissionen, um den Zusammenhang von Armut, Reichtum und Umweltzerstörung oder um das Thema der historischen Verantwortung für den Klimawandel mittlerweile von der engen Fokussierung der Klimaverhandlungen auf ökonomische Fragen und wirtschaftliche Instrumente zur Problemlösung abgelöst wurde. Er macht deutlich, dass sich die mächtigen Akteure auf diesem Terrain globaler Politik keinesfalls nur an den – durch die Klimakatastrophen als zwingend postulierten – sozial-ökologischen Notwendigkeiten orientieren, sondern an handfesten ökonomischen Interessen.

Die verschiedenen Beiträge liefern ein facettenreiches Bild der globalen Problemlage. Es war weder beabsichtigt noch wäre es möglich, daraus ein einheitliches Gesamtbild zu entwerfen, obwohl bestimmte Themen eng miteinander verknüpft sind. Es sollte aber mit diesem Band nicht darum gehen, nach einem „Masterplan zur Rettung des Planeten“ zu fahnden, sondern vor allem darum, einige vergessene Fragestellungen und Perspektiven in der deutschen und internationalen Debatte vor und nach Johannesburg wieder in Erinnerung zu bringen.

Unser Dank gilt neben den AutorInnen den ÜbersetzerInnen Stefan Armbrorst, Stephan Günther, Sandra Liebig, Gerold Schmidt und Peter Stegemann sowie Juliane Hammermeister für der Unterstützung bei den Korrekturen. Wir hoffen, mit diesem Band einen anregenden und provokativen Beitrag dazu zu leisten, was unter einer angemessenen Politik nachhaltiger Entwicklung verstanden werden kann.

Besonders bedanken möchten wir uns bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Berlin) für die Gewährung eines Zuschusses für die Übersetzungen.

Ulrich Brand und Christoph Görg

„Nachhaltige Globalisierung“? Sustainable Development als Kitt des neoliberalen Scherbenhaufens¹

In den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts war das Scheitern überkommener Entwicklungsvorstellungen wie auch die sich zuspitzende Krise gesellschaftlicher Naturaneignung offenkundig geworden. Von sozialen Bewegungen wie von kritischen Intellektuellen auf die Tagesordnung gesetzt, schienen beide Probleme auf eine Revision der Leitvorstellungen gesellschaftlicher Entwicklung hinzudeuten. Ökologische Probleme sowie die Risiken der Atomkraft und anderer technologischer Großprojekte hatten nicht nur in den Ländern des Nordens die überkommenen Modernisierungsstrategien zweifelhaft erscheinen lassen. Auch das Modell „nachholender Entwicklung“ wurde immer stärker kritisiert, zumal die seit Beginn der 80er Jahre offenkundige Schuldenkrise viele südliche Länder immer stärker in die wirtschaftspolitische Defensive drängte.

Mit dem Ende der Blockkonfrontation schien jedoch Raum geschaffen für eine grundsätzlich neue Ordnung in den internationalen Beziehungen. Mit der Veröffentlichung des sog. Brundtland-Reports (deutsch: Hauff 1987) setzte sich im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs ein neuer Begriff durch, welcher fortan richtungsweisend sein sollte: *Sustainable Development*, meist als nachhaltige Entwicklung übersetzt. In den Vorbereitungen auf die *United Nations Conference on Environment and Development* (UNCED) seit Anfang der 90er Jahre und deren Durchführung in Rio de Janeiro 1992 manifestierte sich schließlich die Idee „nachhaltiger Entwicklung“; institutionelle und gesellschaftliche Reformen sollten folgen. Die Problemfelder „Umwelt“ und „Entwicklung“ sollten verknüpft und in Reformprozessen auf eine neue Grundlage gestellt werden.

Relativ losgelöst, und ungleich dominanter, waren zwei Entwicklungen, die schon damals zu einigem Pessimismus Anlass gaben: Die neoliberale Politik, die sich in der Folge der Schuldenkrise im Nord-Süd-Verhältnis in neoliberalen Struktur- anpassungsprogrammen äußerte, wie die 1991 vom damaligen

Präsidenten George Bush ausgerufene „Neue Weltordnung“ (wir kommen auf diese Entwicklungen noch zurück). Der brasilianische Umweltaktivist und zeitweilige Umweltminister José Lutzenberger sprach diesbezüglich von einer „unerträglichen Entwicklung“.

Doch zurück zum sog. Rio-Prozess: Ob dieser als erfolgreich angesehen werden kann, ist Gegenstand der Diskussionen um den *World Summit on Sustainable Development* (WSSD), der im Herbst in Johannesburg stattfindet. Bisherige Einschätzungen geben kein klares Bild ab. Die einen sehen im Vorbereitungsprozess und in der Konferenz in Johannesburg die „seit langer Zeit und für lange Zeit beste Gelegenheit“, um den Zusammenhang zwischen Globalisierung und nachhaltiger Entwicklung zu diskutieren (Müller-Kraenner/Greger 2001: 20). Andere hingegen befürchten, dass private Industrieunternehmen den Gipfel als große PR-Veranstaltung nutzen könnten, um sich einerseits als Hauptakteur einer ökologischen Modernisierung darzustellen und um andererseits verbindliche sozial- und umweltpolitische Regulierungen zu unterlaufen (Hoedeman 2001).

So oder so – die Globalisierungsproblematik wird vor, in und nach Johannesburg zweifellos einen zentralen Stellenwert einnehmen. Immer häufiger sind Stimmen zu vernehmen, die daran weit reichende Erwartungen knüpfen hinsichtlich einer Erneuerung der festgefahrenen Umweltverhandlungen wie auch in Bezug auf den Abbau der globalen Ungleichheiten. Äußerungen wie die von UNO-Generalsekretär Kofi Annan geben das Motto vor: „Making globalization work for sustainable development and to jump start implementation efforts.“ (Annan 2001) Andere folgen ihm dabei, indem sie ausgerechnet die transnational agierenden Konzerne und die zentralen Institutionen neoliberaler Globalisierung als wichtigste Verbündete im Kampf gegen globale Umweltveränderungen und gegen die Armut in der Welt anempfehlen:

„Die Welthandelsorganisation (WTO), die Weltbank und der Internationale Währungsfonds versuchen in wachsendem Umfang, sich für Umweltschutz und Armutsbekämpfung einzusetzen. Multinationale Unternehmen und Allianzen der globalen Zivilgesellschaft betreiben eine immer energischere Debatte dazu. Der Johannesburg-Gipfel kann diese Akteure in den Dienst nehmen und sich auf Wege konzentrie-

ren, auf denen die Globalisierung nutzbar gemacht werden kann für die Bedürfnisse der Armen und Marginalisierten, um Umwelt-dienstleistungen aufrecht zu erhalten.“ (IIED 2001)

Diese Hoffnung auf eine globale Partnerschaft trägt jedoch dazu bei, dass sich ein verhängnisvoller Trend fortsetzt und sogar verstärkt. Denn eines der zentralen Versäumnisse in öffentlichen wie in den wissenschaftlichen Diskussionen der vergangenen Jahre lag darin, dass keiner der verschiedenen Akteure an einer vertieften Ursachenanalyse der Defizite des Rio-Prozesses interessiert war, die insbesondere die strukturellen Gründe miteinbezogen hätte (Unmüßig 2001). Wenn nun gerade der Privatsektor und jene Institutionen als Hauptverbündete einer Reform dargestellt werden, deren Gründungszweck in der Regulierung und Liberalisierung des Welthandels liegt, dann dürfte sich dieses Versäumnis sogar noch verstärken. Denn damit erhöht sich die Gefahr, dass dominante Globalisierungsprozesse kaum hinterfragt, sondern als Rahmenbedingung akzeptiert werden. Dies ist nicht neu: Bereits in den 90er Jahren haben sich Begriff und Praxis nachhaltiger Entwicklung immer weniger kritisch auf dominante gesellschaftliche Entwicklungen und Kräfteverhältnisse bezogen. Unter nachhaltiger Entwicklung wird heute – insbesondere in den nord-westlichen Gesellschaften – im günstigsten Falle die ökologische Modernisierung etablierter Institutionen und ein vor allem technokratisch „von oben“ gedachter Prozess verstanden. Nichts anderes verbirgt sich hinter der Nachhaltigkeitsstrategie der deutschen Bundesregierung, die zwar die Zivilgesellschaft als Feigenblatt in ihre Nachhaltigkeitsbemühungen einbindet, letztlich aber alle ihre Reformbemühungen unter dem Label der Nachhaltigkeit anpreist.

„Weltumweltpolitik“ (Udo Ernst Simonis) ist zum integralen Bestandteil neoliberaler Globalisierung und Neuer Weltordnung geworden. Statt ein alternatives Entwicklungsmodell voranzutreiben und der „Weltgesellschaft“ zu einem stärker ökologisch und sozial geprägten Aussehen zu verhelfen, gelangte der Reformprozess selbst immer mehr in Sackgassen.

Die etablierten Institutionen nachhaltiger Entwicklung – allen voran die Klimarahmenkonvention und die Konvention über biologische Vielfalt – haben in den 90er Jahren selbst einen Transformationsprozess durchlebt. Indem dominante

politische und wirtschaftliche Akteure auch hier ihren Interessen stärker Geltung verschaffen konnten, wurde das Leitbild nachhaltiger Entwicklung vor allem in Form einer Ökonomisierung der Natur konkretisiert (vgl. dazu die Beiträge von Enrique Leff, Silvia Ribeiro und Achim Brunnengräber in diesem Band).

Dass in diesem Rahmen die sozialen und ökologischen Probleme – allen institutionellen Reformen und internationalen Abkommen zum Trotz – nicht geringer wurden, ist nahezu unbestritten (vgl. UNEP 2000). Im Hinblick auf die Armutsbekämpfung hat sich vor allem gezeigt, dass die neoliberalen Strukturanpassungsprogramme, mit deren Hilfe Weltbank und IWF „Reformen“ in den Entwicklungsländern erzwingen wollten, auf breiter Linie gescheitert sind. Gedacht, um auf dem Wege einer beschleunigten Öffnung für den Weltmarkt die Wettbewerbsfähigkeit der Entwicklungsländer zu erhöhen, hat die Überprüfung der Programme nun z.T. verheerende Ergebnisse zu Tage gefördert – verheerend vor allem für die ärmere ländliche Bevölkerung, insbesondere gilt dies für die Frauen in diesen Regionen, und für die natürlichen Lebensgrundlagen (SAPRI 2002). Obwohl alle Daten belegen, dass die neoliberale Strategie der Weltmarktintegration ein höchst selektives Wachstum erzeugt, welches in erster Linie zur Erhöhung nationaler und internationaler Ungleichheit und der ungleichen globalen Machtverteilung beiträgt, ist die dominante Stellung dieser Strategie durch die jüngsten globalisierungskritischen Proteste höchstens herausgefordert, aber (noch) nicht erfolgreich untergraben worden.

Dennoch laufen jene Prozesse, die mit „Globalisierung“ oder „Umwelt- und Entwicklungspolitik“ nur unscharf erfasst werden, keineswegs widerspruchsfrei ab. Die Kritik an dominanten Entwicklungen nimmt seit einigen Jahren sogar deutlich zu. Die Stichworte „Seattle“ und „Genua“ drücken mehr als punktuelle Protestereignisse aus und das Weltsozialforum in „Porto Alegre“ ist mehr als ein isoliertes fünftägiges Event. Vielmehr handelt es sich hier um Kristallisationspunkte zunehmender, sich in sehr unterschiedlichen Bereichen artikulierender Kritik. In diesen Auseinandersetzungen spielen Begriffe eine wichtige Rolle, denn sie geben Orientierungen, kennzeichnen bestimmte politische Vorschläge als legitim oder absurd und begründen

neue Sichtweisen auf reale Verhältnisse. Das beste Beispiel ist aktuell sicherlich die Auseinandersetzung um die Begriffe „Globalisierung“ und „Neoliberalismus“, die vor wenigen Jahren noch als unveränderbar galten und im Zuge der jüngsten Entwicklungen kräftig in Frage gestellt werden.

Auch die Debatte um „sustainable development“ muss als ein spezifisches Konfliktterrain verstanden werden. Hier werden gesellschaftliche Auseinandersetzungen um die Richtung und den Gehalt gesellschaftlicher Entwicklung sowie ihrer sozialen und ökologischen (und zunehmend auch wirtschaftlicher) Konsequenzen geführt.

Gerade deswegen droht hier eine große Gefahr, besonders aus kritisch-emanzipativer Perspektive. Sollten sich die Stimmen durchsetzen, die auf neue „Partnerschaften“ mit den Akteuren und Institutionen setzen, die für die neoliberale Globalisierung die Hauptverantwortung tragen, dann könnte die sich in letzter Zeit stärker artikulierende Kritik am Neoliberalismus gerade durch die Nachhaltigkeitsdebatte entschärft werden. Denn in dem Maße, in welchem auf Kooperation und „gemeinsamen Interessen“ insistiert wird, scheint grundsätzlichere Kritik eher störend. Auch der Protest auf „der Straße“ wird dann nur noch als Ort der Unmutsäußerung verstanden, der allenfalls dazu dient, den ExpertInnen und Regierungen „etwas Dampf zu machen“. Radikalere Kritik an den herrschenden Verhältnissen muss nämlich in dem Maße suspekt werden, indem die Adressaten der Kritik zur Kooperation gewonnen werden sollen. Zudem wird sie zunehmend mit dem Argument der fehlenden Alternativen zurückgewiesen. Eine weitergehende Infragestellung von politischen Formen und Inhalten, Fragen nach Macht und Herrschaft, nach Demokratie und Gerechtigkeit – die zu den Grundanliegen der jüngsten globalisierungskritischen Bewegung gehören – drohen aus dieser Perspektive ausgeblendet oder gar delegitimiert zu werden.

Der Kontext: Neoliberale Globalisierung und der Übergang zum Postfordismus

Im Vorfeld der Johannesburg-Konferenz skizziert Kofi Annan in einem Report die dominierende, weithin geteilte Perspektive auf gegenwärtige Probleme. Der sog. Rio-Prozess sei langsa-

mer als erwartet und in einigen Bereichen hätten sich die Bedingungen sogar verschlechtert. Die Ziele der Agenda 21, nämlich wirtschaftliches Wachstum, soziale Entwicklung und Umweltschutz zu vereinen, wären noch nicht erfüllt. Die Hindernisse seien ein fragmentierter statt integraler Politikansatz, kurzfristige und inkohärente Finanz-, Wirtschafts-, Investitions- und Technologiepolitiken sowie das Fehlen von finanziellen Ressourcen, um die Agenda 21 umzusetzen. Annan benennt – die dramatischen Trends weltweiter wirtschaftlicher und politischer Entwicklung aufzeigend – dann das, was zum zentralen Topos des mit der Konferenz beginnenden „Johannesburg“-Prozesses werden dürfte: Den Prozess der Globalisierung für die Umsetzung nachhaltiger Entwicklung zu nutzen. Mit mehr politischem Willen, praktischen Schritten und neuen Partnerschaften sei dies auch zu erreichen (Annan 2001).

Doch was es heißen könne, den Prozess der Globalisierung zu nutzen, das bleibt mehr als unklar. In den meisten jüngeren Beiträgen steht zwar der Prozess ökonomischer Globalisierung im Kern der gegenwärtigen Entwicklungen (vgl. Sachs 2000; Dowdeswell 2001; IIED 2001; Müller-Kraenner/Greger 2001). Das bedeutet aber nicht, dass es einen allgemeinen Konsens gebe, zumindest dann nicht, wenn es darum geht, konkrete Lösungsstrategien und Umsetzungsschritte zu entwickeln. Vielmehr lässt sich ein ähnliches Defizit beobachten wie bei anderen Fragen der Nachhaltigkeitspolitik. Dieser Prozess, seine Ursachen und ihn vorantreibenden Kräfte sowie die Rolle bestehender Institutionen werden nicht tiefergehend analysiert und vor allem nicht weiter hinterfragt. Mehr noch: Mit der Anfang des Jahres 1999 beim Weltwirtschaftsforum in Davos lancierten Initiative eines *Global Compact*, d.h. eines „Vertrages“ der UNO mit privatwirtschaftlichen Unternehmen setzt Annan explizit auf jene Kräfte, welche die neoliberale Globalisierung wesentlich vorantreiben (zur Darstellung und Kritik vgl. Paul 2001)

Dabei ist die Verknüpfung der Diskurse über nachhaltige Entwicklung und Globalisierung relativ jung. Auf den verschiedenen Weltkonferenzen in den 90er Jahren fand der Globalisierungsbegriff kaum Verwendung. Zwar waren die 80er Jahre entwicklungspolitisch das anerkanntermaßen „verlorene Jahrzehnt“, doch „Entwicklungsprobleme“ wurden vor allem

als solche des Südens interpretiert. Dass weltweit, also auch im Norden, ein Umbruch stattfand, der tiefergehend war als das Symbol „1989“ und das Ende der Blockkonfrontation, wurde erst in der zweiten Hälfte der 90er Jahre deutlich.

Zu dieser Zeit dominierte jedoch eher noch die Skepsis, ob die Globalisierung nicht verantwortlich sei für das langsame Vorankommen nachhaltiger Entwicklung: „Der Rio-Prozess leidet darunter, dass die öffentliche Debatte immer stärker von den Themen Globalisierung der Wirtschaft, Arbeitslosigkeit und leere Staatskassen bestimmt wird.“ (Fues 1998: 2) Heute zeichnet sich, wie im Zitat von Kofi Annan angedeutet, eine wichtige Verschiebung ab: Es geht nicht um „Globalisierung“ gegen „nachhaltige Entwicklung“, sondern um ihr richtiges Zusammenspiel.

Von wissenschaftlicher Seite wird diese Sichtweise argumentativ unterfüttert. In einer Studie mit dem programmatischen Titel „Rio plus 10“ vertrat exemplarisch Thomas Fues (1998) schon sehr früh die inzwischen dominante Position. „Nur wenn alle Länder den Ernst der Lage erkennen und mit vereinten Kräften gegen steuern, kann die Rettung der Menschheit gelingen.“ (ebd.: 2) Es gehe angesichts der erkannten katastrophischen Zuspitzung um eine „radikale Erneuerung der gesellschaftlichen Fundamente.“ Dazu seien „kooperative, vorbeugende Lösungsansätze“ notwendig. Ökologischer Strukturwandel könne nur kooperativ erfolgen, denn bei Alleingängen riskiere ein Land seine Wettbewerbsfähigkeit und seine Arbeitsplätze (ebd.: 6).

Aus dem Blickfeld gerät vor allem der Zusammenhang zwischen ökologischer Problematik und gesellschaftlichen Umstrukturierungen, die als Übergang vom *Fordismus* zum *Postfordismus* zu begreifen sind und die sowohl die innergesellschaftlichen wie auch die internationalen Strukturmuster erheblich verändert haben. Die ökologische Krise war, symbolisch wie materiell, eng mit der Krise des Fordismus verbunden. Auf der *materiellen* Seite war das fordistisch-fossilistische Wohlstandsmodell der nördlichen Industriegesellschaften auf materiell-stofflicher Seite maßgeblich verantwortlich für die enorme Ausweitung des Ressourcenverbrauchs und die steigende Belastung der natürlichen Umwelt durch Schadstoffe (Altwater 1992). Auf der anderen, *symbolischen* Seite themati-

sierten soziale Bewegungen und Intellektuelle die ökologische Krise als eine gesellschaftliche Krise, d.h. es wurde versucht, die sozialen Ursachen der Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse zu benennen. Doch diese Konstellation geriet in den 80er Jahren immer stärker in den Sog des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft. Die zentrale Strategie zur Durchsetzung des postfordistischen Kapitalismus war die neoliberale Ausrichtung der Gesellschaft an den Imperativen der Effizienz und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Auch staatliche Politik wurde immer stärker daran ausgerichtet (Hirsch 1995). Ein weiterer Punkt kommt hinzu. Seit den 90er Jahren hat die Entwicklung neuer Technologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien sowie der neueren Bio- und Gentechnologien auch auf ökonomisch-technischer Ebene zur Herausbildung veränderter, „postfordistischer Naturverhältnisse“ beigetragen (Görg/Brand 2001).

Mit dem Übergang zum Postfordismus ändern sich sowohl die Arbeitsweise zentraler gesellschaftlicher Institutionen als auch auf eine durchaus widersprüchliche Art und Weise der Zugriff auf natürliche Ressourcen. Mit dem immer stärker werdenden, von machtvollen Interessen gesetzten Imperativ internationaler Wettbewerbsfähigkeit wird auch der Umgang mit Natur als Ressource bzw. deren Inwertsetzung stärker den Rentabilitätskalkülen des Kapitals unterworfen (gerade in südlichen Ländern erhält dies durch den Kontext von Auslandsverschuldung und dem Zwang zum Schuldendienst besondere Bedeutung). Aufgrund neuer technologischer Verfahren und neuer Produktionsstrukturen gewinnt diese Verwertung eine neue Qualität. Insbesondere die neuen Bio- und Gentechnologien erfordern partiell diesen anderen Zugriff und machen Teile der außermenschlichen wie auch der menschlichen Natur zu „strategischen Ressourcen“ (Ceceña/Barreda (Hg.) 1995).

Auf internationaler Ebene bildet sich damit ein *Kooperations-Konkurrenz-Paradox* als zentrale Rahmenbedingung internationaler Umweltpolitik heraus. Davon wird in den sozialwissenschaftlichen wie auch öffentlichen Diskussionen meist nur die eine Seite erwähnt: Ein wachsender Druck zur kooperativen Bearbeitung grenzüberschreitender Umweltprobleme. Dieser Druck setzt sich nicht naturwüchsig als direkte Folge ökologischer Problemlagen durch, sondern immer vermittelt

durch seine öffentliche Symbolisierung durch soziale Akteure (NGOs, WissenschaftlerInnen, die sog. „Wissensgemeinschaften/epistemic communities“ etc.). Der politische Druck zur Kooperation hat in den vergangenen Jahren zu einer kaum noch überschaubaren Zahl internationaler Umweltabkommen geführt. Allerdings heben diese Abkommen und Regime die Konkurrenz zwischen Staaten sowie zwischen verschiedenen ökonomischen Sektoren und Regionen keineswegs auf. Vielmehr prägt diese Konkurrenz die bestehenden Abkommen in hohem Maße, und zwar umso stärker, je mehr von einzelnen Abkommen komplexe Querschnittsprobleme tangiert und damit meist auch Spannungsverhältnisse zwischen verschiedenen internationalen Vertragswerken sichtbar werden (beides kann in der internationalen Biodiversitätspolitik gut beobachtet werden). Generell lässt sich sagen, dass sich sowohl in nationalen als auch in internationalen Maßnahmen zur Bearbeitung ökologischer Problemlagen völlig unterschiedliche und z.T. gegensätzliche Interessen artikulieren, welche die Konkurrenz zwischen verschiedenen nationalen wie internationalen Interessengruppen in die Vertragstexte und den weiteren Verhandlungsprozess „hinein tragen“.

Zwei Elemente sind dabei von besonderer Bedeutung. Erstens kommt es zu einer neuen, postfordistischen Grenzziehung zwischen Politik und Ökonomie. Diese Entwicklung wird in den Sozialwissenschaften oft als Erosion des Nationalstaats missverstanden. Tatsächlich verliert der Nationalstaat zwar in manchen Punkten seine Steuerungsfähigkeit und seine Souveränität über ein bestimmtes Territorium. Aber er verschwindet dabei nicht einfach, sondern transformiert sich in Richtung des stärker den globalen Konkurrenzbedingungen unterworfenen *nationalen Wettbewerbsstaats*. Gleichzeitig findet aber auch eine *Internationalisierung des Staates* statt (Hirsch 2000; Brand u.a. 2001). Die Veränderungen von Politik im Zuge einer Transformation des Staates sind weitreichend. Sie sind jedoch wenig dazu angetan, Hoffnungen auf einen übermäßigen Einfluss der „Zivilgesellschaft zu wecken. Politik findet auch in internationalen Regimen und Institutionen immer noch wesentlich als zwischenstaatliche Politik statt. Dies geschieht nicht nur zufällig und nicht nur vorübergehend. Vielmehr ist auch der internationalisierte Staat vor allem

ein Herrschaftsinstrument, in dem sich globale Interessenlagen und Machtverhältnisse „verdichten“ (nach einer Formulierung von Nicos Poulantzas 1978; vgl. auch Hirsch/Jessop/Poulantzas 2001). Die dominante Orientierung internationaler Politik hat Stephen Gill (1995) als „globalen Konstitutionalismus“ bezeichnet. Denn es geht in zunehmendem Maße auch auf internationaler Ebene um die Absicherung der bürgerlichen Rechts- und Eigentumsordnung. Dies betrifft auch und gerade die internationale Umweltpolitik.

Zweitens: Bezogen auf ökologische Problemlagen lässt sich feststellen, dass der postfordistische Kapitalismus sich zwar in gewisser Weise durchaus auf diese Probleme eingestellt hat. Dies erfolgte nicht im Sinne einer erfolgreichen Bearbeitung der materiellen Dimensionen der ökologischen Krise. Gleichwohl hat sich ein größtenteils akzeptiertes Muster der Krisenbearbeitung herausgebildet. Denn vor allem Strategien ökologischer Modernisierung haben Aussicht auf Erfolg, die entweder auch betriebswirtschaftliche Kosten senken helfen oder ein neues Absatzfeld für neue Technologien etc. eröffnen. Die Spielräume für Bearbeitungsstrategien werden dabei von anderen Prozessen, nicht zuletzt der zunehmenden Kapital- und Standortkonkurrenz, vorgegeben und der neoliberalen Strategie der wirtschaftlichen Liberalisierung untergeordnet. Zudem stehen auf zwischenstaatlicher Ebene alle Maßnahmen und deren Erfolgsaussichten unter dem Primat einer globalen Machtpolitik zentraler Staaten. Mehr und mehr wird außerdem die ökologische wie die soziale Frage, dem Standort- wie dem Sicherheitsdiskurs untergeordnet, der ein nur schlecht verborgenes Vehikel für globale Herrschaftsstrategien darstellt. Auch diese Entwicklung lässt den Begriff „nachhaltiger Entwicklung“ nicht unberührt. Christoph Spehr und Armin Stickler (1997: 220ff) sehen ihn als Ausdruck und Teil des Übergangs vom Entwicklungsdiskurs zum „postmodernen Ordnungsdiskurs“.

Das Hegemoniedefizit der „neuen Weltordnung“

Wie bereits 1992 liegt auch heute der Schatten der „neuen Weltordnung“ über den Bemühungen, kooperativ aus den umwelt- und entwicklungspolitischen Sackgassen herauszu-

kommen. Wurde das Datum „1989“ noch mit den Chancen einer Suche nach neuen Politikformen verbunden, so wurde der Vorbereitungsprozess der UNCED zu Beginn der 90er Jahre von einem anderen Ereignis deutlich überlagert. Der Einmarsch der irakischen Armee in Kuwait im Sommer 1990 und die militärische Antwort der USA bzw. der NATO darauf im Januar/Februar 1991 waren eine weltpolitisch entscheidende Zäsur. Der damalige US-Präsident George Bush proklamierte im Januar 1991 eine „Neue Weltordnung“, die um einiges anderes aussah als jene wenig später von den UNO-Weltkonferenzen angedachte. Nicht Kooperation und die gemeinsame Suche nach Wegen zur Lösung der „Weltprobleme“, sondern die gegebenenfalls militärische Absicherung der dominanten Interessen stand im Zentrum dieser Politik. Die NATO-Richtlinien von 1999 sind ein deutlicher Ausdruck dafür, wie militarisiertes Denken zu institutioneller Praxis wird.

2002 sieht es ähnlich aus. Wie vor Rio, so wurden auch ein Jahr vor Johannesburg die USA mit einem Militärschlag aktiv, um die Weltordnung, aber im zunehmenden Maße auch ihre eigenen Interessen und vor allem ihre nationale Sicherheit militärisch zu verteidigen. Der 11. September, das ist heute bereits absehbar, wird nicht nur auf der militärisch-politischen Ebene einen weitergehenden Einschnitt als der zweite Golfkrieg 1991 bedeuten, sondern auch auf der ideologischen. Und dies hat Konsequenzen für alle Ansätze globaler Reformen wie für kritisch-emanzipatives Handeln und damit auch für eine Politik, die den einst formulierten Ansprüchen nachhaltiger Entwicklung entsprechen würde.

Schon längere Zeit wurde die Entwicklung des internationalen Systems in den 90er Jahren als „Ende der Westfälischen Ordnung“ zu begreifen versucht. Aber bislang war das Ausmaß dieser Veränderung noch nicht absehbar. Das hat sich nach dem 11. September geändert. Unter der „Westfälischen Ordnung“ wird die seit dem Westfälischen Frieden von 1648 geltende Ordnung des internationalen Systems verstanden, die auf dem Prinzip der Anerkennung der territorialen Integrität souveräner Staaten beruht. Diese Ordnung, so die bislang von verschiedenen Seiten vertretene These, sei mit der Globalisierung aller Lebensbedingungen unwiderruflich untergraben worden. Doch diese These trifft nicht den Kern des Problems.

Denn es ist nicht eine anonyme Globalisierung, welche die zwischenstaatliche Ordnung untergräbt. Seit dem 11. September wird mehr und mehr deutlich, dass die Versuche einer Verrechtlichung der internationalen Beziehungen – und d.h. von machtförmig und konkurrenzhaft strukturierten und auch potentiell kriegerischen Verhältnissen zwischen souveränen Staaten – wieder zugunsten der Interessen dominanter Staaten untergraben werden. Dies hat weitreichende Folgen auch für die internationale Umwelt- wie Entwicklungspolitik.

Nun war mit der „Westfälischen Ordnung“ eine Herrschaftsform etabliert worden, die schon immer einen höchst widersprüchlichen Charakter hatte, nämlich eine Form bürgerlicher Allgemeinheit, die sich nur im Gegeneinander, in der Konkurrenz partikularer Staaten etablieren konnte und die daher a priori antagonistisch war. Zwar war es die Hoffnung der bürgerlichen Aufklärung, dass diese dynamische Situation sich zu einem „weltbürgerlichen Zustand“ (Kant 1977) weiterentwickelt, in der die bürgerlichen Verfassungen die gesellschaftlichen Antagonismen überwinden und zu einem „ewigen Frieden“ unter selbständigen bürgerlichen Republiken fortschreiten. Kant war sich jedoch noch völlig klar darüber, dass allein eine zunehmende Verrechtlichung internationaler Beziehungen die grundlegenden Antagonismen, durch die Staat und Recht in der bürgerlichen Gesellschaft gekennzeichnet sind, überwinden oder zumindest zu bändigen versuchen könne.

Genau diese Hoffnung scheint nun untergraben zu werden. Und das nicht erst seit dem 11. September. Seitdem wird aber deutlich, dass mit dem Ende der „Westfälischen Ordnung“ Gewalt und Recht eine neue Synthese eingehen. Denn wir haben es zwar auf den ersten Blick mit einer Rückkehr in eine Ordnung zu tun, in der jeder Staat, solange er nur über entsprechende Macht verfügt, die Gewaltmittel einsetzen kann, die ihm zur Verfolgung seiner Absichten opportun erscheinen. Insofern ist das „Ende der Westfälischen Ordnung“ auch nicht mit einem „Ende des Nationalstaats“ zu verwechseln. Die reale Souveränität von Staaten war jedoch schon immer ungleich verteilt. Und diese Machtungleichgewichte haben sich nicht nur weiter verstärkt – auch das Gegengewicht einer Verrechtlichung der Beziehungen wird zunehmend in den Hintergrund gedrängt. Nicht mehr die Rechtsbindung staatlicher Gewalt,

sondern die *Nichteinhaltung von selbstgesetzten Regeln* steht auf der Tagesordnung. Unter Berufung auf nationale Sicherheitsinteressen werden grundlegende menschen- und völkerrechtliche Standards wie etwa die Genfer Konvention oder das Verbot der Vereinten Nationen, einen Angriffskrieg zu führen, missachtet und immer mehr als bindende Normen desavouiert. Dabei ist das Recht aber nicht einfach verschwunden. Der situative Bezug auf Menschenrechte oder das Völkerrecht – bei gleichzeitiger Missachtung, wenn es den eigenen Interessen gegenüber nicht opportun erscheint – zeigt vielmehr, dass die *rechtliche Auslegung bestimmter Maßnahmen weiterhin umkämpft ist und als eine diskursiv erzeugte Machtressource dient*, deren sich Akteure zur Legitimation ihrer Absichten zu bedienen versuchen. Mehr und mehr scheint also das Recht selbst zu einer Ressource zu werden, mit dem Akteure ihre Interessen durchzusetzen versuchen.

Damit wird eine Entwicklung verschärft, die sich schon vor den Anschlägen abgezeichnet hat, und die sogar als eine ihrer tiefer liegenden Ursachen angesehen werden muss – *das Fehlen von Hegemonie im internationalen System*. Denn die einzige verbleibende militärische und politische Supermacht, die USA, ist in einer ganzen Reihe von internationalen Abkommen und Regimen weder Willens noch in der Lage, die politische Führung zu übernehmen.² Dazu würde neben politisch-militärischer und wirtschaftlicher Stärke auch die Bereitschaft gehören, Akteure mit anderen und möglicherweise gegensätzlichen Interessen in einen Kompromiss einzubinden, notfalls auch durch punktuelle Zugeständnisse. Nur dadurch ließe sich auch die Hoffnung auf eine kooperative Bearbeitung globaler Probleme rechtfertigen. Denn diese setzt voraus, dass auf den Einsatz von Machtpotenzialen zugunsten einer Strategie verzichtet wird, der verschiedene Akteure nach Vorgabe des Hegemons bzw. hegemonialer Diskursstrategien zustimmen und in die sie eingebunden werden könnten.

Selbst diese kooperative Problembearbeitung wäre dann vordringlich durch den Interessenkompromiss der beteiligten Akteure bedingt und daher per se keineswegs sachangemessen bzw. eine wirkliche Problemlösung. Durch die Politik des „America first“ wird aber selbst diese *Minimalbedingung für eine kooperative Strategie* in zunehmendem Maße erschwert.

Ironischerweise geschieht dies sogar in den internationalen Regimen, bei deren Gründung die Interessen der USA eigentlich eine zentrale Rolle gespielt haben, wie in der WTO, oder die gerade zum jetzigen Zeitpunkt eine wichtige Rolle spielen könnten, wie die Biowaffenkonvention. Während die US-Regierung im WTO-Prozess zu keinen Zugeständnissen bereit ist und damit im Umfeld der Doha-Konferenz der WTO als wichtigster Bremser angeklagt wurde (<http://www.twinside.org.sg/title/dohamain.htm>), ist sie aus anderen Regimen inzwischen faktisch ausgestiegen oder betätigt sich allein als Verhinderer – nicht nur in der Biowaffenkonvention, sondern auch im Rahmen der Klimarahmenkonvention und in anderen internationalen Abkommen.

Jede Hoffnung auf eine kooperative Bearbeitung globaler Probleme, seien sie militärischer, wirtschaftlicher, sozialer oder ökologischer Art, muss sich also mit dem Problem auseinandersetzen, dass der ohne Zweifel wichtigste nationalstaatliche Akteur kein Interesse an einer kompromisshaften, die Interessen der verschiedenen Akteure einbeziehenden Bearbeitungsstrategie hat. Die „neue Weltordnung“ kann daher als eine Situation charakterisiert werden, in der bei zunehmenden globalen Interessengegensätzen und Machtungleichgewichten – und trotz mächtiger Diskursstrategien – ein Hegemon fehlt. Oder genauer: Es handelt sich um eine Situation, in welcher der mächtigste Staat genau diese Rolle verweigert und gleichzeitig seine Interessen machtvoll, notfalls auch militärisch, durchzusetzen versucht.

Der Rio-Gipfel und die in seinem Gefolge verhandelten Abkommen waren der Versuch, über z.T. neue Formen schwach institutionalisierter Normsetzungen, wie dies internationale Regime darstellen, internationales Recht zu entwickeln. *Heute lässt sich einerseits eine relative Beliebigkeit in der Auslegung dieser Normen und andererseits eine recht deutliche Rückkehr zur reinen Machtpolitik erkennen, die vor allem an nationalen Interessen und der nationalen Sicherheit orientiert sind*. Vor allem die NATO-Richtlinien von 1999 zeigen, worum es dabei geht: Um die Verteidigung der Interessen der dominanten Länder des Nordens, wo immer es ihnen notwendig erscheint. Dabei wäre es auch eine völlig falsche Hoffnung, dieser „neuen Weltordnung“ eine im Kern progressive

„Weltumweltpolitik“ (Simonis) dichotomisch gegenüberstellen zu wollen. Das Gegenteil ist der Fall. Einmal muß generell im Auge behalten werden, dass selbst diese Normen bei ihrer Entstehung Kompromißbildungen vor dem Hintergrund hegemonialer Machtverhältnisse darstellten und damit mit vielen Defiziten und Selektivitäten behaftet waren. Zudem sind gerade die in Rio unterzeichneten Abkommen zu Klima und biologischer Vielfalt einem Transformationsprozeß ausgesetzt, der diese immer stärker den Gesetzen der neoliberalen Globalisierung unterwirft. Und zuletzt zeigt auch die allgemeine Entwicklung von Politik und Recht, daß es dabei vor allem um die Verteidigung des oligarchischen Lebensstils einer Minderheit der Weltbevölkerung geht – mit allen Implikationen für die Kontrolle über Ressourcen, Produktions- und Konsummuster und die „ökologische Sicherheit“.

Auf dem Weg in einen „ökologischen“ Kapitalismus?

Vor dem Hintergrund der „neuen Weltordnung“ wie der sich verändernden Formen der Naturaneignung muss gleichwohl daran erinnert werden, dass die Richtung der weiteren Entwicklung erst durch soziale Konflikte auf verschiedenen Ebenen entschieden wird. Und hierbei spielt der Begriff der nachhaltigen Entwicklung eine wichtige Rolle. Er stellt in gewisser Weise eine *Kompromissformel* dar, in der sich sehr unterschiedliche und z.T. gegensätzliche Interessen wiederfinden. Wenn immer wieder herausgestellt wurde, dass sein genauer Gehalt unklar oder schwammig bleibe, dann ist die Schwammigkeit des Begriffs gerade seine Stärke (Achselrad/Sedrez 1995; Armbrorst/Brand 1996; Görg 1996; Spehr/Stickler 1997; ähnlich von Braunnühl 2001: 188). Die sich zuspitzende Umweltkrise auf der materialen wie auch auf der politisch-diskursiven Ebene machte es notwendig, eine Formel zu finden, mittels derer sozial-ökologische Kompromisse zwischen Akteuren organisiert werden konnten, die divergierende und teilweise antagonistische Interessen hatten. Von daher ist es nur konsequent, dass im Zentrum dieses Leitbilds der Gedanke der Kooperation steht und dass Konkurrenzverhältnisse ausgeblendet oder zumindest als überwindbar dargestellt werden. Denn wenn das Problem der Konkurrenz ernst genommen

würde, müsste man sich stärker mit der in den Diskussionen nicht hinterfragten ökonomischen Sphäre und den globalen Machtverhältnisse auseinandersetzen, als dies bisher der Fall ist.

Entscheidend ist letztlich, wie genau der Begriff operationalisiert und durch welche Rahmungen die öffentliche Debatte strukturiert wird, wie die Prioritäten gesetzt werden und welche Aspekte dabei berücksichtigt werden und welche nicht. So wurde „im Norden“ zunehmend von der Entwicklungsproblematik abgesehen bzw. diese von der Forderung nach gerechteren Bedingungen im Nord-Süd-Verhältnis hin zur notwendigen Ermöglichung „nachhaltigen Wachstums“ für alle Länder umgedeutet. Exemplarisch kann dafür der Diskurs über nachhaltige Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland gelten (vgl. K.W.Brand/Jochum 2000; Jörissen u.a. 2000). Es gab hier durchaus unterschiedliche Versuche, das Leitbild zu übersetzen und zu konzeptualisieren und dabei seine verschiedenen Aspekte zu integrieren – von der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“, durchgeführt vom Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie im Auftrag von BUND und Misereor (BUND/Misereor 1996) bis zum Handlungskonzept des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI 1995). Neben dem sog. Umweltgutachten von 1994 (SRU 1994) hat der Bericht der Enquete-Kommission des Bundestages „Schutz des Menschen und der Umwelt“ (Enquete-Kommission 1994) einen starken Einfluss auf die bundesdeutsche Diskussion gehabt. „Nachhaltigkeit“ wird dort als ein Drei-Säulen-Modell konzeptualisiert, bei dem die Interessen der Umweltakteure (ökologische Säule), der Gewerkschaften (soziale Säule) und der Unternehmen (ökonomische Säule) miteinander in Einklang gebracht werden sollen. Damit wird die Tendenz des bundesdeutschen Diskurses am besten zum Ausdruck gebracht, der durch drei Merkmale charakterisiert werden kann:

Erstens lässt sich ein „ökologischer bias“ feststellen (K.W. Brand/Jochum 2000: 177) – die Entwicklungsproblematik, so wie sie in der internationalen Kompromiss des Brundtland-Berichts noch enthalten war, wird in den meisten Studien gar nicht aufgegriffen oder allein auf die Bevölkerung des eigenen Landes bezogen (vgl. auch Jörissen u.a. 2000). Selbst der Stu-

die „Zukunftsfähiges Deutschland“, die in dieser Hinsicht noch am stärksten auf die Verknüpfung von „Umwelt und Entwicklung“ aufmerksam gemacht hatte, wurde von KritikerInnen vorgehalten, dass sie hinter die Diskussionen der 80er Jahre zurückfalle (Ebinghaus/Stickler 1996; Armbrorst/Brand 1996; vgl. auch den Überblick von Hermle (Hg.) 1997).

Zweitens ist mit dieser Verkürzung der ursprünglichen Zielsetzung eine starke Fokussierung auf die nationale Ebene verbunden (Jörissen u.a. 2000: 11), den man als „nationalen bias“ bezeichnen könnte. Viele Ansätze, so auch die Studie „Sustainable Netherlands“ (ISOE 1994), nehmen den „nationalen Umweltraum“ als Ausgangspunkt, d.h. die von einem Nationalstaat genutzte Umwelt. Je nach EinwohnerInnen werden Ansprüche auf Ressourcen und Schadstoffsenken „ausgerechnet“ und entsprechende Vorschläge gemacht, um die dramatische Übernutzung zu reduzieren. Andere beziehen sich auf Fragen internationaler Kooperation implizit oder explizit eher negativ. Entweder wird das bundesdeutsche System der sozialen Marktwirtschaft als „zu bewahrendes Erbe“ interpretiert (Jörissen u.a. 2000: 9) und die ökologischen wie die globalen sozialen Kosten des „Modells Deutschlands“ in seiner fordistischen Phase ignoriert. Oder es wird die Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen explizit als Ziel einer „ökologischen Modernisierung“ der Gesellschaft angesehen und damit die Konkurrenz als treibender Motor angenommen.

Drittens ist mit dieser Fokussierung eine Präferenz für eine prozedurale und dialogische Vernetzung und die Kooperation der unterschiedlichen Akteure verbunden, die nicht nur keine Eingriffe in wirtschaftliche Interessen erwarten lässt, sondern überhaupt die Kritikmöglichkeiten beschränkt (K.W. Brand/Jochum 2000: 185, 189 und 191). Zwar sei das Diskursfeld, so die Autoren einer Studie, „offen genug, um auch radikaleren, kapitalismus- und industrialismuskritischen Positionen“ Zugang zu gewähren (ebd. 176). Faktisch seien diese Positionen aber nicht nur im Diskurs marginal, sondern auch die praktische Umsetzung des Leitbilds eher am Konzept „ökologischer Modernisierung“ orientiert (ebd. 189). Man darf daher von einem „affirmativen bias“ sprechen, bei dem kritischere Fragen hinsichtlich der Realisierungsbedingungen nachhaltiger Entwicklung zugunsten von pragmatischeren und vor allem

den etablierten Interessen gewogenen Konzepten in den Hintergrund gedrängt werden.

Der Diskurs um „nachhaltige Entwicklung“ hatte, selbst in seinen besten Zeiten nach der Publikation der Wuppertal-Studie, ohnehin einen eher geringen Stellenwert in der breiten Öffentlichkeit. Dies wurde in dem Maße eingebüßt, in dem Fragen der internationalen Konkurrenz am „Standort Deutschland“ an Bedeutung gewonnen haben.

„Ein Großteil der Faszination, die der Nachhaltigkeitsdiskurs auch im linken Lager ausübt, gründet sich auf seinem Ruf, ein Gegendiskurs zu „Globalisierung“ zu sein. Dies ist jedoch ein Irrtum. Nachhaltigkeit ist kein Rivale der Globalisierung, sondern ihr Partner. Beide sind Teil eines umfassenden Diskurswechsels, der das politische Terrain nach dem Zusammenbruch des Entwicklungsdiskurses neu organisiert.“ (Spehr/Stickler 1997: 217)

Die Operationalisierung des Begriffs kann nicht losgelöst von gesellschaftlichen Machtverhältnissen betrachtet werden. Drei wichtige Dimensionen, in denen ursprünglich durchaus ein kritisches Potential angelegt war, wurden durch die Diskussionen der letzten Jahre an den Rand gedrängt: die Problematisierung des Nord-Süd-Verhältnisses, eine grundlegende Umorientierung der internationalen Politik sowie eine Problematisierung des Verhältnisses der kapitalistischen Ökonomie zu ihren materiellen Grundlagen.

Ein Beispiel für letzteres ist der in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ noch verwendete Subsistenzbegriff, d.h. die gesellschaftliche Thematisierung der Frage: „Was ist genug?“. Damit sollte auf die notwendige Begrenzung des Ressourcenverbrauchs hingewiesen und der unbegrenzten Steigerung des Naturverbrauchs eine öffentliche Debatte entgegengesetzt werden (denn nur durch einen sozialen Konsens, nicht durch wissenschaftliche Berechnungen können solche Grenzen etabliert werden). Dieser Aspekt ist in den Diskussionen der letzten Jahre fast vollständig hinter der *Suche nach technischer Effizienz* zurückgetreten. Dahinter ist einerseits ein erheblicher Steuerungsoptimismus zu erkennen, der glaubt, die Probleme auf dem Wege einer Optimierung des Stoffdurchsatzes bearbeiten zu können. Und andererseits steckt darin ein technokratisches Verständnis sowohl der Probleme als auch ihrer Bearbeitungsstrategien. Probleme werden als

prinzipiell lösbar angesehen und pragmatische Managementstrategien unter Ausblendung ihrer herrschaftsförmigen Implikationen bevorzugt. Im Zuge der Globalisierungsdiskussion sind die ökologischen Voraussetzungen und Folgen kapitalistischen Wirtschaftens noch stärker in den Hintergrund gerückt.

Im Hinblick auf die *Nord-Süd-Problematik* lässt sich eine ähnliche Entwicklung beobachten. Einmal wird auch hier die Verbindung zwischen Umweltproblematik und globalen Machtverhältnissen oftmals ausgeblendet und statt dessen ein pragmatischer Regulierungsmodus bevorzugt.

Und schließlich wird die Einsicht vernachlässigt, dass unter dem Deckmantel der *internationalen Umweltpolitik* oftmals ganz andere Prozesse vorangetrieben werden. Beide Probleme spiegeln sich in der Frage nach dem Verhältnis zwischen den internationalen Umweltabkommen und anderen internationalen Vertragswerken und Institutionen. Zugespielt formuliert ist das wichtigste Abkommen der 90er Jahre, das die gesellschaftlichen Naturverhältnisse tiefgreifend transformiert, weder die Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) noch die Klimarahmen-Konvention (FCCC), sondern die WTO, die Welthandelsorganisation. Dies hat damit zu tun, dass gerade die Nichtbeachtung umweltpolitischer wie sozialer Belange in den wichtigsten internationalen Institutionen sehr weitreichende Folgen hat. Die „Liberalisierung des Welthandels“ hat nicht nur direkte ökologische wie soziale Folgen, bspw. in der Erhöhung der Güterströme oder dem Eingriff in die nationale Umwelt-, Sozial- und Gesundheitspolitik. Darüber hinaus geht es auf dem Gebiet der Umweltpolitik meist auch um die Durchsetzung neuer Technologien und der dazu gehörenden politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Am bekanntesten sind hier die Beispiele der Gentechnologie im Umgang mit der biologischen Vielfalt bzw. mit genetischen Ressourcen sowie die ökonomischen Instrumente zum Klimaschutz (Emissionshandel etc.; vgl. dazu den Beitrag von Achim Brunnengräber in diesem Band). Die umwelt- und entwicklungspolitischen Institutionen i.e.S. sind längst nicht mehr Sammelbecken progressiver Interessen. „Globale Player wie internationale Energie-, Wasser-, Chemie- und Saatgutmultis dominieren das Verhandlungsgeschehen.“ (Unmüßig 2001: 3) Damit die-

nen diese Abkommen oftmals noch ganz anderen Zielen, als an ihrem Namen abzulesen ist.

Am *Beispiel der biologischen Vielfalt* wollen wir die Konsequenzen kurz verdeutlichen (vgl. dazu umfassender: Görg/Brand 1999 und 2001a und b). Während in der öffentlichen Diskussion die Auffassung vorherrscht, dass es dabei um umweltpolitische Maßnahmen geht, die den Verlust der Biodiversität stoppen oder verlangsamen sollen, zielen die staatlichen Maßnahmen und die internationalen Abkommen noch auf etwas anderes. Im Ganzen dienen sie der institutionellen Verregelung des Umgangs mit genetischen Ressourcen, von der Sicherheit im Umgang mit gentechnisch-modifizierten Organismen bis zur Etablierung eines Regimes zur Verteilung von Verfügungsrechten. Dabei geht es zuvorderst um die Regelung der Zugangs- und der mehr oder weniger exklusiven Nutzungsrechte an genetischen Ressourcen.

Gerade im Bereich der internationalen Biodiversitätspolitik wird deutlich, dass hier versucht wird, die Aneignung des „grünen Goldes der Gene“ durch die Agrar- und Pharmaindustrie politisch-institutionell abzusichern. Im Nord-Süd-Verhältnis geht es zentral um Rechts- und Planungssicherheit für die dominanten Akteure, insbesondere um einen gesicherten und effektiven, d.h. unter anderem kostengünstigen Zugang. Quasi-staatliche Politik hat – in engem Zusammenspiel mit der nationalstaatlichen Ebene – Funktionen wie die Regelsetzung für Wettbewerb und ökonomische Transaktionen, die Gewährleistung des Ressourcenflusses oder die Sicherung von Eigentum und Geld. Mit den neuen Formen der Nutzung und Inwertsetzung von biologischer Vielfalt und genetischen Ressourcen sind daher Fragen des geistigen Eigentums eng verbunden (vgl. ausführlicher Correa 2000; Seiler 2000). Es soll festgelegt werden, wer von den Vorteilen profitiert, die sich aus der Nutzung genetischer Ressourcen ergeben. Ein gewisses Paradox liegt dabei darin, dass die modernsten Akteure (Forschungseinrichtungen und vor allem transnational agierende High-Tech-Unternehmen) auf den Zugang zu diesen Ressourcen und damit in gewisser Hinsicht auf „marginalisierte“ Bevölkerungsgruppen im Süden angewiesen sind. Denn solche Ressourcen sind vor allem in südlichen Ländern und dort oft gerade in den Siedlungsräumen „marginalisierter“ Be-

völkerungsgruppen vorhanden. Zudem spielt bei der Aneignung genetischer Ressourcen das „traditionelle“ Wissen darum, wie mit den Ressourcen umgegangen wird, eine wichtige Rolle, denn es dient vielfach als „Filter“ bei der Suche nach ökonomisch wertvollen Substanzen (Kuppe 2001: 147ff.). Aufgrund dieses ökonomischen Interesses an genetischen Ressourcen sowie an damit verbundenem Wissen wird beides jedoch immer stärker aus einem kommerziellen Blickwinkel heraus betrachtet. Die Frage der Nicht-Kommodifizierung von Natur und „traditionellem“ Wissen wird dementsprechend auf internationaler Ebene kaum gestellt (verschiedene Aspekte dieses Problems werden in den Beiträgen von Enrique Leff, Silvia Rodriguez, Silvia Ribeiro und Tewolde Berhan Gebre Egziabher ausführlicher behandelt).

Die Anerkennung der nationalen Souveränität (im Sinne der rechtlichen Regulierungskompetenz), wie durch die CBD erfolgt, ist in Zeiten des vermeintlichen Kompetenzverlustes von Nationalstaaten eine notwendige Voraussetzung zur Inwertsetzung der Biodiversität. Gleichwohl ist zu berücksichtigen, dass die CBD ein Konfliktterrain darstellt, auf dem unterschiedliche Akteure um die Durchsetzung ihrer Interessen kämpfen. So sind in die CBD auch andere Anliegen eingegangen, insbesondere jene lokaler Gemeinschaften und indigener Völker. In dem prominenten Artikel 8(j) ist festgelegt, dass deren Wissen und Praxen zu respektieren, zu schützen und zu erhalten seien und sie an den Entwicklungen teilhaben müssten. Allerdings haben ihre Interessen in einer Weise Niederschlag gefunden, welche die Akteure schwächt. Denn zum einen sind die Regelungen im Artikel 8(j) durch ein instrumentelles Verständnis der Rechte lokaler Akteure geprägt: Zu achten seien diese nur, insofern sie der Erhaltung der biologischen Vielfalt dienen. Zudem seien sie der nationalen Souveränität unterzuordnen (Stoll 1999). Die konkrete Umsetzung ist Angelegenheit nationaler Implementation der CBD.

Die Kommerzialisierung der Biodiversität als ein Element der Globalisierung ist nicht allein ein ökonomischer, über Marktkräfte induzierter Prozess, sondern wird politisch durchgesetzt. Dies bedeutet, dass ökologische Aspekte zu einem Faktor der „Standortkonkurrenz“ werden, d.h. zu einem strategischen Element der Handels- und Wettbewerbspolitik. Dabei

vermischen sich Fragen der Ressourcenverwendung, des Zugangs zu und der Rechte über Ressourcen sowie den daraus resultierenden Folgen und Belastungen mit Fragen des Gewinns und der Gewinnverteilung aus dieser Verwendung, vor allem auch (aber nicht nur) im „Nord-Süd“-Verhältnis. Auch wenn zwischenstaatliche Abkommen eine größere Relevanz erhalten, so verliert der Nationalstaat seine zentrale Bedeutung nicht. Vielmehr verstärkt sich diese. Insofern ist auch Claudia von Braunmühls (2001: 189) Einschätzung, der Versuch, globale Probleme über völkerrechtliche Rahmenkonventionen anzugehen, sei im Wesentlichen gescheitert, zu relativieren. Die Rahmenkonventionen stellen einen durchaus erfolgreichen Versuch dar, ein Terrain zu schaffen, auf dem um die gesellschaftlich legitime und rechtlich legale Aneignung der Natur gerungen wird. Allerdings geschieht dies insbesondere unter Berücksichtigung der Interessen herrschender Akteure. Und selbst das Label nachhaltige Entwicklung trägt in diesem Kontext zu einer Ökonomisierung der Natur bei.

Globales Umweltmanagement und „ökologische Sicherheit“

Ein Hauptgrund für das relative Scheitern des Rio-Prozesses wird demnach in der institutionellen Zersplitterung internationaler Umwelt- und Entwicklungspolitik gesehen. Ein Vorschlag, der bei der „Rio plus 5“ Konferenz 1997 in New York von der Bundesregierung bereits vertreten wurde, rückt daher in den letzten Jahren immer stärker ins Zentrum: Die Stärkung des UN-Umweltprogramms (UNEP) zu einer neuen und mit mehr Kompetenzen und Ressourcen ausgestatteten Supraorganisation im Rahmen der UNO. In Deutschland wird dieses Konzept am vehementesten von Udo Simonis (Biermann/Simonis 1999) vertreten, aber beispielsweise auch von Martin Khor vom Third World Network (Ling/Khor 2001). Bei Khor und Simonis geht dieser Vorschlag mit einer erhofften Aufwertung des *Umwelt*themas einher, da das UNO-Umweltprogramm UNEP und nicht etwa das Entwicklungsprogramm UNDP den Kern bilden sollen. Thomas Fues will für die „globale Rio-Architektur“ die bislang bedeutungslose Commission on Sustainable Development zum Kern eines neu zu

schaffenden Council for Sustainable Development machen, der u.a. die UNO Umwelt- und Entwicklungsorganisationen steuert und dem IWF, Weltbank und WTO berichtspflichtig sind (aber nicht gesteuert werden). Auch der UN-Generalsekretär erhebt die Forderung, IWF, WB und WTO sollten sich endlich auf die Ziele nachhaltiger Entwicklung einlassen (Annan 2001).

Hier artikuliert sich eine Problemsicht, welche die fehlende Macht der entsprechenden Institutionen als größtes Hindernis mangelnder nachhaltiger Entwicklung sieht. Das legt nahe, globale Umweltpolitik sei am besten von zentralisierten, mit Entscheidungs- und Machtressourcen ausgestatteten Institutionen zu erfüllen und könne insofern nur „von oben“ betrieben werden. Dieses Verständnis ist jedoch in mindestens dreifacher Hinsicht unzureichend. Zum *einen* wird den Gründen für die relative Machtlosigkeit umwelt- und entwicklungspolitischer Institutionen nicht nachgegangen. Damit ist jedoch nicht nur die Hoffnung auf einen Machtgewinn dieser Institutionen ohne erkennbare Grundlage. Hinter diesem Defizit steckt zudem ein technokratischer Steuerungsoptimismus bzw. ein „*Managerismus*“ (Redclift 1994), der davon ausgeht, dass Probleme bei richtigem Management im Kern lösbar seien. Dies ist tendenziell naiv. Vielmehr verdichten sich in verschiedenen Institutionen unterschiedliche *Kräfteverhältnisse* mit verschiedenen Interessen und Machtpotenzialen im Hintergrund (Görg/Brand 2001a). Deshalb finden in den umwelt- und entwicklungspolitischen Institutionen im engeren Sinne schwächere Interessen auch eher Gehör. Auch werden diese Institutionen längst von den dominanten Akteuren genutzt: Wie gesehen, dient die CBD immer stärker den transnationalen Unternehmen und Forschungsinstituten zur Absicherung des Zugangs zu genetischen Ressourcen und „ihrer“ geistigen Eigentumsrechte. Auch diese Institutionen können also nicht einfach als Gewinn an nachhaltiger Entwicklung interpretiert werden, da sich in ihnen die Ambivalenzen des Prozesses der letzten zehn Jahre niedergeschlagen haben. Zugespitzt gefragt: Warum sollte eine Supraorganisation daran etwas ändern? Im Gegenteil, dominante Interessen können sich noch stärker durchsetzen.

Zum zweiten hängt dies mit der Tendenz zur Sektoralisierung von Politik zusammen. Obwohl die realen Entwick-

lungen wie auch die Tendenz der wissenschaftlichen Forschungen der letzten Jahre deutlich gezeigt haben, dass eine abgegrenzte Umweltpolitik weder vorhanden noch machbar ist, wird weiterhin auf abgegrenzte Politikfelder gesetzt. Die Entwicklung der Regimeforschung belegt, dass selbst dann, wenn sich problemspezifische internationale Institutionen herausgebildet haben, die Wirkungsweise und der Erfolg dieser Institutionen im hohen Maße vom widersprüchlichen Zusammenspiel sehr unterschiedlicher Regime entscheidend beeinflusst werden – nicht zuletzt vom Verhältnis zwischen internationalen Umweltabkommen und Abkommen zur Handelsliberalisierung (Bernauer/Ruloff 1999). Die explizite Umweltpolitik kann nicht isoliert betrachtet werden, sondern die gesamtgesellschaftliche Entwicklung gibt der globalen Regulierung der Naturverhältnisse den Rahmen vor.

Neben Managerismus und Sektoralisierung geht der Forderung zur Schaffung mächtiger internationaler Organisationen noch eine *dritte*, höchst problematische Annahme voraus: Die „top-down“ Perspektive. Besonders problematisch ist diese im Hinblick auf den Umgang mit den sog. „global commons“, den globalen Gemeingütern. Als zentrales Argument wird an dieser Stelle genannt, dass es sich beim Schutz dieser Gemeingüter – wobei der Charakter *als* globales Gemeingut immer eine diskursive und oft höchst umstrittene Konstruktion darstellt – um globale Menschheitsprobleme handle und doch eigentlich alle zusammen ein Interesse an ihrer Lösung haben müssten. Faktisch entsteht dabei eine von Macht- und Herrschaftsinteressen durchsetzte Form des globalen Managements, das Michael Goldman (1998) als *globales Ressourcenmanagement* bezeichnet hat. Diese Commons-Debatte wurde Goldman zufolge deshalb wichtiger, weil soziale Bewegungen das Funktionieren der herrschenden Institutionen herausgefordert hätten und weil die materielle Degradation die kapitalistische Reproduktion gefährden. In der Unterstellung, dass die lokale Übernutzung von Gemeingütern das entscheidende Problem sei, welches durch ein globales Management korrigiert werden müsse, wird ausgeblendet, dass es sich tatsächlich um konkrete Nutzungskonflikte handelt, bei der sich Konflikte zwischen globaler und lokaler Ebene und zwischen Nord und Süd überlagern. „Durch die Verlagerung der Forschungsperspektive auf

Gemeingüter von einer lokalen auf eine globale Ebene werden Weideflächen nicht länger nur als Konfliktzonen zwischen oder unter Viehhaltern und Bauern definiert, sondern als kleine Fragmente irdischer Biomasse, deren falsche Bewirtschaftung nicht nur lokale oder regionale Bevölkerungen negativ beeinflusst, sondern uns allen schadet. Mit anderen Worten: Lokale Nutzungsformen von Gemeingütern im Süden sind gleichzeitig ein Problem für den Norden.“ (ebd. 102)

Mit dem globalen Ressourcenmanagement bildet sich ein neuer Autoritäts- und Machttyp heraus, da globale Institutionen die als global definierten Ressourcen und Krisenherde verwalten sollen. Die einheimischen und regionalen Institutionen, so die Argumentation, seien dafür schlecht gerüstet. Das größte Problem für die globalen Ressourcenmanager bestehe – neben der Überbevölkerung, welche die Tragfähigkeit des Planeten gefährde – konsequenterweise darin, dass die globalen Institutionen nicht genug Macht hätten. Vor dem Hintergrund der kapitalistischen Restrukturierung und ihrer neuen Formen der Naturaneignung kommt Goldman zu seiner Einschätzung der Rio-Konferenz: Es sei „die größte ‘Commons’-Show aller Zeiten“ gewesen, bei der es darum gegangen sei,

„die Gemeingüter zu restrukturieren (d.h. zu privatisieren, zu ‘entwickeln’, ‘produktiver zu machen’, zu bewerten, ‘den richtigen Preis zu bestimmen’), um sie den krisengeschüttelten kapitalistischen Ökonomien anzupassen. Die Wirkung ist daher auch nicht, destruktive Praktiken aufzuhalten, sondern sie zu normalisieren und stärker zu institutionalisieren und somit die *commoners* (die lokale Bevölkerung; U.B./C.G.) rund um die Welt noch größeren Risiken auszusetzen.“ (ebd. 91)

Damit wird auch das Wissen der lokalen Bevölkerung untergraben sowie deren Möglichkeit, an den Auseinandersetzungen teilzunehmen, wie Gemeingut überhaupt zu definieren sei. Gerade im Bereich der NGOs ist Umwelt für viele längst zum *green business* geworden, bei dem internationale Großorganisationen wie *The Nature Conservancy* oder *Conservation International* sich mit ihrer starken Schutzorientierung wenig um die Belange lokaler Bevölkerung und viel um die wohlwollende Finanzierung durch transnationale Unternehmen kümmern. Die NGOs tragen durchaus bewusst dazu bei, dass Unternehmen und Forschungsinstitute in geschützten Gebieten besser ihre Bioprospektierungsprojekte durchführen

können als in solchen, in denen sich die lokale Bevölkerung evtl. gegen die Aneignung ihrer Ressourcen und ihres Wissens wehrt (vgl. Delgado 2001).

Die Hoffnung auf ein top-down-Management des globalen Wandels wird also der Realität ökologischer Probleme in den Ländern des Südens nicht gerecht. Vielmehr wäre eine Stärkung der lokalen Ebene die erste Voraussetzung, um dem Gedanken einer nachhaltigen Entwicklung mehr Realitätsgehalt zu verschaffen (Barkin 1999; vgl. auch die Beiträge von Silvia Rodriguez und Silvia Ribeiro in diesem Band). Auch die globalen Machtverhältnisse werden in fataler Weise verschoben. Dies alles ist die Konsequenz einer „Astronautenperspektive“ (Sachs 1997), für die weltweite Ungleichheiten und die sozialen Herrschaftsverhältnisse, wenn überhaupt, nur noch eine nachgeordnete Bedeutung haben.

Zweifel an diesem Modell werden schon dadurch geweckt, indem man seine historische Genese und damit den Zusammenhang zwischen Globalisierung und Natur genauer betrachtet. Die Konstruktion „einer globalen Natur“ aus der Astronautenperspektive ist nämlich lediglich die zeitgemäße Variante der ideologischen Verwendung des Naturbegriffs, in der diese gleichzeitig materiell als Gegenstand eines *globalen Managements* konstituiert wird. Unsichtbar gemacht wird mit der Konstruktion der Einen Natur, dass ökologische Probleme in den verschiedenen Teilen der Welt vor dem Hintergrund verschiedener ökonomischer und kultureller Naturverhältnisse sehr unterschiedliche Formen annehmen können. So hat die „Third World Political Ecology“ (Bryant/Bailey 1997) darauf aufmerksam gemacht, dass in Ländern des Südens die ökologischen Belastungen viel direkter mit den alltäglichen Lebensproblemen verbunden sind: Als Mangel an sauberem Wasser, von Feuerholz bzw. Brennmaterial, als hygienische und sanitäre Probleme oder als Versteppung und Wüstenbildung. Klima, Ozon oder auch „die“ Biodiversität, also die typischen Kandidaten für vermeintlich globale ökologische Probleme, sind dann Ausdruck einer sehr selektiven, rein nördlichen Perspektive auf Natur, die ihre eigene *partikulare* Perspektive nicht reflektiert, sondern unterschlägt und zu universalisieren versucht. Und diese globale Selektivität ist vielfach mit einer Geschlechtsblindheit verbunden, welche die geschlechtsspezi-

fischen Auswirkungen nicht zur Kenntnis nehmen will (vgl. den Beitrag von Christa Wichterich in diesem Band).

Dieser selektiven Betrachtungsweise stellen Raymond Bryant und Sinéad Bailey (1997: 27ff.) den Begriff einer „politisierten Umwelt“ (*politicised environment*) entgegen. Danach ist Umwelt (oder Natur) nicht eine unberührte, neutrale Umgebung menschlicher Aktivitäten, sondern in die Machtverhältnisse eingeschrieben: Die natürliche Umwelt ist selbst umkämpft, in sie sind „ungleiche Machtverhältnisse zwischen Akteuren ‘eingeschrieben’.“ (ebd. 43). Zentral ist dabei der Machtfaktor, der sich auf „die Fähigkeit eines Akteurs, die eigene Interaktion mit der Umwelt und die Interaktion anderer Akteure mit der Umwelt zu kontrollieren“ bezieht (ebd. 39). Die Kontrolle (oder Gestaltung) der Naturverhältnisse („die eigene Interaktion mit der Umwelt“) durch eine Akteursgruppe ist demnach in Verbindung zu sehen mit der Kontrolle über die Naturverhältnisse einer anderen Akteursgruppe – *beides zusammen* konstituiert spezifische Machtpositionen. Machtverhältnisse im Hinblick auf die natürliche Umwelt erstrecken sich nicht allein auf soziale Beziehungen zwischen Akteuren, so die Mehrzahl sozialwissenschaftlicher Machtbegriffe, sondern sie sind auch durch die Naturverhältnisse der jeweiligen Akteursgruppen vermittelt.

Dadurch ergeben sich komplexere und vielfach gebrochene Machtverhältnisse. Eine fehlende Kontrolle über die eigenen *Naturverhältnisse* (nicht: über die Umwelt/Natur) schwächt die Machtrelationen zu anderen Akteuren trotz überlegener sozialer Machtressourcen. Umgekehrt üben Gesellschaften einen Einfluss auf andere in dem Maße aus, wie es ihnen gelingt, auf die Gestaltung der Naturverhältnisse dieser Gesellschaften einzuwirken und sie ihren Zwecken zu unterwerfen. Beide Aspekte sind also zu beachten: Zum einen werden Regionen dieser Erde als Rohstoffressource oder als globale Schadstoffsenke für andere konstituiert. Zum anderen besitzen sie ein Machtpotential, das sich daraus ergibt, dass die nördlichen Industriegesellschaften auf die Natur anderer Regionen angewiesen sind. Hier, in der Bewusstwerdung dieses Machtpotentials durch Akteure im Süden (insbesondere der indigenen Völker), liegt gegenwärtig einer der spannendsten Aspekte internationaler Politik.

Es gibt aber auch eine stark gegenläufige Entwicklung: Seit einiger Zeit lässt sich verstärkt beobachten, welche Auswirkungen diese Verbindung von Macht und Ökologie hat – und wie beides nach dem 11. September neue Verbindungen eingeht. Ökologische Sicherheit ist zu einem neuen Schlagwort geworden, bei dem ökologische Problemlagen für den Sicherheitsdiskurs funktionalisiert und militärische und ökologische Überwachungssysteme miteinander verknüpft werden (vgl. dazu den Beitrag von Henri Acselrad in diesem Band). Mit dem Konzept der „politisierten Umwelt“ lässt sich erklären, warum es sich dabei weder um einen Zufall noch um eine vorübergehende Erscheinung handelt. Wenn die Naturverhältnisse ein Aspekt in den Machtbeziehungen zwischen Staaten und Regionen sind, dann ist es nur folgerichtig, auch Umweltprobleme verstärkt unter dem Blickwinkel nationaler Interessen und nationaler Sicherheit zu re-interpretieren. Historisch gesehen ist dies nichts absolut Neues, denn auch die Kolonialzeit wie das imperialistische Stadium des Kapitalismus verknüpften Machtinteressen mit der Kontrolle über die Naturverhältnisse (Crosby 1991). Aber im Zeitalter neuer technologischer Potentiale – neben den Informations- und Kommunikationstechnologien sind hier auch die neueren Bio- und Gentechnologien zu berücksichtigen – nimmt dies doch andere Formen an. Zugespitzt ließe sich feststellen, dass auch in den Zeiten „nachhaltiger Globalisierung“ die machtgestützte und notfalls militärische Absicherung der nationalen Interessen ein vielleicht sogar zunehmend bedeutender Faktor in der Kontrolle über die Naturverhältnisse werden könnte – und nicht mehr die Suche nach kooperativen Bearbeitungsformen (wie unzureichend diese auch waren).

Neue Dynamiken: Globalisierungskritik

Ungeachtet all dieser Tendenzen gilt es festzuhalten, dass es im System internationaler Politik Widersprüche gibt. Das bedeutet, die unterschiedlichen Terrains mit ihren jeweils spezifischen Konflikten im Auge zu behalten: Die CBD ist nicht die WTO und wird von ihr auch nicht völlig dominiert. Vor allem die Widersprüche zwischen verschiedenen Foren bieten oftmals die Gelegenheit, auch schwächere Interessen mit Erfolg zu artikulieren. Dies lässt sich z.B. an den internationalen

Diskussionen zum Schutz des traditionellen Wissens demonstrieren, die nicht zuletzt durch die erheblichen Spannungen zwischen der CBD sowie dem International Treaty on Plant Genetic Resources for Food and Agriculture der FAO (dem sog. Saatgut-Vertrag von November 2001) und dem TRIPS-Abkommen der WTO hervorgerufen wurden (Brand/Görg 2001). Dabei geht es nicht einfach nur um rechtliche Regelungen, sondern darüber hinaus um veränderte Kräfteverhältnisse und um andere Orientierungen, weit über Umwelt- und Entwicklungspolitik i.e.S. hinaus.

Die eigentliche Hoffnung auf eine Tendenz hin zu einer „nachhaltigen Entwicklung“, die ernst machen würde mit einer tiefgreifenden Veränderung des gesellschaftlichen Entwicklungsmusters, kommt von ganz anderer Seite. Relativ unabhängig von der Debatte um Nachhaltigkeit hat sich in den letzten Jahren die praktische und theoretische Kritik am neoliberalen Kapitalismus verstärkt. Dabei kam es zu einer Politisierung des Globalisierungsbegriffs: Der damit benannte Prozess, seine für viele Menschen katastrophalen Wirkungen und die damit verbundenen Interessen werden nicht mehr als hinzunehmende „Risiken“ oder zu behobende Begleiterscheinungen verstanden, sondern immer stärker als immanente Bestandteile der gesellschaftlichen Veränderungen und als Folge sozialer Kämpfe.

Das Anfang Februar im brasilianischen Porto Alegre stattgefunden zweite „Weltsozialforum“ ist ein eindrucksvoller Beweis dafür, dass *Kritik und Alternativen* gerade auf lokaler und nationaler Ebene formuliert und vorangetrieben werden. Die sich zuspitzenden Widersprüche (deren bloße Existenz erst einmal nichts heißt) werden von dieser heterogenen Bewegung politisiert. Die seit Seattle immer offenkundigere Globalisierungskritik ist auch eine Zurückweisung der Idee, „Weltprobleme“ ließen sich von oben, durch Experten und kooperativ lösen. Der mit der UNCED 1992 erstmals derart breit propagierte Politiktypus der „globalen Runden Tische“ und die damit einhergehende Delegitimierung konfrontativer Politikansätze wird von der internationalen Protestbewegung – was immer bedeutet: Von vielen verschiedenen Bewegungen und Organisationen auf nationaler und lokaler Ebene – gründlich in Frage gestellt (vgl. Brand 2002).

Interessant ist, dass etwa in der bundesdeutschen Diskussion sozial-ökologische Themen kaum eine Rolle spielen. Das Netzwerk *attac!* beispielsweise versteht sich eigenen Angaben zufolge als eine „Bewegung für ökonomische Gerechtigkeit“ (so Sprecher Sven Giegold auf dem Berliner *attac*-Kongress im Oktober 2001). Auch im breiteren gesellschaftskritischen Spektrum hat die ökologische Dimension in den letzten Jahren an Bedeutung eingebüßt. Hinsichtlich aktueller Entwicklungen weist Barbara Unmüßig (2001: 3) darauf hin, dass auch die globalisierungskritische Bewegung auf diesem Gebiet noch Nachholbedarf hat. Sie sitzt bislang der falschen Trennung von „harten“ wirtschaftlichen und politischen Fragen einerseits und „weichen“ Fragen vermeintlich geringerer gesellschaftlicher Relevanz auf. Das steht im Gegensatz zu vielen Bewegungen in südlichen Ländern. Die Aufgabe wäre also, der Krise der Naturverhältnisse wieder einen wichtigeren Stellenwert in der Kritik an den dominanten Strategien zur globalen Umstrukturierung zu verschaffen.

Dazu ist Katastrophismus wenig angebracht. Der diene immer der Stärkung beharrender Kräfte und delegitimierte Kritik mit dem Verweis, dass jetzt sofort gehandelt werden müsse. Auch linke Intellektuelle wie Alain Lipietz skizzierten um Rio herum dramatisch: „Der ökologische Krieg hat begonnen. Wie der Golfkrieg, so markiert auch dieser einen Wendepunkt in der Geschichte der menschlichen Gattung. Er wird lange dauern: in etwa vierzig Jahre. So viel Zeit bleibt der Menschheit, sich entweder zu retten oder mit dem kleinen Raumschiff Erde unterzugehen. In dieser Zeit wird sich auch herausstellen, wen es erwischen wird.“ (Lipietz 1993: 79) Solche Bilder führen paradoxerweise zu recht realpolitischen Optionen – bei Lipietz etwa zur notwendigen Stärkung Europas gegenüber den USA. Wichtiger wäre sicherlich eine *Remoralisierung der Ökonomie* (von Braunmühl 2001: 192f.).

Die größte Gefahr dürfte dagegen von der Metapher der *nachhaltigen Globalisierung* ausgehen. Natürlich nicht von dem Begriff selbst, sondern von dem damit transportierten Verständnis. Denn die „zivilgesellschaftlichen“ Politikvorstellungen des Rio-Prozesses basierten lange Zeit auf der Annahme, dass mit Kooperation, alternativer Expertise und dem Appell an die aufgeklärten Eigeninteressen in Wirtschaft und

Politik das Leitbild durchgesetzt werden könnte. Die 90er Jahre haben besonders deutlich gezeigt, dass die damit verbundenen politischen Konzepte sich nicht als erfolgreich erwiesen haben (vgl. auch Bergstedt 1998 und die Beiträge von Christa Wichterich und Henri Acselrad). Oft genug dienten sie eher der Legitimation der „großen“ Entscheidungen von Regierungen, Unternehmen und Medien. Diese konnten die ihnen genehmen Aspekte von Kritik destillieren und sich auf diese Weise auch noch selbst legitimieren.

Die neoliberale Globalisierung hat sich durchgesetzt – und zwar nicht kooperativ, sondern vor allem „von oben“. Heute zu meinen, dass dieser ungleich machtvollere Prozess wiederum mit Kooperation, Expertise und dem Appell an Einsichtsfähigkeit zu stoppen sei, ist bestenfalls naiv. Diesem Glauben nicht aufzusitzen, das ist einer der wichtigsten Beiträge der aktuellen globalisierungskritischen Bewegung. Und dies sollte nicht mit einer neuen Runde der „Hofferei“ (Wolf-Dieter Narr) im nun anlaufenden Johannesburg-Prozess verschenkt werden. „Nachhaltige Globalisierung“ – das könnte zum ideologischen Kitt des neoliberalen Scherbenhaufens werden. Es lässt sich leicht ausmalen, dass dieser Begriff, den Akteure wie NGOs oder Intellektuelle in kritischer Absicht auf die Tagesordnung setzen, nur wenig später in den Hochglanzheften von Opel und Aventis im ICE zu lesen sein wird. Die Funktion des Leitbegriffs hätte sich damit erneut erfüllt.

Wichtig wäre statt dessen in der öffentlichen Auseinandersetzung, den Glauben an die technokratischen Allheilmittel und das „Management“ von Problemen infrage zu stellen. Selbstbestimmung, Menschenwürde und die Befriedigung elementarer Bedürfnisse werden nicht durch Effizienzdenken und Managerismus erreicht. Dagegen gilt es kritische Praxen zu stärken. Ob und wie diese sich auf die Formel der „nachhaltigen Entwicklung“ beziehen, erscheint zweitrangig. Bedeutender ist dagegen zu sein, wie konkrete Inhalte aufgegriffen werden, wie mit sozialen Interessen umgegangen und ob eine Kritik an den herrschenden Verhältnissen, d.h. eine umfassende Herrschaftskritik mitgedacht wird. Vor allem wäre ein Glaube zu unterlaufen, der trotz und wegen allem pragmatischen Managerismus doch deren Fundament ist: Der Glaube an die Unhintergebarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse, an die

Alternativlosigkeit kapitalistischer Globalisierung. Und gerade hier haben die Bewegungen der letzten Jahre die meisten Erfolge zu verzeichnen. Nicht eine „nachhaltige Globalisierung“, sondern die nachhaltige Zurückdrängung ihrer treibenden Kräfte muss das Ziel einer wirklich nachhaltigen Entwicklung sein. In diesen Auseinandersetzungen entwickeln sich bereits heute Alternativen, Reformvorschläge und Vorstellungen einer anderen, vielleicht dann „nachhaltig“ genannten Gesellschaft.

Anmerkungen

- 1 Achim Brunnengräber sei für Anmerkungen gedankt.
- 2 Wir sind uns der etwas unklaren Verwendung des Hegemoniebegriffs bewusst. Aus Gramscianischer Perspektive geht es ja gerade nicht darum, dass die US-Regierung „wählen“ könnte zwischen einer hegemonialen und nicht-hegemonialen Strategie. Hegemonie ist ein ungleich komplizierterer Prozess. Für den hiesigen Text, der eher zu politischen denn zu theoretischen Klärungen beitragen soll, belassen wir es jedoch bei dieser Verwendung.

Literatur

- Acselrad, Henri/Sedrez, Lise F. (1995): Sustainability, Discourses, and Disputes. WEED/IBASE-Workshop „Sustainability: Non-governmental perspectives“, MS, Rio de Janeiro
- Altvater, Elmar (1992): Der Preis des Wohlstands – oder Umweltschädigung und neue Welt(un)ordnung, Münster
- Annan, Kofi (2001): Implementing Agenda 21. Report from the Secretary General to the ECOSOC. <http://www.johannesburgsummit.org>
- Armborst, Stefan/Brand, Ulrich (1996): Nachhaltig zukunftsfähig? Kritik der Wuppertaler Umwelt-Studie. In: Blätter des iz3w, Nr. 211/Februar, S. 38-40
- Barkin, David (1998): Wealth, Poverty and Sustainable Development, Mexiko City
- Bergstedt, Jörg (1998): Agenda, Expo, Sponsoring. Recherchen über den Naturschutzfilm. Frankfurt/M.
- Biermann, Frank/Simonis, Udo Ernst (1999): Eine Weltorganisation für Umwelt und Entwicklung. Funktionen, Chancen, Probleme. Policy-Paper Nr. 9 der Stiftung Entwicklung und Frieden. Bonn
- Brand, Ulrich (2002): Stichwort „Globalisierungskritik“. In: Haug, Wolfgang-Fritz (Hg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 5

- Brand, Karl-Werner/Jochum, Georg (2000): Der deutsche Diskurs zu nachhaltiger Entwicklung, Text der Münchener Projektgruppe für Sozialforschung 1/2000
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2001): Access & Benefit Sharing. Zugang und Vorteilsausgleich - das Zentrum des Konfliktfelds Biodiversität, Hrsg. von Germanwatch und dem Forum Umwelt & Entwicklung, Bonn
- Brand, Ulrich/Demirovic, Alex/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (2001): Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates. Münster
- Braunmühl, Claudia von (2001): Nachhaltigkeit. In: Leggewie, Claus/Münch, Richard (Hg.): Politik im 21. Jahrhundert. Frankfurt/M., S. 186-196
- Bryant, Raymond L./Bailey, Sinéad (1997): Third World Political Ecology, London/New York.
- BUND/Misereor (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Basel
- Ceceña, Ana Esther/Barreda, Andrés (Hg., 1995): Producción Estratégica y Hegemonía Mundial. Mexiko-Stadt
- Correa, Carlos (2000): Intellectual Property Rights, the WTO and Developing Countries. The TRIPS Agreement and Policy Options, London/New York and Penang
- Crosby, Alfred W. (1991): Die Früchte des weißen Mannes, ökologischer Imperialismus 900 - 1900, Frankfurt/New York
- Delgado Ramos, Gian Carlo (2001): Biopiraterie und geistiges Eigentum als Eckpfeiler technologischer Herrschaft: Das Beispiel Mexiko. In: Das Argument 242, Nr. 4/5, S. 481-494
- Dowdeswell, Elisabeth (2001): Design for the real World. Ideas for achieving Sustainable Development. Lecture at the Harvard University Center for the Environment, December 12, 2001
- Eblinghaus, Helga; Stickler, Armin (1996): *Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development*. Frankfurt/M.
- Enquete-Kommission (Hg., 1994): Die Industriegesellschaft gestalten. Bericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des Deutschen Bundestages, Bonn
- Fues, Thomas (1998): Rio plus 10. Der deutsche Beitrag zu einer globalen Strategie für nachhaltige Entwicklung. Policy Paper 6 der Stiftung Entwicklung und Frieden. Bonn
- Gill, Stephen (1995): The Global Panopticon. The Neoliberal State, Economic Life, and Democratic Surveillance. In: Alternatives 20(1), S. 1-49
- Görg, Christoph (1996): Sustainable Development - Blaupause für einen 'ökologischen Kapitalismus'? In: Brentel, Helmut u.a.

- (Hg.): Gegensätze. Elemente kritischer Theorie, Frankfurt/New York, S. 178-193
- Görg, Christoph/Brand, Ulrich (1999): Globale Umweltpolitik und nationalstaatliche Konkurrenz. Zur Regulation der biologischen Vielfalt. In: Hein, Wolfgang/Fuchs, Peter (Hg.): Globalisierung und Ökologie. Hamburg, S. 231-264
- (2001a): Postfordistische Naturverhältnisse. NGOs und Staat in der Biodiversitätspolitik, in: Brand, Ulrich u.a. (Hg) 2001, S. 65-93
- Görg, Christoph /Brand, Ulrich (2001b): Patentierter Kapitalismus, in: Das Argument 242; Heft 4/5, S. 466-480
- Goldman, Michael (1998): Allmacht und Allmende. Die „Commons“-Debatte und der Aufstieg der globalen Ressourcenmanager. In: Flitner, Michael/Görg, Christoph/Heins, Volker (Hg.): Konfliktfeld Natur. Biologische Ressourcen und globale Politik. Opladen, S. 87-118
- Hauff, Volker; Hg (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven
- Hermle, Reinhard (Hg., 1997): Ein Buch macht von sich reden, Aachen
- Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin
- (2000): Die Internationalisierung des Staates. Anmerkungen zu einigen aktuellen Fragen der Staatstheorie. In: Das Argument 42 (3), S. 325-339
- Hirsch, J./B.Jessop/N.Poulantzas (2001): Die Zukunft des Staates. Hamburg
- Hoedeman, Olivier (2001): Industry's Rio+10 Strategy: Banking on Feelgood P.R. In: Corpotea Europe Observer, Nr. 10, S. 10-15. <http://www.xs4all.nl/~ceo/observer10/observer10.pdf> (Januar 2002)
- IIED (2001): The Future is Now. For the UN World Summit on Sustainable Development, Vol.1, April, published by the International Institute for Environment and Development, London (<http://www.iied.org>)
- ISOE (Hg) (1994): Sustainable Netherlands. Aktionsplan für eine nachhaltige Entwicklung der Niederlande, herausgegeben vom Institut für sozial-ökologische Forschung, Frankfurt/M.
- Jörissen, J./D.Rink/G.Kneer (2000): Nachhaltigkeit und Wissenschaft: Synopse zur Umsetzung des Leitbildes der Nachhaltigkeit in konzeptionellen Studien. In: TA-Datenbank-Nachrichten, 9.Jg, Nr.2, Juni 2000, Forschungszentrum Karlsruhe
- Kant, Immanuel (1977): Ideen zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht. In: ders.: Schriften zur Anthropologie,

- Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik, Werkausgabe Bd. XI, Frankfurt/Main
- Kuppe, René (2001): Der Schutz des traditionellen umweltbezogenen Wissens indigener Völker. In: Klaffenböck, Gertrude et. al. (Hg.): Biologische Vielfalt. Wer kontrolliert die globalen genetischen Ressourcen? Frankfurt/M., S. 141-155
- Ling, Chee Yoke/Khor, Martin (2001): International Environmental Governance. Some Issues from a Developing Country Perspective. Working Paper by the Third World Network. (www.twinside.org.sg/title/ieg.htm) (Januar 2002)
- Lipietz, Alain (1993): Berlin, Bagdad, Rio. Das 21. Jahrhundert hat begonnen. Münster
- Müller-Kraenner, Sascha/Greger, Nika (2001): Die Globalisierung von Nachhaltigkeit. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Von Rio nach Johannesburg. Beiträge zur Globalisierung der Nachhaltigkeit. Johannesburg Papers, Nr. 4, S. 7-24
- Paul, James A. (2001): Der Weg zum *Global Compact*. Zur Annäherung von UNO und multinationalen Unternehmen. In: Brühl, Tanja et al. (Hg.), Privatisierung der Weltpolitik. Bonn, 104-129
- Poulantzas, Nicos (1978): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie, Hamburg
- Sachs, Wolfgang (1997): Sustainable Development. Zur politischen Anatomie eines Leitbilds. In: Brand, Karl-Werner (Hg.): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie, Opaden, S. 93-110
- Sachs, Wolfgang (2000): Wie zukunftsfähig ist die Globalisierung? Studien und Berichte Heinrich-Böll-Stiftung, Nr. 3, Berlin
- Seiler, Achim (2000): Die Patentierung lebender Materie. Das WTO-TRIPS-Abkommen und die Optionen zur Umsetzung des Artikel 27.3 (b). Bonn (Forum Umwelt & Entwicklung)
- SAPRI (2002): Weltweite Armutsproduktion statt globale Armutsbekämpfung, Zusammenfassung der Ergebnisse der Structural Adjustment Participatory Initiative. In: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, Sonderdienst Nr. 1-2/Januar 2002
- Spehr, Christoph/Stickler, Armin (1997): Morphing Zone. Nachhaltigkeit und postmodernes Ordnungsdenken. In: Foitzik, Andreas/Marvakis, Athanasios (Hg.), Tarzan - was nun? Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche. Hamburg, S. 211-225
- SRU (1994): Umweltgutachten 1994. Sachverständigenrat für Umweltfragen, Drucksache 12/6995, Stuttgart
- Stoll, Peter-Tobias (1999): Werte der Vielfalt aus rechtlicher Sicht. In: Görg, Christoph u.a. (Hg.): Zugänge zur Biodiversität. Marburg, S. 187-202

- UNEP (2000): Global Environmental Outlook 2000, United Nations Environmental Program, London
- Unmüßig, Barbara (2001): Zwischen Nachhaltigkeitsrhetorik und Wettbewerbsfixierung. Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg. In: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, Nr. 5/Dezember, S. 1-3
- VCI (1995): Sustainable Development, Verband der chemischen Industrie, Frankfurt/Main
- Wichterich, Christa (1998a): Der Gipfel-Tango aus Frauensicht. In: Calließ, Jörg (Hg.): Barfuß auf diplomatischem Parkett. Die Nichtregierungsorganisationen in der Weltpolitik, Loccum, S. 43-52

Henri Acselrad

Die ökologische Herausforderung zwischen Markt, Sicherheit und Gerechtigkeit

Die Grundidee der nachhaltigen Entwicklung zielte im Brundtland-Bericht bekanntlich auf einen Kompromiss zwischen Entwicklung und Umwelt, der sowohl wirtschaftliches Wachstum im Süden ermöglichen sollte (wo zweifellos Grundbedürfnisse zu befriedigen waren) als auch einen technologischen Wandel, der mit den Interessen des Nordens kompatibel ist (und der mit der Notwendigkeit gerechtfertigt wurde, die Umweltschäden zu begrenzen). Diese offenkundig wechselseitigen Zugeständnisse zwischen den Interessen des Nordens und denen des Südens fielen faktisch zusammen mit dem Wunsch, ein anderes Dilemma zu lösen, das in Verbindung steht mit der Reduzierung des Wirtschaftswachstums, wie es vom „Club of Rome“ gefordert worden war. So wurde das Umweltproblem in den 80er Jahren – im Gegensatz zu den „Grenzen des Wachstums“, die während der 70er Jahre als Lösung im Raum standen – so interpretiert, dass es keine Grenzen für das Erzielen ökonomischer Profite darstellt. Der wichtigste Kompromiss, der in diesem Zusammenhang diskutiert wurde, war der zwischen der internationalen politischen Gemeinschaft und den Wirtschaftskräften, die über 30 Jahre das Nachkriegs-Wirtschaftswachstum bestimmt hatten: Die Umweltinteressen sollten kein Hindernis für die Ausweitung der Profite sein, welche die Grundlage darstellen für die Reproduktion der kapitalistischen Ökonomie. Um diese Position zu stützen, wurden zwei starke Argumente präsentiert, damit profitträchtige Aktivitäten nicht gestoppt und nicht einmal verlangsamt werden mussten. Das erste Argument zielte auf verstärkte wirtschaftliche Handelsbeziehungen mit den Peripherien des Südens (die ökonomische Theorie nennt dies die „extensive Form der Akkumulation“: die Erwirtschaftung von Profiten durch billige Arbeitskräfte und Rohstoffe). Das zweite Argument zielte dagegen auf Investitionen in neue und effizientere Technologien (was die ökonomische Theorie die „intensive Form der Akkumulation“ nennt: Profite aus Produktivitätsgewinnen durch technische Innovationen).

Die wichtigsten konkreten Ergebnisse der Rio-Konferenz von 1992 waren verbunden mit technischen Änderungen, wenn auch auf unterschiedliche Art. Die *Konvention über Biodiversität* setzt Normen, um neue Märkte zu schaffen – sie zielt auf die Einbeziehung genetischer Information in das Marktgeschehen. Ein großer Teil der Diskussion bezieht sich hier auf die Verteilung von Rechten oder Gewinnerwartungen im Hinblick auf die Ausbeutung strategischer natürlicher Rohstoffe. Juristische und politische Systeme wurden geschaffen, die sich mit den Marktchancen auf diesem neuen Feld beschäftigen. Bei der *Klimarahmenkonvention* sind auf der anderen Seite die angestrebten technischen Veränderungen nicht gerade kompatibel mit wachsenden Profitraten. Die politischen Entscheidungen, die hier zur Disposition stehen, implizieren in der Tat ein ökonomisches Handeln, das die Profitraten des Energiesektors gefährdet, um „unökonomisch“ das globale Klima zu schützen. Die US-Position bezüglich des Klimawandels zeigt jedoch, dass konventionelles ökonomisches Denken stark genug ist, um Widerstand dagegen zu leisten, Profite für den globalen Umweltschutz zu opfern.¹ Das Beispiel dieser beiden Konventionen scheint zu bestätigen, dass es von Anfang an große Spannungen gab zwischen der Gesamtlogik der ökonomischen Liberalisierung und Deregulierung einerseits und den Erwartungen, die internationale Umweltpolitik würde grundlegende Beschränkungen der ökonomischen Rationalität etablieren.²

Nachhaltige Entwicklung als ein Diskurs, in der Version des Brundtland-Berichts, weist in seiner ursprünglichen Bedeutung auf eine Art Aufgabenteilung zwischen Nord und Süd hin, um gleichzeitig weiteres wirtschaftliches Wachstum sowie die „Technisierung“ der Umwelt zu rechtfertigen – d.h. die Umweltkrise so darzustellen, dass sie durch die Übernahme technischer Innovation zu managen sei. Die gesamte UNCED-Debatte brachte dagegen Beschlüsse auf die Tagesordnung, die prinzipiell nicht kompatibel waren mit Marktexpansion und Kapitalakkumulation – so zum Beispiel Finanztransfers, internationale Hilfe, Schuldenreduzierung und Änderungen im Energiesektor. Dies sind Konzepte, die nicht ohne weiteres in Marktbegriffe und Profitlogik übersetzt werden können. Im Gegenteil: Sie bauen auf Gerechtigkeitsvorstellungen auf, um

die komplexen Ursachen anzugehen, die hinter den internationalen Ungleichheiten in sozialer und ökologischer Hinsicht vermutet wurden.

Nach UNCED glaubte man, dass die UN sich in Opposition stellen würden zu den Bretton Woods-Institutionen – welche allgemein bekannt sind als wenig offen für soziale und ökologische Fragen – und zur Tendenz, die soziale Ungleichheit und ökologische Zerstörung noch zu verbreitern. Aber entgegen dieser Erwartungen wurde seit 1992 eine neue diskursive Anstrengung unternommen, den Freihandel als den entscheidenden institutionellen Kontext zu präsentieren, um die ökologischen Probleme anzugehen. Das strategische Programm der sogenannten „ökologischen Modernisierung“ umfasste die Internalisierung von Umweltbelangen in bereits bestehende Institutionen sowie die Konzentration auf technologische Anpassungen, die Lobpreisung der Marktwirtschaft und den Glauben an Kooperation und politischen Konsens (Blowers 1997). Umweltschutz wurden in diesem Sinne übersetzt als Ausweitung des Modernisierungsprozesses. Aber sowie der Diskurs der ökologischen Modernisierung so wie die Bildung von Institutionen „von oben“ betrieben wurde – durch multilaterale bürokratische Agenturen und die Strategen der großen Unternehmen – entwickelte sich eine andere Koalition „von unten“, die Umweltschutz und Gerechtigkeit miteinander verknüpfte. Entgegen dem Bestreben, die Umwelt zum Marktinstrument zu machen, wurden die vielen Erfahrungen der sozialen Bewegungen für „ökologische Gerechtigkeit“ zur Grundlage für eine Argumentation, die Ursachen für Ungerechtigkeit und für Umweltzerstörung als untrennbar zusammengehörig begriff. In der Bewegung der Seattle-Proteste und des Welt-Sozialforums wurden soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz als logisch zusammengehörig interpretiert. Beide seien strukturell miteinander verbunden und schon im Entstehungsprozess miteinander verknüpft. In diesem Rahmen wird die politische und ökonomische Machtkonzentration über materielle wie monetäre Ressourcen – unterstützt noch durch den Prozess der Globalisierung – als Ursache für die sozialen und ökologischen Ungleichheiten betrachtet.³ Die Debatte über soziale und ökologische Folgen der Globalisierung kann so zunehmend als kontrovers interpretiert werden,

was die Analysen und Lösungsvorschläge betrifft: Die einen setzen auf den Markt, die anderen auf Gerechtigkeit.

Nachhaltigkeitsdebatte und Agenda des Marktes

Seit sie in die internationale öffentliche Agenda Einzug gefunden hat, wurde die Umweltfrage im Wesentlichen in zwei grundlegend unterschiedlichen Formen dargestellt, die zwei verschiedene Handlungsstrategien nahelegen. Ein erster Ansatz betont die Notwendigkeit gegen die Verschwendung von Rohstoffen und Energie zu kämpfen, indem höhere Effizienzniveaus beim Ressourcenverbrauch erreicht werden. Der Vorschlag zielt darauf ab, die materielle Grundlage der ökonomischen Entwicklung dadurch zu sichern, dass der Planet zunehmend zum Objekt ökonomischen Handelns gemacht wird. Diese Bestrebungen konzentrierten sich auf die Suche nach einer materiellen Basis für Entwicklung. Das Ziel, für das diese Anstrengungen unternommen werden sollten, wurde allerdings nicht diskutiert, d.h. es gab kein Nachdenken über die Inhalte des Entwicklungsprojektes selbst. Eine sparsame Nutzung von Rohstoffen und Energie durch eine Effizienzrevolution, das ist der vorgeschlagene Weg, um eine Entwicklung fortsetzen zu können, die in ihren eigenen Zielen nicht hinterfragt wird (vgl. dazu Sachs 1989; Acselrad 1999).

Ein zweiter Ansatz machte die Ökologie zur Triebfeder für eine Hinterfragung des eigentlichen Sinns von Entwicklung: Welche Ziele rechtfertigen den wachsenden Verbrauch von Naturraum durch die Gesellschaften?⁴ Wenn der Planet „Grenzen“ besitzt, sollten wir uns dann nicht fragen, zu welchem Zweck wir ihn in Besitz nehmen? Sollte man Kampfpanzer oder Pflüge herstellen? Tödliche Raketen oder Lebensmittel gegen den Hunger? Aus dieser zweiten Perspektive wurde die grundlegende Qualität von Entwicklung hinterfragt. Begrenzte natürliche Rohstoffe müssen selbstverständlich genutzt werden, aber zu äußerst legitimen Zwecken, legitimiert durch eine demokratische Debatte, die sich am Wohlergehen der Menschen orientiert.

Sich diesen grundlegenden Fragen zu stellen oder lediglich Entwicklungshilfegelder sparsamer zu verwenden, in dieser Alternative liegt die Herausforderung der ökologischen Krise

für all diejenigen, die sich verantwortlich fühlen für die Zukunft unserer Gesellschaften. Und dies scheint auch die zentrale Frage zu sein, die sich verstärkt stellt in Verbindung mit der internationalen Krise, die sich nach den terroristischen Angriffen von 11. September 2001 ergeben hat. Wie können wir den Verbrauch der Ressourcen des Planeten regeln, wenn es keine politischen Institutionen gibt, die fähig wären, globale Entwicklungs- und Kulturkonflikte demokratisch zu lösen? Wie können wir Teil einer Welt sein, die vorgibt, alle einzubeziehen, während sie in Wirklichkeit geteilt ist, und zwar sehr ungleich geteilt? Wie können wir die Technik regulieren, die die menschlicher Kreativität freizusetzen scheint, wenn die selbe Technologie offenbar auch Herrschaft und Terror dient? Schließlich: Können wir ernsthaft Nachhaltigkeit diskutieren, wenn wir ökologische Fragen von solchen nach sozialer Gerechtigkeit, kulturellen Werten und demokratischen Institutionen trennen?

Wenn wir auf die späten 60er Jahre zurückblicken, können wir die Geburt einer Ökologiebewegung erkennen, der deutlich das Profil einer *Gegenkultur* trägt, einer Gegenkultur, die den Konsumismus systematisch kritisiert hat in seiner höchst fraglichen Eignung als Projekt unserer Gesellschaften. In den frühen 70ern läßt sich dagegen ein Trend der Ökonomisierung des Umweltprozesses beobachten: Nach dreißig Jahren des sogenannten fordistischen Wachstumstyps zeigte der Club of Rome 1972 mit seinem Bericht „Grenzen des Wachstums“ die Notwendigkeit auf, das ökonomische Wachstum aufzuhalten. Aber gleichzeitig warf er keine Fragen nach dem wirklichen Sinn von Entwicklung auf. Während die ökologische Gegenkultur zeitweise absorbiert war durch aktuelle pazifistische Kämpfe, verlor die ökonomistische Perspektive zeitweilig ihre Triebfeder angesichts der Energiekrise und des zyklischen Sinkens der Weltökonomie seit Mitte der 70er Jahre.

Der Anfang der 80er Jahre war gekennzeichnet durch die Schuldenkrise und die Aufbürdung von Strukturanpassungsprogrammen für die am wenigsten entwickelten Ökonomien der kapitalistischen Peripherie, verbunden mit makroökonomischen Stabilisierungsprogrammen zur Liberalisierung von Finanzmärkten und Handel sowie mit der Deregulierung der Märkte und der Privatisierung von Unternehmen der öffentli-

chen Hand. Damals waren die Bewegungen, die die Ziele des Entwicklungsprojektes hinterfragt hatten, sehr beschäftigt mit der Kritik an den Strukturanpassungsprogrammen und ihren sozialen und ökologischen Auswirkungen. Noch deutlicher sichtbar wurden die Auswirkungen der kapitalistischen Expansion in den Gebieten, in denen traditionelle Gesellschaften lebten. Die wachsende Wahrnehmung sozialer und ökologischer Zerstörung als Teil der immensen Entwicklungsprogramme führte zu einer erfolgreichen Allianz zwischen ländlichen Gewerkschaften und jenen der Rohstoffindustrie in den peripheren Ländern mit den internationalen Umweltschutzorganisationen, die sich mit dem Schutz der Wälder und dem Klimawandel beschäftigten.

Mitten in diesen Druck von Seiten der Umweltbewegung, der auf den Widerstand großer Konzerne traf, brachte der Brundtlandbericht 1987 den Begriff der nachhaltigen Entwicklung ins Spiel, den Kompromiss zwischen ökonomischem Wachstum im Süden und technologischem Fortschritt durch den Norden. Eine doppelte Aufgabe war zu lösen:

- Diejenigen mussten zufrieden gestimmt werden, die nach dem Erscheinen des Berichts des Club of Rome gegen eine Begrenzung wirtschaftlichen Wachstums Sturm liefen. Dazu musste der Umweltgedanke im allgemeinen Denken und Handeln verankert werden, ohne den Prozess der Akkumulation von Reichtum zu stoppen.
- Der Umweltbereich musste an die Strukturanpassungsprogramme angepasst werden, um das Konzept der Effizienzsteigerung auf alle Ressourcen und Nischen der Erde auszudehnen.

Während der Vorbereitungsphase auf UNCED-92, als die ersten Anstrengungen unternommen wurden, um die Prinzipien des Brundtland-Berichts zu implementieren, äußerten Kritiker des vorherrschenden Entwicklungsmodells ihre Erwartungen, dass der UN-Ansatz den Entwürfen der Strukturanpassung, wie sie von den Bretton Woods-Organisationen, Weltbank und IWF vorgebracht wurden, trotzen würde. Man erwartete auch, dass Instrumente zum koordinierten Handeln geschaffen würden, um größeren Einfluss auf die globalen Umweltveränderungen auszuüben und Mechanismen zum Ressourcen-Transfer von Nord nach Süd zu etablieren. Es ging darum,

mehr politische Regulierung zu schaffen, um Umweltschutz mit sozialer Gerechtigkeit zu schaffen.

Nicht mehr als ein Jahr nach UNCED versuchte der so genannte „Konsens von Washington“ die Prinzipien wirtschaftsliberaler Reformen festzuschreiben, indem gleichzeitig die Notwendigkeit zugestanden wurde, den Strukturanpassungsprogrammen größere Glaubwürdigkeit und öffentliche Akzeptanz zu verschaffen. In allen Ländern des Südens sollte neoliberale Politik betrieben werden, basierend auf dem Glauben, dass die verfehlten sozialen, ökonomischen und ökologischen Auswirkungen des neoliberalen Programms als vorübergehend und notwendig anzusehen seien, zum Nutzen für ein höheres und langfristiges allgemeines Wohl. Die Kritiker der Entwicklungsideologie nannten das, was der Neoliberalismus anstrebte, „weniger Politik und mehr ökonomische Effizienz“. Die Entwicklung verlief also diametral entgegen der erwarteten stärkeren politischen Regulierung für mehr Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit. Gleichzeitig wuchs die Überzeugung, dass die ökonomische Liberalisierung – ungeachtet der Verheißung, dass der Markt aus sich heraus eine gerechtere Zukunft sichern könnte – eher schädliche soziale und ökologische Auswirkungen haben würde.

Seit UNCED haben die Repräsentanten des neoliberalen Denkens auf die Entpolitisierung des Umweltthemas gesetzt und zu verhindern versucht, dass die internationale Debatte zu neuen Regulierungsinstrumenten führt. Die These wurde verbreitet, wonach „privates Eigentum einen besseren Schutz der natürlichen Umwelt gewährleisten kann“ und „eine stärkere Regulierung nicht zu einem besseren Schutz der natürlichen Umwelt führt, sondern eher zu weniger Schutz“. Das sind Statements, die das begründen, was Albert Hirschmann (1991) die „These der Perversion“ nannte, nach der die reaktionäre Rhetorik schon immer versucht hat nahezulegen, dass jeder Versuch, die Gesellschaft zu verändern, soziale Gerechtigkeit oder Umweltschutz zu fördern, sie in die entgegengesetzte Richtung treiben würde. Für den Umweltbereich heißt diese Umkehrung der Argumentation: Umweltpolitik wirke schädlich auf die Umwelt.

Während der 90er Jahre richteten die neoliberalen Think Tanks daher ihre Anstrengungen darauf, den Umweltaspekt in

den Neoliberalismus einzufügen: Sie wollten zeigen, dass die bestehenden politischen Institutionen ökologische Interessen internalisieren könnten, indem sie auf die Versöhnung von Wirtschaftswachstum und der Lösung des Umweltproblems setzten und das Vertrauen in die Trias Technologie-Marktwirtschaft-Konsenspolitik stärkten. Dieser Ansatz zielte auf mehr als auf die Legitimierung des Marktes als bestes Instrument der Umweltpolitik: Die Umweltprobleme wurden als ein weiterer Grund dargestellt, um neoliberale Reformprogramme zu installieren.

Der Globalisierungsprozess erzeugte als Gegenbewegung ein Wiedererstarken sozialer Akteure, welche die Effektivität politischer Regulation, die Achtung sozialer Rechte und der Umwelt forderten. Die neoliberalen Reformen brachten den Unternehmen deutliche Gewinnsteigerungen, was in den flexiblen Bereichen entscheidend zu einem Aufschwung beitrug. Durch die Deregulierung sanken die Kosten für die Verlagerung ganzer Produktionseinheiten von einem Ort der Welt an einen anderen merklich. Große Unternehmen wurden so befähigt, die politischen und institutionellen Bedingungen frei zu wählen, die ihnen vorteilhafter erschienen für ihre Niederlassungen. Woher stammten diese Gewinne, welche die größere räumliche Mobilität der großen Unternehmen mit sich brachte? Sicherlich aus dem riesigen Machttransfer, den die Deregulierung schaffte. Denn mit dem Abbau von Regulierungen nahmen die Kosten der Firmenverlagerungen ab. Die mobilsten ökonomischen Akteure werden mächtiger gegenüber weniger mobilen sozialen Akteuren – etwa lokale Regierungen und Gewerkschaften. So hat sich die ökonomische Macht der Großunternehmen in direkte politische Macht verwandelt. Sie wurden praktisch befähigt, die Grundzüge der Stadt-, Sozial- und Umweltpolitik zu diktieren; sie können ihre Bedingungen verbessern, weil sie die freie Wahl haben, wem sie Arbeitsplätze und öffentliche Einnahmen anbieten. Je mehr sich die Nationalstaaten, die in ihrer Regulationsfähigkeit geschwächt sind, auf die Sicherung des Kapitalzuzugs und der Geldstabilität konzentrieren, indem sie stagnierende Löhne und flexible Umweltregelungen anbieten, desto mehr ist die ökologische Nachhaltigkeit gefährlich abhängig von der finanziellen „Nachhaltigkeit“ der Banken.

Die Agenda der Nachhaltigkeit wurde so schon während der 90er Jahre von der Agenda des Marktes übernommen – durch die einseitige Bevorzugung liberaler Reformen als auch durch die objektive Stärkung der Großunternehmen gegenüber denjenigen Akteuren, die eigentlich besser qualifiziert waren, soziale und regionale Umverteilungsmechanismen aufzubauen wie auch stufenweise steigende ökologische Standards festzulegen. Konsequenterweise wurde fast einstimmig festgestellt, dass die 90er Jahre die sozialen Unterschiede innerhalb der Länder verstärkt haben und gleichzeitig der Graben zwischen reichen und armen Ländern und zwischen den wohlhabenderen und den weniger prosperierenden Regionen noch vertieft wurde. Anstatt mehr öffentlichen Umweltschutz und soziale Verantwortung voranzutreiben, führte die Globalisierung zu der Vorstellung einer Umwelt, die nur noch als *business opportunity* gesehen wurde. Die Rede von der „betrieblichen Selbstregulierung“ verfestigte auf der anderen Seite die Konzentration von Reichtum in den Händen globaler Interessen, die sich nicht verantwortlich fühlen für soziale und Umweltbelange, gegenüber den Regierungen und der Bevölkerung. Die Übernahme des Umweltthemas durch die Agenda des Marktes, in dem nichts anderes als kumulatives Wachstum vermerkt war, hat dabei die schädliche Trennung zwischen Umwelt- und sozialer Frage noch vertieft. Die Wahrnehmung, die neoliberalen Reformen hätten dazu beigetragen, dass sich soziale Ungleichheiten und Umweltindikatoren verschlechterten, scheint selbst einige Offizielle von Weltbank und IWF berührt zu haben. Aber im Kontext der internationalen politischen Krise, welche die Anschläge vom 11. September ausgelöst haben, droht die Debatte über soziale und ökologische Re-Regulation wieder absorbiert zu werden – und zwar durch eine neue Unterordnung der Umweltbelange, diesmal unter die militärische Rede von „ökologischer Sicherheit“.

Die Militarisierung von Nachhaltigkeit: Der Fall der ökologisch-ökonomischen Zonierung der brasilianischen Amazonas-Region

Im internationalen Kontext wurde die Rede von der „ökologischen Sicherheit“ heraufbeschworen, um Projekte zur Bevölke-

rungskontrolle in wenig industrialisierten Ländern zu legitimieren. Hintergrund ist die neo-malthusianische Prämisse, wonach der Bevölkerungsdruck auf knappe Ressourcen die Hauptursache für soziale und politische Konflikte sei. Dieses Interpretationsmodell, das solche internen Konflikte als Gefahr für die internationale Sicherheit ansieht, wurde 1994 von Thomas Homer-Dixon entwickelt (vgl. Homer-Dixon 1995). Schon bald wurde es beliebt auf dem internationalen Politikfeld, insbesondere im US-Außenministerium, wie die Fälle von Haiti, Ruanda und Chiapas in Mexiko zeigen. Die Ausbreitung eines solchen Modells wird üblicherweise mit dem Versuch erklärt, die hohen Militärausgaben zu legitimieren, nachdem die großen Unternehmen im Luftfahrt- und Telekommunikationssektor nach dem Kalten Krieg mit dem Wegfall gutdotierter Verträge fertig werden mussten. Das Militär und die Luftfahrtindustrie führten die Belange des Umweltschutzes und solche der nationalen Sicherheit diskursiv zusammen.

Die Krise der postkolonialen afrikanischen Staaten diente dazu, interne politische Konflikte als Folge der Überbevölkerung zu erklären, die angeblich zu Kämpfen um knappe Ressourcen führe: „There is altogether a group of biological national security problems: environmental destruction, population boom, rapid spread of disease, the emergence of completely new diseases“, gab einer der Wortführer dieses ökologisch begründeten Neo-Hobbesianismus zu bedenken. „It is known that these things affect Africa, but they still do not see that they too can affect America“; „chaos is the best incubator of disease and disease is an incubator of chaos“, fasste er zusammen.⁵ Argumentative Strategien dieser Art bildeten die Kulisse für Veränderungen in der nordamerikanischen Verteidigungspolitik. Mit ihren Schilderungen, nach denen der „Wettstreit um knappe Ressourcen eine uralte Form menschlicher Konflikte darstellt, die Spannungen zwischen Staaten verursachen“, begründete die US-Außenministerin in ihrer Rede beim Earth Day 1997 den Begriff der „ökologischen Sicherheit“, der rhetorisch brauchbar erschien, um dem Verteidigungs- und Geheimdienstbereich eine zentralere Rolle in der US-Umweltdiplomatie zu gewährleisten (Conca 1998).

Seit 1991 zählt der Jahresbericht über die nationale US-Sicherheitsstrategie auch Umweltbelange zu seinen Themen,

während der Gebrauch von Militärsatelliten zur Umweltkontrolle zur wichtigsten praktischen Anwendung des neuen nationalen Sicherheitsfokus auf die Umwelt wurde. Basierend auf geobezogenen Daten sollten quantitative Analysen des „national security impact index“ die neue Sicherheitsstrategie bestimmen. Beispiele dafür sind die Einschätzungen des US-Militärgeheimdienstes, wonach die ökologische Zerstörung des Viktoriasees eine „Ursache für mögliche Instabilität in Ostafrika“ darstellte,⁶ oder dass die US-Militärpräsenz in Afrika die nachhaltige Entwicklung unterstützen solle, etwa durch Hilfe für Fischer und ein Wasser-Ressourcenmanagement.⁷

Gleichzeitig mit dieser „Militarisierung von Nachhaltigkeit“ entwickelte sich das, was man „Umwelt-Militär-Komplex“ nennen könnte. Dies rückt die Umwelt in den Zuständigkeitsbereich des Geheimdienstes und legitimiert riesige Investitionen in Technologien und Apparate zur Landüberwachung. Im Falle Brasiliens wurde von der dortigen Regierung mit Unterstützung der USA das System zur Überwachung des Amazonas (SIPAM) als Matrix für nachhaltige Entwicklung im weiten Ökosystem des Amazonas präsentiert, während das Amazonas Kontroll System (SIVAM) als bi-funktional beschrieben wird, als ein Militärprojekt, um den Luftraum zu verteidigen, und – gemeinsam mit der ökologisch-ökonomischen Zonierung – um Informationen zu sammeln über mineralische, Wald- und Wasserressourcen, menschliche Bewegungen und Siedlungen. Das SIVAM, ein Projekt mit einem Umfang von 1,4 Milliarden Dollar, wovon fast die Hälfte für die Datenaufnahme vorgesehen ist, wird eventuell SIPAM in der Umweltüberwachung unterstützen – durch den Gebrauch von Sensoren, Radar, Satellitenbildern, einem integrierten Telekommunikationssystem und die Aufzeichnung von irregulären Aktivitäten. Die militärische Verwicklung in Projekte dieser Art geschah in einem Kontext, den ein früherer Sekretär für Strategische Angelegenheiten „Existenzangst“ der bewaffneten Kräfte genannt hat. Seiner Einschätzung nach hatte das Militär „aufgehört, ein wichtiger Akteur in der Modernisierung des Landes zu sein und hielt konsequent Ausschau nach mehr Raum im Zentrum staatlicher Macht.“ (vgl. M.C. Flores, „Rumos para Defesa“, in *Jornal do Brasil*, 1/4/1995)

Die Fernkontroll- und Teleüberwachungstechnologien förderten die strategische Debatte über die Landbesetzerorgani-

sationen in Grenzregionen. Umweltschutz-Projekte wurden aufgebaut, die sich gleichzeitig gegen verbotene Aktionen richteten. Auf der einen Seite konnten die gewonnenen Umweltinformationen als Instrumente zur Verteidigung der nationalen Souveränität und zum Widerstand gegen die angeblich drohende internationale Intervention in die Amazonas Region genutzt werden (de Oliveira 1995: 42). Andererseits benutzte man die vernetzten Projekte wie die ökologisch-ökonomische Zonierung und SIVAM als Methoden der simultanen Fernüberwachung ökologischer Prozesse und illegaler Praktiken. Erdgestützte Umweltdaten werden als integraler Teil der Informationen herangezogen, nach der eine illegale Praxis als solche charakterisiert wird. Die Basis der Umweltkontrolle von SIVAM ist konsequenterweise vorgesehen als Instrument der Informationsbeschaffung für das Kriminalitätsüberwachungssystem. Die Teleüberwachung nimmt also eine doppelte Aufgabe in Anspruch – eine ökologische und eine juristische. Für den Zweck der Fernüberwachung korrespondiert diese Aufgabe mit einer festgelegten Anordnung von Menschen und Dingen in der Region – was in den geobezogenen Daten vorgegeben ist: „Die geobezogene Datenbasis ist grundlegend. Wenn wir nicht wissen, wo die Mineralvorkommen liegen, die Hauptwohnorte der Indigenen, umkämpfte Gebiete, die wichtigsten bewohnten Gebiete, wo Hartholz weggeschafft wird, dann kann SIVAM nicht mit der Arbeit der Überwachung beginnen“, stellte der SIVAM-Projekt Koordinator fest (ebd.).

Die Legalität wird dann gesehen als Ausdruck der Entsprechung von Menschen und Dingen an „ihrem jeweiligen Ort“. Illegalität und ökologische Unordnung spiegeln folglich fehlende Übereinstimmung zwischen Menschen, Dingen und „ihren Plätzen“ wider, wie es der SIVAM-Koordinator ausdrückt: „All diese Berichte sollten verbunden werden mit den Berichten über illegale Aktionen, die in einem anderen Bereich genutzt werden. Wenn irgend etwas schief läuft in der Region, werden wir herausfinden, was passiert ist in dieser Gegend. Es ist viel einfacher herauszufinden, was in der Region los ist, wenn man die illegalen Handlungen mit einbezieht.“ „Wenn man ein bestimmtes Flugzeug das erste Mal in eine bestimmte Richtung zu einem bestimmten Punkt hin fliegen sieht, mag das Zufall sein, ein ganz normaler Flug; beim zweiten Mal

sollten wir ihm etwas mehr Aufmerksamkeit schenken; beim dritten Mal ist dieser Flugverkehr verdächtig. Doch um das zu realisieren ist es wichtig, die Informationen aus allen Bereichen zu haben.“ (ebd.) Und die Legitimation dieser angenommenen Ordnung wird als genauso selbstverständlich angesehen wie die Fähigkeit des Überwachungssystems selbst, illegale Aktionen zu identifizieren: „Wann es suspekt ist – wer will es als suspekt oder anders benennen oder klassifizieren, wenn nicht der Kontrolleur; die Datenkombination, die wir zur Verfügung haben, wird uns sagen, wenn es dort eine Schürfstelle oder eine andere Art illegaler Ausbeutung gibt. Das System selbst wird die ersten logischen Schlussfolgerungen ziehen.“ (ebd.)

Diese Informationen würden folglich auf „quasi-natürlicher“ Basis, objektiviert in einem digitalen System, die gesetzliche wie die ökologische Ordnung festlegen. Das Ziel einer solchen quasi-Naturalisierung der sozio-territorialen Ordnung führt jedoch eine ganze Reihe von Konsequenzen nach sich, welche die Unterschiede zwischen Überwachung und Simulation in zunehmendem Maße verschwimmen lassen. Kontrolle durch Fernerkundung ist charakterisiert durch den Gebrauch von Technologien, welche die Datenübertragungszeit gegen Null tendieren lassen.⁸ Die elektronischen Signale/Bilder können daher als reales Gegenstück der Objekte und Ereignisse betrachtet werden. In Anbetracht dessen, dass hier „imaginär“ und „real“ zusammenfallen, verschwindet die Distanz zwischen virtueller und realer Kontrolle.

Diese rationalistische Sicht, die Welt der Dinge zu ordnen, erinnert uns an Benthams Utilitarismus. Von diesem wurde im 18. Jahrhundert ein hydraulisches System der Vergnügungen anvisiert, das die menschliche Psyche eindämmt und zu körperlicher Produktivität kanalisiert (Foucault 1977). Mit der Ökologisierung der territorialen Ökonomie wird gleichfalls versucht, ökonomische Ströme einzudämmen, zu kanalisieren und eine systematische Korrektur daran vorzunehmen: Eine produktive Kanalisierung der ökonomischen Ströme der Natur. Zu der ursprünglichen Besorgnis in der frühen Neuzeit über die Verschwendung der psychischen Energie kommt nun die Sorge um die Verschwendung der Elemente der materiellen Welt. Während in der panoptischen Sicht Benthams (eines

zentralen Überwachungssystems) eine „Bio-Macht“ danach strebt, die produktiven Subjektivitäten nicht zu verschwenden, zielt die „Öko-Macht“ darauf ab, die produktiven territorialen Elemente nicht zu verschwenden. Die erstere fragt danach, was im Land getan wird; sie diszipliniert Menschen, ihre Körper und Oberflächen und geht von einer politischen Anatomie aus, die auf Unterordnung ausgerichtet ist. Die zweite fragt danach, was mit dem Land passiert; definiert zulässige und unzulässige Verfahren, verteilt effizient die technischen und ökonomischen Prozesse. Während die panoptische Sicht selbst vom Überwachten nicht gesehen, sondern nur geahnt werden kann, ist die ökologische Sicht immer offen über den Beteiligten positioniert, als eine Perspektive von einem planetarischen, im globalen Wettbewerb stehenden oder generationenübergreifenden Standpunkt aus.

Ökologische Fernerkundungsverfahren stellen damit eine Aneignung von Gebieten durch eine Machtstrategie dar, wobei diese Verfahren dazu neigen, den gesellschaftlichen Inhalt des Raumes zu ignorieren und eine „natürliche Natur“ als Bezugspunkt zu setzen für die angestrebte „Ordnung der Umwelt“. Es ist daher notwendig, die spezifische Komplexität des konkreten gesellschaftlichen Terrains in seiner ganzen Bedeutung zu erfassen – mit seinen Widersprüchen, Konflikten und Widerständen – um hinter der ungewissen sozio-territorialen Fernkontrolle die „offene Kosmologie eines unvollkommenen Panoptismus“ (Graham 1998: 486) zu entdecken. Aufgrund der spezifischen sozio-politischen Bedingungen der Amazonasregion wird ein Projekt, das auf eine Architektur der Positionen zielt – strukturell geplant und angewandt auf Individuen und Orte, auf Ströme und Prozesse –, kaum je aufhören, von seinem Anspruch abzulassen, der aber „ein mehr als unvollkommener Panoptismus“ genannt werden kann.⁹

Ökologische Gerechtigkeit versus konsensuale Post-Demokratie

Das Ende der Militärdiktaturen und die weltweite Demokratisierungswelle der 1980er Jahre gab Anlass zu hohen Erwartungen, dass es zu einem doppelten Prozess von Demokratisierung des Staates und der Vergesellschaftung der Politik kom-

men würde. Dies würde mehr Transparenz im öffentlichen Management und eine größere Einbeziehung der Gesellschaft in die politische Debatte wie auch einen Prozess der Machtverteilung implizieren. Es wurde weiterhin angenommen, dass das geschlossene Festhalten der Linken am Projekt der Demokratisierung als einer Gesellschaftsform – und nicht lediglich als ein politisches Regime – in Verbindung mit dem Wiederaufkommen sozialer Bewegungen, das Aufziehen einer so genannten „neuen Politik“ erlauben würde – mit einer Art Fusion politischer und nicht-politischer Sphären, des Staates und der Zivilgesellschaft. In diesem Prozess würden die Bürger an der Kontrolle der politischen Elite partizipieren, indem sie über neue Kommunikationskanäle mit dem Staat verbunden sind. Angelegenheiten, die zuvor privat, moralisch oder geschäftlich waren, würden politisiert. Das staatsbürgerliche Handeln aus der Sphäre der Regierungsgewalt würde sich ausbreiten, nicht-politische Institutionen der Zivilgesellschaft würden politisiert, und die Gesellschaft würde die Werte und die kulturellen Modelle infrage stellen, in denen sich traditionell die divergierende Interessen niedergeschlagen haben. Die Art, das Profil und die Richtung politischer Kontrolle würden selbst zum Gegenstand politischer Konflikte, die eine breitere öffentliche Sphäre einnehmen würden als nur die des Staates.

Herausgekommen ist heute ein ganz anderes Paradigma, in dem die Disqualifikation der Politik die Ausbreitung des nicht-politischen Raums rechtfertigt. Vormals politische Themen sind entpolitisiert und in die Privatsphäre übergegangen. Regierungsaufgaben sind nichtstaatlichen Akteuren übertragen und dabei neue Kanäle (wie z.B. Foren und Beiräte) eingerichtet worden, die als frei von den Übeln der Politik gelten. Die politische Sphäre soll nun einer Schlichtungsstelle der Eliten überlassen bleiben – wegen der angeblich geringen Bedeutung und Effektivität von Politik. Private und zivile Organisationen sind angehalten, eine Einigung herbeizuführen, was ja einst das Vorrecht staatlicher Autorität war. Die Werte, die kulturellen Muster und die Regeln des sozialen Zusammenlebens, in denen die Interessen definiert wurden, bleiben nun unbestritten, und die diversen Interessen werden symbolisch vereint. Letztlich ist die Politik durch ökonomische Metaphern ökonomisiert worden: „Wirtschaftsstandort“ für den

Ort städtischer Politik; „Unternehmensleitung“ für das Management öffentlicher Investitionsprogramme; „nationale Wettbewerbsfähigkeit“ für die internationalen Strategien eines Landes; die Zuweisung von Preisen für eigentlich nicht handelbare Teile der Umwelt; die Veräußerbarkeit von Wissenschaft als Ausdruck eines ökonomischen Wertes von Wissen, das an Universitäten „produziert“ wird; etc.

So wird mehr und mehr ein Modell erkennbar, das Jacques Rancière (1995) „konsensuale Post-Demokratie“ genannt hat, charakterisiert durch die Verheimlichung von Konflikten, durch das „Verschwinden von Politik“ und den Auftrag an bestimmte soziale Gruppen, die als neue „Partner“ des Staates besonders für Verhandlungen mit ihm geeignet erscheinen. Wenn die Runden Tische und andere Foren sowohl Unternehmer und als auch Arbeiter, die Verursacher von Umweltverschmutzungen und ihre Opfer einschließen, dann bringen diese hybriden Formen zwischen Staat und Gesellschaft alle gleichermaßen in den homogenen Stand von „Partnern“, wobei jeder Unterschied der sozialen Rolle, der Verantwortung und der Macht verwässert wird. Die Verantwortung für Umweltverschmutzung und ihre Lösung wird dabei häufig gleichgesetzt, zum Beispiel, in den Foren der so genannten lokalen Agenda 21. Nichtsdestotrotz machen die Verschmutzer immer weniger Anstalten, ihre Informationen über den von ihnen angerichteten Schaden offen zu legen und lassen immer weniger eine soziale Kontrolle dieser Gefahren zu. Die Runden Tische mögen mehr und mehr „partizipativ“ in ihrer Zusammensetzung sein, doch sie haben weniger entscheidungsfähige Macht wegen des großen Volumens ihrer Agenda, und die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass sie als eine Art „Polit-Show“ wahrgenommen werden. Weil soziale Nicht-Differenzierung innerhalb dieser Sphären der „Partnerschaft“ von Nutzen ist, basiert die Entwicklung einer Demokratie stark auf Bildern. Die scheinbare Stabilität, die durch den symbolischen Konsens erzielt wird, wird ein wesentliches Element der Politik, um internationale Investitionen anzuziehen. Die Notwendigkeit, dem Investor auf internationaler Ebene Vorteile anzubieten, – sozialer Konsens, Sicherheit, ökologische Nachhaltigkeit – rechtfertigt dabei, dass alle umstrittenen Projekte unter den Tisch gekehrt werden um des lokalen oder urbanen Wett-

bewerbs willen. Aber der fiktionale Charakter vieler dieser Konsense wird zunehmend sichtbar an den Symptomen, an den Brüchen in den sozialen Beziehungen, der zunehmenden räumlich-sozialen Segregation und der Gewalt in den Städten.

Konsensbildende Techniken wurden entwickelt, um jeden Streit als ein zu vermeidendes Problem darzustellen. Und jeder verbleibende Disput wird konsequenterweise als Folge mangelnder Konsensfähigkeit und nicht als Ausdruck realer Differenzen zwischen Handelnden und ihren sozialen Projekten zu betrachten versucht; Differenzen, die üblicherweise in der Öffentlichkeit behandelt werden. Da angesichts der Aushöhlung der Demokratie nur ein „Quasi-Nichts“ noch von demokratischen Verfahren regiert wird, wurde, um die politische Leere zu füllen, ein Diskurs über „lokale Bürgerschaft“ initiiert, die als Indikatoren eines einheitlichen Selbstverständnisses der Gesellschaft präsentiert werden. Dabei wird der Versuch unternommen, den realen Trend der sozialen Fragmentierung durch die Integration der Ausgeschlossenen in lokalen Kollektiven zu kompensieren. Eine Art „Demokratie der Nähe“ wird als Heilmittel gegen den sozialen Zusammenbruch präsentiert. Dabei sind die meisten tief verwurzelten Ursachen von Ausgrenzung und Gewalt nicht auf der lokalen Ebene zu finden.

Die „konsensuale Post-Demokratie“ präsentiert das Unternehmen als Modell für die Organisation der Gesellschaft. Die Vorstellung dabei ist, dass die Logik der Effizienz, gemessen nach strikt monetären Kriterien, von nun an die Leitlinie für alle Aspekte des sozialen Lebens wird – von öffentlicher Verwaltung bis zum Management genetischer Informationen. Aber kein demokratisch aufgebauter Prozess würde es überstehen, wenn das soziale Leben in ein Modell von diskussionsfreien, unternehmerischen Hierarchien gepresst wird. Das demokratische Projekt ist im Gegenteil verpflichtet, sich immer wieder der antiken Polis zu erinnern, die gleichzeitig *pluralistisch* ist, weil sie die unterschiedlichen Perspektiven der Bürger wiedergibt, und *gemeinschaftlich*, weil dies von allen geteilt wird.

Dies genau ist die Herausforderung, welche die Umweltfrage in das politische System brachte: Die Externalisierung von Umweltbelastungen ist ein strikt politisches Feld, sie ist strukturell wegen des Kräftespiels des Marktes und nicht wegen randständiger „Marktfehler“. *Nicht nur Ineffektivität ge-*

fährdet die Umwelt, sondern auch der Mangel an sozialer Gerechtigkeit. Daher prangerten angesichts der sich verschlechternden sozialen und ökologischen Verhältnisse die sozialen Bewegungen in den 90er Jahren diese Auswirkungen als der Marktlogik inhärent an. Unterschiedliche lokale Initiativen für eine bessere Verteilung der Umweltressourcen haben sich auf nationaler Ebene zusammengeschlossen und begonnen, sich auch international als integralen Teil der Politik zu verorten. Ihr Auftreten erklärt sich mit der Entwicklung eines Umweltbewusstseins in den traditionellen sozialen Bewegungen, ob im Interesse der Bürgerrechte oder für die Demokratisierung des Landes. Aber sie entstanden auch wegen der umweltbedingten Verelendung der am meisten von Armut betroffenen Bevölkerungskreise, sowohl in den Ländern der Peripherie als auch innerhalb der wohlhabenden Staaten selbst.

Ökologische Gerechtigkeit ist in ihrem Kern eine Ausweitung vom Gebiet der reinen Umweltprobleme hin zur Thematisierung der räumlichen und sozialen Verteilung von Umweltgütern und -belastungen, der ungleichen Lastenverteilung bezüglich des Umweltschutzes und – vielleicht am wichtigsten – der Orte, an denen umweltbezogene Entscheidungen getroffen werden. Wenn wir unsere Aufmerksamkeit auf diese Kernfragen der Verteilung richten, wird sich unser Blickfeld weiten und das Lokale wie das Globale, städtische wie ländliche Regionen einbeziehen. Wir müssen nach der Verteilung der Umweltlasten innerhalb der Städte und zwischen ihnen fragen; zwischen den Städten, ihren Peripherien und dem Hinterland; und zwischen den Regionen der Welt. Aus dieser Perspektive ist Umweltverschmutzung in einem begrenzten Raum, die die Arbeiter und ihre Nachbarschaft bedroht, genauso ein globales Problem wie ihre logischen Verknüpfungen, z.B. der Verlust an biologischer Vielfalt, der Klimawandel oder das Ozonloch (Deutsch Lynch 1999).

Die ungleiche Verteilung von Umweltgütern und -schäden spiegelt breitere ökonomische Ungleichheiten wider, was viel zu tun hat mit der regionalen Integration in die globale Ökonomie wie auch mit strukturellen Faktoren innerhalb der Länder. Weil diese ökonomischen Unterschiede oft verstärkt wurden durch die internationale Entwicklungspolitik, erfordert das Bemühen, mehr ökologische Gerechtigkeit in den Län-

dern des Südens zu erreichen, dass internationale Entwicklungsagenturen ihre Aufmerksamkeit auf diese umweltbezogenen Ungleichheiten richten und eine Politik machen, die zu deren Abbau beiträgt. Weil die Kritik an der Welthandelspolitik in jüngster Zeit wächst, müsste dies leichter möglich sein. Unter Berücksichtigung, dass internationale Entwicklungsagenturen ökologische Ungerechtigkeit in wenig entwickelten Ländern immer weiter vertieft haben, braucht das Streben nach ökologischer Gerechtigkeit Neuerungen in der Umweltpolitik.

Wenn, wie Low und Gleeson (1998) vorschlagen, „ökologische Gerechtigkeit von der Verteilung der Umwelten an Menschen handelt“, kann sie als Verräumlichung von Verteilungsgerechtigkeit gedacht werden. Das bedeutet, dass *Eigentums- und Zugangsfragen fundamental sind für die Agenda der ökologischen Gerechtigkeit*. Ein Set von Fragen hat mit der *Zuteilung* von Umweltgütern und -belastungen zu tun: Die Privatisierung der Profite, die zu Lasten der Allgemeingüter geht, transnationale Verteilung von Umweltbelastungen (inklusive transnationalem Handel mit Giftmüll) und Entscheidungen darüber, bestimmte Landschaften für den ästhetischen Genuß zu schützen und andere für die Produktion zu zerstören (was Städte erst befähigt zu überleben und zu wachsen). Wie Concepción (1995: 203) zeigt, sind die transnationale Verteilung von Umweltschäden eng verbunden mit dem anti-kolonialen Kampf.

Ein zweites Set hat speziell mit dem Zugang zu Land zu tun und mit den destruktiven Einflüssen von Eigentum und Handel auf soziale Beziehungen. Die *Kommodifizierung des Raumes* führt zu Eingrenzungen und zu Veränderungen von Landschaften und ökologischen Zusammenhängen, was diese instabil macht und eine Landnutzung fördert, welche die Gesundheit der Landarbeiter, die Nachbarn und das nicht-menschliche Leben gefährden. Fast unvermeidlich führt das zu Vertreibungen und zur Entfremdung der Landbevölkerung von ihrer Lebensgrundlage. Landkonzentration und ökologische Ungerechtigkeit in ländlichen Gebieten gehen einher mit der Produktion von städtischen Räumen, die ebenfalls ungerecht sind.

Ein drittes Themenset hat zu tun mit der soziale Verteilung verschmutzender Einrichtungen und Menschen im städtischen

Raum. Der Wohnungsmarkt, Arbeitsmöglichkeiten im formellen wie im informellen Sektor, Wohnverhältnisse und Transportmöglichkeiten beeinträchtigen die Verteilung von Menschen und von Risiken. Die Auswirkungen dieser Politik sind wahrscheinlich da am schädlichsten, wo sie durchdrungen sind von rassistischen und ethnischen wie auch von klassenmäßigen Benachteiligungen (Deutsch Lynch 1999).

Gesundheit und Hygiene sind seit Mitte des 19. Jahrhunderts ein wichtiges Anliegen für Stadtpolitiker in Dritte-Welt-Ländern. In den letzten Jahren wurden diese Probleme „ökologisiert“ und Fragen der Wasserversorgung, des Abwassers und der Müllabfuhr können als Problem von Umweltgerechtigkeit angesehen werden. Aber allzu oft werden sie als einziges städtisches Umweltproblem gesehen. Lateinamerika, zum Beispiel, ist überwiegend städtisch geprägt und voll in die globale Ökonomie integriert; seine Einwohner sind den Risiken von Luft- und Wasserverschmutzung und giftigen Substanzen am Arbeitsplatz und in der Wohngegend alltäglich ausgesetzt. Diese Risiken sind nicht begrenzt auf die Regionen der Megacities, sondern man begegnet ihnen auch in den kleineren Städten und den Randbezirken, wo die Industrie häufig angesiedelt ist. Die Umweltschäden, die mit diesen Industrien einher gehen, können als wichtige Nebenprodukte des internationalen Handels an giftigen Substanzen und gefährlichen Technologien verstanden werden. Manche Umweltschäden betreffen alle Stadtbewohner; andere sind lokal wirksam, meist in alten Arbeitervierteln und neueren informellen Ansiedlungen (ebd.).

Das *Paradigma der Umweltgerechtigkeit* wurden von Aktivist*innen erdacht, die mit einer langen Geschichte im Kampf um Bürgerrechte zum Umweltschutz kamen. Im Fall der Vereinigten Staaten war die Bewegung notwendigerweise gezwungen, das Thema Umweltgerechtigkeit im Mainstream der Politik zu etablieren. Ein Bericht über „Toxic Waste and Race“ (United Church of Christ 1987) in den USA belegte sehr deutlich, dass die Belastung mit Giftmüll nicht nur in sozial schwachen Gebieten, sondern auch in den Vierteln der Farbigen stärker konzentriert ist. Die Publikation von Daten über die Freisetzung von Giftstoffen durch die US-Umweltschutzbehörde hat den Aktivist*innen außerdem ermöglicht, Informationen über die

räumliche Verteilung der Risiken in US-Städten zu sammeln und zu verbreiten. Die bestehenden Erfahrungen zeigen die Bedeutung sozialer Bewegungen und Wissenschaften im öffentlichen Interesse, um die Belange der Umweltgerechtigkeit zu erreichen. Doch die unterschiedlichen politischen und bürokratischen Traditionen und die tiefen Unterschiede in Wohlstand, Macht und Ungleichheit zwischen den Ländern machen es gefährlich, zu sehr auf vergleichbare Strategien zu setzen.

Abschließend ist gegen die Absorption der Umweltproblematik durch die Logik der Effizienz und gegen die Disqualifizierung von Politik durch einen „post-demokratischen Konsens“ – d.h. gegen die zentralen Elemente des (neo-)liberalen Reformprogramms – eine auf die Initiativen sozialer Bewegungen zurückgehende neue Art der Artikulation zu setzen. Diese müsste ökologische und soziale Ziele in Verbindung bringen und der ökologischen Frage neue politische Unterstützung und eine erneuerte moralische Kraft geben, um die kulturellen Werte und Ziele in Frage zu stellen, mit denen die Ausbeutung des Planeten gerechtfertigt wird. Vor diesem Hintergrund sollte die internationale Debatte zur Kenntnis nehmen, dass natürliche Ressourcen ungleich verteilt sind und dass auch die Betroffenheit von Umweltgefahren zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen ebenfalls sehr ungleich ist. Denn es wird zunehmend evident, dass die Logik des Marktes, wie sie in dem kontroversen Memorandum von Lawrence Summers gerechtfertigt wurde, das 1992 in der Weltbank verbreitet wurde,¹⁰ zu einer Verbreitung von Verschmutzungsprozessen und Umweltschäden auf nationaler wie internationaler Ebene führt in einer Art, die vor allem die ärmere Bevölkerung trifft. Um ökologische Ungerechtigkeit aus der Welt zu schaffen, müssen wir in letzter Konsequenz hinterfragen, wie Staat und Markt in spezifisch nationalem und supranationalem Rahmen funktionieren und wie sie technische und wissenschaftliche Entscheidungen beeinflussen. Und wir müssen auch ergänzende Fragen nach der Rolle der internationalen ökonomischen und politischen Institutionen stellen; danach, wie diese Institutionen die Parameter für die Thematisierung der Umweltfragen setzen, die von der tröstlichen Bezeichnung „nachhaltigen Entwicklung“ erfasst werden, und wie sie die Demokratisie-

rung ökologischer Planungs- und Regulierungsprozesse stützen oder behindern.

Aus dem Englischen von Stephan Günther

Anmerkungen

- 1 Es ist schon seit langer Zeit bekannt, dass „the moral construction of global environmental problems emphasising the common interest in the efforts to face up to them has prevailed, diverting the attention from political setbacks resulting from the diversity of social interests and nations involved in this confront“ (Buttel/Taylor 1992: 406).
- 2 Das politische Dilemma bezogen auf globale Umweltprobleme berührt sicher auch die wissenschaftliche Debatte selbst: „global change research is part of a contested science in a contested political arena“ (Krueck/Borchers 1999: 123).
- 3 „The real debate associated with globalization is, ultimately, not about the efficiency of markets, nor about the importance of modern technology. The debate, rather, is about inequality of power“ (Sen 2001: 9).
- 4 Georgescu Roegen (1971) hat auf die Problematik der Entropiesteigerung zurückgegriffen, um die ökologische Frage als eine ethische Wahl darzustellen. Wenn die Irreversibilität des entropischen Prozesses gegeben ist, dann muss eine Wahl getroffen werden zwischen der Produktion von Pflügen oder Panzern.
- 5 J. Goldberg, „Our Africa Problem“, New York Times Magazine, March 2, 1997, p. 35, zit nach: Hartmann 1997: 12.
- 6 J. Brian Atwood, „Towards the Definition of National Security“, Bemerkungen bei der Konferenz „New Directions in U.S. Foreign Policy“ an der Universität von Maryland, College Park, 2. November 1995. Excerpted in Wilson Center, Environmental Change and Security Project Report, Spring 1996: 85-88, zit. nach: Hartmann 1997: 15.
- 7 K. Butts, „National Security, the Environment and DOD“, in Wilson Center, Environmental Change and Security Project Report, Spring 1996, zit. nach: Hartmann 1997: 15.
- 8 vgl. W. Bogard (1996), The Simulation of Surveillance: hypercontrol in telematic societies, Cambridge Univ. Press, Cambridge, S. 9, zit. nach: Graham 1998: 497.
- 9 „The image standard“ – stellt ein technisches Dokument des Brasilianischen Sekretariats für strategische Studien (SAE) fest – „is the result of combinations of spectrum responses of the

physical and biotic variables and of the actions resulting from economic activities“ The „graphic homogeneity of the image standard – proceeds the document – defines spatialisation and permits the preliminary identification of the environmental unit“ (SAE-PR 1995: 8). Guillot (1995: 50) dagegen warnt vor der Annäherungscharakter der Resultate von Fernüberwachungen.

- 10 Lawrence Summers, Ex- Sekretär der US-Zentralbank und Chef-ökonom der Weltbank, schlug vor, dass ärmere Länder als Müll-abladeplätze (*pollution havens*) genutzt werden sollten, weil Umweltfragen vor allem ein ästhetisches Problem für die Reichen sind. Die meisten BewohnerInnen der Dritten Welt würden so-wieso nicht lange genug leben, um von den krankmachenden Effekten der Verschmutzung betroffen zu werden – und, falls sie doch lange genug leben sollten, wäre ihr Leben weniger Wert als das der BewohnerInnen von entwickelten Ländern (*The Economist*, 8. Sept. 1992).

Literatur

- Acselrad, H. (1999): Sustainability and Territory: meaningful practices and material transformations. In: Becker, E./Jahn, T. (Hg.), Sustainability and the Social Sciences – a cross disciplinary approach to integrating environmental considerations into theoretic reorientation, London/New York; ZED Books, S. 37-57
- Blowers, A. (1007): Environmental Policy: Ecological Modernization or the Risk Society. In: Urban Studies 34(5-6), S. 853-34
- Brigagão, C. (1996): Sivam, Inteligência e Marketing, Ed. Record, Rio de Janeiro, S. 21-22
- Buttel, F./P.Taylor, (1992): How We Know We Have Global Environmental Problems? Science and the Globalization of Environmental Discourse. In: Geoforum 23 (3)
- Cambrézy, L./R.Maximy (eds.) (1995): La Cartographie en Débat, Karthala – ORSTOM, Paris
- Conca, K. (1998): The Environment-Security Trap. In: Dissent, Summer 1998
- Concepción, C. (1995): The Origins of Modern Environmental Activism in Puerto Rico in the 1960s. In: International Journal of Urban and Regional Research 19(1), S. 203
- Deutsch Lynch, B. (1999): International Institutions for Environmental Protection: Their Implications for Environmental Justice in Latin American Cities; International Meeting on „Democracy, Equality, and the Quality of Life: The Challenge for Cities in the 21st Century“, mimeo., Porto Alegre, Brazil, December 5-8
- Foucault, M. (1977): Überwachen und Strafen, Frankfurt/M.
- Georgescu-Roegen, N. (1971): The Entropy Law and the economic problem. Cambridge und London
- Graham, S. (1998): Spaces of surveillant simulation: new technologies, digital representation and material Geographies, in Environment and Planning D, Society and Space, Nr. 1
- Guillot, B. (1995), Imagerie satellitaire et estimation des precipitations. In: L. Cambrézy/R. de Maximy (Hg.), La Cartographie en Débat, Karthala – ORSTOM, Paris
- Hartmann, B. (1999): Population, Environment and Security – a new trinity. In: Political Environments, Nr. 5
- Hirschmann, A. (1991): A Retórica da Intransigência, Cia. das Letras, Sao Paulo
- IIED (2001): The Future is Now – For the UN World Summit on Sustainable Development, Nr. 1, IIED, London
- Krueck, C.O./J.Borchers (1999): Science in Politics: a comparison of climate modelling centers. In Minerva 37(2)
- Low, N./B.Gleeson (1998): Situating Justice the Environment: the case of BHP at the Tedi Copper Mine. In: Antipode 30(3); S. 201-226
- de Oliveira, Brigadier M.A. (1995): Testifying to the Commission in Defence of the Consumer, Environment and Minorities. House of Representatives. Proposal of inspection and control. Nr. 11, shorthand notes – Public hearing, Brasília, 14. Dezember 1995
- Rancière, J. (1995): La Mésentente. Politique et Philosophie, Galilée, Paris
- SAE-PR (1995): As Fases e as Etapas do Zoneamento Ecológico-econômico do Território Nacional, Brasília
- Sachs, W. (1989): Le Culte de l'Efficiency Absolue – a propos du rapport Worldwatch sur l'état du monde et de quelques autres. In: La Revue du MAUSS 3, S. 85-95
- United Church of Christ (1987): Commission on Racial Justice, Toxic Waste and Race in the United States, NY
- Wisner, B. (1997): The Limitations os „Carrying Capacity“. In: Political Environments, Nr. 5
- World Bank (1992): Governance and Development, Washington

Christa Wichterich

Sichere Lebensgrundlagen statt effizienterer Naturbeherrschung – Das Konzept nachhaltige Entwicklung aus feministischer Sicht

Die Rio-Konferenz wirkte auf feministische und geschlechterpolitische Diskurse wie auch auf Frauenorganisationen und -netzwerke wie ein Magnet. Dafür gab es inhaltliche und politisch-strategische Gründe. Der zentrale Anspruch der Konferenz, Umwelt- und Entwicklungspolitik zu verknüpfen, korrespondierte mit feministischen Ansätzen, Ökologie, Soziales und Ökonomie zusammenzudenken. Gleichzeitig forderte der Aufbau eines *Global Governance*-Regimes nach dem Ende der bipolaren Weltordnung und die Suche nach globalen politischen Antworten auf globale Probleme Frauenorganisationen geradewegs zur Einmischung heraus. Die Konferenz war Hoffungsereignis und schien Türen der Ermöglichung zu öffnen, feministische Konzepte einzubringen.

Als deutlich wurde, dass von UN-Seite die Rio-Konferenz wieder einmal weitgehend geschlechterblind vorbereitet wurde, setzte *Women's Environment and Development Organization* (WEDO), ein neuer Typus von Frauenorganisation, der als Knotenpunkt und Schaltstelle transnationaler Vernetzung höchst integrativ agierte, einen Sammlungsprozess in Gang. Die Vorbereitung auf Rio wurde zum Sammelbecken verschiedenster feministischer und frauenpolitischer Strömungen: liberale, gleichstellungsorientierte und ökofeministische, gleichstellungskritische Konzepte flossen ebenso ein wie sozialistische und differenzorientierte, gynozentrische Ansätze. Dadurch wurden Diskursstränge und Praktiken zusammengeführt, die in den achtziger Jahren weitgehend unverbunden nebeneinander her gelaufen waren:

- a) Debatten zum Ökofeminismus, zu spirituellen und Friedensansätzen, feministischer Umweltpolitik,
- b) Wissenschaftskritik, vor allem feministische Kritik der Naturwissenschaften und Technikentwicklung,
- c) entwicklungskritische und feministische Ökonomie-Ansätze, die Macht- und Interessenstrukturen entlang der Kate-

gorien Nord-Süd, Klasse, „race“ und Geschlecht diskutierten,

- d) entwicklungspolitische Ansätze zu „Frauen in Entwicklung“ (WID), die sich ausgehend von den Grundbedürfnissektoren Landwirtschaft, Wald, Wasser und Energie zu einem Konzept von „Frauen-Umwelt-Entwicklung“ (WED) erweitert hatten.

Ziel des Selbstverständigungsprozesses vor der Rio-Konferenz war, über alle Differenzen hinweg eine autonome Positionierung und eine eigene Agenda aus Frauensicht für die Konferenz zu erarbeiten. Kristallisationspunkt in diesem Prozess war der 1991 in Miami als Tribunal veranstaltete „Women's World Congress for a Healthy Planet“. Als Ergebnis der unterschiedlichen gelebten Erfahrungen und wissenschaftlichen Analysen ließen sich zwei Konsenspunkte in dem breiten Spektrum feministischer Ansätze und Konzepte identifizieren:

- ▶ Die Analogie von Frauenunterdrückung und Naturbeherrschung,
- ▶ der innere Zusammenhang von Wachstumsdogma und Umweltzerstörung bzw. die Raubbaulogik des Wachstumsparadigmas.

Charakteristikum der Debatten in Miami war eine dominante Entwicklungsskepsis bis hin zu radikaler Entwicklungskritik, ein „Infragestellen des herrschenden Entwicklungsmodells durch eine politische Umweltanalyse“ (WIDE) und eine vielfacettige Systemhinterfragung. Entsprechend richtete sich die Perspektivsuche vor allem auf Alternativen zum und im herrschenden Entwicklungsparadigma bzw. auf „Alternativen zum Modell des Wirtschaftswachstums“ (Peggy Antrobus vom Süd-Frauen Netzwerk *Development Alternatives with Women for a New Era*, DAWN). Diese Alternativen sollten gleichermaßen Probleme globaler Ungleichheit wie die der Umwelt, d.h. die Verteilungs- wie auch die Überlebensfrage aufnehmen und beantworten.

Bereits in einem Workshop „Women and Children First“ im Rio-Vorbereitungsprozess hatten die TeilnehmerInnen formuliert: „Wir sind entschlossen, die asymmetrischen und Dominanzverhältnisse der Wirtschaft zur Natur, von Männern zu Frauen und des Nordens zum Süden zu verändern.“

Unser Ziel ist nichts anderes als eine Revolution im Namen von Frauen, Kindern und der Umwelt.“ (zit. bei Braidotti 1994: 102) Entsprechend forderte ein Formulierungsentwurf bei der 3. Vorbereitungskonferenz im Rio-Prozess „ein Ende der entwicklungs­mäßig nicht nachhaltigen Weltordnung und ihren Ersatz durch ein neues Entwicklungsparadigma, das die Rechte der Menschen, besonders von Frauen und Kindern in Rechnung stellt (zit. bei Braidotti ebd.).

Diese Akzentsetzungen bestimmten auch die als Manifest in Miami verabschiedete „Women’s Action Agenda 21“. Dieses Positionspapier verbindet einerseits eine deutliche Strukturkritik an der „Ideologie des freien Marktes“ und dem Konzept ökonomischen Wachstums, die „Umweltsicherheit“ vereiteln, mit realpolitischen Forderungen nach Zeitznutzungsstudien zu Frauenarbeit über Umwelt-Audits bis zu geschlechterdemokratischer zivilgesellschaftlicher Kontrolle aller Militärausgaben. Dieser Spagat zwischen visionärer Gesellschaftstransformation und kleinen politischen Schritten wurde durch einen ökofeministischen Duktus („Sorge um die Gesundheit des lebendigen Planeten“), durch eine stark normativ und ethisch begründete Argumentation und die Verklammerung von Solidarität und Diversität möglich. Darin waren auch die drei kategorialen Forderungen der Richterinnen am Ende des Tribunals in Miami aufgenommen: globale Gerechtigkeit, Ressourcenethik und Frauenempowerment. In die strategische Forderung des Empowerment brachte das Süd-Frauen­netzwerk DAWN seinen Fokus auf Selbstorganisation von Frauen ein, liberale Gleichstellungsfeministinnen wie WEDO dagegen die notwendige Partizipation von Frauen an politischer Entscheidungsmacht. Die gesamte politische Stoßkraft des Dokuments von Miami zeichnet sich durch die emanzipatorische Zielsetzung aus, den Mensch-Natur-Bezug wie auch Ungleichheitsstrukturen zwischen Nord und Süd und innerhalb der Gesellschaften strukturell verändern zu wollen. „Wir appellieren an alle Frauen und Männer, sich diesem Ruf nach einer grundlegenden und sofortigen Transformation menschlicher Wertorientierungen und des Handelns anzuschließen.“ (World Women’s Congress 1992: 16)

Livelihood versus Entwicklung

Der Begriff „Nachhaltige Entwicklung“ kommt in dem Dokument, das Grundlage für die Advocacy- und Lobby-Arbeit von Frauen bei der Rio-Konferenz wurde, nicht ein einziges Mal vor. Die normativen Leitorientierungen in der „Women’s Action Agenda“ sind Gleichheit und Gerechtigkeit, während Nachhaltigkeit hier noch keineswegs die magische Formel darstellt, um welche die Agenda 21 ein halbes Jahr später gebaut wurde.

Das Konzept von *sustainable development* wurde in den Debatten in Miami von Frauen aus dem Süden, vor allem von DAWN, konterkariert durch ein Konzept von „*sustained livelihood*“. DAWN nannte nachhaltige Entwicklung im gängigen wirtschaftszentrierten Verständnis einen Widerspruch in sich selbst, denn Entwicklung bedeute immer maximale Nutzung und optimale Verwertung natürlicher Ressourcen und müsse deshalb zwangsläufig das Erhaltungsprinzip torpedieren. Prinzipiell lehnte DAWN ein universell geltendes Entwicklungsparadigma und eine Strategie nachholender Entwicklung für die Länder des Südens ab.

Statt von Entwicklung als Makrostrategie auszugehen, setzte DAWN *livelihood*, lokale Lebensbedingungen, Überlebenssicherung und Alltagserfahrungen von Frauen als Ausgangspunkt. *Livelihood* ist ein Gegenparadigma zu Entwicklung: dezentral und anti-universalistisch, basiszentriert und „bottom-up“-gerichtet. Entsprechend heißt es im Statement der Frauen des Süd-Caucus:

„We, the women of the South, affirm that equity and justice must be the guiding principle between men and women, among communities and among nations, for a healthy people and a healthy planet. We believe that people have the right to sustainable livelihoods which encompass every aspect of human well being: material, spiritual, cultural, ecological and political. We are convinced that sustainable livelihoods for every individual can be the only basis on which human progress can be built and a healthy relationship between people and the environment can be established.“

Armut wie auch die Umweltkrise sah DAWN durch die wachstums- und weltmarktfixierte Marktökonomie verursacht. Als forcierende Bedingungen für beide Krisenkomplexe kommen Überkonsum im Norden und der Eliten des Südens so-

wie Verschuldung und Strukturanpassung hinzu. Beide Krisen, die Armut- wie die ökologische Krise, analysiert DAWN in ihrer Verschränkung und mithilfe der drei sozialen Kategorien Klasse, „race“ und Geschlecht.

Alternatives Wirtschaften, Umweltsicherheit und reproduktive Rechte – das waren die drei Eckpunkte, die in den Debatten von DAWN den Rahmen für die Perspektiventwicklung abgaben. Der Anspruch auf reproduktive Rechte thematisiert zum einen den Körper als die unmittelbarste (Um-)Welt und bedeutet eine Kritik an jedweder Bevölkerungspolitik, die Frauenrechte missachtet, Fortpflanzung nach demographischen Maßgaben steuern will und sich politisch damit legitimiert, dass das Bevölkerungswachstum Hauptursache von Umweltzerstörung und Armut sei (DAWN 1992). Zum anderen aber schließt das Thema „Reproduktion“ die weltweit überwiegend von Frauen geleistete Sorge- und Reproduktionsarbeit ein, die von der neoklassischen Ökonomie und in Brutto-sozialprodukten nicht als produktiv gewertet, sondern außerhalb der Ökonomie angesiedelt wird. Der explizite Einbezug von Körper und Sorgearbeit in den *Livelihood*-Ansatz beruht auch auf dem praktischen Erleben von Umweltschäden vermittelt über Körperlichkeit und Gesundheit, der für Frauen als Lebensproduzentinnen und klassische Gesundheitsarbeiterinnen in den Familien Alltag ist.

Stand im Zentrum dieser entwicklungskritischen Position das Hinterfragen des industriekapitalistischen Weltmodells, so stand im Zentrum ökofeministischer Kritik von Entwicklung der androzentrische Umgang mit der Natur, der sich Natur – wie auch die Frauen – untertan macht. Ökofeministische Positionen greifen stark auf die in den achtziger Jahren geleistete feministische Wissenschaftskritik zurück. Bahnbrechend war Carolyn Merchants Analyse der Zerstörung des organischen Weltbilds durch die Bacon-Newtonsche experimentelle Naturwissenschaft, die mit der Hierarchisierung der Geschlechter und mit der Hexenverfolgung einherging. Merchant weist nach, dass die Herrschaftslogik, die diese Naturwissenschaften wie auch den verwertungsreduktionistischen Umgang mit der Natur leitet, in dem konstruierten Dualismus von Kultur – Natur, Mann – Frau gründet. Die globale Umweltkrise führen Ökofeministinnen letztlich auf diese Herrschaftslogik zurück.

Ihre Kritik der Herrschaftslogik im Mensch-Natur-Bezug berührt das Grundverständnis von Wissenschaft, Technologie und Marktwirtschaft.

Gemeinsam war den beiden Ansätzen – DAWN und Ökofeminismus – die Forderung nach einem „anderen Mensch-Natur/Umwelt-Verhältnis“ und damit auch nach anderen Wirtschaftsweisen. Mit dem *Livelihood*-Ansatz werden sowohl das raubbauwirtschaftliche Markt- und Wachstumskonzept als auch die experimentellen Naturwissenschaften konterkariert und stattdessen auf indigenes, durch Erfahrung generiertes Wissen und auf lokal gelebte Ökonomiekonzepte rekurriert, in denen Nutzung und Schutz natürlicher Ressourcen verknüpft sind. Die starke Betonung der Diversität von Frauen und ihrer Lebensbedingungen in der *Women's Action Agenda* korrespondiert mit der biologischen und kulturellen Vielfalt der unterschiedlichen lokalen *Livelihoods* als integrierte Überlebenssysteme.

Angepasste Nachhaltigkeit – abgestimmte Sprachregelung (*agreed language*)

Der dominante entwicklungsskeptische und wachstumskritische Tenor der Debatten in Miami und der *Women's Action Agenda* steht im Gegensatz zur Agenda 21 von Rio. Sie atmet Entwicklungs- und Wachstumsoptimismus. Das Konzept nachhaltiger Entwicklung, das die tragende Säule des Brundtland-Berichts und die handlungsleitende Maxime der Agenda 21 ist, stellt weder die markt-instrumentelle Umgangsweise mit Natur noch die Wachstumsgeilheit der kapitalistischen Marktökonomie in Frage. Im Gegenteil. Das Nachhaltigkeitskonzept wird eingepasst in die ökonomischen Vorgaben von Wachstum, Produktivität und Effizienz und angepasst an ein technisches und politisches Instrumentarium zum Management der Umweltkrise und der natürlichen und menschlichen Ressourcen. Als wichtigste Rahmenbedingung beschreibt die Agenda 21, dass die Weltwirtschaft „eine nachhaltige Entwicklung durch Liberalisierung des Handels fördern“ soll. So ist das Konzept nachhaltiger Entwicklung keine Blaupause für eine andere Entwicklung, sondern ein system-immanentes amöbenhaftes Reformkonzept und eine abhängige Variable der Defini-

tion von Entwicklung. Prinzipiell baut die Agenda 21 auf die Hoffnung, dass globale wie lokale ökologische Krisen durch die Generierung von Expertenwissen, durch ein besseres Ressourcen- und Stoffströmemanagement sowie effizientere Umweltschutz- und Kontrollmaßnahmen technisch und politisch zu bewältigen seien.

Die Rio-Konferenz und die Aushandlung der Agenda 21 stellten die Weichen für den dominanten Politikstil der neunziger Jahre: Statt konfrontativer Politikformen wurden diskursive, „konstruktive“ Aushandlungsstrategien eingeschlagen. Zivilgesellschaftliche Organisationen glaubten mit kooperativen Politikformen mehr erreichen zu können als mit den konfrontativen Formen der sozialen Bewegungen der siebziger und achtziger Jahre. Konsensformeln wie die der nachhaltigen Entwicklung oder des *Gender Mainstreaming* bei der 4. Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking spielten dabei eine wichtige Rolle der Integration gesellschaftskritischer Kräfte in den Verhandlungsmodus von *Global Governance*. Sie erfüllen die Funktion einer allgemeinen Leitorientierung und erscheinen auf den ersten Blick offen für Partizipation wie auch für strukturelle Transformation. Konsensfähig sind sie gerade wegen ihrer Offenheit. Die Schließung der Konzepte erfolgt dann je nach ihrer Anbindung an ökonomische und politische Setzungen und Zielorientierungen.

Die Rio-Konferenz läutete das Jahrzehnt der Kompromisse und der *agreed language*-Kultur ein: Enorme politische Energien wurden in die Ausformulierung von UN-Dokumenten und internationaler Abkommen investiert, um eine konsensuale Sprache zu finden. Dabei werden kritische Begriffe aus sozialen Bewegungen in die *agreed language* übernommen und in den Koordinaten des bestehenden Entwicklungsparadigmas weichgespült oder neoliberal überformt. Exemplarisch geschah dies mit dem machtpolitischen Begriff des *Empowerment*.

Frauenorganisationen beteiligten sich mit hohem Engagement an dieser Verhandlungskultur, um ihren Ausschluss als politische Subjekte aus den internationalen Politikarenen aufzubrechen und die Positionen des Miami-Kongresses einzubringen. Vor allem die gleichstellungsorientierten und entwicklungspolitisch anschlussfähigen NGOs feierten ihre Lobbystrategie in Rio als Erfolg. Es gelang, Frauen in ihrer

Doppelrolle als Opfer und Akteurinnen in Teile der Agenda 21 einzubringen, sie vor allem aber als handlungs- und nachhaltigkeitsfähige Akteurinnen zu profilieren. Damit konnte die Geschlechtervergessenheit internationaler Politik punktuell korrigiert und die Exklusion der Kategorie Geschlecht ebenso punktuell überwunden werden. Frauen firmieren als erste *Major Group* in der Agenda 21.

Diese Integration von Frauen in den *Major-Group*-Ansatz der Agenda zeigt die volle Ambivalenz des Integrationsansatzes: Frauen schrumpfen zu einer gesellschaftlichen Gruppe unter vielen und werden über die Kategorie *Gender* definiert, nicht aber über das von ihnen vertretene Paradigma des anderen Naturbezugs, des *Livelihood*-Ansatzes und des Vorsorgeprinzips. Der dominante Tenor des Miami-Kongresses, nämlich die Strukturkritik an Entwicklung und der ressourcenräuberischen Wachstumsökonomie einerseits und die Konzentration auf Gerechtigkeit und den *Livelihood*-Ansatz andererseits konnten nicht in die Agenda 21 hinein „gelobbiet“ werden. *Das Konzept nachhaltiger Entwicklung blieb von der feministischen Wirtschafts-, Wissenschafts- und Entwicklungskritik unberührt.*

In diesem Dilemma stand auch die *Mainstreaming*-Strategie der Lobbyistinnen, die in jedes politische Ressort und jedes Kapitel der Agenda 21 eine Geschlechterperspektive einbringen wollten: „Wir müssen die Frauen in die Ozeane bekommen“ (Bella Abzug), sprich: auch im Kapitel über die Ozeane müssen Frauen erwähnt werden. Im Eifer des Lobbygefechts bekamen Integration bzw. Partizipation eindeutig Vorrang vor der Zielstellung der Transformation, die realpolitische Strategie der kleinen Schritte rangierte vor der visionären Umstellung von Weichen.

Das „Frauenkapitel“ der Agenda (Kap. 24) enthält die doppelte Botschaft: *Empowerment* von Frauen und mehr Geschlechtergleichheit ist eine Voraussetzung für die Frauenbeteiligung an der Umsetzung nachhaltiger Entwicklung und für die Nachhaltigkeit von Entwicklung. Andererseits: Ohne Beteiligung von Frauen ist nachhaltige Entwicklung nicht zu machen. Die Tatsache, dass die internationale Politik die „vitale Rolle“ von Frauen für die Umsetzung nachhaltiger Entwicklung anerkennt und ihnen öffentliche Aufgaben im

Sozial- wie auch im Umweltbereich überantwortet, zeigt, dass Partizipation zwischen den Polen demokratischer Gesellschaftsgestaltung und Kooptation rangiert und der Grat zwischen Einvernehmen qua *agreed language* und der Vereinnahmung sehr schmal ist. Der hier mitschwingenden Instrumentalisierung von Frauen für die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen und den Umweltschutz war Vorschub geleistet worden durch die ökofeministische Unterstellung einer besonderen Naturnähe, -kenntnis und -verpflichtung von Frauen und dem impliziten Angebot: Frauen kennen die Antworten auf die Krise (Braidotti 1994: 96ff).

Der fade Beigeschmack, dass es sich bei der Würdigung der „nützlichen Integration von Frauen“ um die Mobilisierung billiger Arbeitskräfte für die Nachhaltigkeit handeln könnte, wurde durch die Hoffnung auf eine win-win-Situation kompensiert: Von Frauen als Nachhaltigkeitsakteurinnen sollten sowohl Umweltschutz und Armutsbekämpfung als auch die Geschlechtergleichheit profitieren. Die Kohärenz und Integration der Zielstellungen soll beiden dienen, der Nachhaltigkeit und der Geschlechtergerechtigkeit.

Dies betonte 1993 erneut die Vertreterin des Women's Caucus: Ihre Argumentation bot den Regierungen einen Kooperationsvertrag bzw. ein Tauschgeschäft mit dem Kollektivsubjekt Frauen an: „Sie brauchen das Wissen und die Fähigkeiten, über die Landfrauen in Afrika, Asien und Lateinamerika verfügen. ... Wir brauchen Sie, um unsere Kenntnisse und Fähigkeiten in die Planung und Praxis neuer Programme und Methoden umzusetzen, die uns empoweren ...“ (WEDO 1993: 7)

Zunächst wurde der Anspruch der Transformation der „Weltordnung“ noch als zielorientierte Denk- und Marschrichtung beibehalten. DAWN versuchte den Integrationsansatz mit dem Transformationsansatz in dem Slogan „Transformation durch Partizipation“ zu verklammern und damit das strategische Ziel struktureller Veränderung aufrechtzuerhalten. Der Women's Caucus bei der in Rio gegründeten *Commission on Sustainable Development* (CSD) mahnte 1993 an: „Viele Frauen stellen die Grundlagen eines Systems in Frage, das fortwährendes Wirtschaftswachstum voraussetzt und gleichzeitig systematisch Lebensformen tötet.“ (WEDO a.a.O.). Und

selbst bei Gleichstellungsfeministinnen wie Bella Abzug kam immer mal wieder ein entwicklungskritisches Einsprengsel zum Vorschein: „Women don't want to be mainstreamed into a polluted stream“. Insgesamt aber gewann, forciert durch die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking, zunehmend eine integrative Mainstreaming-Strategie die frauenpolitische Oberhand.

Technokratisierung des Zusammenhangs von Geschlechterfragen und Nachhaltigkeit

Der Deal ist nicht aufgegangen. Zwar wurden beide, Gender und ökologische Nachhaltigkeit, zu Querschnittsthemen erklärt. Doch die im Rio-Prozess zusammengewachsenen Diskurse von Gender und Nachhaltigkeit ließen sich nicht leicht in politische Praktiken umsetzen. Zum Beispiel umweltrelevante Ressorts in der Entwicklungspolitik. Dort wurde die Integration einer Geschlechterperspektive bisher nur ansatzweise vollzogen. Am stärksten konnten geschlechterdifferenzierende Ansätze in die Sektoren Landwirtschaft, Wasser und Wald eingebaut werden. Eine Evaluierung der Weltbankpolitik stellte 1997 fest, dass sich Gender-Ansätze oder „Komponenten“ in 35 Prozent der Landwirtschaftsprojekte, in 15 Prozent der Wasserversorgungsprojekte, aber nur in vier Prozent aller Projekte im Transportsektor fanden. Sie musste eingestehen: „Bis jetzt richtet sich die Politik im Transportbereich primär an Männerinteressen aus.“ Das bedeutet, kaum ein Projekt kümmerte sich um geschlechtsspezifische Unterschiede im Mobilitätsverhalten und den Transportbedürfnissen.

Insgesamt zeichnet sich ab, dass die Strategie des Gender Mainstreaming ein geringes Transformationspotential hat. Zwar wurden in den vergangenen Jahren eine Reihe von Instrumenten entwickelt, die es möglich machen, eine Geschlechterdifferenzierung vor allem in der Bedarfsanalyse, Umsetzungsplanung und Wirkungsanalyse zu institutionalisieren. Aber im Kontext des derzeit verbreiteten Instrumenten- und Methodenbooms in vielen politischen Ressorts führt dies eher zu einer kontextunabhängigen *Technokratisierung* der Verknüpfung von Geschlechter- und Umweltpolitik. Sie lenkt die Aufmerksamkeit auf Mechanismen und Methodik und zieht sie vom inhaltlichen parteiischen Engagement ab. Geschlechter-

gerechtigkeit – im Sinne einer gerechten Verteilung von Zugängen zu und Eigentum an Ressourcen, von Lasten und Pflichten im Umweltschutz und der Überlebenssicherung, von Gestaltungsmöglichkeiten in der Umwelt- und Entwicklungspolitik – steht dagegen noch aus.

Die Partizipation von Frauen soll „zu beträchtlichen Effizienzsteigerungen“ (so die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit, GTZ) und zu einer Qualitätsoptimierung der Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit führen. Das Fass vorgeordneter Entwicklungsstrukturen und -wege wird durch *Gender mainstreaming* und die entsprechenden „tools“ für den institutionellen Handwerkskasten aber nicht aufgemacht, d.h. vorausgesetzte Strukturen nicht-nachhaltiger Entwicklung werden nicht berührt. Die Fixierung auf Instrumente beim *Gender Mainstreaming* korrespondiert mit den technologiegläubigen Ansätzen nachhaltiger Entwicklung, die auf die technische Lösbarkeit sozialer Probleme setzen.

Ähnlich wirkt der Sektoransatz in der Umwelt- und Entwicklungspolitik. Er zerreißt Nachhaltigkeitszusammenhänge und trennt künstlich die ökologischen, ökonomischen und sozialen Verbindungen, die in den realen Praktiken, aber auch in Problemlagen bestehen. „Das Leben armer Frauen ist nicht zerstückelt, und sie arbeiten nicht nur zeitweise.“ (DAWN 1992: 21) Vorgelagerte entwicklungsstrategische Fragen werden als Rahmenbedingungen akzeptiert und bleiben auf der Projektebene ausgeklammert (Braidotti 1994: 174f; Braunmühl 1998). So stellt das *Gender*-Papier der GTZ zur Bewässerungslandwirtschaft nicht mehr die vorgeordnete Frage, welche Bewässerungssysteme entwickelt werden bzw. inwieweit diese, z.B. Staudambauten, der Leitorientierung der Nachhaltigkeit entsprechen oder die lokalen Lebensgrundlagen (*livelihood*) von Frauen zerstören. Wie das Konzept nachhaltiger Entwicklung zielt auch das Konzept des *Gender Mainstreaming* primär auf eine Effizienzsteigerung, Nutzungsoptimierung, technologische Nachbesserung und Schadensbeseitigung durch ökologische und soziale Maßnahmen.

Nach wie vor besteht eine „Glasdecke“ für Frauen in den einzelnen umweltrelevanten Sektoren: sie sind die Sisyphosarbeiterinnen der alltäglichen sozialen und ökologischen Versorgung an der Basis, doch je technischer, wissenschaftlicher

oder politischer die Handlungsebene ist, desto männerdominierter ist sie. Trinkwasserversorgung in den Dörfern ist Frauensache, Bewässerungssysteme für die Landwirtschaft und Dämme gelten dagegen primär als Männerangelegenheit. Energieversorgung für den Haushalt und Energiesparen (Mikro-Ansatz: energiesparende Herde) sind zwar Frauensache, allgemein sind der Energiesektor und die Energiepolitik jedoch fest in Männerhänden. Frauen sind überrepräsentiert auf der mikrostrategischen Ebene der Putz- und Schutzarbeit in der geschädigten Umwelt, und unterrepräsentiert auf der makrostrategischen Ebene politischer und wissenschaftlicher Planung. Die Glasdecke markiert auch eine Rezeptionsblockade von Natur- und Umweltwissenschaften sowie der staatlichen Politik gegenüber der Expertise von Frauen, sei es dass sie sich in Alltagserfahrungen oder wissenschaftlich gebildet hat. Feministische Forschung, Wissenschafts- und Politikansätze werden vom Mainstream nicht zur Kenntnis genommen.

Neoliberale Globalisierung und Nachhaltigkeitsstrategien

Diese beharrliche Ignoranz wurde kürzlich durch eine Analyse von drei politikwirksamen wissenschaftlichen Gutachten zu Umwelt und Nachhaltigkeit in Deutschland bestätigt (Jungkeit et al. 2001). Ungebrochen liegen den drei Experten-Studien herrschende androzentrische Denkmodelle im Wissenschafts- und Naturverständnis zugrunde. Feministische Forschung und Praktiken werden nicht einbezogen. Außerdem weisen die zwischen 1994 und 1999 entstandenen Studien folgende Diskursverschiebungen auf: Während 1994 noch eine teilweise Reflexion der gesellschaftlichen Naturverhältnisse stattfand, greift später eine zunehmende Verabsolutierung der Nutzen-Perspektive und der Effizienzlogik Raum. Dem entspricht eine Schwächung des Nachhaltigkeitsbegriffs und eine Ablösung der Ökologie durch die Ökonomie als Leitwissenschaft für Nachhaltigkeit. Aber auch innerhalb der Ökologie findet eine wichtige Verschiebung statt. Sie ist zwar eine vielfältige, heterogene Wissenschaft, doch zunehmend dominieren ökosystemische Konzepte. Der von den feministischen Kritikerinnen beklagte Mangel an sozialer und Geschlechterdifferenzierung

in den drei Studien bei gleichzeitiger Tendenz zur Expertokratie durch Ökosystemtheoretiker liegt parallel zu der oben dargestellten Kontext unabhängigen Technokratisierung des Zusammenhangs von Gender und ökologischer Nachhaltigkeit.

Die Ökosystemtheorie ist Hoffnungsträger für Nachhaltigkeitsstrategien, weil sie anders als die „harten“ naturwissenschaftlichen Einzeldisziplinen wie Chemie und Physik „weichen“ ganzheitlichen Vorstellungen folgt. Doch wie die Naturwissenschaften will sie die Gesetzmäßigkeiten der ganzheitlich betrachteten Systeme und die Grenzen ihres Funktionierens und ihrer Nutzbarkeit erforschen. Mit der Festlegung von Grenzwerten für den Eingriff in die Natur will sie die Gleichgewichtskontrolle der Ökosysteme übernehmen. Aus feministischer Sicht wird kritisiert, dass auch die Ökosystemtheorie nicht mit der Beherrschungslogik bricht und deshalb überaus kompatibel ist mit den marktwirtschaftlichen Verwertungsstrukturen (vgl. z.B. AG Frauen des Forums Umwelt und Entwicklung 2001). Sie wird in erster Linie zur Wissenschaft des Umweltmanagements.

Das Scharnier der Abstimmung zwischen Ökosystemtheorie und Ökonomie ist der Effizienzgedanke: Mit Hilfe von Technologie und Expertenwissen sollen der Stoffverbrauch des Wirtschaftssystems und die Umweltbelastung reduziert werden (Sachs 1994). Die „Effizienzrevolution“ fokussiert auf die stoffliche Seite der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und lässt den sozialen Prozess aus dem Blick und aus der Verantwortung für Nachhaltigkeit. Umwelt und Natur werden als krisenhaftes System betrachtet, das durch Grenzwertfestlegungen vor dem Kollaps bewahrt werden muss. Dagegen werden gesellschaftliche Verhältnisse und gesellschaftliche Handlungsstrukturen nicht als Krisenursachen ausgemacht, deren Veränderung anzustreben wäre.

Auf diese Weise konnte der Anspruch des Nachhaltigkeitsparadigmas, sich in einem ausbalancierten Dreieck zwischen Ökologie, Ökonomie und Sozialem zu entfalten, nicht eingelöst werden. In Deutschland – und dies scheint exemplarisch für den Norden – werden Nachhaltigkeitskonzepte durch Umweltthemen dominiert, während die soziale Dimension weitgehend unter den Tisch fällt. Das bedeutet sowohl, dass Verteilungsfragen und soziale Ungleichheitsstrukturen nur un-

zureichend in die Überlegungen zu Zukunftsfähigkeit eingehen, aber auch dass das Herstellen tragfähiger sozialer Beziehungen, Bindungen und Sicherheiten, sprich: praktizierte gesellschaftliche Zusammenhänge jenseits der Markt- und Erwerbsökonomie, in ihrer Bedeutung für Nachhaltigkeit unterbewertet werden (Spitzner 2001). So wie der Naturbezug auf die instrumentelle Logik reduziert wird, wird Arbeit auf marktförmige Erwerbsarbeit enggeführt.

Aus einer Geschlechterperspektive ist dagegen die bedeutendste Schnittstelle zwischen Sozialem, Wirtschaft und Ökologie die unbezahlte *Sorgearbeit*, die in allen Gesellschaften überwiegend von Frauen in Haushalten oder auch als Ehrenamt in lokalen Gemeinschaften geleistet wird. Leitend für Nachhaltigkeit ist aus dieser Sicht das *Vorsorgeprinzip*, sowohl in den Haushalten und lokalen Gemeinschaften als auch auf der Ebene der *Global Governance* durch verbindliche Konventionsregeln. So setzten sich Frauenaktivistinnen bei der Aushandlung des Protokolls zur biologischen Sicherheit vehement dafür ein, dass das Vorsorgeprinzip zum Schutz vor genmanipulierten Organismen Vorrang vor dem Prinzip des Freihandels bekommt und zum ersten Mal auf der internationalen Ebene rechtsverbindlich verankert wurde. Damit setzt das Vorsorgeprinzip der neoliberalen Globalisierung konzeptionell auf der Makro-Ebene Grenzen.

Auch für Nachhaltigkeitsansätze aus Frauensicht im Norden ist typisch, dass die Alltagserfahrungen und -expertise und die gelebten Praktiken der (Über-)Lebenssicherung und Gesundheitssorge – sprich: *livelihood* – im wörtlichen Sinne Dreh- und Angelpunkt sind (vgl. MURL (o.J.), Schultz 1996, Forum Umwelt & Entwicklung 2001). Bei der Definition von Nachhaltigkeitsindikatoren waren es Feministinnen, welche die geschlechtsspezifische Arbeits- und Verantwortungsteilung und die unbezahlte Sorgearbeit in den Indikatorenkatalog einbrachten (Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen/Wuppertal Institut 1998, Forum Umwelt & Entwicklung 1997). Ihnen ist dabei durchaus das Risiko bewusst, dass das Vorsorgeprinzip bei der derzeitigen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung auf der Mikro-Ebene des Alltagshandelns einer Feminisierung der Verantwortung Vorschub leisten könnte. Deshalb wird das Plädoyer für das Vorsorgeprinzip mit der Forderung nach

Geschlechtergerechtigkeit verknüpft, im Sinne eines Lasten- und Pflichtenausgleichs und einer gerechteren Teilung von Arbeit und Verantwortung zwischen den Geschlechtern.

Ohnehin besteht der Trend, dass im Zuge der neoliberalen Umstrukturierungen sowohl der Markt als auch die Staaten soziale und ökologische Kosten weiter zu externalisieren suchen. Soziale Verantwortung – von der Kindererziehung bis zur Aids- und Altenpflege – wie auch Umweltverantwortung – vom Mülltrennen in den Industrienationen bis zum Bäumchenpflanzen in den Ländern des Südens – wird an die privaten Haushalte oder die lokalen Gemeinschaften verschoben. Da sie dort überwiegend unbezahlt in der Haushalts- und Familienökonomie oder ehrenamtlich von Frauen übernommen werden, bedeutet die Kostenexternalisierung eine Feminisierung der Lasten und der Verantwortung. Die unbezahlte Daseinsvorsorge, soziale Fürsorge und Umweltsorge von Frauen produzieren in hohem Maße Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Zukunftsfähigkeit. Sie sichern und regenerieren *livelihoods*. Als gesellschaftlicher Produktivfaktor werden sie jedoch nicht gewertet.

Während die Nachhaltigkeitsverantwortung von Frauen zunimmt, schrumpft ihr Zugang zu und ihre Kontrolle über natürliche Ressourcen. Die Privatisierung von Gemeinschaftsgütern wie Wald, Weideland und Gewässer schreitet weiter voran und zieht Frauen die Lebensgrundlagen und Produktionsmittel förmlich unter den Füßen oder aus den Händen weg. Exemplarisch zeigt sich dies an der Kontrolle über die Nahrungsmittel. BSE ist zum Symbol dafür geworden, wie die profitgesteuerte Industrialisierung die Agrarproduktion außer Kontrolle gerät und wortwörtlich in den Wahnsinn befördert. In den Ländern des Südens war das Saatgut für die Grundnahrungsmittel gerade in seiner Vielfalt ein wichtiges Kapital der Frauen innerhalb der lokalen Ökonomien, weil gerade die Biodiversität Überleben sicherte. Durch die Verbreitung kommerzieller Hybridsorten und die Patentierung von Saatgut verlieren sie diesen Machtfaktor.

Die Beschleunigung der Wirtschaftsliberalisierung im vergangenen Jahrzehnt hat im Zuge der Standortkonkurrenz die Kommerzialisierung aller Ressourcen vorangetrieben. Der Marktfundamentalismus expandiert die Warenlogik zum Welt-

system, während zeitgleich die Biosphäre zunehmend als kontrollierbares Ökosystem behandelt wird. Das hat auch zur Folge, dass die Umwelt nach Kriterien der Effizienz- und Gewinnmaximierung weiter ökonomisiert wird. Das Credo der Effizienz leitet das Standortdenken: Welche natürliche und menschliche Ressource ist hier und jetzt am konkurrenzfähigsten und am besten verwertbar? Wie lassen sich soziale und ökologische Kosten reduzieren bzw. externalisieren? Wie lassen sich Strukturen und Ressourcen flexibilisieren, d.h. an die Erfordernisse des Weltmarkts anpassen? Diese reale Entwicklung schlägt sich in den Nachhaltigkeitsstrategien dahingehend nieder, dass zunehmend die Ökonomie, und nicht mehr die Ökologie Leitwissenschaft für Nachhaltigkeit ist (vgl. oben).

Die Kommerzialisierung aller Ressourcen von natürlichen Gemeinschaftsgütern über kollektives Erfahrungswissen bis zu pflanzlichen, tierischen und menschlichen Genen ist beim Kern des Lebens angekommen: embryonale Stammzellen und Gene als Waren. Im Klon findet die Herrschaftslogik im Mensch-Natur-Bezug ihren industrialisierten Höhepunkt, der technische Machbarkeitswahn gipfelt im Schöpfungsmythos – scheinbar erhaben über alle Grenzwerte und ethischen Werte. Das Klon kann als gestaltungsmächtiges Symbol dafür gelten, dass die neoliberale Globalisierung den Ausgangspunkt des Nachhaltigkeitsdenkens, nämlich die 'Grenzen des Wachstums' zu erkennen und zu akzeptieren, der Markt- und Effizienzlogik opfert. Natur und Mensch sind unter neoliberalem Regime endgültig im Zeitalter der technischen Reproduzierbarkeit angekommen. Für Frauen als Produzentinnen von Leben und für das kulturelle Naturverständnis ist dies von derzeit noch unermesslicher Bedeutung.

Von der Entwicklungs- zur Globalisierungskritik

Bereits 1995 konstatierte DAWN: „Die DAWN-Reise auf dem Weg alternativer Entwicklung hat uns nicht zu einer neuen Blaupause, zu einem anderen Modell geführt ... Die Prozesse wirtschaftlicher Transformation durch Globalisierung ... sind zu komplex und unterschiedlich, als dass unsere Antworten einfach auf eine klare Blaupause von Alternativen zurechtgestutzt werden könnten ... Stattdessen haben wir ein Set von

Methoden und Prozessen entwickelt, die unseres Erachtens entscheidend sind, wenn wir uns aus der Krise herausbewegen wollen, in der wir offenbar derzeit gefangen sind.“ (DAWN 1995: 28ff) DAWN setzt auf drei Ebenen an: Dem lokalen, nationalen und globalen Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung, der demokratischen Transformation der neoliberal formierten Staaten und der Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisation und Strukturen, die alternative Modelle erarbeiten können.

Entwicklungskritik ist gegen Ende der neunziger Jahre in eine bewegungsbasierte Kritik an der neoliberalen Globalisierung hineingewachsen. Seattle/Dezember 1999 war das Ereignis, welche das Jahrzehnt der politischen Kompromisskultur beendete. Wie der Rio-Prozess am Anfang des Jahrzehnts war der Seattle-Prozess am Ende der neunziger ein Sammelbecken für unterschiedliche zivilgesellschaftliche Kräfte und Diskurse und markierte erneut einen Paradigmenwechsel im Politikstil. Gegenüber den Verhandlungen innerhalb von Institutionen gewann der öffentliche Raum erneut eine größere Bedeutung für politische Artikulationen und Auseinandersetzungen. Frauenorganisationen bündelten dort mit bäuerlichen Bewegungen aus dem Süden, US-amerikanischen Gewerkschaften, neuen globalen Netzwerken wie *People's Global Action*, Umwelt-, Menschenrechts- und kirchlichen Organisationen ihren Widerstand gegen die Penetrationsgewalt des undemokratischen neoliberalen Regimes. Bei den globalisierungskritischen Bewegungen finden sich Feministinnen erneut auf keinem leichten politischem Gelände wieder, denn diese Bewegungen weisen bedauerliche Blindheiten, sowohl auf dem geschlechterpolitischen als -zumindes im Norden - auch auf dem ökologischen Auge auf.

Seit Seattle aber wird auf allen Ebenen der Verhandlung und der Auseinandersetzung versucht, der globalen Beschleunigung des neoliberalen Dogmas Riegel vorzuschieben und Grenzen zu setzen, um überhaupt Räume für alternative Nachhaltigkeitsansätze und die Wahrung von *Livelihoods* zu erhalten.

Anmerkungen

- 1 Chambers (1988) verknüpft in seiner Hungeranalyse mit dem Begriff *Livelihood* vor allem Ernährungssicherung und Erhalt der natürlichen Umwelt, für Grown & Sebstad (1989) ist *Livelihood* die Summe aller materiellen, sozialen und kulturellen Ressourcen der Existenzsicherung.
- 2 *Caucus* ist das indianische Wort für Versammlung. Im UN-Kontext meint es themenspezifische oder regionale Gruppen, die sich treffen, um ihre Interessen und Positionen zu koordinieren und in die Verhandlungen einzubringen.
- 3 Auf die (feministische) Kritik am Ökofeminismus kann hier nur kurz verwiesen werden. Diese Kritik bezog sich 1) auf die ökofeministische Romantisierung vormoderner, vorindustrieller, vorkolonialer etc. Gesellschafts- und Naturverhältnisse; 2) auf die Projektion dieser idealisierten Verhältnisse zum Zukunftsmodell von Subsistenz- und moralischer Ökonomie; 3) auf den Essentialismus und die Idealisierung in der Behauptung einer besonderen Naturnähe von Frauen und die weitgehende Ausblendung von Klassen- und Kastenstrukturen.
- 4 Umweltgutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen (1994), Abschlussbericht „Konzept Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung“ der Enquête-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ (1998), Jahresgutachten „Welt im Wandel. Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Biosphäre“ des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung „Globale Umweltveränderungen“ (WBGU 1999)

Literatur

- Agarwal, Bina (1992): The Gender and Environment Debate: Lessons From India. In: *Feminist Studies* 18, S. 119-159
- Braidotti, Rosie/Charkiewicz, Ewa/Häusler, Sabine/Wieringa, Saskia (1994): *Women, the Environment and Sustainable Development. Towards a Theoretical Synthesis*, London
- Braunmühl, Claudia v. (1998): Der Gender Ansatz in der Entwicklungspolitik. Überlegungen zum sozialen Akteur von Transformation. In: *Peripherie* 72, S. 25-38
- Chambers, Robert (1988): *Sustainable Livelihood, Environment and Development. Putting poor rural people first*. Brighton
- Chambers, Robert/ Conway, Gordon R (1992): *Sustainable Rural Livelihoods. Practical concepts for the 21st century*. Brighton
- DAWN (1992): *Environment and Development: Grass Roots Women's Perspective*, Barbados

- DAWN (1995): *Markers on the Way: The DAWN Debates on Alternative Development*. Barbados
- Forum Umwelt & Entwicklung (1997a): *Stand der Umsetzung der Frauenforderungen der Agenda 21 in der BRD*. Bonn
- (1997b): *Wie zukunftsfähig ist Deutschland. Entwurf eines alternativen Indikatorensystems*. Bonn
- (2001): *Arbeit auf dem Prüfstand der Nachhaltigkeit*. Bonn
- Green, Cathy/ Joeekes, Susan/ Leach, Melissa (1998): *Questionable Links. Approaches to gender in environmental research and policy*. In: Jackson, Cecile/ Pearson, Ruth (Hg.) *Feminist Visions of Development. Gender Analyses and Policy*, London/New York, S. 259-285
- Grown, Caren/Sebstad, Jennefer (1989): *To a Wider Perspective on Women's Employment*, in: *World Development* 17(7), S. 937-952
- Jackson, Cecile (1993): *Environmentalism and Gender Interests in the Third World*, in: *Development and Change* 4, S. 649-677
- Jungkeit, Renate/Katz, Nina/Weber, Ivana/Winterfeld, Uta v. (2001): *Natur - Wissen - Nachhaltigkeit. Die Bedeutung ökologischer Wissenschaften im Nachhaltigkeitsdiskurs sowie deren Zusammenhang mit gesellschaftliche Natur- und Geschlechtervorstellungen*. Wuppertal, www.gsf.de/ptukf/sozialoeko_forschung.html
- Kaplan, Temma (2001): *Uncommon women and the Common Good: Women and Environmental Protest*. In: Rowbotham, Sheila/ Likogle, Stephanie (Hg.): *Women Resist Globalization. Mobilizing for Livelihood and Rights*. London/New York, S. 28-46
- Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro (1992): *Agenda 21*, Bonn
- Merchant, Carolyn (1987): *Der Tod der Natur. Ökologie, Frauen und neuzeitliche Naturwissenschaften*. München
- Mies, Maria /Shiva, Vandana (1995): *Ökofeminismus*, Zürich
- Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen (o.J.): *Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit aus Frauensicht. Dokumentation des gegenwärtigen Diskussionsstandes und Handlungsbedarfs*, Düsseldorf
- Rocheleau, Dianne (1995) *Gender, Biodiversity and Segmented Sustainability*. In: *ids bulletin* 26(1), S. 9-17
- Rocheleau, Dianne/Thomas-Slayter, Barbara/Wangari, Esther (1996): *Gender and Environment. A Feminist Political Ecology Perspective*. In: *dies. Feminist Political Ecology. Global Issues and Local Experiences*, London/New York, S. 3-23
- Rodenberg, Birte (1998): *Von der Mülltrennung zum Machtgewinn: Internationale Frauenumweltpolitik*. In: Ruppert, Uta (Hg.) *Lo-*

- kal bewegen - global verhandeln. Internationale Politik und Geschlecht, Frankfurt/New York: Campus, S. 106-130
- Sachs, Wolfgang (1994): *Globale Umweltpolitik im Schatten des Entwicklungsdenkens*, in: Sachs, Wolfgang (Hg., 1994): *Der Planet als Patient. Über die Widersprüche globaler Umweltpolitik*. Berlin/Basel/Boston
- (2000): *Wie zukunftsfähig ist die Globalisierung? Über ökonomische Entgrenzung und ökologische Begrenzung*, Studien & Berichte der Heinrich-Böll-Stiftung, Nr.3, Berlin
- Schultz, Irmgard (1996): *Die Liebe der Männer zu nachhaltigen Zahlen. Eine Betrachtung der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ aus feministischer Sicht*. In: *Wechselwirkung*, April, S. 59-63
- Shiva, Vandana (Hg., 1995): *... schließlich ist es unser Leben. Ökofeministische Beiträge von Frauen aus aller Welt*, Göttingen
- Spitzner, Meike (2001): *Dimensionen der Zukunftsoffenheit*. In: *AG Forum Umwelt & Entwicklung: Arbeit auf dem Prüfstand der Nachhaltigkeit*, S. 22-27 (<http://www.forumue.de/forumaktuell/publikationen/00000049.html>)
- WEDO (1993), *News & Views* 6(2); neuere Ausgaben unter <http://www.wedo.org/>
- Weller, Ines/ Hoffmann, Esther/Hofmeister, Sabine (Hg., 1999). *Nachhaltigkeit und Frauen. Neue Perspektiven - alte Blockaden*. Bielefeld
- Wichterich, Christa (1992): *Die Erde bemuttern. Frauen und Ökologie nach dem Erdgipfel in Rio*. Köln
- (1993) *Die Rückkehr der weisen Frauen*, in: *Peripherie* 51/52, 120-136
- Winterfeld, Uta/ Wächter, Monika/Weber, Ivana/Katz, Christina (2001): *Jenseits von Natur, Herrschaft und Geschlecht?* In: *politische ökologie* 70, *Agenda 21*, S. 48-53
- World Women's Congress for a Healthy Planet, 8-12 November 1991, Official Report, o.J.

Enrique Leff

Die Geopolitik nachhaltiger Entwicklung – Ökonomisierung des Klimas, Rationalisierung der Umwelt und die gesellschaftliche Wiederaneignung der Natur

Ökonomische Globalisierung und Kapitalisierung der Natur

Der Planet, den wir bewohnen, ist eigentlich schon immer global gewesen: Ein Erdball. Doch die Erde befreite sich erst im 16. Jahrhundert von ihrer Flachheit und begann ihren Globalisierungsflug mit den Erdumsegelungen und dem Tauschhandel zwischen den verschiedenen Zivilisationen und Kulturen. Im Laufe der Zeit wurde der allgemeine Tauschhandel zu einem Gesetz, welches – immer universeller – in alle Bereiche des Seins und der Lebenswelten der Menschen eindrang. Die Erfindung der Wirtschaftswissenschaften und die Institutionalisierung der Ökonomie als Regeln des allgemeinen Zusammenlebens waren der Beginn eines fünf Jahrhunderte dauernden Prozesses der Ökonomisierung der Welt. In den physischen und biotischen Wurzeln der Welt befindet sich jedoch keinerlei ökonomische Essenz, von dem Impuls des menschliche Grundbedürfnisse befriedigenden Produzierens mit der Natur einmal abgesehen. Dieser Expansionsprozess der ökonomischen Rationalität hat eine Sättigung und eine Grenze, einen Höhepunkt erreicht; die Grenze seines extremen Willens, die Welt zu globalisieren, indem er alle Dinge verschlingt und sie in die Codes ökonomischer Rationalität übersetzt. Das bedeutet gleichzeitig die Unmöglichkeit, den Natur-, Lebens- und Kulturgesetzen gemäß zu denken und zu handeln. Dieser ökonomische Prozess schwitzt nicht nur Äußerlichkeiten aus, die sein eigener Metabolismus nicht absorbieren kann, sondern er durchbohrt die Welt mithilfe seines fundamentalistischen und totalitären Glaubensbekenntnisses und zerstört das Sein der Dinge – der Natur, der Kultur, des Menschen – indem er sie in seine unitaristische und globale Form zurückzuverwandeln versucht.

In diesem Sinne ist die kritisch zu entziffernde Globalisierung ein Prozess, der von der Dominanz der ökonomischen

Rationalität über andere Verhältnisse losgetreten wurde und bis heute dynamisiert wird. Die immer stärkere Ökonomisierung führt zu einer Homogenisierung von Produktion und Konsum, was wiederum desaströse Auswirkungen auf die ökologische und kulturelle Vielfalt der Erde hat.

Von Anbeginn der westlichen Zivilisation bereitet die Trennung zwischen dem Sein und dem Seienden, welche das metaphysische Denken bewegt, den Weg für die Objektivierung der Welt. Die Ökonomie bestätigt den Sinn der Welt in der Produktion, die Natur wird verdinglicht, ihrer ökologischen Komplexität enthoben und in den Rohstoff eines wirtschaftlichen Prozesses verwandelt; die natürlichen Ressourcen werden zu Objekten, die lediglich der Ausbeutung durch das Kapital zu dienen haben. In der Ära der ökologischen Ökonomie ist die Natur nicht länger ein Objekt des Arbeitsprozesses, sondern sie transformiert sich in eine Form des Kapitals – das natürliche Kapital – und generalisiert und erweitert dabei die Formen der ökonomischen Bewertung der Natur (O'Connor 1993). In diesem Sinne ist es zu verstehen, dass – zusammen mit den althergebrachten Formen intensiver Ausbeutung, welche die „Plünderung der Dritten Welt“ charakterisierten (Jalée 1968) – heutzutage eine „konservierende“ Ausbeutung der Natur möglich ist. Biodiversität erscheint dabei nicht nur als eine Vielfalt von Lebensformen, sondern bewertet – in Form von Schutzgebieten oder in sonstigen natürlichen Lebensräumen – hinsichtlich ihres genetischen Reichtums, ihrer ökotouristischen Möglichkeiten und ihrer Funktion, Kohlenstoff zu binden.

Aber: Aufgrund welcher Kriterien ließe sich der Wert der Biodiversität auf den dieser Umwelt-Dienstleistungen beschränken? Und mehr noch: Auf welchen Prinzipien basieren die neuen Formen der Aneignung der biologischen Reichtümer des Planeten?

Die jüngsten Biodiversitäts-Politiken stellen nicht nur eine Antwort auf die Sorge um den Verlust der Vielfalt und seine Funktion für das ökologische Gleichgewicht des Planeten dar. Biodiversität hat sich zu einem enormen Reservoir genetischer Ressourcen für die großen Pharma- und Nahrungsmittelkonzerne entwickelt, deren eigener Wert jenen der Erdöl-Konzerne übersteigt. Für jene, in deren Region die genetischen Ressourcen zu finden sind, verändern sich mit dem verstärk-

ten Zugriff auf diese Ressourcen die dortigen sozialen Verhältnisse und kulturellen Bedeutungen. Andererseits ist die biologische Vielfalt Ausdruck eines produktiven Potenzials der Ökosysteme, die überhaupt erst weltweite nachhaltige Nutzungsstrategien ermöglichen.

Angesichts der scheinbaren Neuheit der Globalisierung und ihres im Entstehen begriffenen Charakters ist es notwendig, ihre Ursprünge in der Gestaltung des modernen wissenschaftlichen Denkens, der ökonomischen Vernunft und dem Aufstieg des Handelskapitalismus bis zu seiner aktuellen global-ökologischen Phase zu sehen. In diesem Sinne erscheint die derzeitige wirtschaftliche Globalisierung als eine Weiterentwicklung (als ein „höherer Zustand“) des Prozesses der Kapitalakkumulation und der Internationalisierung des Kapitals. Dieser Akkumulationsprozess kann sich dem dialektischen Prinzip des Wechsels von Quantität zu Qualität nicht entziehen; nicht deshalb, weil einige heutzutage das „qualitative Wachstum“ als eine neue Ära bezeichnen, die alles Übel und alle Widersprüche des Kapitals ausgetrieben habe. Sondern deshalb, weil das an seine Grenzen stoßende wirtschaftliche Wachstum angesichts der Unmöglichkeit, sich wie ein lebender Organismus zu stabilisieren, weiter einer expansionistischen Trägheit folgt, in der Natur die Abfälle des Prozesses der „zerstörerischen Kreativität“ des Kapitals abzuladen.

Die Geopolitik der Biodiversität und der nachhaltigen Entwicklung verlängert und intensiviert nicht nur die bisher erfolgten Prozesse der zerstörerischen Aneignung der natürlichen Ressourcen, sondern verändert die Formen der Intervention und der Aneignung und führt die Logik der ökonomischen Rationalität an ihre Grenze. Die ökonomische Unvernunft hat

„eine auswuchernde Gesellschaft (geschaffen), deren Entwicklung unkontrollierbar ist, die bereits ohne Beziehung zu ihrer eigentlichen Bestimmung verläuft, in der die Akkumulation der Folgen Hand in Hand geht mit dem Verschwinden der Gründe. Das Ergebnis ist eine brutale systematische Stockung und einer von Hyperthelie – einem Exzess funktionaler Sachzwänge, einer Art Saturierung – verursachte Funktionsstörung.“ (Baudrillard 1993: 31)

Ökologische Ökonomen wie René Passet, Herman Daly und Joan Martínez Alier sehen die Grenzen des Marktes: Nämlich

seine Unfähigkeit, ökologische Gleichgewichte effektiv zu regulieren und die Umweltkosten über ein System von Rechtsvorschriften, Steuern oder marktgesteuerter Verschmutzungsrechte zu internalisieren. Sie schlagen eine Beschränkung der Ökonomie auf Wachstumsgrenzen vor, welche die Reproduktion der ökologischen Bedingungen einer nachhaltigen Produktion und die Regenerierung des natürlichen Kapitals sichern. Und dies muss in einer außerhalb des Marktes geführten wissenschaftlich-politischen Debatte über ein Sicherungsprinzip geschehen, welches auf Risikofaktoren, Unsicherheiten und festgelegten Beschränkungen basiert.¹

Dennoch fehlt der Ökonomie, verstanden als wissenschaftliche Rationalität und als gesellschaftlicher Prozess, die Flexibilität, um sich den Bedingungen ökologischer Rationalität anzupassen. Es gibt zwar eine wachsende Kritik an der weltweiten Nicht-Nachhaltigkeit und den ökologischen Risiken. Aber sie konnte sich nicht vom dominanten Marktdenken lösen. Während die *ökologische Ökonomie* im ökonomischen Paradigma gefangen bleibt, hat die kritische Theorie die Türen hin zu einer *politischen Ökologie* geöffnet, in der sich die wissenschaftliche Diskussion wieder dem Politischen zuwendet. Hier schreibt sich die Frage der Nachhaltigkeit ein in soziale Kämpfe gegen die dominante Form der Globalisierung und für eine Wiederaneignung der Natur. Hier verschieben sich Diskurs und Handeln weg von der Dekonstruktion ökonomischer Logik hin zu einer ökologischen Rationalität (Leff 1998, 2001a).

Die neue Geopolitik der Nachhaltigkeit bildet sich heraus vor dem Hintergrund der ökonomischen Globalisierung: Letztere führt einerseits zur Denaturalisierung der Natur und treibt andererseits mit dem Diskurs der nachhaltigen Entwicklung eine Aneignungsstrategie voran, welche die Marktförmigkeit der Natur zu „naturalisieren“ versucht – so als gäbe es dazu keine Alternative.

Obwohl ein Umweltbewusstsein Ende der 60er Jahre entsteht und in den 70er Jahren – nach der UN-Konferenz über Mensch und Umwelt (Stockholm 1972) – Gegenstand der Politik wird, hat sich die Geopolitik in den vergangenen zehn Jahren und in der Folge des Umweltgipfels in Rio 1992 in Richtung des Diskurses und der Politik der „nachhaltigen

Entwicklung“ verändert. Der vormals kritische Diskurs des *Ecodevelopment* (der durchaus Spannungen zwischen „Entwicklung“ und ihren materiellen Grundlagen sah; vgl. Bruckmeier 1994; U.B./C.G.) ist verwässert worden: Ökologische Vorschläge wurden immer stärker den Zielen ökonomischer Rationalität untergeordnet. Zudem ist nicht nur der Rhythmus intensiver geworden, mit dem die Ressourcen ausgebeutet und umgewandelt werden, sondern es sind auch ganz neue Strategien entstanden, um in natürliche Prozesse einzugreifen (Carvalho 2001).

Auch die in der Beziehung von Arbeitskraft, Kapital und Boden verankerte *politische Ökonomie* bewegt sich in Richtung einer *politischen Ökologie*. Dabei verschieben sich die Gegensätze der gesellschaftlichen Kämpfe entlang von Identität, Territorialität und Prozessen der Nachhaltigkeit. Das Verhältnis von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften etabliert sich nicht länger zwischen Kapital und Industrieproletariat – zwischen Kapital, Arbeit und Technologie – und es definiert sich das Verhältnis zur Natur neu. In dem neuen Diskurs über Biodiversität und nachhaltiger Entwicklung haben sich die Konzepte Territorium, Autonomie und Kultur in politische Konzepte verwandelt (Leff 2001a).

Der letzte Ausdruck des Klassenkampfes findet nicht mehr in den Fabriken statt, sondern in einem „Urinlandia“ (etwa: Piss-Land) genannten Territorium, in den Kloaken der Städte und der Welt. Es ist keine Forderung gegenüber der Produktion mehr, nicht einmal die der Autonomie des Verbrauchers, sondern des Rechts, in der Umwelt die Abfälle des Lebens deponieren zu dürfen. In diesem Brechtschen Bühnenbild entsteht der Mehrwert durch die letzten Verdammten dieser Erde aus ihrem Elend (und nicht dem Wert ihrer Arbeitskraft), an dem die ökologischen Unternehmer sich bereichern, indem sie die Funktion übernehmen, die Umwelt zu schützen und sie von den Exkrementen derjenigen zu reinigen, welche das „Recht auf Kloake“ nicht bezahlen können. Es geht um die Privatisierung des Unrats der Welt. Grenzpunkt des Ökofaschismus.

Der Neoliberalismus gibt vor, die natürlichen Potentiale zu befreien, indem er sie auf das Glücksrad der wirtschaftlichen Kreisläufe montiert. In diesem Sinne erscheint die neue „öko-

logische Ordnung“, beherrscht von einer Kodierung der Natur als „natürliches Kapital“, als ein wahrhaftiges „Simulationsmodell“, als eine Erfindung der Realität. Die Natur wird so in die Umlaufbahn der wirtschaftlichen Simulation katapultiert, übertragen in Kapital.

Angesichts der Komplexität von Umwelt (Leff et al. 2000) zeigen die Politiken der ökonomisch-ökologischen Globalisierung, dass die Probleme gar nicht vollständig erkannt werden können. Der Diskurs der nachhaltigen Entwicklung erzeugt eher einen künstlichen Nebel, durch dessen Schwaden die wahren Gründe der ökologischen Krise verschleiert werden. Trotz der globalen Erwärmung des Planeten wird nicht gesehen, dass sich die entropische Degradation unter dem Wirken ökonomischer Rationalität vollzieht. Und immer noch wird der anthropogene Ursprung des Phänomens verneint, indem viele Folgen als „Natur“-Katastrophen bezeichnet werden. Die Geopolitik der nachhaltigen Entwicklung betrachtet die Auflösung der Widersprüche zwischen Ökonomie und Ökologie mit Optimismus, etwa mit dem Vorschlag, Biodiversität in eine Sammelstelle gegen den Treibhauseffekt (der ja hauptsächlich aus Kohlendioxyd besteht) zu verwandeln. Damit dürfen die industrialisierten Ländern „ihre“ Emissionsraten überschreiten und treiben gleichzeitig die ökologische Konversion der Länder der Dritten Welt nach ihren Bedürfnissen voran (vgl. auch Achim Brunnengräber in diesem Band).

Die „Mechanismen sauberer Entwicklung“ (*Clean Development Mechanism*; CDM), mit denen man versucht, die ökologische Restauration der Ökonomie in Gang zu setzen, basieren auf trügerischen wissenschaftlichen Sicherheiten über die Absorptionskapazität von Kohlenstoff seitens der Landwirtschaft und der Biodiversitäts-Reservate, über die Funktionalität des Zinses und der Effizienz des Marktes bei der Umwandlung des Bodens für die Zwecke nachhaltiger Entwicklung. Die Politiken „nachhaltiger Entwicklung“ basieren auf der Annahme, dass die langfristigen Prozesse durch den Automatismus des Marktes kontrolliert werden könnten. Dabei werden jedoch Unsicherheitsfaktoren der ökonomischen und ökologischen Prozesse, die Ineffizienz der öffentlichen Politiken und vorhandenen Interessen bezüglich der Strategien der Naturaneignung einfach negiert. Die theoretische Blauäugigkeit und

das politische Interesse gehen mit der Faszination für wissenschaftliche Formeln, raffinierte Mathematik und Marktgläubigkeit einher, ohne dass die Prämissen, auf denen diese Modelle vielfältigen Rückschritts in Richtung Nicht-Wissen aufgebaut sind, eine konzeptionelle Kohärenz aufweisen würden.

Gleichheit und Nachhaltigkeit: Ökologische Verteilung und ungleicher Tausch

Nach den Schemata der Importsubstitution und Industrialisierung der 60er und 70er Jahre, die von der Dependenztheorie inspiriert wurden, kehren die lateinamerikanischen Gesellschaften in ihrer Orientierung zu einer Ökonomie auf Basis intensiver Ausnutzung der Ressourcen für den Export zurück, der nun mit dem Diskurs der „nachhaltigen Entwicklung“ neu eingekleidet wird. In Zeiten, in der die Normen der Nachhaltigkeit und die grünen Zertifikate neue Formen des Handelsprotektionismus auftauchen lassen – in diesem Fall verkleidet als Wettbewerb um die Qualität der Umwelt – ist das ökologisch nachhaltige Wirtschaftswachstum ein Mythos. Dieser löst sich angesichts der offensichtlichen Erosion der Biodiversität in Nichts auf – trotz der Politiken von Schutz und Reservateinrichtungen und der Diversifizierung der Exporte von Primärprodukten sind die den Grenzen der Nachhaltigkeit der Ökosysteme, die weltweite Erwärmung und die Wirtschafts- und Finanzkrisen in der Region offensichtlich (siehe den Fall Chile bei Quiroga 1994). Gleichzeitig wird die technologische Abhängigkeit, von der sich die lateinamerikanischen Ökonomien in den 70er Jahren mit wissenschaftlich-technologischen Innovationen zu befreien versuchten, wieder intensiver. Heutzutage kann kein Land in der Region eine wissenschaftlich-technologische Politik für „nachhaltige Entwicklung“ vorweisen, wobei hierunter der Vorsatz zu verstehen ist, eigene notwendige Kenntnisse für eine selbstbestimmte und nachhaltige Nutzung der ökologischen Potentiale zu generieren.

In der Ära der wissensintensiven Produktion hat sich die Konzentration des essentiellen Produktionsfaktors Wissen in den Ländern des Nordens erhöht, sowohl im industriellen wie im landwirtschaftlichen Sektor. Indem sie sich auf die Förderung und Umsetzung geistiger Eigentumsrechte innerhalb der

neuen Weltordnung der Welthandelsorganisation stützen, eignen sich die großen transnationalen Konzerne (TNC) den genetischen Reichtum der biodiversitätsreichen Länder an, um später deren Territorien mit transgenen Produkten zu erobern. Auf diese Weise wird die Abhängigkeit der BäuerInnen des Südens mittels eines Patent-Regimes erhöht, welches den TNCs erlaubt, die größten wirtschaftlichen Vorteile, die aus der Kontrolle und der Ausbeutung der genetischen Ressourcen erwachsen, zu ergattern. Heutzutage konzentrieren die fünf Giganten der Biotechnologie mehr Reichtum auf sich als die großen Erdöl-Konsortien und die Transnationalen anderer Industriesektoren.

Für einige Forscher bedeuten die Mechanismen gemeinsamer Implementation (*Joint Implementation, JI*) das Allheilmittel eines dreifachen Gewinns, nämlich sowohl ökonomisch, wie sozial und ökologisch, weil sie „Kapital aus den Industriestaaten in die Entwicklungsländer transferieren [...] Das kommt den ärmsten ländlichen Bereichen zugute, in denen sich häufig die Wälder befinden, und so die Forstbedeckung, speziell in Primärwäldern, erhalten bleibt, was ein Schlüsselement zum Erhalt der biologischen Diversität in den Tropen darstellt.“ (Castro 1999) Auf der Prämisse des „Gesamtwertes der Biodiversität“, die deren Wert auf ihre Funktion als Kohlenstoffsammler und das Angebot ihres Reichtums an Naturschauspielen reduziert, rechtfertigen sich diese Strategien der Bewertung der Natur mittels raffinierter Berechnungen des Wertes der Biodiversität. Letztere gründen sich auf der Zuweisung von Preisen für die Absorption von Kohlenstoff und auf Zinsdiskontierungen (d.h. der Verrechnung von Zinsen in der Zukunft), die diese Modelle des Umwelt-Neoliberalismus zu bieten haben (Pearce/Moran 1994). Trotzdem sind nicht nur diese „wissenschaftlichen“ Berechnungen über die Absorptionsfähigkeit von Kohlenstoff durch Ökosysteme, kommerzielle Plantagen und Sekundärwälder unglaubwürdig, sondern mehr noch die Anwendung von Zinsdiskontierungen bei der Aktualisierung von Preisen von Prozessen, die einer hochgradig ökologisch-ökonomischen *Unsicherheit* unterliegen. Zudem unterliegen sie sozialen Auseinandersetzungen und Umwelt-Konflikten, von denen die Aneignungsformen von und der produktive Umgang mit Biodiversität ganz entscheidend

abhängen. Noch unglaublicher ist die Vorstellung der direkten Erfassung der Wälder Costa Ricas für den Kohlenstoff-Überschuss Hollands – welches auf diese Art und Weise den Exzess seiner Emissionen bezahlt – über den willkürlichen Wert, den diese auf dem Markt für Umweltverschmutzung erhalten.

Diese Transaktionen richten sich nicht nach einem „realen“ Wert oder Preis der Absorptionskapazität von Kohlenstoff, sondern nach der Verhandlungsmacht beider Seiten. Davon ausgehend, dass die armen Länder ihre Kohlenstoffaufnahme-funktion billig verkaufen – genauso wie sie es mit dem Erdöl, den ästhetischen Ressourcen und den genetischen Reichtümern ihrer Biodiversitäts-Reserven machen – finden die Länder des Nordens einen einfachen Ausweg aus den formalen Zwängen, ohne effektiv ihre Emissionen zu reduzieren. Dieser *Mechanismus ungleichen Tauschs* gewährt den Ländern des Nordens einen Freibrief, um die nördlichen Länder von ihrer ökologischen Schuld zu befreien.

Auf diese Art und Weise vertieft die Vermarktlichung der Natur in der neuen ökonomisch-ökologischen Geopolitik unter den Vorzeichen nachhaltiger Entwicklung die Unterschiede zwischen reichen und armen Ländern. Die neue Globalität rechtfertigt die komparativen Vorteile zwischen den industrialisiertesten und am meisten verschmutzenden Ländern und den armen Ländern, die ihre Fähigkeit, die Exzesse der reichen Länder zu absorbieren, neu bewerten und die genetischen und ökotouristischen Ressourcen ihrer Biodiversität anbieten. Die Unterschiede zwischen zentralen und peripheren Ländern existieren nicht mehr nur aufgrund der Plünderung und offensichtlichen Überausbeutung der Ressourcen, sondern sie bleiben in den Strategien zur Aneignung der Güter und Umweltdienstleistungen des Planeten hinter diesen neuen, der Natur zugewiesenen Funktionen verborgen.

Für einige Autoren und Regierungen erscheint diese neue Form des Austauschs im wirtschaftlichen Bereich vorteilhaft und gerechtfertigt. So zum Beispiel in Costa Rica, das in Lateinamerika paradigmatisch für die Umwandlung hin zu nachhaltiger Entwicklung unter den Regeln von *Clean Development Mechanism* und *Joint Implementaion* ist – das heißt, für den Erhalt der Biodiversität und die Pflanzung von

künstlichen Wäldern, um die Absorptionsfähigkeit für die von den Ländern des Nordens überschrittene Emissionen zu erhöhen. In diesem Sinne erhält die Biodiversität eine passive ökonomische Rolle – wegen ihrer Absorptionsfähigkeit für Kohlenstoff – in der Bilanz von giftigen Emissionen und der Abschwächung der Erwärmung des Planeten. Es scheint so, als ob der Austausch dieser Funktionen den tropischen Ländern Vorteile beschert: Im Tausch gegen die immer künstlichere Erhaltung der Ökosysteme des Nordens, das ungebremste Voranschreiten der Industrialisierung und der hochgradig kapitalisierten und technologisierten Landwirtschaft, erlaubt sich der Süden den Luxus, zurückzukehren zum Müßiggang natürlicher Wirtschaft, von der Großzügigkeit von Mutter Erde zu leben, indem sie die komparativen Vorteile ausnutzen, die ihnen die Geographie ihrer Territorien beschert.

In der Geopolitik nachhaltiger Entwicklung steht eine, von der geographischen Lage der Länder abhängige, ökologische Verteilung auf dem Spiel. Zusätzlich zu den angeblichen Vorteilen der Bewertung der Biodiversität und ihrer ungleichen ökonomischen Verteilung, hat die geographische Lage der Länder im Süden auch noch einen perversen Effekt bei der Konzentration der Umweltschäden. So konzentrieren sich die Folgen der Ausdünnung der Ozonschicht auf die Antarktis und die Länder Südamerikas; die von Orkanen und anderen meteorologischen Phänomenen hervorgerufenen ökologischen und menschlichen Schäden wie „el Niño“ oder „la Niña“ häufen sich in dem Bereich zwischen den Wendekreisen.

Abgesehen von den sichtbaren Folgen bei der Zerstörung des Planeten, zeitigt die ökonomische Globalisierung verschleiertere Folgen hinsichtlich der Eingriffe in Natur. Auf diese Art und Weise haben sich die „natürlichen“ Katastrophen in den letzten Jahren in „Ereignisse höherer Gewalt“ verwandelt, welche die bäuerlichen und indigenen Gemeinschaften dazu gezwungen haben, ihre Jahrtausende alten Praktiken des Brandrodungsfeldbaus aufzugeben, da sie vielfach beschuldigt wurden, die Verursacher dieser Tragödien zu sein. Gerechter wäre es, zuzugeben, dass die Erwärmung des Planeten – die natürlich nicht von diesen Gemeinschaften hervorgerufen wird, sondern zu der sie nur in geringem Maße beitragen – ihre Ökosysteme verletzlicher und ihre Lebensweise risikorei-

cher gemacht hat, und sie in die Strategien der „sauberen Entwicklung“ zwingt.

Das Problem der Gleichheit angesichts der globalen Erwärmung stellt sich nicht nur bei der Simulation einer angeblichen Gleichheit innerhalb der Mechanismen der sauberen Entwicklung, sondern auch, wenn es um die Festlegung der Berechnungsgrundlage zur Verringerung von Emissionen und der entsprechenden Quoten zwischen Ländern und Personen geht. Die proportionale Verringerung pro Land, wie sie von Beginn der Klimakonvention an vorgeschlagen wurde, hieße, die historischen Ungleichheiten zu akzeptieren und zur Grundlage dieser weltweiten Anstrengung zu machen. Dies käme für sich entwickelnde Länder wie China oder Indien einem Urteilsspruch zur Unterentwicklung gleich. Demgegenüber schlagen Agarwal und Narain (1991) eine ökologische Verteilung pro Einwohner – welche diese Länder wegen ihrer großen Bevölkerung begünstigen würde – und die Schaffung eines Fonds für nachhaltige Entwicklung vor.

In Wirklichkeit stellt keine dieser Optionen eine Lösung für den, von der vorherrschenden ökonomischen Rationalität verursachten, entropischen „Tod des Planeten“ dar. Denn diese Rationalität selbst ruft ein unvermeidliches Anwachsen der Entropie hervor. Die einzig mögliche Lösung für Nachhaltigkeit und Gleichheit besteht in dem Abbau der ökonomischen Rationalität und dem Aufbau einer öko-technologischen Rationalität, die auf dem Prinzip der *negentropischen Produktivität* basiert, d.h. einer Produktivität, die nicht entropisch wirkt (Leff 1994).

Die Mechanismen des Protokolls von Kyoto werden es nicht zulassen, die Emissionen stärker zu senken, als es der Rhythmus des Wirtschaftswachstums erlaubt. Die Internalisierung ihrer Kosten nach den Regeln des Marktes und den Graden der „De-Materialisierung der Produktion“, die der technologische Fortschritt ermöglicht, wird nicht ausreichen, um die Gesetze der Entropie und den Rhythmus der Emissionen umzukehren. Der CDM setzt darauf, die überschüssigen Treibhausgase über Foto- und Biosynthese-Kapazitäten der Wälder, Böden und Ozeane zu binden, indem sie die Schwellen und Niveaus des ökologischen Gleichgewichts des Planeten erhöhen. Aber die herrschende ökonomische und techno-

logische Rationalität kann diese Prozesse nicht umkehren und sie in Richtung einer tatsächlichen Nachhaltigkeit lenken.

Trotzdem öffnen sich auf diesen Wegen einer ökologischen Umwandlung Möglichkeiten, eine neue Ökonomie zu errichten, die nicht nur auf der ökonomisch-technologischen Produktivität und den Strategien nachhaltiger Entwicklung beruht, sondern auf einer neuen Rationalität, die auf dem produktiven Potential von Ökosystemen basiert. Dies eröffnet neue, diversifizierte Produktionsformen mit der Natur und eine Abkehr vom Markt als vorherrschendem Gesetz des Globalisierungsprozesses.

Eine Ethik der Nachhaltigkeit geht sowohl über die Logik der aktuellen Kosten-Nutzenverteilung, zu der sie der Markt verurteilt, als auch über die generationsübergreifenden Folgen hinaus. Damit werden Fragen der Langzeitwirkung beim Erhalt der Biodiversität, den Folgen der transgenen Organismen auf die ökologische Sicherheit und die Lebensqualität der Menschen berührt, allesamt Prinzipien und Themen, die nicht in die ökonomische Bewertung einfließen. Von daher sollten das Vorsorgeprinzip sowie schwächere Interessen Vorrang haben vor dem unsicheren Bilanzieren eines unberechenbaren ökonomischen Wertes dieser Folgen.

Das Versagen des CDM, welcher der Markteffizienz unterliegt, die Ratifizierung und Erfüllung der internationalen Verträge durch die Regierungen und die Widerstände, um eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums zugunsten der Umwelt zu erreichen, haben zu radikaleren Vorschlägen geführt wie der *Anerkennung der ökologischen Verschuldung* der armen Länder. Das Prinzip der „ökologischen Schuld“ ist ein ideologisches und politisches Mittel, welches die Widerstandsbewegungen gegen die Globalisierung nährt, indem es die historische Ungleichheit benennt. Diese Bewegungen entstehen in ungewissen Räumen und entwickeln noch unsichere Prinzipien, die Entscheidungen und Handlungen in Richtung Nachhaltigkeit beeinflussen.

In diesem Feld von Kontroversen und der Suche nach Alternativen wird der vorherrschende Umgang mit Biodiversität ausgeschlossen. Denn letzterer hat bei der indigenen Bevölkerung Widerstand hervorgerufen, da diese den Wert ihrer Wälder nicht nach seiner Fähigkeit, Kohlenstoff zu absorbieren,

ren, bemessen sehen wollen. In diesem Sinne drückten die VertreterInnen indigener Völker, die auf dem „Ersten Internationalen Forum Indigener Völker zur Klimaveränderung“ im französischen Lyon im September 2000 zusammengekommen waren, ihren Widerstand gegen den Einschluss der Kohlenstoff-Aufnahme unter dem „Mechanismus der sauberen Entwicklung“ aus. Er stelle

„eine reduzierte Form der Wahrnehmung unserer Territorien und Böden lediglich hinsichtlich der Aufnahme oder Abgabe von Treibhausgasen dar, was unseren Weltvorstellungen und unserer Lebensphilosophie konträr entgegensteht. Der Einschluss von Senken wird außerdem zu neuen Formen der Enteignung unserer Böden und Territorien und zur Verletzung unserer Rechte führen, was in einer neuen Form des Kolonialismus gipfeln würde [...] Wir glauben, dass [der CDM] wegen der kontinuierlichen Invasion und des dauernden Verlustes unserer Böden und Territorien und ihrer Aneignung durch die Einrichtung oder die Privatisierung neuer Muster für Naturschutzgebiete eine Bedrohung darstellt [...] Wir wenden uns vollkommen gegen den Einschluss von Senken, Kernkraft-, Großwasserkraft- und Kohlekraftwerken. Zudem sind wir gegen die Entwicklung eines Kohlenstoff-Marktes, der die Reichweite der Globalisierung noch erhöhen würde.“

Der *Clean Development Mechanism* stellt für die unterschiedlichen Länder und sozialen Akteure der nachhaltigen Entwicklung kein neutrales Instrument dar. Auch wenn sie scheinbar für einige Länder – wie z.B. Costa Rica – vorteilhaft sind, lässt sich dies nicht als eine durchgängige Norm für andere Länder und Gemeinschaften generalisieren, die nicht so entschieden in das Spiel der *Joint Implementation* einsteigen.² Diese ökonomisch-ökologischen Transaktionen – wie auch der Tausch Schulden gegen Naturschutz – operieren in marginalen Räumen und mit geringen Beträgen, so dass die Kompensationsstrategien nicht ausreichen, um die destruktiven Folgen für die Umwelt zu bremsen. Heutzutage kann der in Richtung auf ökologischen Umbau gerichtete technologische Prozess den Rhythmus der Produktion von Treibhausgasen verlangsamen. Umkehren kann er diesen Prozess, der begonnen hat, schwerwiegende Folgen in der Umwelt und bei der Menschheit zu zeitigen, vor allem in den verletzlichsten Gemeinschaften, aber nicht.

Die Multilateralen Umweltabkommen und die WTO

Seit der Annahme des Washingtoner Artenschutzabkommens (CITES) im Jahre 1973 sind die unterschiedlichsten Verträge, Konventionen und Protokolle zum Schutze der Umwelt vereinbart, ausgearbeitet und umgesetzt worden. Die Umsetzung einiger dieser neuen Gesetzeswerke der internationalen ökologischen Normensetzung – wie das Protokoll von Montreal über den Schutz der Ozonschicht – hat zu wichtigen Erfolgen geführt, wie den generellen und unbedachten Einsatz von Substanzen wie DDT, Blei, Asbest, Dioxinen und den chlorierten Flurkohlenwasserstoffen einzuschränken.

Die 1992 durchgeführte UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung (UNCED) stellt einen wichtigen Wendepunkt in der globalen Umweltpolitik dar. Nach Rio-92 haben die Politiken der nachhaltigen Entwicklung die Schaffung und Umsetzung eines neuen internationalen Rechtsrahmens betrieben, der auf einer Reihe von multilateralen Umweltabkommen (*Multilateral Environmental Agreements*, MEA) beruht. Diese beinhalten eine Reihe von juristischen Instrumenten, die versuchen, den ökonomischen und sozialen Akteuren Normen aufzuerlegen, um die Folgen der ökonomischen und technologischen Prozesse auf die Umwelt einzuschränken und rückgängig zu machen.

Die MEA schließen Übereinkommen über Klimaveränderung und biologische Diversität, die UNO-Konvention gegen Verwüstung und Trockenheit und die Protokolle von Cartagena zur Sicherheit im Umgang mit transgenen Organismen, von Kyoto über Klimaveränderung und von Stockholm über Persistente Organische Schadstoffe ein. Von diesen Instrumenten waren wegen ihrer globalen Wirksamkeit und aufgrund der Unterschiedlichkeit der Interessen und der Komplexität der Konflikte, die in ihnen geschlichtet werden, die umstrittensten wohl die Übereinkommen zur Klimaveränderung und über die biologische Vielfalt – und die dazugehörigen Protokolle. Dies zeigt die Schwierigkeiten auf, ökologische Kosten zu internalisieren und die ökonomischen und Umweltpolitiken zusammenzuführen.

Abgesehen von den Versuchen der Verhandlungsführer einiger Länder, die Tagesordnung für grundlegende Streitpunkte

zu öffnen, sind diese Instrumente in der Praxis auf der Grundlage von eher pragmatischen Prinzipien (Vorgehensregeln, Finanzierungsfragen, messbare Indikatoren) festgelegt, um auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen, der Vereinbarungen zwischen den Beteiligten erlaubt. Die ethischen und philosophischen Erwägungen sowie die politischen Kontroversen bezüglich der Werte und Interessen, welche die Alternativen einer nachhaltigen Entwicklung definieren und die nicht auf das gemeinsame Muster der ökonomischen Bewertung übertragbar sind, werden von diesen Ebenen der internationalen Diplomatie verdrängt. Sie gelangen damit auf das Feld der politischen Ökologie, wo die gesellschaftliche Kraft entsteht, um die globalen Tagesordnungen zu öffnen. Auf dieser Ebene kommt das Interesse für die biologische und kulturelle Diversität gegenüber der Homogenität des Marktes und den Strategien der wirtschaftlichen Globalisierung zum Ausdruck.

Es überrascht nicht, dass viele Ursachen, welche die Abkommen und die Anwendung dieser Mechanismen für die globale Regierungsfähigkeit verzögert haben, Kontroversen sind, die mit Handelsangelegenheiten zu tun haben: Die Vermarktung der natürlichen Güter und die Bewertung der Umweltrisiken.

Die Schwierigkeit, die multilateralen Umweltabkommen (MEA) in Kraft zu setzen und effektiv anzuwenden, offenbart den Widerstand ökonomischer Art, die Umweltkosten zu internalisieren und sich den Regeln der ökologischen Nachhaltigkeit zu fügen. Beispiele dafür sind die aufgebauten Hindernisse, die Vereinbarungen von Rio – wie die Begrenzung der Treibhausgase und der Stop der globalen Erderwärmung – zu erfüllen. Auch wenn bei den MEA Fortschritte erzielt wurden, wie jüngst die Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls über den Klimawandel, so sind sie doch nach dem Prinzip des kleinsten gemeinsamen Nenners vereinbart, der zwar die Absichten der Regierungen in Einklang bringt, aber seine Reichweite reduziert und seine Ziele verwässert. So stellen die Klauseln über den Handel mit Verschmutzungsrechten nicht sicher, dass jedes Land oder jeder Industriezweig seine Emissionen weitmöglichst abbaut. Im Gegenteil, dieses Ziel wird pervertiert angesichts der Möglichkeit, dass die Länder mit überschrittenen Quoten diese auf andere Länder übertragen, beziehungs-

weise sie kompensieren, indem sie den fiktiven Wert zahlen, den die an Biodiversität reichen Länder für die Verschmutzung aufbringen müssten.

Indem der Nachdruck auf den Handel mit Verschmutzungsrechten gelegt wird, stellt das Kyoto-Protokoll der Klimarahmenkonvention den Emissionsländern einen Freibrief aus. Statt ihre CO₂-Emissionen und die den Treibhauseffekt fördernden Gase zu reduzieren, gelten sie diese ab, indem sie ihre Kosten auf Länder (wie die ehemalige Sowjetunion) übertragen, die unterhalb ihrer Quoten liegen und die aufgrund ihre ökonomischen Situation nicht einmal in der Lage wären, ihre Emissionen zu erhöhen. Da es an einem Mechanismus für die Bildung von Aufnahme-preisen fehlt, geschieht das Ganze zu „Dumpingpreisen“ und beim „Meistbietenden“, weil, wie Martinez Alier versichert, die armen Länder ihre Umweltdienste billig verkaufen. So gesehen schaffen die MEA untereinander nicht nur keine Synergien, sondern sie funktionieren vielmehr als Schleier zur Ökonomisierung der Natur.

Hinter den Debatten bezüglich der MEA und dem Dissens über ihre Verabschiedung und Anwendung steht die Kontroverse zwischen der den Umweltnormen unterliegenden ökologischen Vernunft und Ethik einerseits, sowie den Prinzipien und Regeln der ökonomischen Vernunft andererseits. Deren Inkompatibilitäten drücken sich nicht nur im Widerstand der Regierungen beispielsweise der USA und Japans aus, die MEA zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Gleichzeitig hat die Welthandelsorganisation (WTO) ihre eigenen Umweltordnungen entworfen, die den Regeln des Marktes und den geistigen Eigentumsrechten untergeordnet sind.

Diese Streitigkeiten führen letztendlich zur Notwendigkeit, internationale Rahmenbedingungen festzulegen, die nach dem Prinzip gemeinsamer, aber differenzierter Verantwortlichkeiten in der Lage sein sollen, Synergie-Effekte und Beziehungen zu schaffen, bei der sich die MEA und die WTO gegenseitig stärken (UNEP 2001). In dem Bestreben, formale Dispute zu vermeiden und die Konflikte zwischen Umwelt- und Handelsordnungen vorherzusehen und vorgehend zu lösen, tendiert die Integration von Umwelterwägungen bei Entscheidungsprozessen in ökonomischen und gesellschaftlichen Angelegenheiten jedoch dazu, die Anwendung von ökologischen Nor-

men und Umweltprinzipien den Freihandelsordnungen zu überlassen. In diesem Sinne hat sich die Entwicklung beschleunigt, wirtschaftliche Instrumente für die Handhabung der Umwelt auszuarbeiten und anzuwenden sowie den Wert der Natur auf die Preise zu reduzieren, die sie auf dem Markt der Umweltgüter und -dienstleistungen erzielen kann.

Wert und Territorium: Eine Politik der Ortsgebundenheit und des Andersseins

Gegenüber dem von der ökonomischen Vernunft und den Marktgesetzen regierten Globalisierungsprozess und, zusammen mit den Bewegungen der Globalisierungsgegner, kommt zunehmend eine Politik der Orts-, Raum- und Zeitgebundenheit zum Vorschein (Leff 2001b), die durch neue Rechte auf die kulturelle Identität der Völker mobilisiert wird (CNDH 1999; Sandoval/García 1999), und die vielfältigere und demokratischere Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens legitimiert. Hier stellt sich etwas gegen die ökonomische Logik.

Das *Territorium* ist der Ort, wo die Nachhaltigkeit in einer ökologischen Basis und in kulturellen Identitäten verwurzelt ist. Es handelt sich um den gesellschaftlichen Raum, wo die sozialen Akteure ihre Macht ausüben, um die Umweltnutzung zu kontrollieren und Umweltpotentiale in selbstverwalteten Projekten zu mobilisieren. Diese dienen dazu, Bedürfnisse, Hoffnungen und Wünsche der Menschen zu befriedigen, welche die ökonomische Globalisierung nicht erfüllen kann. Das Territorium ist der *locus* der Forderungen und des Begehrens der Menschen, um ihre Lebenswelten wieder aufzubauen. Die lokale Ebene ist es, auf der die kulturellen Identitäten geschmiedet werden, wo sie als *gesellschaftliche* Bewertung der ökonomischen Ressourcen und als Strategien zur Wiederaneignung der Natur zum Ausdruck kommen (Leff 1994). Das Territorium ist ein Ort, wo sich unterschiedliche Zeiten niederschlagen, wo sich kulturelle Identitäten und ökologische Potentiale artikulieren. Es ist mit anderen Worten der Ort, an dem die Zeiten der Nachhaltigkeit zusammenlaufen: Prozesse der ökologischen Wiederherstellung und Leistungsfähigkeit, der technologischen Innovation und Anpassung, des Wiederaufbaus kultureller Identitäten.

Demgegenüber ist der Slogan „global denken, lokal handeln“, der so beharrlich vom Diskurs der nachhaltigen Entwicklung befördert wurde, in Wirklichkeit ein Kunstgriff gewesen, um ein Einheitsdenken über „unsere gemeinsame Zukunft“ zu schaffen. Er verführt die lokalen Kulturen zu einem globalen Denken, das nichts anderes ist als der ökonomistische Diskurs vom nachhaltigen Wachstum. Dagegen besteht die Herausforderung der Nachhaltigkeit doch gerade darin, die lokalen Besonderheiten zu denken und eine Rationalität aufzubauen, die in der Lage ist, ihre Unterschiedlichkeiten zu integrieren sowie ihre Unvergleichbarkeit, ihre Relativität und ihre Ungewissheit, zu akzeptieren.

Die *Zeit*, darauf wies Evans Pritchard hin, gestaltet sich um bedeutsame Ereignisse sowohl gesellschaftlicher wie wirtschaftlicher Art herum. Jede Kultur definiert ihre Zeiten über ihre Kosmologie und ihre symbolischen Systeme. Die Zeit ist nicht nur das Maß externer Ereignisse (geophysische Phänomene, ökologische Zyklen, Abnutzungs- und Regenerationsprozesse der Natur), sondern die Abfolge von mit Bedeutung versehener interner Ereignisse, der Fortbestand von „Gegenwarten“ im Lauf der Geschichte, die Aktualisierung der ethnischen Identitäten und der „kulturellen Wesen“. Die Zeit befreit die vorgezeichnete und an vorherbestimmte Visionen fixierte Natur, indem sie den Weg für eine durch das Kulturbewusstsein neu gedeutete Natur öffnet.

Eine neue Politik der Ortsgebundenheit und des Andersseins wird ausgehend von den aktuellen Kämpfen um Identität, Selbstbestimmung und das Territorium vom Zeitbewusstsein entwickelt. Was dem Ruf nach Anerkennung der Überlebensrechte, der kulturellen Vielfalt und der Lebensqualität der Völker zugrunde liegt, ist eine *Politik des Seins*; ist eine *Politik des Werdens und der Transformation*, welche die Bedeutung der Utopie als Recht jedes Individuums und jeder Gemeinde wertet, die eigene Zukunft zu schmieden. Die *kulturellen Territorien* werden durch eine Zeit befruchtet, welche die Produktivstrategien und die existentiellen Bedeutungen neu schafft. Es handelt sich nicht nur um die Einforderung der kulturellen Rechte, welche die Sitten und Gebräuche ihrer autochthonen Sprachen und ihrer traditionellen Praktiken einschließen. Es geht auch um eine Kulturpolitik zur Rekonstruk-

tion von Identitäten, um eine Zukunft zu schaffen, die nicht vorbestimmt und ausschließend ist. Es handelt sich um den Widerstand gegen die homogenisierende Vorherrschaft der ökonomischen Globalisierung und darum, die kreative Vielfältigkeit des Lebens zu bekräftigen, die von der kulturell-ökologischen Heterogenität aus geschaffen wird.

Das führt dazu, die Bedeutung der Geopolitik selbst zu überdenken. Die Geo-Graphien, als Marksteine von den Zivilisationen auf der Erde hinterlassen, sind der *locus*, das *habitat*, in dem sich eine Welt ansiedelt, die durch eine Globalisierung auf den Kopf gestellt wurde, die dem Absolutheitsanspruch einer einzigen, universellen, dominanten Vernunft das Wort spricht. Aber es gibt auch die Handschrift, welche die neuen gesellschaftlichen Bewegungen hinterlassen, die sich die Natur wieder aneignen wollen (Gonçalves 2001).

Von dieser kulturellen Politik für Identität ausgehend, ist der Ruf nach Gleichheit und Nachhaltigkeit ein Kampf für die Vielfalt, für das Recht des *Andersseins*. Es handelt sich um das Recht auf die Eigenart und die Autonomie gegenüber der Nötigung zu einer Allgemeingültigkeit, die durch eine beherrschende Globalisierung aufgezwungen wird. Diese Politik des Seins und des Werdens entsteht, während Identitäten rekonstruiert und kulturelle Projekte auf dem Weg zu Nachhaltigkeit mit Diversität, Gerechtigkeit und Gleichheit erneuert werden.

Der Aufbau einer neuen ökologischen Rationalität wird in den entstehenden Bewegungen der indigenen Völker geschmiedet. Ein Beispiel dafür ist die Bewegung der Gemeinden von Schwarzen des kolumbianischen Südpazifiks, die folgende Prinzipien ihrer politischen Organisation nennt:

„Das Recht auf eine Identität besteht in dem Recht, schwarz zu sein, im Einklang mit der kulturellen Logik und der Weltsicht, die in der schwarzen Erfahrung verwurzelt ist ..., für die Rekonstruktion des eigenen schwarzen Bewusstseins und die Ablehnung des herrschenden Diskurses von der 'Gleichheit' mit seiner gleichzeitigen Verslossenheit gegenüber der Verschiedenheit. Zweitens, das Recht auf ein Territorium als ein Raum, sich verwirklichen zu können und als wesentliches Element für die Entfaltung der Kultur. Drittens, das Recht auf eine politische Autonomie als Vorbedingung für die Praxis, sich zu verwirklichen, mit der Möglichkeit, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Autonomie zu fördern. Viertens, das Recht, ihre eigene Vision von der Zukunft, der Entwicklung und ihrer sozialen Praxis zu schaffen, die auf den Sitten und Bräuchen bei der Produktion und der

gesellschaftlichen Struktur basiert. Fünftens, das Prinzip der Solidarität mit den Kämpfen der schwarzen Bevölkerungen in der Welt für die Suche nach alternativen Visionen ... Die Aktivisten konzipieren das Territorium als einen Raum für die Schaffung von Zukunft, für die Hoffnung und für den Fortbestand der Existenz.“ (Escobar, Grueso und Rosero 1998).

Auf diese Weise bekräftigt die indigene Bevölkerung ihre kulturellen Rechte, um die Kontrolle über ihr Territorium als ökologischen, produktiven und kulturellen Raum wiederzuerlangen, um sich ein Erbe natürlicher Ressourcen und kultureller Bedeutungen erneut anzueignen. Die Umweltvernunft wird durch neue soziale Akteure internalisiert und drückt sich als eine politische Forderung aus, die neuen Prinzipien für die Bewertung der Umwelt und die Wiederaneignung der Natur den Weg weist, indem sie in neuen Territorien und neuen Identitäten Wurzeln fasst. Kulturelle Politik wird im Schmelztiegel der Verschiedenheit der sozialen Akteure, die unterschiedliche kulturelle Bedeutungen und Praktiken einbringen, geschmiedet, in der Vermischung verschiedener materieller und symbolischer Prozesse durch das Handeln von Menschen, die ja immer aus Zeit, Leben und Geschichte bestehen. Wir sind auf diese Weise Zeugen, wie Traditionen wieder zum Leben erweckt werden und Bedeutungen überleben.

Von diesem Standpunkt aus stellt sich eine *Politik des Andersseins*, die als Grundlage eine Lehre vom Sein und der Andersartigkeit hat, so dar, dass sie auf die Rekonstruktion der Welt und eine Öffnung geschichtlicher Optionen ausgerichtet ist. Unzweifelhaft setzt die Politik des Andersseins daran an, dass die Globalisierung an ihr Ende kommt und zum Widerstand gegen die Einkapselung in ein uniformes und homogenisierendes Denken wird. Das Recht auf Andersein ist eine Forderung, die auf das Ursprungsprinzip des Seins zurückgeht, sich aber als Reaktion auf einen Globalisierungsprozess – dessen behauptete Allgemeingültigkeit, Naturgegebenheit, Überlegenheit – manifestiert, der dabei ist, Daseinsformen zu verschlingen und sie ihres Wesens zu berauben. Die Politik des Andersseins entsteht nicht aus der Konfrontation der Besonderheiten verschiedener Kulturen, die in der Geschichte auftauchen, sondern, wie Baudrillard bemerkt:

„Andere Kulturen haben niemals die Allgemeingültigkeit für sich eingefordert. Ebenso wenig forderten sie ihr Anderssein ein, bis ihnen

das Anderssein zwangsweise als Teil einer Art kulturellen Opiumkrieges injiziert wurde. Diese Kulturen leben ihre eigenen Besonderheit, ihres eigenen Ausnahmefalls, sowie mit der Unnachgiebigkeit ihrer eigenen Rituale und Werte. Sie finden keinen Trost in der tödlichen Illusion, dass alle Unterschiede miteinander versöhnt werden können – eine Illusion, die für sie nur Vernichtung bedeutet ... Das radikal Andere ist nicht tolerierbar: es kann nicht ausgelöscht, aber auch nicht akzeptiert werden. Daher muss das verhandelbare Andere gefördert werden. An diesem Punkt beginnt eine subtilere Form der Vernichtung – eine Form, in der alle Eigenschaften der Modernität einbezogen sind“ (Baudrillard 1993: 132f).

Zweifellos entfaltet der Diskurs der ökonomischen Globalisierung – während er öffentlich seine Anerkennung gegenüber den ethnischen Differenzen ausruft – eine Strategie, um diese Differenzen zum Glaubensbekenntnis der obersten Marktgesetze zu konvertieren und ihre Kulturen in den Begriffen der ökonomischen Werte neu zu kodifizieren. Diese Politik ist viel ausgeklügelter als die demokratische Politik, die mit dem Hinweis auf die Gleichheit, die gesellschaftlichen Ungleichheiten verstärkt. Sie operiert als Strategie der Einverleibung/Auslöschung der Umwelt, in der das absolut Entgegengesetzte zur ökonomischen Vernunft gesehen wird.

Die Andersartigkeit zeigt sich aber nicht nur in ihrer antagonistischen Präsenz, als Rache gegenüber der herrschenden Rationalität und als unvermeidlicher Zersetzungsprozess, sondern auch als ontologisches Prinzip des Seins und als Öffnung gegenüber Alternativen der homogenisierenden Globalisierung. Eine Politik des Andersseins ist eine Politik des Widerstandes dagegen, von weltweiten Ordnungsvorstellungen aufgesogen und vom Markt und der ökonomischen Vernunft einverleibt zu werden. Das öffnet den Weg in Richtung einer vielfältig verflochtenen und abhängigen Welt, die nicht mehr eine zentrale Achse und einen einzigen Anziehungspunkt hat, sondern sich aus dem Zusammenleben der Besonderheiten, der kulturellen Vielfältigkeiten, der unterschiedlichen Rationalitäten ergibt.

Die Kontroversen zwischen der ökonomischen und ökologischer Vernunft führen aus der Perspektive der nachhaltigen Entwicklung dazu, der Logik des Tauschwertes eine produktive Vernunft kontrastierend gegenüberzustellen, die auf dem Gebrauchswert basiert. Dieser geht über die Prinzipien der „totalen Qualität“ und der „sauberen Technologie“ der neuen Ökoindustrie sowie über eine auf „Konsumentensouveränität“

begründete Lebensqualität hinaus. Die ökologische Rationalität führt dazu, die Produktion auf der Grundlage natürlicher Potentiale und der Natur kulturell zugewiesenen Bedeutungen zu überdenken. Das führt zu einer Politik des Seins, der Diversität, des Andersseins, welche die herkömmliche Ausbeutung der Natur in Frage stellt.

Neue Bewegungen zur Wiederaneignung der Natur

Als Reaktion auf die Ökonomisierungstendenzen in der Welt entstehen neue soziale Bewegungen – hauptsächlich die der indigenen Völker und der bäuerlichen Gemeinschaften –, die sich für die Wiederaneignung der Natur einsetzen. Ab „Rio 1992“ haben sich die indigenen Völker zunehmend und kritisch in den Diskurs um die Globalisierung und die Politik nachhaltiger Entwicklung eingemischt. Die Bejahung ihrer ethnischen Identitäten und der Prinzipien demokratischer Beteiligung haben den Weg für die Generation der neuen Umweltakteure unter den Indigenen des ganzen Kontinentes, den schwarzen Gemeinden Kolumbiens, der Landlosenbewegung und anderen geöffnet. Diese bringen sich ein in den Diskurs über nachhaltige Entwicklung, machen dabei aber ihre Originalität und ihr Anderssein deutlich, indem sie ihre Identitäten bekräftigen und eigene nachhaltige Projekte aufbauen.

Die sozialökologische Orientierung der neuen sozialen Bewegungen zeigt sich auf den jüngsten nationalen und internationalen Foren, wo die indigenen Völker ihre Position gegenüber der ökonomischen Globalisierung, dem Freihandel sowie bezüglich ihrer Autonomie und ihrem Recht vertraten, sich ihr natürliches und kulturelles Erbe wieder anzueignen. Sie berufen sich dabei auf das internationale Recht (z.B. die Konvention 169 der ILO; der Internationalen Arbeitsorganisation) und beteiligen sich an der Definition von Rechten, die sich aus den multilateralen Umweltabkommen ableiten.

Aber das geschieht nicht nur auf den internationalen UNO-Konferenzen. So erklärte Ende 2000 das „Forum von Ocosingo“ (gleichnamig dem Ort im mexikanischen Bundesstaat Chiapas), an dem Indígena- und Campesino-Organisationen teilnahmen.

„Wir verstehen, dass es um die Kontrolle von Territorien, der Biodiversität, des Wassers, des Erdöls, des Stroms, des Urans geht, und dass wir Indigenas ein Hindernis für die Ausbeutung, Industrialisierung, Bioprospektion dieser Naturschätze sind. Wo bleiben unsere Rechte?“

Das Internationale Indigenen-Forum zu Biodiversität traf sich im Oktober 2001 in Bonn am Rande der Arbeitsgruppe zum Thema Zugang und Vorteilsausgleich der Biodiversitätskonvention. Hier wurden die folgenden Prinzipien und Forderungen zum Ausdruck gebracht, welche die Positionen gegenüber den Prozessen der ökonomisch-ökologischen Globalisierung belegen:

„Unser kollektives Wissen ist keine Ware, die wie irgendein Objekt auf dem Markt gehandelt werden kann. Unser Wissen über die Biodiversität ist untrennbar mit unseren Identitäten, Gesetzen, Einrichtungen, Wertesystemen und Kosmovisionen als indigene Völker verbunden. Generationenlang waren und sind unsere Völker die Wächter der Natur, von der wir alle abhängen. Darum fühlen wir uns den ersten beiden Zielen der Konvention über Biodiversität, d.h. dem Erhalt und der nachhaltigen Nutzung der Biodiversität, vollständig verpflichtet. Aber jede Diskussion über Zugang und Vorteilsausgleich muss die fundamentalen Rechte anerkennen, unser eigenes Wissen zu kontrollieren, vorherige und informierte Zustimmung zu Projekten zu erteilen (*prior informed consent*) sowie unsere kollektiven und territorialen Rechte anerkennen.“

Sie beziehen Stellung gegen die herrschenden Aneignungsmechanismen bezüglich des genetischen Reichtums und der ungleichen Nutzenaufteilung aus den Ergebnissen der Bioprospektions-Prozesse. Sie kritisieren die negativen Konsequenzen für ihre Lebensstile und ihre kulturellen Werte. Und schließlich fügen sie ihren Widerstand gegen die Vermarktung der Biodiversität und die monopolistische Kontrolle ihrer Reichtümer durch die geistigen Eigentumsrechte auf lebende Organismen hinzu:

„Es ist wichtig, dass die Konvention ihre Ziele auf eine gleichgewichtige Weise erfüllt. Es besorgt uns jedoch, dass derzeit über die geistigen Eigentumsrechte ein unverhältnismäßiger Nachdruck auf die vermarktbareren und ökonomischen Werte der Biodiversität gelegt wird – zum Nachteil ihrer Bewahrung und ihrer kulturellen und spirituellen Werte. Die Privatisierung und Vermarktung unseres Wissens und unserer Naturressourcen haben das Potential, die politische, soziale, ökonomische und kulturelle Integrität unserer Völker zu zerstören. Für die indigenen Völker ist die gesetzliche Anerkennung der Rechte der Indigenen, insbesondere die Garantie für Land und Territorien,

wichtiger als monetäre und nicht-monetäre Vorteile. Nur wenn die territoriale Sicherheit garantiert ist, kann es zu einer gleichgewichtigen Nutzenaufteilung kommen.“

In diesem Sinne bildet sich die Geopolitik der ökonomisch-ökologischen Globalisierung als ein konfliktives Feld heraus. Die Nachhaltigkeit von Entwicklung wird eher das Resultat der sozialen Bewegungen für die Wiederaneignung der Natur und die Konstruktion einer neuen ökologischen Rationalität sein als das Ergebnis der Marktstrategien, ökologische Kosten zu internalisieren und Natur und Kultur zu kapitalisieren.

*Aus dem Spanischen von Peter Stegemann
und Gerold Schmidt*

Anmerkungen

- 1 In diesem Sinne, angesichts der Fiktion der Kohlenstoffaufnahme durch die Natur und der Geiselnahme der Natur durch die Ökonomie, bekräftigen deutlichere und kritischere Standpunkte der ökologischen Ökonomie, dass dieses „Ziel der Reduzierung ... über eine wissenschaftlich-politische Debatte außerhalb des Marktes festgelegt werden (muss), und zwar in Bereichen faktischer und wissenschaftlicher Unsicherheiten und politischer Interessen. Es kann in einem ökologisch erweiterten Markt nicht um die Frage der exakten Internalisierung der Externa im Preissystem (was unmöglich ist, da es sich um zukünftige und unsichere Geschehnisse handelt) gehen.“ (Martínez-Alier/Roca 2000:459)
- 2 Die „win-win-Strategien“ des Mechanismus der sog. sauberen Entwicklung übersetzen sich vielfach in lose-lose-Projekte oder -Aktionen. Wie Martínez-Alier für Ecuador darstellt, hatte die Anpflanzung von Eukalyptus und Kiefern auf 75.000 ha andinen Bodens folgende Effekte: „... durch die Pflanzung von Kiefern in den Sümpfen, deren Böden viel organische Materie beinhalten, wird mehr Kohlenstoff frei, als die Bäume aufnehmen: Eine lose-lose-Lösung.“ (Martínez-Alier/Roca 2000: 461)

Literatur

- Agarwal, Anil/Narain, Surita (1991): *Global Warming in an Unequal World: A case of Environmental Colonialism*. New Delhi: Center for Science and Environment
- Bataille, Georges (2001): *La Oscuridad no Miente*. México: Taurus
- Baudrillard, Jean (1993): *The Transparency of Evil*. New York: Verso

- Bruckmeier, Karl (1994): Strategien globaler Umweltpolitik. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Carvalho, Isabel (2001): La Invenção Ecológica. Narrativas e Trajetórias da Educação Ambiental no Brasil. Porto Alegre: Universidade Federal de Rio Grande do Sul
- Castro, René (1999): Los Servicios Ambientales de los Bosques: El caso del Cambio Climático. México: PNUD
- CNDH (1999): El Derecho a la Identidad Cultural. In: Gaceta, No. 103. México, Comisión Nacional de Derechos Humanos
- Escobar, Arturo, Libia Grueso/Rosero, Carlos (1998): El Proceso Organizativo de las Comunidades Negras en el Pacífico Sur Colombiano. In: Álvarez, Sonia, Evelina Dagnino und Arturo Escobar (Hg.): Cultures of Politics/Politics of Cultures: Re-visioning Latin American Social Movements. Boulder, Colorado: Westview Press
- Gonçalves, Carlos W. Porto (2001): Geo-grafías. Movimientos Sociales, Nuevas Territorialidades y sustentabilidad. México: Siglo XXI
- Jalée, Pierre (1968): Le Pillage du Tiers Monde. París: Francois Maspero
- Leff, Enrique (1994): Ecología y Capital. México: Siglo XXI
- Leff, Enrique (1998): Saber Ambiental: Sustentabilidad, Racionalidad, Complejidad, Poder. México: Siglo XXI/UNAM/PNUMA
- Leff, Enrique (2000): Pensar la Complejidad Ambiental. In: Leff, Enrique (Hg.): La Complejidad Ambiental. México: Siglo XXI/UNAM/PNUMA
- Leff, Enrique (2001): Los Derechos del Ser Colectivo y la Reapropiación Social de la Naturaleza: A Guisa de Prólogo. In: Leff, Enrique (Hg.): Justicia Ambiental. Construcción y Defensa de los Nuevos Derechos Ambientales, Culturales y Colectivos en América Latina, Red de Formación Ambiental para América Latina y el Caribe, Serie Foros y Debates Ambientales No. 1. México: PNUMA/CEIICH-UNAM
- Leff, Enrique (2001b): Espacio, Lugar y Tiempo. La reapropiación social de la naturaleza y la construcción local de la racionalidad ambiental. In: Nueva Sociedad, No. 175, Sept/Okt. Caracas, S. 28-42
- Leff, Enrique y Mindahi Bastida (Hg., 2001): Comercio, Medio Ambiente y Desarrollo Sustentable. Las Perspectivas de América Latina y el Caribe, Red de Formación Ambiental para América Latina y el Caribe, Serie Foros y Debates Ambientales No. 2. México: PNUMA/CEIICH-UNAM
- Martínez Alier, Joan/Roca, Jordi (2000): Economía Ecológica y Política Ambiental. México: FCE/PNUMA

- O'Connor, Martin (1993): On the Misadventures of Capitalist Nature. In: Capitalism, Nature, Socialism 4(3): S. 7-40
- Pearce, David/Moran, Dominic (1994) The Economic Value of Biodiversity. Gland: IUCN - The World Conservation Union
- Quiroga, Rayen (1994): El Tigre sin Selva. Consecuencias ambientales de la transformación económica de Chile: 1974-1993. Santiago de Chile: Instituto de Ecología Política
- Sandoval, I. E./García Colorado, G. (1999): El Derecho a la Identidad Cultural. México: Instituto de Investigaciones Legislativas, Abgeordnetenkammer
- UNEP (2001): Enhancing Synergies and Mutual Supportiveness of Multilateral Environmental Agreements and the World Trade Organisation, <http://www.unep.ch/etu>.

Silvia Ribeiro

Biopiraterie und geistiges Eigentum – Zur Privatisierung von gemeinschaftlichen Bereichen¹

Der Begriff „Biopiraterie“ wird in unterschiedlicher Weise interpretiert. Einige sehen darin schlicht den Vorgang des Ansammlens biologischen Materials ohne die „vorherige informierte Zustimmung“ der regionalen Gemeinden oder des Landes, in dem es gesammelt wird, und ohne die Bestimmung zum „Vorteilsausgleich“ (*benefit sharing*) zu respektieren, wie sie von der Biodiversitätskonvention (engl. CBD) der Vereinten Nationen vorgegeben ist. Gemäß dieser legalistischen Perspektive würde die Unterzeichnung eines Vertrages über „Bioprospektierung“ das Problem der Biopiraterie im legalen Rahmen lösen, und die so genannten „Rechte“ über geistiges Eigentum, in ihren zahlreichen Versionen, könnten ein nützliches Instrument sein, dass in dem Moment, in dem für die Unternehmen Gewinne anfallen, sie einen Teil ihres ökonomischen Ertrages an die lokalen Gemeinden abführen müssten, die ihnen die Ressourcen und Kenntnisse vermittelten.

Für die großen transnationalen Unternehmen, welche die Biotechnologie für Pharmazie und Landwirtschaft nutzen und Hauptinteressenten und -empfänger der biologischen Ressourcen sind, ist die Biopiraterie die nicht-autorisierte Nutzung oder Reproduktion ihrer patentierten Innovationen. Benutzt beispielsweise ein Landwirt bewusst oder unbewusst patentiertes Saatgut ohne dafür eine Gebühr zu bezahlen, so ist dies aus Sicht der Unternehmen „Biopiraterie“. Dies war beispielsweise der Fall als das Feld eines Landwirts durch den durch Wind verbreiteten Blütenstaub von Feldern, die patentiertes Saatgut enthielten, verunreinigt worden war. Zur Absicherung ihrer Rechte haben die Konzerne, zusätzlich zu Gesetzen und den direkten Verträgen mit den Landwirten, Detektivgruppen gebildet, die durch die Felder in den Vereinigten Staaten oder Kanada ziehen, um von dort Proben zur Überprüfung zu holen. Das Unternehmen Monsanto hat bereits mehr als 460 Prozesse gegen Landwirte dieser Länder angestrengt. Im März 2001 wurde ein kanadischer Landwirt zu mehr als 75.000 Dol-

lar Strafe wegen „Biopiraterie“ verurteilt, weil sein Feld mit von Monsanto patentiertem transgenem Saatgut durchzogen war, obwohl der Landwirt das nicht wusste und auch gar nicht wollte, und zudem der Meinung war, dass diese Kontamination seinem Feld schade.² Für den Fall, dass die Gerichte anders entscheiden würden oder die Gesetze über geistiges Eigentum nicht ausreichend wären, haben die in diesen Sektoren dominanten Firmen inzwischen mehr als 70 technologische Patente entwickelt, damit ihre Saat in der zweiten Generation steril bleibt. So haben sie „biologische Patente ohne Verfallsdatum“ (die sog. *Terminator-Technologien*) etabliert, um so der Biopiraterie vorzubeugen.

Die Gruppe ETC (vorher RAFI) sieht, ebenso wie zahlreiche andere Organisationen der Zivilgesellschaft, in der Biopiraterie die Aneignung genetischer Ressourcen und Kenntnisse der indigenen Bevölkerung und lokalen Gemeinschaften, speziell aus Dritt-Welt-Ländern, von Seiten privater, zumeist transnationaler Unternehmen, und/oder öffentlicher Institutionen, die generell aus dem Norden stammen. Die Biopiraten nutzen verschiedene Mechanismen geistigen Eigentums, um für sich die Nutzung von aus dem Süden stammenden materiellen und nicht-materiellen Ressourcen zu beanspruchen. *Die Biopiraterie ist also weit davon entfernt nur eine Frage von Gesetzen und Regeln zu sein. Sie ist ebenso ein Thema der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Gerechtigkeit und im wesentlichen eine Frage der Ethik.* Im Grunde handelt es sich um die Privatisierung von Ressourcen, die immer öffentlich, kollektiv und zum Allgemeinwohl bestimmt waren, und nun dem Gewinn und Nutzen einer handvoll Unternehmen und Institutionen dienen. Selbst wenn ein Unternehmen oder eine andere Institution einen Vertrag unterschrieben hat, der die rechtskräftige nationale oder internationale Verfassung respektiert, und selbst wenn dieser Vertrag ein gewisses Mass an Mitsprache oder Teilnahme der Gemeinschaften und/oder Staaten verbunden mit irgendeiner Form von „Gewinnverteilung“ enthält, so bleibt es doch Biopiraterie. Denn der Schutz und Vorrang der Rechte der indigenen Bevölkerung, der Landwirte sowie der lokalen Gemeinden, die ja die Hauptakteure in diesem Prozess der Biodiversität sind, sind nicht nur völlig unzureichend. In vielen Fällen werden ihnen sogar diese fun-

damentalen Rechte verweigert. So wird die Plünderung gerechtfertigt und die Basis für das ursprünglich gemeinsame Erbe an Ressourcen der biologischen und kulturellen Vielfalt unterminiert.

Wem gehören die Ressourcen?

Im Zuge mehrerer tausend Jahre hat sich weltweit der Lebensunterhalt der Menschen auf die Kenntnisse über die Umwelt und die Anpassung, Verfügbarkeit und Schaffung von Ressourcen gestützt. Ernährung, medizinische Versorgung, Kleidung, Schutz, ästhetische Zwecke und anderes wurden innerhalb der verschiedenen lokalen Kulturen – von den Indigenen, Landwirten, Pfarrern, Fischern usw. – gewährleistet und dadurch der Allgemeinheit vermacht. Es war stets ein kollektiver, offener Prozess des freien Austauschs. Restriktionen bestanden bezüglich „heiliger“ oder ritueller Kenntnisse, aber selbst da waren sie im Grunde kollektiv und öffentlich, da die Funktionen dieser spezialisierten Kenner (Schamanen, Heiler, etc.) dem sozialen Gefüge dienen. Dieser freie Fluss hat eine permanente Anhäufung und Bereicherung der Kenntnisse und Ressourcen erlaubt.

Die kulturelle und die biologische Vielfalt interagieren dynamisch miteinander, so wie auch die landwirtschaftlich kultivierte Vielfalt mit der wildwachsenden in einem engen Verhältnis steht, in dem sich all diese Faktoren gegenseitig stützen. Das erklärt den wichtigen Umstand, warum die Gebiete mit der größten biologischen Vielfalt auch die Gebiete mit der größten kulturellen Vielfalt sind. Dieser Prozess gehört nicht der Vergangenheit an, auch wenn er verstärkt durch genetische und kulturelle Erosion bedroht ist. Es wird geschätzt, dass die ländliche Bevölkerung der Dritten Welt 90% ihrer Bedürfnisse durch die in ihrer Region befindlichen biologischen Vorkommen abdeckt, und 60% der Weltbevölkerung essenziell von Selbstversorgung abhängt sowie 80% von ihnen Heilpflanzen zur Gesundheitsversorgung nutzen.³

Zusätzlich zu diesem direkten Nutzen bilden diese Ressourcen und das Wissen um ihre Nutzung auch die Basis, auf die sich historisch und aktuell die Forschung und wissenschaftliche Entwicklung in der landwirtschaftlichen, pharmazeuti-

schen und tiermedizinischen Branche stützt, sei es zu öffentlichen, kommerziellen oder industriellen Zwecken.

Historischer Nord-Süd-„Vorteilsausgleich“ und die aktuelle Rekolonialisierung des Südens

Die traditionellen Heilmittel und die Kenntnisse der indigenen Bevölkerung haben, außer ihrem eigentlichen Wert als solche (d.h. ihrem sog. intrinsischen Wert), inzwischen einen hohen kommerziellen Wert erlangt. Ungefähr drei Viertel der heute weltweit verschriebenen Medikamente, die aus Pflanzen hergestellt wurden, wurden zuerst von Indigenen genutzt. Das ermöglichte die spätere „Entdeckung“ durch Unternehmen und Labore der industrialisierten Länder. Nach Zahlenangaben von 1996 erzielt die Pharmaindustrie global schätzungsweise 32 Milliarden Dollar Gewinn jährlich auf Grund der Nutzung traditioneller Heilmittel, die zu Medikamenten verarbeitet werden. Zwischen 1950 und 1980 waren 25 Prozent der in der pharmazeutischen Industrie der USA hergestellten Medikamente aus pflanzlichen Substanzen hergestellt. Heutzutage sind 40 Prozent der Medikamente in den USA auf der Basis von natürlichen Produkten entstanden, und der geschätzte wirtschaftliche Wert der aus Pflanzen hergestellten medizinischen Produkte liegt allein in den Vereinigten Staaten bei schätzungsweise 68 Milliarden Dollar jährlich.⁴ Daher ist es nicht verwunderlich, dass die Jäger der biologischen Reichtümer sich besonders in Zonen großer biologischer Diversität fieberhaft um das „grüne Gold“ des Südens abmühen.⁵

Das Interesse für die Untersuchung natürlicher Produkte wächst stetig – besonders im Hinblick auf potenzielle medizinische Substanzen. 1980 noch war in den für Forschungen der Pharmaindustrie vorgesehenen Ausgaben in den USA nichts für die Untersuchung höherwertiger Pflanzen bestimmt. Heute werten weltweit mehr als 200 private Forschungsunternehmen tierische und pflanzliche Stoffe auf potenzielle medizinische Wirkstoffe aus. Dieses gestiegene Interesse basiert zum Teil auf der Entwicklung neuer Technologien, welche die Möglichkeiten zur Analyse und eventuellen späteren Verwertung in Medikamenten oder anderen Marktprodukten revolutioniert haben. Diese Entwicklung wird jedoch ebenso begün-

stigt durch die Ausweitung geistiger Eigentumsrechte in ganz neue Bereiche – speziell bezogen auf Lebewesen und biologische Prozesse.

Der vorsichtig geschätzte Beitrag, den der Fluss von genetischen Ressourcen im landwirtschaftlichen Sektor für nur vier Arten (Mais, Weizen, Reis, Stangenbohnen) von Süd nach Nord leistet, liegt unter Einbeziehung des größten internationalen Netzes zur Landwirtschaftsforschung CGIAR (Consultative Group on International Agricultural Research) bei jährlichen 5 Milliarden US-Dollar. 1994 legte der damalige US-Außenminister Warren Christopher in einem Schreiben an den Senat dar, dass das ausländische Keimplasma einem jährlichen Beitrag von 10,2 Milliarden für Mais- und Soyakulturen in den Vereinigten Staaten entspricht. Das Schreiben sollte Argumente liefern, welche die USA zur Unterzeichnung der Biodiversitätskonvention bewegen sollen.⁶

Die mächtigen Konzerne aus dem Norden haben die biologischen – und andere – Vorkommen geplündert, so wie sie sich, seit Jahrhunderten und besonders seit der Ausdehnung Europas, die Kenntnisse der indigenen Bevölkerung des Südens zu Nutze gemacht haben. Dieser „Kollateralschaden“ führte zu einer erheblichen menschlichen, kulturellen und umweltbezogenen Verwüstung. Trotzdem begann vor ungefähr zwei Jahrzehnten ein Prozess, den man als neue landwirtschaftliche und industrielle Technologierevolution bezeichnen kann, die noch tiefgreifendere Auswirkungen auf die Entwicklung natürlicher und kultureller Vielfalt hat. Zusammengekommen sind es drei Faktoren, die gemeinsam *sine qua non* die Voraussetzungen zur Biopiraterie darstellen:

- die Patentierung und andere Formen geistigen Eigentums über Lebewesen;
- die Entwicklung neuer Biotechnologien und anderer Technologien;
- das vertikale und horizontale Ansteigen wirtschaftlicher und Unternehmens-Machtkonzentrationen.

Das Zusammenspiel der Faktoren führt zu einem wahren Prozess der Rekolonialisierung des Südens. Zentral ist dabei: Die Ressourcen, welche die Eroberer damals mitnahmen, bestanden aus Quantitäten wie Silber oder landwirtschaftliche Produkte. Heute können sie aus der Entfernung angeeignet

werden, ohne dass die neuen Biopiraten einen Fuß in den Herkunftsort der Ressourcen setzen müssen.

Die Modalitäten der Biopiraterie: Piraten und Korsaren

Es ist unmöglich, präzise Daten für den Beginn der Biopiraterie in der Welt zu nennen. Versteht man darunter die Plünderung genetischer Ressourcen, war sie schon seit vielen Jahren eine heimliche und illegale Aktivität und ist häufig einfach nicht als solche wahrgenommen worden. So hat zum Beispiel die Nutzung von Keimplasma aus dem Süden in der Landwirtschaft vieler Länder des Nordens eine enorme wirtschaftliche Bedeutung, die jedoch weder anerkannt noch finanziell beglichen wurde. Man kann trotzdem in den 80er Jahren ein Schlüsselmoment in der sprunghaften Entwicklung neuer Biotechnologien (Gentechnik, Klonen, Züchtung von Gewebe, etc.) sowie in der Zustimmung zu den ersten Patenten auf Lebewesen in den USA ausmachen. Beide Bedingungen – Technologien und Gesetze zur Monopolisierung geistigen Eigentums – intensivierten die Aktivitäten der Bioprospektierung auf Seiten der Pharma- und Agrarindustrie, die versuchen neue Produkte zu entwickeln.

Die Informationen und erhaltenen Ressourcen sind die Basis der biotechnologischen Forschungssysteme, um Entwicklungen auf dem Gebiet der Landwirtschaft und Pharmakologie voranzubringen. Das führt zu einem Fusionsprozess (der ja schon seit der sog. Grünen Revolution im Gange ist) zwischen Unternehmen des landwirtschaftschemischen Bereichs, der Saatgutkonzerne und des pharmazeutischen Sektors sowie der Tiermedizin und der Genforschung. Das Resultat bestätigt das, was wir als „Gen-Giganten“ bezeichnet haben. Obwohl die Aktivitäten von Bioprospektierung und Biopiraterie in den 80er Jahren stark zugenommen haben, widmeten sich die Unternehmen zu Beginn der mehr oder weniger zufälligen Suche, auch ohne rechtlichen Anspruch. Sie sammelten auf der Suche nach aktiven unbekanntem Substanzen Muster aus Gebieten mit großer biologischer Vielfalt. Monsanto hat als einer der fünf größten Gen-Giganten unter seinen Angestellten diejenigen ausgewählt, die „an einen exotischen Ort reisen

möchten und denen es nichts ausmacht, aus Liebe zur Wissenschaft einige Muster aus dem Boden zu reißen“ mit dem Ziel, brauchbare Exemplare für die landwirtschaftlichen Prospektierungsprogramme des Unternehmens zu finden. „Man weiß nie was man findet, noch wo man es findet ... Alles liegt innerhalb des Möglichen“, äußert sich diesbezüglich der Sprecher von Monsanto, Margann Miller-Wideman.⁷

Andere Unternehmen beginnen damit, zunächst Kontakte mit der einheimischen Bevölkerung und traditionellen Kennern von Heilmitteln in Gebieten mit großer Biodiversität herzustellen. Im Rahmen eines Vertrages bezahlen sie ihnen dann eine lächerlich geringe Summe, damit sie die von ihnen als nützlich oder selten eingestuft Pflanzen, inklusive der Beschreibung der bekannten Nutzungsformen, sammeln und an die Unternehmen senden können.

Systematischer, jedoch genauso wenig legal, ist die Biopiraterie, die historisch und aktuell in den botanischen Gärten des Nordens vonstatten geht. Unter dem Vorwand der wissenschaftlichen Recherchen für Sammlungszwecke, die angeblich zum Nutzen der Menschheit seien, gelangten Tausende Muster aus Lateinamerika und dem übrigen Süden in die Labore der multinationalen Konzerne. In vielen Fällen wurden die Muster zu kommerziellen Zwecken Teil des Repertoires dieser Labore, die sich die daraus gewonnenen Inhaltsstoffe patentieren ließen. Einige botanische Gärten, darunter der Missouri Botanical Garden, der New York Botanical Garden sowie der Kew Royal Botanical Garden in London, kollaborierten offenkundig mit den Konzernen. Es gibt Verträge zwischen ihnen und den Konzernen Pfizer, Merck, Phytera, Searle (heute Monsanto und Pharmacia), Shaman Pharma (heute Bristol Myers Squibb), Dow Elanco Agrosiences und anderen, die den Konzernen die Versorgung mit Exemplaren für die Bioprospektierung zusichern.⁸

Geistiges Eigentum, Souveränität und der Diskurs über die Gewinnverteilung

Das erneute Interesse der Unternehmen für genetische Ressourcen und Wissen der indigenen Bevölkerung im Süden hat durch Ausweitung ihrer Aktivitäten im Bereich der Biopro-

spektierung dazu geführt, dass sie natürlich auch nach Formen gesucht haben, sich vorrangige Monopolrechte auf ihre Aktivitäten und Resultate zu sichern. Zum einen hat das den Zweck, sich vor der Forschungsaktivität der konkurrierenden Unternehmen zu schützen, zum anderen den, sich gegen möglichen Protest von betroffenen Gruppen, anderen Institutionen und auch des Staates abzusichern. Eine der bedeutendsten Maßnahmen dafür ist die systematische Intrige von Seiten der durch US-amerikanische Pharmakonzerne angeführten internationalen pharmazeutischen Industrie zur weltweiten Einrichtung des Rechts auf geistiges Eigentum von Lebewesen.

Es ist eine bekannte Tatsache, dass diese Gruppe den ersten Entwurf des Kapitels über geistiges Eigentum des damaligen Handelsabkommens GATT – der aktuell weitergefassten Weltorganisation WTO – verfasste und erreichte, dass das Thema in der sog. Uruguay-Runde besprochen wurde. Das Resultat war die Einbeziehung des TRIPS-Abkommens (handelsbezogene Aspekte geistiger Eigentumsrechte), dessen Artikel 27.3(b) besagt, dass alle Mitglieder der WTO Patentsysteme für Mikroorganismen und mikrobiologische Prozesse annehmen müssen. Außerdem müssen sie Systeme des geistigen Eigentums für Pflanzensorten erstellen, mit Hilfe von Patenten oder sog. sui generis-Systemen, d.h. eigenständig entwickelten Rechtssystemen. Diese letzte Klausel wird von der Mehrheit der Regierungen als Sicherung des Schutzes von Pflanzenvarietäten interpretiert im Sinne der Konvention UPOV (*Union Internationale pour la Protection des Obtentions Végétales*; Union zum Schutz neuer Pflanzenvarietäten). Formell sind das zwar keine Patente, sie haben aber tatsächlich durch die seit 1991 gültigen UPOV-Normen einen ähnlichen Effekt. Dem TRIPS-Abkommen wurde 1994 zugestimmt und man gab den südlichen Ländern einen Zeitraum von 4-10 Jahren zur Umsetzung.

Obwohl die Einführung geistiger Eigentumsrechte ein mächtiges Instrument ist, das von den meisten Ländern bereits implementiert wurde, ergeben sich einige Probleme: Die große Mehrheit der südlichen Länder akzeptierte das Abkommen als Teil eines Verhandlungspaketes mit dem Bewusstsein, dass es ihnen wenig Nutzen bringen würde. Die Zustimmung erfolgte meist im Tausch gegen andere, ihnen Nutzen bringende ausgehandelte Aspekte – doch wie so oft hat sich diese

Erwartung nicht erfüllt. Es existieren sogar Gutachten der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD), die vor den Patentsystemen für den Süden warnen. Seitdem breitet sich der bis heute sehr vehemente Protest vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen gegen das TRIPS-Abkommen aus. Trotzdem bleibt es das international mächtigste „legale“ Instrument zur Einrichtung von Regelwerken über geistiges Eigentum, obwohl es auf vielen Ebenen an Legitimität mangelt.

Deswegen spielen seither andere internationale Bestimmungen, die zur selben Zeit ausgehandelt wurden, jedoch weniger negativ eingeschätzt werden, eine zentrale Rolle in der Legitimierung der Biopiraterie. Gerade in diesem Kontext kommt der Konvention über biologische Vielfalt (CBD) eine entscheidende Rolle zu. Sie ist seit ihrem Inkrafttreten 1993 von 180 Ländern ratifiziert worden. Ihre Ziele sind die *Erhaltung* der biologischen Vielfalt, der nachhaltige *Nutzen* ihrer Komponenten, und die gerechte *Teilhabe* an den durch sie erlangten Erträgen, einschließlich des Transfers der einschlägigen Technologien, „unter Berücksichtigung aller Rechte über diese Vorkommen und Technologien“. Die CBD wird von den USA anscheinend als genügend „gefährlich“ eingestuft, um zwar von der Regierung nach langem hin und her unterschrieben, aber nie vom Parlament ratifiziert worden zu sein.

Zu den signifikantesten Bestimmungen hinsichtlich des hier behandelten Themas gehören jene, welche die Souveränität der Staaten über ihre genetischen Ressourcen festschreiben, gleichzeitig die Staaten verpflichten, dass sie einen „adäquaten Zugang“ zu diesen sicherstellen müssen (Artikel 15). Der Artikel 8(j) besagt, dass die Staaten, „soweit möglich und sofern angebracht“, und gemäß der nationalen Gesetzgebung

„Kenntnisse, Innovationen und Gebräuche eingeborener und ortsansässiger Gemeinschaften mit traditionellen Lebensformen, die für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt von Belang sind, achten, bewahren und erhalten, ihre breitere Anwendung mit Billigung und unter Beteiligung der Träger dieser Kenntnisse, Innovationen und Gebräuche begünstigen und die gerechte Teilung der aus der Nutzung dieser Kenntnisse, Innovationen und Gebräuche entstehenden Vorteile fördern;“

Die Tatsache, dass die Staaten „souverän“ über die auf ihrem Territorium befindlichen genetischen Ressourcen sind, wird

als Erfolg für die Dritt-Welt-Länder dargestellt, so als wäre dies eine gerechte Forderung. Paradoxerweise kann jedoch aus zwei Gründen das Gegenteil daraus resultieren.

Der erste besteht darin, dass im Zuge der früheren Reisen der Eroberer, Wissenschaftler und anderer, etwa aus botanischen Gärten, der Großteil der genetischen Materialien *ex-situ* gebracht wurde, also in Sammlungen außerhalb ihrer Ursprungsorte. Sie befinden sich in Institutionen der Länder des Nordens, in genetischen Forschungslaboren für landwirtschaftliche Zwecke, in botanischen Gärten, Aquarien, Zoos und mikrobiologischen Sammlungen. Indem die CBD die Souveränität der Länder über die genetischen Vorkommen auf ihrem Territorium erklärt (auch der nördlichen Länder), blieben automatisch die aus dem Süden stammenden Materialien, die vor der Ratifizierung durch das jeweilige Land angesammelt wurden, außerhalb der Kontrollen und können so von den Ländern des Nordens, die sie auf ihrem Territorium hatten, verkauft, patentiert usw. werden. Das ist entscheidend, denn 83 Prozent der biologischen Vielfalt, die man als *in-situ* einstuft, befinden sich in Afrika, Asien und Lateinamerika, während 75 Prozent der Vorkommen und Technologien *ex-situ* bereits in den Ländern des Nordens sind. Und das ist nicht etwa die Folge dessen, dass die Länder des Nordens ihre eigenen Vorkommen katalogisiert und gesammelt hätten, sondern die große Mehrheit dieser Ressourcen stammt eben aus den Ländern des Südens und wurde vor Inkrafttreten der CBD angesammelt.⁹

Ein zweiter, ebenso relevanter Grund ist, dass die Staaten nun die Souveränitätsrechte auf die Vorkommen erhalten, die einst von der indigenen Bevölkerung, bäuerlichen Gemeinden, FischerInnen und anderen gehütet, genutzt und entwickelt wurden. Dieselben Staaten stellten jedoch schon immer die legalen und bisweilen kriegerischen Instrumente dar, um die Gemeinschaften und indigenen Völker auf ihrem Land und Territorium ihrer kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte zu berauben. Zudem stimmt die Staatenaufteilung nicht immer mit der geografischen Verortung der indigenen Völker überein. (Es können bspw. mehrere Ethnien in einem Staat leben oder sich auf andere Staaten ausdehnen.) Das bedeutet, dass sich ein Staat das Recht nimmt, Ressourcen und Kennt-

nisse zu kommerzialisieren, die eigentlich Teil des Erbes einer bestimmten Ethnie sind, die sich eventuell sogar auf mehrere Staaten ausdehnt.

Somit werden die indigenen Völker, auch wenn der Artikel 8(j) ihnen offensichtlich die entscheidende Mitwirkung und das Recht über die Ressourcen und Kenntnisse zuerkennt, unter die nationale Gesetzgebung eingeordnet. Sie werden dann unter den Namen „Gemeinschaft“ (community) eingestuft, anstatt unter dem Begriff „Volk“ (people), mit dem die Indigenen sich selbst einordnen. Das ist entscheidend, da eine oder mehrere Gemeinschaften nun als Partner bei Bioprospektierungsverträgen auftreten oder Zugang anderer Art zu den Ressourcen gewährleisten können, die nicht nur ihnen gehören, sondern Teil des kollektiven Kulturguts der indigenen Völker sind, die, sich eben auf viele andere Gebiete und Länder erstrecken können.

In diesem Zusammenhang werden die Zugangsgesetze, die in den aktuell immer öffentlicheren Debatten über die Biopiraterie diskutiert werden, nun als Allheilmittel gegen den „Raubbau“ stilisiert. *In Wirklichkeit ergänzen sie die Reihe an Regulierungen, welche die Unternehmen benötigen, um „legal“ ihre Plünderungsaktivität und die Privatisierung der kollektiven und öffentlichen Ressourcen fortzuführen.* Es sei nur erwähnt, dass kein einziges Land aus dem Norden über Zugangsgesetze zu ihren genetischen Ressourcen diskutiert. Die Gesetzesvorschläge dieser Art beziehen sich ausschließlich auf die kulturell und biologisch vielfältigeren Länder, nämlich jene des Südens.

Seit den 90er Jahren wurden die sogenannten Bioprospektierungsverträge abgeschlossen, die vorgeblich die Richtlinien der Biodiversitätskonvention erfüllen. Einige multinationale Unternehmen integrierten die Konzepte der Anfrage, des legalen Zugangs und „Vorteilsausgleichs“. Unter den frühesten bekanntesten Vereinbarungen (vor Inkrafttreten der CBD, aber schon während der Diskussionsphase darüber) war die der Firma Merck mit dem Instituto Nacional de Biodiversidad (INBio). INBio ist eine private Firma aus Costa Rica, die sich verpflichtete 10.000 Pflanzenmuster aus diesem Land zu liefern, gegen einen Ausgleich von 1,135 Million Dollar, einigen Gerätschaften, Fortbildungen und der Zahlung eines Prozent-

satzes an Einnahmen (die Höhe ist vertraulich), falls sich irgendein pharmazeutisches Produkt aus den gelieferten Pflanzen herstellen ließe.

Der Vertrag, den die US-Firma Shaman Pharmaceuticals mit einem indigenen Volk aus dem Amazonischen Urwald abschloss, galt ebenfalls als „innovativ“. Es wurden den Indigenen infrastrukturelle Verbesserungen sowie zukünftige Geldzuwendungen versprochen im Tausch gegen die Aushändigung von Pflanzen, inklusive der Kenntnisse über deren Nutzung. In beiden Fällen geschah dies mit der Zustimmung der Regierungen der darin verwickelten Länder.

Das nehmen die anderen multinationalen Konzerne zum Beispiel und beginnen, ähnliche Schemata zur Einbeziehung indigener Gemeinschaften und/oder Forschungszentren und Universitäten anzuwenden und bieten als Gegenleistung ebenfalls einen „Vorteilsausgleich“. Das sichert ihnen einen effizienteren Erhalt von Daten, Kenntnissen und Pflanzenmustern, Mikroorganismen, Insekten usw., die sie unter anderen Umständen nicht nur viel mehr gekostet hätten, sondern die sie vielleicht auch nie bekommen hätten. Zusätzlich erhalten sie staatliche Rückendeckung aus den Ländern, in denen sie derartige Verträge machen.

Das Schema der Plünderung von Substanzen bleibt stets dasselbe, deswegen sollte man jene Bioprospektoren anstatt Piraten doch besser Korsaren nennen. Zur Zeit der Piraterie erteilte die englische Krone denen die Erlaubnis zur Plünderung anderer Schiffe, die sich bereit erklärten, das für die Krone zu tun. Man nannte sie Korsaren, obwohl sie dasselbe taten wie Piraten, jedoch eine Erlaubnis der Autoritäten dafür hatten, denen sie im Gegenzug Rechenschaft über ihre erbeuteten Werte ablegen mussten. So wurde der berühmte Pirat Drake zu Sir Francis Drake und somit zu einer „respektablen“ Persönlichkeit.

Die raffinierteste Form, diese Art „legale“ Abmachungen zu erleichtern, stellt die International Cooperative Biodiversity Group (ICBG) dar. Die Programme der ICBG werden von einem Konsortium bundesstaatlicher Agenturen der USA geleitet, welche die nationalen Gesundheitsämter, die Nationale Wissenschaftsstiftung und das Landwirtschaftsministerium einschließen. Diese Gruppe leistet Geldzuwendungen an öffentli-

che und private Forschungsinstitutionen, die Bioprospektierungsprojekte in Ländern des Süden betreiben. Nach eigener Darstellung der ICBG besteht das Ziel darin, Entdeckungen von pharmazeutisch nutzbaren Substanzen, die aus natürlichen Ressourcen hergestellt werden, sowie den Erhalt der biologischen Vielfalt und das nachhaltige Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer zu fördern. Zudem haben sie eine Reihe von Richtlinien erlassen über die Notwendigkeit, die Zustimmung der lokalen Gemeinden und Autoritäten zum „gerechten Vorteilsausgleich“ zu etablieren.¹⁰

Zur typischen Struktur des ICBG gehört, dass die Empfängergruppen der Zuwendungen bestehen aus: a) Universitäten und/oder botanischen Gärten, die stets Koordinatoren der Projekte sind und alle Informationen und Materialien über das Projekt erhalten; b) Universitäten oder Forschungszentren des Landes, in dem die Bioprospektierung vorgenommen wird; c) in einigen Fällen internationale Nichtregierungsorganisationen (WWF und Conservation International, denen Fälle von Biopiraterie in verschiedenen Ländern vorgeworfen werden), sowie ein kommerzieller Teilhaber, der meistens ein multinationaler Pharmazie- und Agrarkonzern ist. Glaxo-Wellcome, Bristol Myers Squibb, Shaman Pharmaceuticals, Dow Elanco Agrosiences, Wyeth-Ayerst, American Cynamid, sowie Monsanto haben bereits an ICBG-Projekten teilgenommen.

Die generelle Vorgehensweise der Projekte bestand darin, über ein nationales Forschungsinstitut oder eine internationale Naturschutz-NGO die indigenen Bevölkerungsgruppen vor Ort zu integrieren. Diese steuerten dann ihre Kenntnisse bei und erleichterten die Sammlung von pflanzlichen Mustern. Den Indigenen wurden zukünftige Entschädigungen versprochen, eine bescheidene sofortige Vergütung und in einigen Fällen wurde ihnen angeboten, Patentinhaber zu werden, um dann die Patente an Dritte veräußern zu können. Das ist eine der negativsten Auswirkungen, da hiermit Elemente eingeführt werden, die der indigenen Kultur fremd und schädlich sind.

So subventioniert die ICBG mit öffentlichen Geldern multinationale Firmen mit der altruistischen Rhetorik, Medikamente für die ganze Menschheit zu suchen und zum Erhalt der indigenen Kultur beizutragen. Die erlangten Resultate sind

um einiges billiger als das, was die Nationalen Gesundheits- oder Krebsforschungsinstitute vorher für von ihnen selbst durchgeführte „Bioprospektierung“ ausgegeben haben. Die Resultate kommen der Forschung zugute und der größte Teil des wirtschaftlichen Gewinns bleibt bei den Unternehmen, die an solchen Projekten teilnehmen.¹¹

Der Unternehmens-Kontext

Die genetischen Ressourcen und das dazu gehörige Wissen sind der fundamentale Rohstoff der Gesundheits- und Lebensmittelindustrie, und es ist von Bedeutung wer diese Märkte dominiert. Nachforschungen der ETC-Gruppe über verfügbare Angaben für 2001 verdeutlichen folgendes:¹²

- die 10 größten Pharmakonzerne kontrollieren ungefähr 48% des Weltmarktes, der 317 Milliarden US-Dollar ausmacht;
- die 10 größten Pharmakonzerne für Tiermedizin kontrollieren 60% dieses Weltmarktes, der 13,6 Milliarden US-Dollar entspricht;
- die 10 größten Saatgutkonzerne kontrollieren 30% des kommerziellen Marktwertes für Saatgut, was 24 Milliarden US-Dollar entspricht;
- das transgene Saatgut nur einer einzigen Firma (Monsanto, heute im Besitz von Pharmacia) wurde in 94% der mit transgenem Saatgut bestellten Felder im Jahr 2000 benutzt;
- die 10 größten agrochemischen Unternehmen kontrollieren 84% des Marktwertes an landwirtschaftlichen Chemikalien, deren Weltmarktumfang 30 Milliarden US-Dollar entspricht;
- die 32 größten Supermarktketten kontrollieren 34% des Weltmarkts allein für Nahrungsmittel, der einem geschätzten Wert von 2,8 Billionen US-Dollar entspricht. 10 von diesen 32 Ketten kontrollieren 54% des gesamten Verkaufs von 513,7 Milliarden.

Zentral ist, dass die Hauptunternehmen jeder Branche gleichzeitig noch an mehreren anderen Unternehmen aus anderen Branchen beteiligt sind, was veritable „Gen-Giganten“ entstehen lässt. Die Zahlen im folgenden Schaubild verdeutlichen die Stellung der Hauptkonzerne des jeweiligen Sektors im Weltvergleich.

*Einordnung der Verkaufszahlen des Jahres 2000
nach Sektoren in US-Dollar*

Gen-Gigant	Agrarchemie	Saatgut	Pharmazie
SYNGENTA (Novartis+Astra Zeneca)	# 1	# 3	#4 Astra Zeneca #7 Novartis
PHARMACIA (incl. Monsanto)	# 2	# 2	# 8
AVENTIS	# 3 (zum Verkauf)	# 10	# 5
BASF	# 4	keine Angaben	Verkauf der Pharmaabteilung für 6,9 Mrd. US-Dollar
DUPONT	# 5	# 1	Verkauf der Pharmaabteilung für 7,8 Mrd. US-Dollar im August 2001
BAYER	# 6	keine Angaben	# 18 (zum Verkauf)
DOW	# 7	# 7	keine Angaben

Quelle: ETC-Gruppe

In den letzten zehn Jahren ließ sich eine erstaunliche Konzentration der Unternehmensmacht feststellen, die sich praktisch über alle Sektoren der globalen Wirtschaft erstreckte. Der weltweite Wert der jährlichen Fusionen und Unternehmensaufkäufe vergrößerte sich von 462 Milliarden US-Dollar 1990 auf mehr als 3.5 Billionen US-Dollar im Jahre 2000.¹³ Im letzten Jahr waren 35 Prozent der gesamten Fusion und Aufkäufe die Staatsgrenzen überschreitend. Der globale Wert der Fusionen und Aufkäufe im Jahre 2000 (3.5 Billionen US-Dollar) machte 12 Prozent des Wachstums der Weltwirtschaft aus. Schätzungsweise sind 97 Prozent der Patente im Besitz von OECD-Ländern, und die globalen Konzerne besitzen 90 Prozent der gesamten Technologie und der patentierten Produkte.¹⁴

Eine von Sarah Anderson und John Cavanagh vom Institute for Policy Studies (Washington) durchgeführte Studie zeigt, dass von den 100 größten Wirtschaftsbereichen 51 Unternehmen und 49 Länder sind.¹⁵ Ein Vergleich der Unternehmensumsätze und der Bruttoinlandsprodukte zeigt, dass General

Motors beispielsweise wirtschaftlich stärker als Dänemark, Walmart stärker als Norwegen und General Electric stärker als Portugal sind. Die Unternehmen nutzen ihre wirtschaftliche Macht, um ebenfalls enorme politische Macht auszuüben. Während sich die Regierungen so zu Gehilfen der Unternehmen machen anstatt den Bürgern zu dienen, wird die Demokratie und die Bedeutung der nationalen und internationalen Gesetzgebung in ihren Grundprinzipien ausgehöhlt.

Einige Schlussfolgerungen

Die Biopiraterie stellt mit ihren unterschiedlichen Mechanismen nicht einfach nur den Raub von vormals öffentlichen und kollektiven Ressourcen dar und privatisiert sie mittels der Systeme geistigen Eigentums. Die Biopiraterie schafft auch Wettbewerb und Konflikte zwischen lokalen Gemeinden und den Dritt-Welt-Ländern, die diese Ressourcen haben. Zudem untergräbt sie grundlegende kulturelle Elemente der indigenen Bevölkerung und der ländlichen Gemeinden, indem sie marktförmige und privatwirtschaftliche Systeme gegen Großzügigkeit und freien Austausch einführt, wobei letztere ja gerade die historische Basis der kulturellen und biologischen Vielfalt bilden. Die Erfahrung zeigt außerdem, dass die Vereinbarungen über „Vorteilsausgleich“, abgesehen davon, dass sie insgesamt falsch sind, nicht eingehalten werden. Das geschieht weder im Hinblick auf die gesetzten Ansprüche, noch kann effektiv kontrolliert werden, wie die Unternehmen oder Institutionen, welche die Verträge über die von ihnen erhaltenen Ressourcen unterschreiben, diese letztendlich nutzen.

Außerdem forschen diese Unternehmen auch nicht „zum Vorteil der Menschheit“, da ja die Systeme über geistiges Eigentum Forschung eher unterbinden, anstatt sie zu fördern. Es wird im Grunde nur zu kommerziellen Zwecken geforscht, auf der Suche nach rentablen Produkten für die Unternehmen – nicht für diejenigen, die sie benötigen, sondern für jene, die sie bezahlen können. In diesem aktuellen Kontext von Unternehmensmacht und der Privatisierung von Forschung und Genbanken gibt auch die öffentliche Forschung ihre Ergebnisse zunehmend an den privaten Sektor, sei es direkt oder auf Grund ihrer Marktdominanz. Die Regierungen der südlichen Länder schei-

nen zu glauben, dass sie mit der Übernahme von Regelwerken über geistiges Eigentum und Patenten, so wie es die WTO und die Unternehmen fordern, mehr Auslandsinvestitionen anziehen und damit den Technologietransfer fördern, technologische Innovationen voranbringen und so auch die nationale Forschung.

Keine dieser Erwartungen erfüllt sich. Nach neuen Forschungen hat die Implementierung der international geforderten Richtlinien über geistiges Eigentum keine Auswirkungen auf die Auslandsinvestitionen oder bewirken sogar das Gegenteil.¹⁶ Die Globalisierung und Harmonisierung der Patentsysteme nützt vor allem den Unternehmen, die ihre Marktmonopole auf weitere Länder ausdehnen und somit mögliche Konkurrenten besser ausschließen können. Die ausländischen Investitionen können sich sogar verringern, da ja die Unternehmen dazu berechtigt sind, ihre Technologien und Produkte auf neuen Märkten zu schützen, ohne dass damit ein Transfer in das betreffende Land einherginge oder neue Arbeitsplätze geschaffen würden. In einigen Fällen, wie beispielsweise in Argentinien oder Brasilien, brachen in den 90er Jahren zahlreiche Forschungs- und nationale Entwicklungsprojekte ebenso weg wie Versuche, bestimmte Prozesse den lokalen Gegebenheiten anzupassen. Der Erwerb nationaler Unternehmen von Seiten der multinationalen Konzerne (die natürlich als Auslandsinvestition zählen) bedeutete eine Verlegung der hochentwickelten Forschungen in ihre Stammhäuser der nördlichen Länder. So werden in den südlichen Ländern weniger ausgereifte Prozesse zurückgelassen, was sich negativ auf die nationale Forschung und den Technologietransfer auswirkt.¹⁷

Der Fall der agrar-biotechnologischen Forschung ist besonders illustrativ, weil diese besonders intensiv ist. Diese Art der Forschung wird entweder komplett von den Unternehmen betrieben ohne jeglichen Technologietransfer ins Land. Oder sie wird durch eine öffentliche Institution der südlichen Länder durchgeführt, die dann wiederum von einem Großkonzern finanziert wird, der dann von den Resultaten profitiert. Auch in diesem Fall findet kein relevanter Technologietransfer statt, sondern es wird lediglich das Notwendigste an Technologie transferiert, mit dem dann beispielsweise Feldversuche zur Anpassung genetisch veränderter Pflanzen an die Verhältnisse dieses Gebietes gewöhnlichen Sorten durchgeführt werden.

Das geistige Eigentum wirkt dementsprechend, da es ja die multinationalen Unternehmen selbst sind, die sich vor allem um die Schutzrechte kümmern und sie auch erhalten. Die Regelungen zu geistigem Eigentum sind per se ungerecht und unterwandern zum Beispiel die Prinzipien der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Der dortige Artikel 27 besagt: „Jeder Mensch hat ein Recht auf freie Teilhabe am kulturellen Leben der Gemeinschaft, auf den Genuss der Künste und auf die Teilhabe am wissenschaftlichen Fortschritt und an den Nutzen, die daraus entstehen.“

Der Schutz und die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt sowie der „ausgewogenen und gerechten Aufteilung der sich aus der Nutzung der genetischen Ressourcen ergebenden Vorteile“ (so die Ziele der CBD, Artikel 1) bestünde unter anderem darin, *überhaupt keine Form von geistigem Eigentum über Lebewesen und Technologien zuzulassen*. Dafür müssten der indigenen Bevölkerung, den BäuerInnen, vom Fischfang oder in Wäldern lebender Bevölkerung effektiv und umfassend ihre Rechte zugesprochen werden – d.h. die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Rechte inklusive des Rechts auf Land und Territorium. Solange all das nicht verwirklicht ist, bleibt jegliche Bioprospektierung Biopiraterie.

Aus dem Spanischen von Sandra Liebig

Anmerkungen

- 1 Dieser Artikel ist, auch wenn er in der endgültigen Version von der Autorin geschrieben wurde, welche die Verantwortung für den Inhalt übernimmt, ein wesentliches Produkt der Forschungsarbeit der Gruppe ETC (Erosion, Technology and Concentration Group), vormalig RAFI (Rural Advancement Foundation International). Für Informationen zum Thema und über die Gruppe ETC: <http://www.etcgroup.org>. Spezieller Dank für die Beiträge von Julie Delahanty, Hope Shand und Pat Mooney. Teile der verwendeten Konzepte entstammen dem Dokument „La biopiratería en México: la punta del iceberg“, koordiniert von Andrés Barreda und der Gruppe CASIFOP, denen ich ebenfalls für ihre Unterstützung und Zusammenarbeit danke.
- 2 Für weitere Informationen über diesen Fall: „Monsanto contra los agricultores: el caso Percy Schmeiser“, Comunicado del 5/4/2001, RAFI, Grupo ETC, <http://www.etcgroup.org>

- 3 Alvaro Febles, Nelson/ GRAIN (2000) *La diversidad biológica y cultural: riz de la vida rural*. Vollständige Dokumente unter <http://www.biodiversidadla.org/documentos>
- 4 Shand, Hope (1997) *Human Nature: Agricultural Biodiversity and Farm-based food security*. S.13, Rom, Italien: FAO
- 5 Daten aus „Galería de la vergüenza de los bioprospectores ... o adivine quién viene a piratear sus plantas! Bilateralismo vs. Multilateralismo“ RAFI *Communique*, novembre, 1994
- 6 RAFI (1994) *Declaring the benefits: The North's annual profit from International Agricultural Research*, Occasional Paper Series. Vol.1, no.3, Winnipeg, Canada. Ebenso *The benefits of Biodiversity. 100 examples of the contribution by Indigenous and Rural Communities in the South to the Development in the North*. Occasional Paper Series. Vol.1. No, 1994. Im Internet unter <http://www.etcgroup.org>
- 7 Heine, Kathy, „Tesoro en la selva“, *Monsanto magazine*, Nr.1, April, S. 22
- 8 „Empresas farmacéuticas hacen ofertas por las collecciones de los Jardines Botánicos del norte en un intento de eludir la Convención de Biodiversidad“, *RAFI Communique*, Juli, 1996
- 9 Siehe „The geopolitics of Biodiversity: a biodiversity balance sheet“, *Rafi Communique*, Jan./Feb. 1996, <http://www.etcgroup.org>
- 10 Weitere Informationen über das Programm unter <http://www.nih.gov/fic/opportunities/icbg.htm>
- 11 RAFI/Grupo ETC hat Nachforschungen angestellt und verschiedene Berichte über ICBG-Projekte und den Widerstand dagegen von lokalen Organisation aus Mexiko, Peru und anderen Ländern veröffentlicht. Zudem können diverse Meldungen über die ICBG Maya in Chiapas in den jährlichen Ausgaben von „Biopiracy Update, ab 1994, unter <http://www.etcgroup.org> eingesehen werden.
- 12 Siehe „Globalización S.A.“, ETC Group *Communique* #71, Juli/August 2001, <http://www.etcgroup.org>
- 13 Thomson Financial Services, „M&A in 2000: Fast start ... fading finale“, 3, Januar 2001. www.tfsd.com
- 14 *Informe de Desarrollo Humano* PNUD 2000, S. 84
- 15 Anderson, S.Y J. Cavanagh *Top 200, The Rise of Corporate Global Power*, Institute for Policy Studies, 4, Dezember 2000
- 16 Kumar, Nagesh (1996) „Foreign Direct Investment and Technology Transfer in Development: a perspective on recent literature“, United Nations University
- 17 Nadal, Alejandro (1999) *World Investment Report Flawed on many fronts*, South-North Development Monitor, Nummer 4517. Genf, Schweiz

Silvia Rodríguez Cervantes

Biodiversitäts-Politik und lokale Gegenmacht – Das Beispiel Costa Rica

Zwei Konzepte dominierten die ökonomisch-ökologische Diskussion darüber, wie das in den sogenannten Ländern des Südens seit den 60er Jahren praktizierte und letztlich gescheiterte orthodoxe Wachstumsmodell umorientiert werden könnte – und zwar insbesondere in seiner ökologischen Dimension. Der erste Ansatz war jener des „Naturschutzes“, dessen Grundlagen in den 70er Jahren gelegt wurde. In den 80ern wurde nach und nach unter Schirmherrschaft der *International Union for the Conservation of Nature* (IUCN) und des *World Wide Fund for Nature* (WWF) die „globale Strategie nachhaltiger Entwicklung“ ausgearbeitet. Der Terminus wurde später von der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, der sog. Brundtland-Kommission, mit ihrem Buch „Unsere gemeinsame Zukunft“ (dt. Hauff 1987) popularisiert. Konkretisiert wurde das neue Leitbild nachhaltiger Entwicklung unter anderem in der seit 1989 verhandelten und 1992 in Rio de Janeiro unterzeichneten Konvention über biologische Vielfalt (CBD). In dieser internationalen Übereinkunft werden die drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung bestätigt: die ökonomische, die ökologische und die soziale. Insbesondere das dort verankerte Prinzip des „ausgewogenen und gerechten Vorteilsausgleichs“ (*fair and equitable benefit sharing*) der sich aus der Nutzung der biologischen Vielfalt ergebenden Vorteile war ein viel beachteter Fortschritt.

Im Grunde wurde damit zweierlei versucht: Zum einen den an Biodiversität reichen Ländern, und hier speziell den indigenen Völkern und den ländlichen Gemeinschaften, das Recht zuzuschreiben, im Austausch für ihre biologischen Ressourcen und die damit zusammenhängenden Kenntnisse, eine ökonomische Vergütung (was nicht unbedingt Geld bedeutet) und „moderne“ Technologien zu erhalten. Zum anderen sollte damit ihren Kulturen und Weltbildern Respekt entgegen gebracht werden.

Parallel dazu wurde zur gleichen Zeit ein drittes Konzept geprägt, das der *Concientización* (dt. etwa: Bewusstsein schaffen). Der Ursprung dieses Konzepts hat allerdings wenig mit den Diskussionen internationaler Organisationen zu tun. Es

ist vielmehr Ergebnis der Arbeit und der Reflexion mit Basisgemeinden in Lateinamerika, später bereichert durch Erfahrungen in Afrika und Asien. Seit den 60er und 70er Jahren versuchten PromotorInnen, AktivistInnen und SozialarbeiterInnen das Paradigma und die Techniken der Gemeinde-Organisation zu verbessern. Damit sollte die – in den Entwicklungsmodellen jener Zeit so genannte – soziale Marginalität überwunden werden. Diese AktivistInnen wurden von dem brasilianischen Pädagogen Paulo Freire und anderen inspiriert. Die *Concientización*, die durch das gemeinsame Handeln und die Reflexion von PromotorInnen und BewohnerInnen erreicht wird, hatte von Anfang an erzieherische und politische Ziele. Es geht um die Wiedergewinnung der Entscheidungsgewalt der Gemeinschaften und Basisgruppen über ihre Ressourcen und damit über ihr Leben. Hier liegt auch die Verbindung mit Begriff und Praxis des *Empowerment*.

Obwohl ihr Ursprung sehr weit von den Vorstellungen des klassischen Naturschutzes entfernt war, hat sich die Methode von Forschung/Handeln bzw. von Handeln/Reflexion in den Programmen und Projekten von vielen Umweltgruppen wiedergefunden, die von dem neuen philosophischen und methodischen Vorgehen inspiriert wurden und „nachhaltige Entwicklung“ sowie den „gerechten und ausgewogenen Vorteilsausgleich“ der Biodiversitätsnutzung in die Praxis umsetzen wollten.

Das in der Nationalen Universität von Costa Rica unter dem Namen CAMBIOS bekannte „Programm für soziale Veränderung, Biodiversität und Nachhaltigkeit“¹ wurde im Lichte und der Kritik dieser drei Konzepte entworfen. In diesem Artikel möchte ich in eher essayistischer Weise eine Antwort auf folgende Frage geben: *Können bestimmte Nutzungsformen der Biodiversität als Teil eines weitergefassten Programms nachhaltiger Entwicklung und mit dem Ziel der Concientización und des Empowerment der Gemeinden tatsächlich die ungleichen Nord-Süd-Verhältnisse ändern?* Meine Antwort auf diese Frage erhebt keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit, sie ist vielmehr das Ergebnis einer sehr konkreten Analyse, die – falls sie sich in anderen Gebieten wiederholen sollte – eventuell als der Beginn einer Tendenz mit breiterer Wirkung angesehen werden könnte.

Dieser Beitrag hat zwei Teile. Der erste bezieht sich auf die Praktiken zum Schutz der natürlich vorkommenden Ressour-

cen *in situ* und einige Schlußfolgerungen aus der in den Jahren 1985 bis 1991 geleisteten Arbeit mit den in einer bestimmten Region in Costa Rica lebenden Gemeinden. Der zweite Teil ist eine kurze Zusammenfassung der seit 1995 geleisteten Arbeit, damit die indigene Bevölkerung und die lokalen Gemeinden die sie betreffenden Rechte und Pflichten in der Konvention über biologische Vielfalt und dem Biodiversitätsgesetz in Costa Rica kennenlernen und diskutieren; das heißt, eine Arbeit der *Concientización* und des legalen *Empowerment* in diesem Bereich. Als letztes werde ich – basierend auf diesen Erfahrungen – die oben aufgeführte zentrale Frage beantworten.

Technokratische Ansätze im Naturschutz

Costa Rica gab auf die Verheißung der modernen Biotechnologie als ein Mittel zur Erhaltung der Biodiversität *in situ* mit der Einrichtung von Naturschutz-Gebieten eine schnelle Antwort (vgl. Rodríguez 1993: 50-98). Nach dem Zweiten Nationalpark-Kongress im Yellowstone-Nationalpark und der Stockholmer Konferenz über Mensch und Umwelt, die beide 1972 stattfanden, wurden in einem Zeitraum von zehn Jahren (1972-1982) Nationalparks und Naturreservate eingerichtet, die weder menschliche Präsenz, noch die wirtschaftliche Nutzung der Ressourcen erlauben.² Wie Costa Rica unternahm auch andere tropische Länder als Antwort auf die bei diesen internationalen Treffen eingegangenen internationalen Verpflichtungen große Anstrengungen, um erhebliche Teile ihrer Territorien unter Schutz zu stellen.³

Diese Art von öffentlicher Erhaltungs-Politik mittels des „Schutzes“ bestimmter Gebiete wurden von oben nach unten, und ohne (auf) soziale Inhalte einzugehen, aufgezwungen und hatte natürlich erhebliche negative Folgen für die lokale Bevölkerung in diesen Ländern. Rao und Gisler (1990: 22) zeigen in einer detaillierten Studie mit Beispielen aus Zambia, Zaire, Nepal, Kenia, Tanzania und Uganda auf, dass diese negativen Folgen sich ergeben, wenn:

- alteingesessene Siedler in ihnen unbekannte Gegenden umgesiedelt werden oder einfach nur von ihren angestammten Gebieten vertrieben werden;

- ihnen zwar erlaubt wird, weiterhin in ihren Siedlungsgebieten zu bleiben, allerdings die traditionelle Nutzung der natürlichen Ressourcen eingeschränkt wird, die Dreh- und Angelpunkt ihres Lebens-Gleichgewichts sind;
- die traditionellen Systeme des Grundbesitzes, der Arbeitsteilung und Kenntnisse angegriffen werden und die häusliche Ökonomie aus den Fugen gerät;
- Interferenzen oder Konflikte mit den kulturellen oder religiösen Werten provoziert werden;
- die Gemeinschaften durch Tourismus und neue Technologien fremden Kulturen und Lebensstilen ausgesetzt werden;
- ein von der örtlichen Bevölkerung angestrebter Entwicklungsstil unterdrückt wird.

Die Reaktionen der Gemeinschaften ließen nicht auf sich warten. Sie reichten von individuellen bis zu organisierten Antworten; von einer gleichgültigen Indifferenz bis zu Zurückweisung und Rebellion. Im letzten Fall beschreibt McNeely (1990: 16)

„... die Bodos, ein Stamm im indischen Assam, drangen in den Manas-Nationalpark ein, töteten zwölf Waldhüter, säuberten einen Teil des Landes und öffneten das Gebiet für wilde Jäger und Fischer. Die Bodos argumentierten, dieses Land sei ihnen von ihren Vorfahren gegeben worden und sie nähmen sich nun nur etwas, was ihnen unter dem britischen Regime weggenommen worden sei.“

McNeely gibt andere Beispiele aus Peru und den Vereinigten Staaten und zitiert außerdem die Studie von Machlis/Tichnell (1985), in der über 16.000 spezifische Bedrohungen in den tropischen Parks aufgezählt werden. Sie reichen vom Raub der Pflanzen oder wilder Tiere, über Nutzungskonflikte um die Ressourcen der Parks bis hin zu den von der Klimaveränderung hervorgerufenen Bedrohungen, Bevölkerungswachstum und der steigenden Nutzung der natürlichen Ressourcen. In einer noch spezifischeren Studie über die vor allem gesellschaftlich indizierten Gefahren auf der ganzen Erde stellt die IUCN 1990 neunzig Gebiete heraus.

Im Falle Costa Ricas gab es in den 80er Jahren eine ganze Reihe von Reaktionen der örtlichen Gemeinden, die von illegalen Besetzungen über Brandstiftung, persönlichen Angriffen auf die Parkwächter bis hin zu zivilem Ungehorsam bezüglich der Regeln über den Zugang und den Umgang mit natürlichen Ressourcen reichten. In sechs Fällen führten die Zwischenfälle

zur Ausrufung des nationalen Notstands durch die Zentralregierung (Camacho 1993; Naughton 1987).

Warum dauerten diese Widerstände während des ganzen Jahrzehnts an, wenn doch bereits eine Wendung vom Konzept der eindeutig auf Schutz ausgerichteten Politiken hin zu gemischteren Nutzungsformen stattgefunden hatte, die sowohl das Vokabular der nachhaltigen Entwicklung zu benutzen begannen, wie auch den lokalen Kenntnissen Raum zu geben?

Als Beispiel für diese Wendung führe ich einige Ergebnisse des 1982 auf Bali in Indonesien stattgefundenen Dritten Internationalen Nationalpark-Kongresses auf, der unter dem Motto „Nationalparks, Erhaltung und Entwicklung: Die Rolle der Schutzgebiete für die Erhaltung der Gesellschaft“ stand. In der Einleitung des Kongress-Berichtes lesen wir:

„Die Nationalparks werden generell als Gebiete mit herausragender Bedeutung für die Natur betrachtet, in denen der menschliche Einfluss minimal ist. In einer Zeit des Bevölkerungswachstums, der wirtschaftlichen Unsicherheit und der sozialen Instabilität stellen viele Regierungen fest, dass das traditionelle Modell der Nationalparks nicht mehr für notwendige Erholung, Ausbildung, Ressourcenmanagement, Schutz der Wassereinzugsgebiete und viele andere, für den Erhalt der Schutzgebiete erzeugten, Güter und Dienstleistungen ausreicht.“ (McNeely 1982: 1)

Der Kongress schloss mit der Erklärung von Bali, in der darauf hingewiesen wird, dass „die Menschen Teil der Natur sind. Ihr spirituelles und materielles Wohlergehen hängt von der Weisheit ab, die beim Schutz und beim Gebrauch der lebenden Ressourcen eingesetzt wird. Die notwendige Entwicklung zur Verbesserung der menschlichen Lebensbedingungen benötigt den Erhalt der lebenden Ressourcen, damit sie nachhaltig sein kann.“ Zusätzlich dazu wird in der fünften sog. Basis-Aktion der gleichen Erklärung mit groben Zügen die „Verteilung der Gewinne“ aufgezeigt, die zehn Jahre später in der Konvention über biologische Vielfalt fest verankert ist. Es wird auf die Notwendigkeit hingewiesen,

„den wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Kontext der Schutzgebiete anzuerkennen; die lokale Unterstützung der Schutzgebiete durch Maßnahmen wie Bildung, Einkommensverteilung, Teilnahme an Entscheidungen, mit Nachbargebieten komplementäre Entwicklungsschemata und, falls dies mit den Zielen des Schutzgebietes kompatibel ist, den Zugang zu den Ressourcen zu verstärken.“

All dies war Teil einer Wendung weg von der rein auf Schutz ausgerichteten Sprache. Es wurden auch sofort neue Management-Kategorien wie Biosphärenreservate, Natur-Ressourcen-Reservate und wildlife-Refugien eingerichtet, in denen die Möglichkeit des „vielfältigen Gebrauchs der Ressourcen“ vorgeschlagen wurde. Costa Rica folgte erneut der internationalen Strömung. Mit Ausnahme der 1982 gegründeten Nationalparks Braulio Carillo und Amistad, bei denen die Absicht bestand, sie in Biosphärenreservate zu verwandeln, werden in dem gesamten Jahrzehnt keine weiteren Nationalparks eingerichtet. Im gleichen Zeitraum wurden verstärkt Gebiete ausgewiesen, in denen mehr Eingriffe erlaubt waren.

Doch kehren wir zu unserer Frage zurück: Warum wehrt sich die lokale Bevölkerung gegen die Ausweisung von neuen Gebieten? Unsere Untersuchungen erlauben mir, einige Faktoren für die Ablehnung zusammenzufassen wie auch die Schwierigkeiten der Wiederaneignung der Entscheidungsgewalt der Gemeinden und des Erreichens anderer Ziele nachhaltiger Entwicklung:

- Trotz der in der Erklärung von Bali 1982 festgehaltenen Bedeutung sozialer Faktoren beim Management der Gebiete, werden die Entscheidungen bei den internationalen Foren und Kongressen weiterhin von oben nach unten getroffen; ohne jegliche Beteiligung der Betroffenen.
- Dieses Vorgehen wiederholt sich auf nationaler Ebene, da die internationalen Entscheidungen ohne größere Analyse der lokalen Realität und ohne vorherige Diskussion mit den dort lebenden Menschen übertragen werden. Durch Gesetze und Ausführungsbestimmungen verwandelt sich ihr Lebensraum in ein Schutzgebiet einer bestimmten Kategorie und deshalb müssen sich die dort lebenden Menschen den herrschenden Beschränkungen unterordnen, obwohl diese die traditionelle Form des Erhalts ihrer eigenen Ressourcen betreffen. In einigen Fällen, wie zum Beispiel in Caño Negro, wussten die dort lebenden Menschen weder mit dem Begriff „wildlife-Refugium“ etwas anzufangen – was sie ja auch wirklich nicht müssen, noch konnten sie aktiv ihren Beitrag dazu zu leisten, dessen Ziele zu erfüllen.⁴
- Wenn es in einigen Fällen und nur wegen der persönlichen Initiative irgendeines Funktionärs zu einer minimalen Be-

teiligung kam, so ging es in diesen Fällen lediglich darum, dass die Siedler an der Erfüllung der Management-Pläne mitarbeiten sollten, die die Techniker für die isolierten Segmente entwarfen, in dem sie ihr jeweiliges Spezialgebiet hatten: im Wald, beim Fischfang, beim Wasserschutz oder in der Landwirtschaft.

- All dies bedeutet, dass die internationalen Erklärungen nicht von heute auf morgen in die Tat umgesetzt werden können. Die Naturwissenschaftler, in deren Verantwortung üblicherweise das Management zum Beispiel der Schutzgebiete liegt, nehmen ja nicht automatisch die gesellschaftlichen Faktoren in ihre Pläne mit auf. Genauso wenig haben sie plötzlich die Sensibilität, die Methodologie und das Feingefühl, um die Beteiligung, die *Concientización* und die reale Rückverlagerung der Entscheidungskraft in die Gemeinschaften zu fördern.
- Aber selbst im Fall des Projekts von Caño Negro, in dem Soziologinnen und Sozialarbeiterinnen der Universität mit den Siedlern die Grenzen unserer Arbeit klar. Wir bemerkten, dass das, was dort geschah, stark determiniert war. Nicht nur – wie oben beschrieben – von den internationalen Vorgaben der Kongresse und internationalen Umweltabkommen, sondern auch davon, dass diese wiederum von den vom Land eingegangenen wirtschaftlichen Verpflichtungen eingeschränkt wurden, und zwar nicht nur von den mit der Welthandelsorganisation WTO abgeschlossenen Verträge, sondern auch von anderen, regionalen Abkommen, wie denen des Karibischen Beckens und den neoliberalen Strukturanpassungs-Programmen.
- Unsere Arbeit in Caño Negro sollte die Möglichkeiten und Beschränkungen aufzeigen, die bei einer stärkeren Beteiligung der Gemeinden an den Plänen zur Umsetzung nachhaltiger Entwicklung auftreten. Dabei wurde deutlich, dass unsere Gesellschaften in soziale Klassen, in Geschlechter und Ethnien gespalten sind. Deshalb werden Konzepte wie die Management-Kategorien in den Schutzgebieten von den verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich aufgenommen und gelebt (Poovey 1988: 3). Doch damit nicht genug, denn jene, die sich in den besten Positionen der

Gesellschaft befinden, haben das Privileg, die Notwendigkeiten der anderen zu „interpretieren“ (Fraser 1989: 181). Das heißt, in der Evaluierung mussten nicht nur die Variablen des internationalen wirtschaftlichen Drucks auf die konkreten lokalen Gemeinschaften berücksichtigt werden. Wir haben auch die autoritäre Perspektiven untersucht, die angeblich neutral und ohne eigene Interessen sind, jedoch in Wirklichkeit die Einstellungen jeder Art der herrschenden gesellschaftlichen Gruppe ausdrückten – inklusive der Genderproblematik.⁵

Die Ergebnisse dieser Erfahrungen, die Identifizierung der strukturellen, ideologischen und eigenen Beschränkungen unserer kleinen Gruppe sowie der schmale universitäre Haushalt brachten uns dazu, externe Geldquellen für eine spezifischere Arbeit zu suchen: dem legalen *Empowerment*. Dabei wollten wir uns aber nicht nur auf eine Gemeinde konzentrieren, sondern landesweite Untersuchungen vornehmen und teilweise sogar die Bedeutung für ganz Mesoamerika erforschen.⁶

Neoliberale Globalisierung, lokale Initiativen und nationale Gesetzgebung

1992 wurde die Biodiversitäts-Konvention verabschiedet und 1994 endeten die Gespräche der Uruguay-Runde, die zur Gründung der Welthandelsorganisation führten. Wenig später, 1996, begann ein Diskussionsprozess, um die Internationale Vereinbarung über Pflanzengenetische Ressourcen für Landwirtschaft und Ernährung (das sog. International Undertaking der FAO) in ein völkerrechtlich verbindliches Abkommen umzuwandeln. Wegen der Debatten über diese Vereinbarungen wussten wir, dass die ökonomischen Ziele dabei waren, gegenüber ökologischen und sozialen Zielen Vorrang zu erhalten. Zudem wurde immer deutlicher, dass die neoliberale Globalisierung auf eine völlig vertikale Weise gegenüber nationalen und örtlichen Initiativen durchgesetzt wird. So konnten aus unserer Perspektive die Ziele nachhaltiger Entwicklung nicht erreicht werden, selbst wenn es noch so viele theoretische Konzepte geben und die Gemeinden über noch so großen Naturreichtum verfügen würden.

Wenn es eine unserer Verpflichtungen als AkademikerInnen ist, über die die Gesellschaft betreffenden Tatsachen und Ereig-

nisse auf dem neuesten Stand zu sein, so geht es auch darum, dies der breiten Bevölkerung zu vermitteln. Bildung wird in unserer Abteilung der Universität als Prozess definiert, in dem gemeinsam mit den Gemeinden und den schwächsten gesellschaftlichen Gruppen erforderliche Maßnahmen analysiert und ergriffen werden. Das wiederum bereichert die Lehre und erlaubt eine Forschung, die enger an die Bedürfnisse des Landes gebunden ist. Dem Mandat unseres Universitätsmodells folgend und die weltweiten Ereignisse berücksichtigend, begannen wir mit dem Programm CAMBIOS und innerhalb dieses Programmes mit dem Projekt „Biodiversität und in Wäldern lebende Gemeinschaften“, um mit den betroffenen Akteuren die Information über die auf internationaler Ebene getroffenen Entscheidungen zu teilen, von denen sie kurz- oder mittelfristig betroffen sein würden und um initiativ zu werden.

Es handelte sich um ein in vielen Aspekten ambitioniertes und gerade wegen dieses Ehrgeizes vielfach beschränktes Projekt. Methodologisch spannte sich der Bogen von der teilnehmenden Beobachtung auf internationalen und regionalen Treffen über die aktive Einwirkung auf die nationale Gesetzgebung bis hin zur konkreten Arbeit mit Basisgruppen nach dem Forschung/Handeln-Schema. Das verlangte eine zusätzliche „Übersetzungsanstrengung“, um die ausgeklügelten Konzepte und die internationale Terminologie sowie das zwischen Nationalstaaten und den internationalen Strukturen aufgebaute Beziehungsgerüst in die einfache Sprache der lokalen Gemeinschaften und der indigenen Völker zu übertragen. Dazu entwickelten wir Arbeitshefte und allgemeinverständliche Protokolle, die zumindest zu einem gewissem Grad das Ziel erfüllen sollten, diesen Gruppen das Verständnis unserer postmodernen Gesellschaft zu erleichtern und ihnen so zu ermöglichen, auf informiertere und aktivere Weise politisch handeln zu können. Wir sahen ebenfalls die Notwendigkeit, andere Bereiche – wie den akademischen oder den Regierungsapparat – durch Vorträge, Artikel in Büchern und Zeitschriften sowie die Teilnahme an Seminaren und runden Tischen zu sensibilisieren, wobei ökonomische Aspekte mit ökologischen und Fragen gesellschaftlicher Beteiligung verbunden wurden. Der in diesem kurzen Beitrag zur Verfügung stehende Raum lässt nur eine zusammengefasste Darstellung der durchgeführten Aktionen zu.

Mit unserem Projekt innerhalb des Programmes CAMBIOS erreichten wir von 1995 bis 2001 Folgendes:

- *auf internationaler Ebene:* die Beteiligung an mehreren Konferenzen zur Konvention über Biodiversität (CDB), an mehreren Sitzungen zum International Undertaking zu pflanzengenetischen Ressourcen der FAO, an Veranstaltungen der UNESCO und verschiedener NGOs über traditionelles Wissen und an Meetings zu den Themen Biosicherheit, Biotechnologie, Nanotechnologie und geistiges Eigentum;
- *auf regionaler Ebene:* die Durchführung von drei mesoamerikanischen Foren und zwei Folgetreffen für örtliche Gemeinschaften und Indigena-Völker zum Thema Biodiversität und Gemeinderechte sowie die Teilnahme an verschiedenen Regionalseminaren zu den im vorherigen Abschnitt genannten Themen;
- *auf nationaler Ebene:* die Koordination der parlamentarischen Sonderkommission, welche das Biodiversitätsgesetz Costa Ricas vorschlug; die Vertretung der staatlichen Universitäten in der Nationalen Biodiversitätskommission, die durch das erwähnte Gesetz geschaffen und darin unter anderem mit dem Auftrag versehen wurde, Zugangsregeln für die biochemischen und genetischen Ressourcen festzulegen; Mit-Organisation von Workshops mit verschiedenen Gruppen, um die erwähnten Regeln zu diskutieren; Vorträge und Artikel zu diesen Themen;
- *auf lokaler Ebene:* Durchführung von sechs Workshops über Biodiversität und Ressourcen sowie Aktionen, diese zu verteidigen; Erarbeitung von didaktischem Material und allgemeinverständlichen Protokollen aller Workshops; Beteiligung im „Biodiversitäts-Netzwerk“ zusammen mit Umwelt-, BäuerInnen- und Indigena-Organisationen, um die Information zu diskutieren und zu verarbeiten, die für ein wirksames Agieren auf den anderen Ebenen notwendig sind; direkte Mitarbeit am nationalen Prozess, in dessen Rahmen die BäuerInnen und Indígenas derzeit diskutieren und Absprachen treffen, um die kollektiven geistigen Eigentumsrechte festzuschreiben.

Im Laufe dieser Jahre haben wir viele der gesetzten Ziele erreicht und es geschafft, dass die örtlichen Gemeinschaften und indigenen Völker Themen wie die neuen Nutzungsformen der

Biodiversität, die Bedeutung ihres Wissens, die internationalen Strukturen, die unter anderem ihre Lebensformen beeinflussen und verändern, diskutiert haben. Derzeit befinden sie sich in einem autonomen, partizipativen Prozess, um ihre kollektiven geistigen Eigentumsrechte zu definieren. Dieser Prozess wurde zu einem großen Teil von unserer gemeinsamen siebenjährigen Pionierarbeit ausgelöst. Die lokalen Gemeinschaften und indigenen Völker beeinflussten ebenfalls den Entwurf des inzwischen gültigen Biodiversitätsgesetzes und sie sind Teil der Nationalen Biodiversitätskommission mit denselben Rechten, die Vertreter der öffentlichen Universitäten, einige Minister, die Unternehmer und die Umweltschützer haben.

Aber wir sind auch auf tiefgehende Probleme gestoßen, einige struktureller und andere konzeptioneller Art, sehr ähnlich denen, die bei der Arbeit in Caño Negro ausgewertet wurden. Ich möchte hier nur das Ergebnis der Diskussionen mit den lokalen Gemeinschaften und indigenen Völkern herausstellen, um den Begriff des „gerechten und ausgewogenen Vorteilsausgleichs“ zu interpretieren.

Wenn es einen wirklichen Nutzen für diejenigen geben soll, die traditionell die Wächter der Biodiversität gewesen sind, aber gleichzeitig am wenigsten an den ökonomischen Vorteilen aus ihrer Nutzung und den Forschungsergebnissen partizipiert haben, so müssen wir – das ergaben unsere Diskussionen als Schlussfolgerung – mit Nachdruck die Beachtung der folgenden Prinzipien einfordern:

- Die Bedingungen für den Verkauf der genetischen und biochemischen Ressourcen dürfen nicht dazu führen, den indigenen Völkern und den örtlichen Gemeinschaften den traditionellen und fortwährenden Gebrauch dieser Ressourcen, einschließlich deren Austausch und Innovation, zu verwehren.
- Dieselben Bedingungen dürfen weder die kulturelle Integrität der Gemeinden schädigen noch zu Zerwürfnissen unter ihnen führen.
- Der Prozess der Bioprospektion mit der daraus folgenden Notwendigkeit, über Pflanzenmaterial zu verfügen, darf weder die Ressourcen erodieren noch die Ökosysteme zerstören.
- Die „nicht-monetären Nutzen“ müssen breiter definiert werden und nicht nur aus der Perspektive, Forschung zu

unterstützen und die Universitäten und Forschungszentren mit geldwerten Vorteilen zu bezahlen.

- Die Kriterien für die Stoßrichtung der Gesundheitsforschung müssen die entsprechenden Bedürfnisse des Landes einschließen, aus dem die Ressourcen stammen.
- Bei der Gewinnverteilung darf der Vorteilsausgleich sich nicht auf den Rohstoff beschränken. Dies wäre der Stil des früheren Handelskolonialismus.
- Die Gemeinschaften und indigenen Völker dürfen die Kontrolle über ihre Ressourcen nicht durch die Durchsetzung von Patenten und andere Formen des geistigen Eigentums verlieren.
- Die Gewinnverteilung muss die anderen beiden Ziele der CDB unterstützen und ergänzen: Die Nutzung im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung und die Bewahrung der Biodiversität.

Zum Ende möchte ich im Lichte unserer Erfahrungen einige Antworten auf die zentrale Frage dieses Aufsatzes geben. Die Frage war: *Können bestimmte Nutzungsformen der Biodiversität als Teil eines weitergefassten Programms nachhaltiger Entwicklung und mit dem Ziel der Concientización und des Empowerment der Gemeinden tatsächlich die ungleichen Nord-Süd-Verhältnisse ändern?*

Die Antwort ist komplex und lautet daher nicht einfach ja oder nein. Ein Ja verbietet sich, weil ich davon ausgehe, dass diese Art von Projekten selbst bei positivem Verlauf an viele strukturelle Begrenzungen stoßen. Isolierte Anstrengungen der *Concientización* und des *Empowerment* auf dem Feld der Biodiversität reichen nicht aus, die Ungleichheit in den Nord-Süd-Beziehungen zu ändern. Wir wissen, dass die Spielregeln der Nord-Süd-Beziehungen seit langer Zeit mit enormem Erfolg von Regierungen und transnationalen Unternehmen durchgesetzt wurden – mit der Zustimmung der politischen und ökonomischen Klasse in den Ländern des Südens und sekundiert von Finanz-Institutionen wie der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und anderen Regionalbanken. Im Zuge der neoliberalen Globalisierung werden diese Beziehungen in internationalen Foren festgelegt, die von den am stärksten industrialisierten Ländern dominiert werden; so völlig informell in der G7-Gruppe oder auf wenig demokratische Weise

auf den Treffen der Welthandelsorganisation und anderer internationaler Einrichtungen. Anschließend werden die Vereinbarungen in verschiedenen bilateralen oder multilateralen Freihandelsverträgen konkretisiert, die unsere Regierungen kritiklos unterzeichnen, ohne die ökologischen und gesellschaftlichen Auswirkungen zu berücksichtigen. Bei dieser ganzen Entwicklung haben die südlichen Nationalstaaten mehr und mehr ihre Souveränität verloren. Zwar stärkt die CBD formal die Souveränität über ihre Ressourcen; de facto legt die CBD aber auch fest, dass der Zugang zu den genetischen Ressourcen gesichert bleiben muss. Und vor allem die lokalen Gemeinschaften sehen sich noch stärker unterjocht. Sie haben nur geringe Partizipations- und Entscheidungsgewalt bezüglich ihres Lebens und ihrer Ressourcen. Das schränkt die Aktionen auf lokaler Ebene erheblich ein.

Kamen mit dem Konzept der „nachhaltigen Entwicklung“ und der Anerkennung des „gerechten Vorteilsausgleichs“ nicht neue Hoffnungen auf? Ich denke, wir hatten diese Hoffnung. Zunehmend bemerkten wir jedoch, dass öffentliche Äußerungen eine Sache sind und eine andere die ergriffenen Aktionen, um sie zu konkretisieren. Wenn wir zurückblicken, sehen wir, dass mit der Umsetzung der sog. Entwicklungsdekaden ab 1960 nacheinander von „Entwicklung mit Gleichheit“, von „Entwicklung, um die Grundbedürfnisse zu befriedigen“ und sogar von partizipativen Methodologien und dem Wachstum mit Gleichheit gesprochen wurde (Adelman 1975: 67-76). Die Hoffnung auf eine Änderung der Beziehungen zwischen Norden und Süden, insbesondere zugunsten der Armen, und nachhaltiger Formen der Naturaneignung ist im Laufe der vergangenen Jahre verloren gegangen. „Nachhaltige Entwicklung“, verstanden als ein empfindliches Gleichgewicht zwischen Wirtschaftswachstum und der Ressourcenbewahrung, verlor die Balance und richtete sich zugunsten des Wachstums aus – selbst wenn der „grüne“ Diskurs und der Diskurs von der Bürgerbeteiligung beibehalten wurden (Rodríguez 1991: 88-98). Darum müssen wir sensibel und skeptisch gegenüber diesen Konzepten bleiben, die sich so bewegend anhören, aber vollständig durch strukturelle Bedingungen sowie Entscheidungen beeinflusst sind, die sich momentan außerhalb ihrer Reichweite befinden.

Genauso wenig kann ich jedoch pessimistisch erklären, dass, wenn die Nord-Süd-Beziehungen von denen bestimmt werden, die derzeit die Welt beherrschen, nichts getan werden kann und die Antwort auf die zentrale Frage dieses Aufsatzes daher ein vollständiges Nein wäre. Wenn das so wäre, dann hätte unser Team vom CAMBIOS-Programm seit vielen Jahren die hier vorgestellte Arbeit aufgegeben, weil es sich um eine absurde Zeitverschwendung gehandelt hätte.

Wenn wir dabei geblieben sind, dann deswegen, weil uns das Wissen motiviert, dass es erstens weder schnelle Rezepte noch Lösungen für so komplizierte Sachlagen gibt. Zweitens sind wir davon überzeugt, dass es ebensowenig absolut festgelegte Zustände in der Welt gibt, und immer kleine Spielräume für relativ effektives Handeln bestehen. Und drittens unterstützen wir jede Aktion in der Hoffnung, die sich auf verschiedene Überlegungen stützt, unter anderem auf den sogenannten *Schmetterlingseffekt*. Laut Leonardo Boff ist diese Metapher der Quantenphysik entlehnt, die uns lehrt, dass

„... alles mit allem zu tun hat und wir alle inter-retro-dependent sind. Darum zählt jedes Individuum viel, weil es ein Glied in der unendlichen Energie- und Lebenskette ist. Der Schmetterlingseffekt repräsentiert eine Konkretisierung dieses Prinzips. Er wurde 1960 von den Meteorologen festgestellt. In diesem Arbeitsfeld wie in anderen funktionieren chaotische Systeme. Das heißt, Systeme, in denen das Unvorhersehbare dominiert. Als Ganzes sind auch diese Systeme den beschreibbaren mathematischen Gesetzen unterworfen, dennoch kann ihr konkretes Verhalten nicht vorausgesagt werden. Kleine Bewegungen können große Veränderungen verursachen. Daher wird gesagt: „Wenn ein Schmetterling in Hongkong seine Flügel schlägt, kann er einen Sturm in New York provozieren.“ Oder wie in einem Fußballstadion: es reicht, dass einige mit „la ola“ („der Welle“) beginnen und plötzlich lässt sich das ganze Stadion anstecken und es entsteht eine endlose Welle. Das ist der Schmetterlingseffekt: eine kleine Geste, die große Transformationen bewirken kann.“ (Boff 2002)

Wenn wir also die Metapher des Schmetterlingseffekts aufnehmen, können wir mit einem bedingten Ja auf die zentrale Frage antworten. Die *Concientización* und das *Empowerment* vieler Gruppen überall auf der Welt, die nachhaltige Entwicklung praktisch werden lassen und die einen gerechten Ausgleich der Vorteile einfordern, die sich aus der Nutzung der Biodiversität ergeben, können große Veränderungen in den aktuellen Nord-Süd-Beziehungen erreichen.

Die kleine verändernde Geste, die in jeder einzelnen kleinen Aktion unseres Arbeitsteams in Costa Rica versteckt ist, kann zusammen mit unzähligen anderen Gesten in Costa Rica und der übrigen Welt gegebenenfalls diese Entwicklung auslösen, deren Wirkung eine nicht absehbare Veränderung der Geschichte ist. Wir hoffen auch, dass damit eine Veränderung der aktuellen, ungleichen Beziehungen zwischen Norden und Süden, zwischen den verschiedenen Gruppen, Klassen und Geschlechtern innerhalb jedes Landes und jeder Gemeinschaft einhergeht. Aber wir lassen diese Geste nicht in den Händen einer übernatürlichen Kraft oder von Außerirdischen. Wir präsentieren sie ebensowenig als historisches Schicksal, das eintreten wird, weil es eintreten muss. Wir gehen davon aus, dass die kleinen verändernden Gesten das Produkt des Arbeitseinsatzes konkreter Personen aus Vergangenheit und Gegenwart sind. Das alles ist sehr viel positiver als mit verschränkten Armen darauf zu warten, was das sogenannte Schicksal oder die unsichtbare Hand des Marktes für uns vorgesehen haben.

Aus dem Spanischen von Peter Stegemann

Anmerkungen

- 1 CAMBIOS heißt „Cambio Social, Biodiversidad y Sostenibilidad“ (Sozialer Wandel, Biodiversität und Nachhaltigkeit). Dieser Beitrag basiert auf den theoretischen und praktischen Arbeit dieser Universität und der Gemeinschaft von Caño Negro, die im Norden Costas Ricas in einem Wildlife-Refugium lebt.
- 2 Zur Position der Vereinigten Staaten in der Stockholmer Konferenz über Mensch und Umwelt 1972, in der die USA die Schaffung von geschützten wildlife-Territorien in Ländern mit großer biologischer Vielfalt als Reservoirs genetischer Ressourcen förderten: Department of State 1971.
- 3 1987 schätzte die Brundtland-Kommission die unter diesem Schutz stehende Erdoberfläche auf 4%, von denen zwei Drittel sich in wirtschaftlich armen, aber ökologisch reichen Ländern befanden (WCED 1987:147). Ein Beispiel, das aufhorchen lässt, ist die mittelamerikanische Region, die die Anzahl ihrer Schutzgebiete zwischen 1969 und 1981 von 25 auf 149 erhöhte, was einer Erhöhung von 193.500 auf 615.000 Quadratkilometer entspricht (Neumann/Machlis 1989:14, zitiert nach USDI/NPS 1985:69).

- 4 In der von Forschern der Universität durchgeführten Umfrage gab es auf die Frage „Was bedeutet für Sie das Wildlife-Refugium in Caño Negro?“ unterschiedliche Antworten. Einige Personen gingen davon aus, dass der Name wohl bedeute, dass Costa Rica seine Grenzen öffnen werde, um den Flüchtlingen aus dem nahegelegenen und zu der Zeit vom Bürgerkrieg heimgesuchten Nicaragua ein Refugium zu gewähren. Andere Befragte sagten, es würden wohl wilde Tiere aus Afrika nach Caño Negro gebracht. Weitere gingen davon aus, dass sie nun keine giftigen Schlangen mehr töten dürften, sondern sie vielmehr „hüten“ müssten.
- 5 All diese Einschätzungen basieren auf den von den verschiedenen Gruppen Caño Negros gelebten Tatsachen, unter denen besonders die Arbeit mit den Fischerinnen der Gemeinschaft „Las Cubas“ hervorstach, eine der in ihrer Lebensform am meisten von der Einrichtung des Schutzgebietes betroffenen Gruppe.
- 6 Mesoamerika ist eine geografisch-kulturelle Region, die von Zentral- und Südmexiko bis Panama reicht.

Literatur

- Adelman, Irma (1975): Growth, Income, Distribution and Equity-oriented Development Strategies. In: World Development Vol. 3:2
- Boff, Leonardo (2002): Brasil: ¿Qué esperanza para el 2002? Servicio Informativo „Alai-amlatina“. Agencia Latinoamericana de Información. info@alai.ecuanex.net.ec
- Camacho, Antonieta (1993): Regional Planning and People's Participation: A case Study at the Osa Península, Brunca Region, Costa Rica. Dissertation. School of Development Studies. University of East Anglia. Norwich
- Department of State (1971): Suggestions Developed Within the US Government for Consideration by the Secretary General of the 1972 Conference on Human Environment. Washington, D.C.
- Fraser, Nancy (1989): Unruly Practices. Power, Discourse and Gender in Contemporary Social Theory. University of Minnesota
- Hauff, Volker; Hg (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Grevén
- Machlis, Gary/Tichnell, David (1985): The State of the World's Parks: an International Assesment of Resource Management, Policy, and Research. Boulder, Colorado
- McNeely, Jeffrey (1982): Introduction: Protected Areas are Adapting to New Realities. In: National Parks, Conservation, and Development: The Role of Protected Areas in Sustaining Society. Proceedings of the World Congress on National Parks. Bali, Indonesia, 11-22 October, 1982, S. 1-9

- McNeely, Jeffrey (1990): The Future of National Parks. In: Environment 32(1), S. 16-41
- Neumann, Roderick/Machlis, Gary (1989): Land-use and Threats to Parks in the Neotropics. Environmental Conservation 16(1), S. 13-18
- Naughton, Lisa (1987): Ecological Conservation vs. Local Resources use. MSc. Thesis. Geography Department. University of Wisconsin, Madison
- Poovey, Mary (1988): Uneven Developments. The ideological work of Gender in Mid-Victorian England. Chicago
- Rao, Kishore/Geisler, Charles (1990): The Social Consequences of Protected Areas Development for Resident Populations. In: Society and Natural Resources. Vol. 3, S. 19-32
- Rodríguez, Silvia (1991): El desarrollo sustentable, como fórmula para resolver los problemas sociales y ambientales. En: Ciencias Ambientales. No. 8, Escuela de Ciencias Ambientales, Universidad Nacional, Heredia, Costa Rica
- Rodríguez, Silvia (1993): Conservation, Contradiction and Sovereignty Erosion: The Costa Rican State and the Natural Protected Areas (1970-1992), Dissertation, Development Studies, University of Wisconsin, Madison
- United States Department of the Interior (USDI)/National Park Service (NPS): Decade of Progress for South American National Parks 1974-1984, International Affairs Office, USNPS, Washington, D.C.

Tewolde Berhan Gebre Egziabher

Bedrohte Ernährungs-souveränität, internationales Recht und *Farmers' Rights* in Afrika¹

Von wenigen Bereichen abgesehen, in denen die für den Export produzierende industrielle Landwirtschaft dominiert, hängt die Nahrungsmittelproduktion Afrikas von seinen ländlichen KleinbäuerInnen ab. Diese sind in bäuerlichen Gemeinschaften organisiert, die sich an gewohnheitsrechtlichen Normen orientieren. Afrikas Nahrungsmittelsicherheit und Ernährungssouveränität sind daher von diesen dezentralen Gemeinschaften abhängig.

Die herausragende Bedeutung der Dorfgemeinschaften für die Erhaltung und die nachhaltige Nutzung der landwirtschaftlichen Biodiversität ist von der Konvention über biologische Vielfalt (CBD) in den Bestimmungen – zum Beispiel Artikel 8(j) – und Entscheidungen der Konferenzen der Vertragsstaaten (engl. *Conference of the Parties*; COPs) anerkannt und nachdrücklich betont worden. Seit November 2001 gibt es zudem im Rahmen der FAO einen Vertrag, um das bislang völkerrechtlich unverbindliche Abkommen für pflanzen genetische Ressourcen (*International Undertaking*) als International Treaty on Plant Genetic Resources for Food and Agriculture mit der CBD in Übereinstimmung zu bringen. Die CBD hat Regeln ausgearbeitet, die sich mit den indigenen und lokalen Gemeinschaften insgesamt beschäftigen, und auf ihren COPs relevante Entscheidungen getroffen, die besonders auf die afrikanischen Gemeinschaften anwendbar sind. Einige dieser Entscheidungen beziehen sich insbesondere auf die agrarbiologische Vielfalt und auf die ländlichen Gemeinden.

Die CBD bestätigt insgesamt das in der FAO ausgearbeitete Konzept der *Farmers' Rights* (Rechte der BäuerInnen). Auf der Grundlage dieser nun auch international anerkannten Rechte hat Afrika sein Modellgesetz über die *Farmers' Rights* als Teil eines umfassenderen „Modellgesetzes über die Rechte der lokalen Gemeinschaften, BäuerInnen, SaatgutzüchterInnen sowie über die Regulierung des Zugangs zu biologischen Ressourcen“ verabschiedet. Dies ist unbedingt notwendig, denn angesichts der Globalisierung werden die dörflichen Gemeinschaften Afri-

kas drangsaliert; und der Kontinent sieht sich dem enormen Risiko gegenüber, seine Nahrungsmittelsicherheit und damit auch seine Ernährungssouveränität an Kräfte außerhalb Afrikas zu verlieren. Da die Teilnahme Afrikas am Welthandel für diese externen Kräfte quantitativ nicht bedeutsam ist, kann geschlussfolgert werden, dass wenn diese sich sogar gegenüber den kontinentübergreifenden Angelegenheiten als unempfindlich zeigen, die lokalen Gemeinschaften erst recht mit ihren Problemen allein gelassen werden. Afrika tut also gut daran, sich für den gesetzlichen Schutz der *Farmers' Rights* zu entscheiden.

Um zu verstehen, welche Dimensionen der Verlust der Ernährungssouveränität für Afrika besitzt, müssen wir verstehen, wie sich der Charakter der Agrarsysteme der Dorfgemeinschaften von dem der industriellen Landwirtschaft samt den dahinterstehenden Kräften der Globalisierung unterscheidet, welche Verantwortung die Welt zur Unterstützung der bäuerlichen Gemeinschaften besitzt, und schließlich welche Schritte Afrika unternehmen muss, um seine kleinbäuerliche Landwirtschaft und seine Ernährungssouveränität zu sichern.

Landwirtschaft und ökologische Stabilität

Der in diesem Beitrag häufig verwendete Begriff „Homöostase“ bezieht sich auf die Aufrechterhaltung der Stabilität eines Ökosystems durch den Einsatz interner funktionaler Komponenten, um externe Störungen auszugleichen.

Wenn ein Agrarökosystem instabil ist, kann es sich schnell verändern und dann unproduktiv werden. Ein natürliches Ökosystem ist annähernd stabil. Es erreicht die benötigte Homöostase, weil ihre funktionalen Komponenten positiv auf negative Rückkoppelungen reagieren. Verursacht werden diese durch Änderungen, die von außerhalb stammen. In einem Agrarökosystem umfassen die funktionalen Komponenten 1) die angebauten Pflanzen und das dazugehörige Beikraut als Produzenten; 2) menschliche Lebewesen, Haus- und Zuchttiere, an vielen Orten auch einige Vögel, Insekten, wildlebende Tiere und einige andere Pflanzenfresser niedrigerer Gattungen, insbesondere die im Boden, als Verbraucher; 3) Bodenpilze und -bakterien als Zersetzer; 4) Humus oder anderes zersetztes bzw. zersetzendes organisches Material als Binder und Konser-

vierer bzw. Entbinder und Spender von Bodennährstoffen sowie als Nährboden, der anorganische Partikel in die Einheiten der Bodenstruktur einbindet; 5) Grundwasser als essentielle Komponente, die allen Lebewesen zugänglich sein muss; 6) schließlich die große Masse des Bodens – die anorganischen Komponenten – als Substrat für alle anderen Komponenten; zusammen mit der Atmosphäre und dem einfließenden Wasser als Garant für die Zufuhr von lebenswichtigen Stoffen; zusammen mit dem Humus als Abpufferungsmaterial, um den pH-Wert mehr oder weniger stabil zu halten.²

Landwirtschaft und Nischen-Vereinfachung

In der Landwirtschaft besteht das Interesse vor allem in der Maximierung der Produktion von Biomasse bei der Feldbestellung und/oder bei der Aufzucht von Tieren, die für die Ernährung oder für andere Zwecke benutzt werden (Heywood/Watson 1995: 443). Dies verringert die Zahl der auf dem Feld wachsenden Pflanzenarten. In der Natur besetzen Arten, die am gleichen Ort wachsen, oft ganz oder teilweise verschiedene Nischen desselben Ökosystems. Dies ist deutlich sichtbar in einem Wald, wo sich Pflanzen verschiedener Höhe, aber auch Größe, Form und Blattwinkel an die sich verändernden Lichtintensitäten anpassen. Eine ähnliche Nischenspezialisierung findet sich in der Anpassung an verschiedene andere Umweltfaktoren, zum Beispiel die Bodentiefe. In einer landwirtschaftlichen Monokultur wird demgegenüber nur eine Nische benutzt, und alle angebauten Kulturpflanzenarten oder gezüchteten Tierarten konkurrieren um dieselbe Nische, während andere Nischen ganz oder teilweise unterbesetzt bleiben, weil Arten, die sie benutzen könnten, nicht vorhanden sind. Heywood/Watson (1995: 402-405; 448) betonen, dass obwohl intensive Inputs die Agrarproduktion in einer bestimmten Jahreszeit produktiver machen können, mit Monokulturen, dass heißt mit der Benutzung nur einer Grünpflanzen-nischen, eine über Jahre anhaltende Produktivität allerdings nicht möglich ist. Die Besetzung eines kritischen Minimums an Grünpflanzen-nischen ist für ein stabiles Ökosystem notwendig, und eine größere Zahl von Arten würde sogar die Produktion erhöhen.

Die Zahl der Pflanzenarten für die Feldbestellung sowie der gezüchteten Tierarten, deren Biomasse maximiert werden soll,

ist geringer als die der Pflanzen und Tiere, die in einem natürlichen Ökosystem vorhanden sind. Das heißt, selbst wenn die Landwirtschaft auf dem Gemischtanbau (Polykultur) beruht, verringert sich die Anzahl der genutzten Nischen eines Agrarökosystems. Aus diesem Grund gelingt es diesem nicht, sich so effektiv wie das von ihm ersetzte natürliche Ökosystem zu regulieren, woraufhin Degradationsprozesse einsetzen. Darum kommt es zu Struktur- und Fruchtbarkeitsverlusten im Boden (zum genauen Ablauf dieser Prozesse vgl. Heywood/Watson 1995, 326-452), der hydrologische Kreislauf wird unterbrochen, oft kommt es zu Bodenversalzung³ und noch häufiger zu Bodenerosion.⁴ Viele Zivilisationen sind durch derartige, durch die Landwirtschaft verursachte Verwüstungen untergegangen, zum Beispiel durch Versalzungsprozesse wie in den Tälern des Euphrats und Tigris oder durch Bodenerosion und Sedimentation wie in Ephesus.

Techniken der bäuerlichen Gemeinschaften gegen den Verlust von Ökosystemkomponenten

In der langen Geschichte der Landwirtschaft haben bäuerliche Dorfgemeinden über Tausende von Jahren hinweg gelernt, verschiedene biologische und physikalische Methoden zu entwickeln, um die Probleme, welche sich aus dem Verlust von Komponenten des Agrarökosystems ergeben, zu meistern, so zum Beispiel durch die Anlage von Terrassen oder durch das zeitweilige Brachlegen von Ackerflächen. Die wichtigsten Methoden sind wohl diejenigen, die eine bewusste Artenkombination benutzen, um positive Reaktionen auf die negativen Rückkoppelungen eines Agrarökosystems hervorzurufen. So ermöglicht zum Beispiel die integrierte Landwirtschaft (*mixed farming*)⁵, das heißt die Kombination von Feldbestellung und Tierhaltung, einen effektiven Ausgleich zwischen biologischer Produktion und biologischem Verbrauch. Der integrierten Landwirtschaft gelingt es auch, das sich zersetzende organische Material (Dünger) genau an den Ort eines Agrarökosystems zu befördern, wo es am meisten benötigt wird. Tiefwurzelnde Anbaupflanzen bringen verlorengegangene Nährstoffe zurück in die oberen Bodenschichten, wo diese den darauffolgenden Pflanzengenerationen erneut zur Verfügung stehen. Hülsenfrüchte nehmen Stickstoff auf, der denjenigen

ersetzt, welcher durch Nitratverlust und Abgabe an die Atmosphäre verloren gegangen ist. Sorghum (ein der Hirse verwandtes Getreidegras, auch Durra genannt, Anm. des Ü.) und ähnliche traditionelle Kulturpflanzen wurzeln tief und bringen nicht nur Nährstoffe an die Oberfläche, sondern widerstehen auch Dürreperioden, welche durch die Abforstung häufiger auftreten. Einige Arten verlangsamen ihr Wachstum, um Überschwemmungen zu überleben; und Reis wächst sogar besser unter Bedingungen der Beflutung. Auch ausgedehnte Waldrodungen vergrößern die Gefahr von Überschwemmungen.

Die in lokalen Gemeinden angewandten physikalischen Methoden verringern oder vermeiden die Bodenerosion, reduzieren den Wasserverlust, entwässern den Boden oder machen eine Bewässerung erst möglich. Sowohl die Bewässerung als auch die Entwässerung können den physikalischen und/oder chemischen Zustand des Bodens beeinflussen, zum Beispiel durch Versalzung. Sie sind so verantwortlich für große Verluste an Ackerboden und Biodiversität. In Kombination mit einer angemessenen biologischen Vielfalt und, wenn nötig, mit anderen physikalischen Strukturen können sie allerdings sehr effektiv sein. Die Verbindung dieser Methoden sichert einen hohen Humusgehalt des Bodens und erhält somit dessen physikalische und chemische Eigenschaften, so dass eine hohe und zeitlich stabile Fruchtbarkeitsrate erzielt werden kann. Genügend Humus hält auch die Wirtschaftspflanzen gesund und schützt sie vor Krankheiten und Epidemien.⁶

Industrielle Landwirtschaft und Ökosystem-Markt

Die industrielle Landwirtschaft nahm nach dem Ersten Weltkrieg ihren Anfang. 1940 beschrieb Sir Albert Howard, ein britischer Agrarwissenschaftler, deren Ursprünge folgendermaßen: "Seit dem Ende des Großen Krieges mussten die Fabriken, die zuvor mit der Bindung von Stickstoff aus der Atmosphäre für die Herstellung riesiger Mengen des zur militärischen Verteidigung und zur Zerstörung gegnerischer Armeen benötigten Sprengstoffs beschäftigt waren, einen neuen Markt finden. Nachfrage wurde geschaffen durch den niedrigen Preis, zu dem der aus der Massenproduktion stammende Stickstoff auf dem Markt angeboten werden konnte, sowie durch die Zuverlässigkeit des Produkts. Dasselbe galt auch für Phospha-

te und Pottasche. ... Das Ausprobieren von Kunstdüngern [dass heißt chemischen Düngemitteln] und neuen Varianten hat unzählige Freilandversuche notwendig gemacht. Deren bekannt gewordene Ergebnisse sind uneinheitlich und verwirrend, sowohl was ihren Umfang als auch die Schlussfolgerungen angeht. Durch eine bewusste Auswahl dieses Materials ist es möglich, alles oder nichts zu belegen oder zu widerlegen." (Howard o.J.: 188-189)

Die industrielle Landwirtschaft will einen homogenen Anbau erreichen, ohne auf die charakteristischen Eigenarten des existierenden Ökosystems Rücksicht zu nehmen. Daher macht sie ausgedehnten Gebrauch von der Bewässerung. Sie schafft sich so einen eigenen Markt für Pump- und Bewässerungsausrüstungen und bringt auch Verträge über den Bau von Staudämmen sowie von Be- und Entwässerungskanälen. Auf diese Weise dehnen sich die Probleme geographisch aus, die seit jeher mit der Bewässerung verbunden waren. Die industrielle Landwirtschaft trennte die Tierhaltung vom Feldanbau. Sie legt Monokulturen an, die nur auf einer Kulturpflanzenart beruhen und ausgedehnte Landstriche durchgehend bedecken. Die Zerstörung von Ökosystemen ist so unvermeidlich. Ein Indikator für diese Zerstörung ist der wiederholt auftretende und schnelle Kollaps der Anbauvarianten aufgrund der Anfälligkeit gegenüber Krankheiten und Epidemien.⁷ SaatgutzüchterInnen werden darauf getrimmt, die agrarbiologische Vielfalt wegzuzüchten und einheitlichen Monokultur-Saaten zu produzieren. Diese Anbauformen garantieren zudem den Herstellerfirmen von Pflanzenschutzmitteln einen geschlossenen Markt. Die im Norden beheimateten transnationalen Konzerne kontrollieren so immer mehr die Saatgutproduktion und die Zulieferung von Agrochemikalien (Fowler/Mooney 1990: 115-139). Die Zusammenführung beider Sektoren macht die Züchtung von Varianten möglich, die eine notwendige Abhängigkeit von Agrochemikalien erzeugen. Und die Konzerne patentieren beide Bereiche, um den BäuerInnen zu diktieren, wie sie Saatgut und Agrochemikalien einzusetzen haben.

Die aggressive Vermarktung solcher patentierter Pakete führt zu ausgedehnten Monokulturen und untergräbt die biologische Vielfalt. Die SaatgutzüchterInnen in den Gemeinden werden damit marginalisiert. Sie sind es aber, die von jeher die

agrarbiologische Vielfalt erhöhten und so der Menschheit sowohl die verschiedenen Kulturpflanzen mit ihren unzähligen Varietäten als auch die ökologischen Methoden gegen Krankheiten und Epidemien geliefert haben.⁸ Einmal an den Rand gedrängt, verlieren die Gemeinschaften das Vertrauen in ihre überlieferten und erprobten Anbauweisen, werden abhängig von Monokulturen und somit hilflos, wenn sie mit Krankheiten und Epidemien konfrontiert sind, denen sie vorher effektiv vorbeugen konnten. Nährstoffe werden ausgelaugt und fortgeschwemmt, woraufhin sie in regelmäßigen Intervallen extern zugeführt werden müssen. Dies schafft den Düngemittel produzierenden und liefernden Chemiefirmen einen Markt. Die Bodenstruktur verschlechtert sich, was nun wiederum den Herstellern von Agrarmaschinen Marktchancen bietet. Die natürlichen Komponenten des Ökosystems werden so durch künstliche Komponenten ersetzt, die auf dem Markt gekauft und verkauft werden (müssen). Die Gemeinden verlieren das Vertrauen in ihre bewährten und traditionell erworbenen ökologischen Praktiken, die Bodengüte und -fruchtbarkeit zu bewahren oder wiederzuerlangen. In Äthiopien heißt es: „Das Land ist korrupt: Es hat den Geschmack der Bestechlichkeit auf der Zunge. Wir müssen es mit chemischen Düngemitteln bestechen, damit auf ihm etwa wächst.“ Auf diese Weise dringt die Globalisierung in die bäuerlichen Gemeinschaften ein.

Afrika, „Entwicklung“ und der Agrar-Markt

Auch wenn die gekauften Ersatzversionen das gleiche Homöostase-Niveau wie die natürlichen Agrarökosysteme erlangen würden, so blieben Bedenken ihnen gegenüber: Warum für diese Komponenten Geld bezahlen, wenn man sie durch den Einsatz der eigenen Arbeit doch auch umsonst von der Natur bekommen kann und wenn zudem diese ländliche Arbeit nicht übermäßig Zeit in Anspruch nimmt?⁹ Offensichtlich wird hier, dass die Zulieferfirmen der Ersatz-Komponenten aus den industrialisierten Ländern stammen und dass die afrikanischen BäuerInnen durch deren Benutzung in eine gefährliche Abhängigkeit geraten. Da die Versorgung mit ausreichenden Nahrungsmitteln eine absolute Notwendigkeit darstellt, hat die Herstellung landwirtschaftlicher Komponenten in Afrika selbst derzeit allerhöchste Priorität, da nur so die Ernährungssou-

veränität zu sichern ist. Kommerzielle Ersatz-Komponenten zerstören außerdem kontinuierlich die natürlichen Ökosystem-Komponenten und machen sich selbst unersetzlich.

Die Zulieferfirmen der Ersatz-Komponenten wollen höhere Profite erzielen und reagieren oft mit höchst vereinfachenden Schnell-Kuren auf die durch die Anwendung der Marktprinzipien verursachten schwerwiegenden Mängel im Agrarökosystem. Das jüngste dieser verabreichten falschen Heilmittel, die Gentechnik, soll – so die kommerzielle Werbung – nicht der Erhöhung der Erträge in stabilen Agrarökosystemen dienen, sondern durch genetisch manipulierte Kulturpflanzen die Erträge in degradierten marginalen Agrarökosystemen erhöhen helfen.¹⁰ Das logische Endresultat der Degradierung ist die Zerstörung. Genetisch manipulierte Kulturpflanzen in einer von Zerstörung bedrohten Umgebung anzubauen, wäre verhängnisvoll, da es den Argwohn zerstreuen würde und uns die Zerstörung akzeptieren ließe, bis es zu spät ist, diese Prozesse umzukehren. Tatsache ist, dass gentechnisch manipulierte Kulturpflanzen bisher nur dazu benutzt worden sind, immer mehr ökosystemzerstörende Elemente zu installieren. Die Vergiftung besonders der wirbellosen Tiere beim Anbau gentechnisch behandelter Bt-Pflanzenvarietäten¹¹ sowie die generelle Vergiftung anderer Pflanzen bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf ausgesuchte gentechnisch manipulierte Kulturpflanzen sind die Folge (National Research Council 1989: 62; James 2000).

Ohne das Thema hier zu vertiefen, kann man sagen, dass Afrika von den Industrieländern in die Falle gelockt worden ist. Verschiedene Ursachenkomplexe haben bisher eine notwendige Reflexion über dieses Thema verhindert.

Die erste Verlockung ist die Hinwendung Afrikas nach Europa in Form einer bloßen Imitation. Das Nachdenken über soziale Entwicklung verläuft sowohl in Europa als auch in Afrika normalerweise linear. Es nimmt an, dass wenn Afrika „entwickelt“ werden soll, der europäische Weg nachgeahmt werden muss. Dies lässt die Tatsache aus dem Blickfeld geraten, dass Europa viele Fehler gemacht hat und immer noch macht, die Afrika vermeiden kann. Nach und nach werden in den Industrieländern die Fehler erkannt, die in der Vergangenheit beim Umgang mit ihren Agrarökosystemen begangen

wurden. Als Reaktion darauf hat sich nun dort ein Markt für „organische Produkte“ etabliert, um so Anreize für korrigierende Maßnahmen zu schaffen. Die organischen Produkte beliefern einen schnell wachsenden Nischenmarkt. Selbst auf der Grundlage der geltenden Kriterien könnten schon heute weite Teile Afrikas ohne größere Anstrengungen für den sich in Europa und Nordamerika ständig vergrößernden Nischenmarkt organische Agrarerzeugnisse produzieren.

Eine zweite Verlockung ist die technische und finanzielle Hilfe aus dem Norden. Sie wird effektiv dazu genutzt, Afrika dazu zu bringen, Wege in der Landwirtschaft einzuschlagen, die Europa und Nordamerika für diesen Kontinent bestimmt haben.¹²

Diese Verlockung wird verstärkt durch eine reale oder angenommene Nachfrage der Märkte in den Industrieländern nach bestimmten homogenen Landwirtschaftserzeugnissen. In Wirklichkeit ist es oft so, dass nach dem dementsprechend durchgeführten Wandel in der Agrarproduktion Afrikas die Marktnachfrage unbeständig wird und verschwindet. So verkauften zum Beispiel Unternehmen der Industrieländer in Afrika große Mengen Pflanzenschutzmittel mit DDT und anderen hochtoxischen Substanzen. Heute nun wird der kontinuierliche Gebrauch dieser Stoffe von den Industrieländern als Argument benutzt, den Import afrikanischer Agrarprodukte abzulehnen.¹³ Dies ist eine geschickte Form, die Konkurrenz auszuschalten. Die Ausflüchte und Winkelzüge der Industrieländer hinsichtlich der Abschaffung der Agrarsubventionen, wie sie in den Paragraphen der Präambel des WTO-Abkommens über den internationalen Handel mit Agrarerzeugnissen gefordert wird, bestätigen die These, dass Pläne geschmiedet werden, um die neu entstehende Konkurrenz der „unterentwickelten“ Länder auszuschalten.

Die vierte und vielleicht mächtigste Verlockung ist die Anziehungskraft, welche die europäischen und nordamerikanischen Ausbildungssysteme im Landwirtschaftsbereich auf die afrikanische akademische Jugend ausüben. Sowohl in der Ausbildung in Afrika als auch wenn junge Menschen an Universitäten der Industrieländer geschickt werden, werden europäische und/oder US-amerikanische Lehrpläne und Lehrmaterialien benutzt. Die jungen AfrikanerInnen lernen, dass die Er-

satz-Komponenten von Agrarökosystemen gekauft und verkauft werden können, und im Glauben, dass sie damit Afrika modernisieren helfen, bringen sie diese Komponenten auf den einheimischen Markt, wo diese eigentlich nicht notwendig sind. Die Industrieländer benutzen das Argument der teuren Arbeitskräfte, wenn sie diese künstlichen Substanzen kommerzialisieren und zum Beispiel den Einsatz von Herbiziden zur Vermeidung des Jätens mit der Hand propagieren. AfrikanerInnen mit einer Ausbildung im Landwirtschaftsbereich ziehen nicht die massive Arbeitslosigkeit in Betracht, wenn sie diesen Handel in vollem Umfang akzeptieren.

Es ist an der Zeit, dass die zerstörerische Kommerzialisierung der Komponenten von Agrarökosystemen reguliert wird. Trotz aller Wünsche der nationalen Eliten ist diese zerstörerische Entwicklung in Afrika noch nicht vollständig abgeschlossen. Von daher können und sollen unsere Regierungen und die Öffentlichkeit in Afrika die wirtschaftlichen EntscheidungsträgerInnen in Zugzwang bringen, nachdem diese, mit der Zustimmung und Beihilfe vieler, systematisch von Europa und Nordamerika missgeleitet worden sind. Es sollten Maßnahmen ergriffen werden, die dazu beitragen, dass die Stabilität der afrikanischen Agrarökosysteme wiederhergestellt wird. Die Selbstheilungsprozesse der Natur verlaufen sehr schnell, wenn ihnen nur eine Chance gegeben wird!

Nahrungsmittelsicherheit und -souveränität

Garantierte Nahrungsmittelsicherheit bedeutet, dass die Masse der produzierten Lebensmittel jederzeit für alle reicht. Diese müssen auch für alle dann zur Verfügung stehen, wenn sie gebraucht werden. Von daher geht Nahrungsmittelsicherheit verloren aufgrund von ungenügender Nahrungsmittelproduktion, aufgrund von unzureichenden Lagermöglichkeiten, aufgrund des ungenügenden Transportwesens und/oder aufgrund der fehlenden Kaufkraft derjenigen, die Nahrungsmittel benötigen. Wenn Lebensmittel importiert werden müssen, können die Knappheit ausländischer Devisen oder politische Wirren die Versorgung gefährden. Kriege und Bürgerkriege unterbrechen meist den Import und die Verteilung von Nahrungsmitteln. Die Industrieländer beeinflussen direkt und indirekt so-

wie beabsichtigt und unbeabsichtigt die Ausprägung und die Größenordnung dieser Variablen in den „unterentwickelten“ Ländern. Aus diesem Grund muss in Afrika durch die interne Produktion die Nahrungsmittelversorgung garantiert werden. Mit anderen Worten, der Kontinent muss die volle Ernährungssouveränität erlangen, wenn er unabhängig von den globalen politischen Wechselfällen das Überleben seiner Menschen garantieren will. Dazu müssen viele Probleme angegangen werden, von denen einige in den folgenden Absätzen zusammengefasst dargestellt werden.

Von den Industrieländern auferlegte negative Veränderungen

Einige Transformationen, die – vermutlich mit guten Absichten – Afrika von den Ländern des Nordens auferlegt worden sind, können schädliche Folgen haben. Ein Beispiel: In vielen Ländern ist es die Frau, die das Feld bebaut. Die in der Kolonialzeit¹⁴ aufgezwungene Landprivatisierung, welche die Eigentümerschaft auf den Ehemann übertrug, während die Frau weiterhin für die Feldbestellung zuständig war, hat die Entwicklung der afrikanischen Landwirtschaft negativ beeinflusst.¹⁵ Dieses Eigentumsrecht bedeutet, dass nun der Ehemann, der oft sehr wenig informiert ist über die Produktion von Nahrungsmitteln und den Umgang mit ihnen, die Entscheidungsbefugnis darüber erhält, was angebaut wird und was nicht. Wenn Programme zur Verbesserung der Landwirtschaft, zum Beispiel Ausbildungskurse, entwickelt und durchgeführt werden, so nimmt auch der Ehemann daran teil, aber es ist weiterhin die Ehefrau, die von diesen Programmen praktischen Gebrauch macht, um die Nahrungsmittelproduktion der Gemeinschaft zu verbessern. In Notzeiten verkauft der Ehemann sein Land an die Reichen. Vielleicht verkauft er es sogar, um weiterhin seinen Trinkgewohnheiten nachgehen zu können. Die traditionellen, auf dem Abstammungsprinzip basierende Form des Landbesitzes und die überlieferten Traditionen gegenseitiger Hilfe hätten diesen unwiderruflichen Verlust kleinbäuerlicher Produktion verhindert, die ein einzigartiges System zur Garantierung des Lebensunterhalts in den ländlichen Regionen der „unterentwickelten“ Länder darstellen (FAO 1979: 122-123).

Viele mögen argumentieren, dass bevor das Farmland nicht privatisiert wird, sich niemand wirklich darum kümmert. Diese Kritik ist nicht gerechtfertigt, da Feldanbau und Tierzucht auf dem ererbten Land sowie dessen ökonomische Nutzung auf dem überlieferten Prinzip des nicht übertragbaren Kollektiveigentums aller Verwandten basieren. Landbesitz in der Form einer völlig privaten Eigentümerschaft ist für diese Sicherheitsgarantie nicht wesentlich.

Die europäische Kultur wird in Afrika von vielen als so erfolgreich angesehen, dass sie deren Ausprägungen und Formen oft bloß imitieren. So entscheiden sich die Menschen in vielen tropischen Gegenden, und hier insbesondere die städtische Bevölkerung, dauerhaft für den Weizen, das heißt vor allem für das Weizenbrot als bevorzugtes Grundnahrungsmittel. Dies stellt eine Nachahmung der auf Weizen basierenden Ernährungskultur Europas dar. Tropische Länder werden so von Importweizen abhängig und lokal angepasste Nahrungsgetreidearten wie Yams-Wurzel, Wintermelone, Banane und Hirse werden immer weniger angebaut. Zudem weisen diese tropischen Länder in der Regel wenig Exportprodukte auf, um ihre Weizenimporte zu finanzieren. Das Resultat sind Schulden und Hunger.

Auswirkungen internationaler Regulierung auf Afrika

Die internationalen Organisationen wie zum Beispiel die Weltbank, der Internationale Währungsfonds oder sogar die Vereinten Nationen, die ihrem Auftrag nach dem Wohl der Menschen aller Länder dienen sollen, wurden am Ende des Zweiten Weltkriegs formal gegründet und in ihren Funktionen definiert, also zu einer Zeit, als fast alle „unterentwickelten“ Länder noch Kolonien waren. Es waren die Industrieländer, die diese Institutionen ins Leben riefen, und sie kontrollieren seitdem deren Strukturen, Funktionen und Arbeitsweisen, indem sie sich u.a. bis heute das ungeschriebene Recht garantieren, dass alle Führungspositionen von Angehörigen ihrer Staaten eingenommen werden.¹⁶ Durchgehend werden so die Regeln der Industrieländer den „unterentwickelten“ Ländern übergestülpt. Weil zum Beispiel die Industrieländer in den 80er Jahren besondere Politiken entwickelten, um öffentliche Gelder mehr in die schulische Primar- und Sekundarstufe und

weniger in die Universitätsausbildung fließen zu lassen, verringerte die Weltbank nicht nur weitgehend den Kreditumfang für letztere, sondern suchte den freien Zugang zur Universität in den „unterentwickelten“ Ländern einzuschränken.¹⁷ Als Folge davon hat sich im Süden die Qualität der wissenschaftlichen Ausbildung verschlechtert, wovon auch die an den Modellen des Nordens orientierte Agrarwissenschaft betroffen ist.

Private Einrichtungen zur Finanzierung und Vermarktung, einschließlich Versicherungen, Banken, Transportfirmen und Telekommunikationsunternehmen, haben sich vor allem im Norden herausgebildet und sind in ihren Aktivitäten auch auf diesen konzentriert. Wie wäre es anders möglich, dass die Preise für die Erzeugnisse aus dem Süden – viele von ihnen stammen aus der Landwirtschaft – in London, New York und Chicago festgelegt werden und dass sie unablässig fallen, während im Gegensatz dazu die Preise der im Norden produzierten Waren stetig ansteigen? Warum sollte der Süden, der doch die meisten Waren produziert, keinen Einfluss auf die Preise derjenigen Produkte haben, die er selbst herstellt bzw. importiert?

Unfaire Praktiken gegenüber dem Süden

Anreize können positiv sein und benötigte Entwicklungsprozesse befördern. Sie können aber auch kontraproduktiv sein und diese verhindern. Die Anreize, die der Homöostase eines Agrarökosystems gegeben werden, sind insgesamt falsch. Sie führen zu einem Verlust an agrarbiologischer Vielfalt und zur Verschlechterung der Bodenqualität, das heißt zu einer generellen Beeinträchtigung agrarökologischer Stabilität.

Der Handel mit Ersatzkomponenten zur Schaffung homogener Agrarökosysteme führt notwendigerweise zur Beseitigung der dort vorher anzutreffenden agrarbiologischen Vielfalt. Hier liegt die wichtigste Erklärungsursache für den Arten- und Varietätenverlust bei Kulturpflanzen, in der Tierzucht, beim Saatgut sowie bei den Bodenorganismen, Pilzen und Bakterien (Heywood/Watson 1995: 423-425). Diese Entwicklung ist nicht allein auf das gemeinsame Bestreben des privaten Sektors zurückzuführen, einen Markt für die eigenen Produkte zu schaffen; es ist ebenfalls die direkte und indirekte Subventionierung kommerzialisierter Ersatzkomponenten für Agrarökosysteme,

welche die biologische Bewirtschaftung letzterer unrentabler macht und den Kauf instabiler Ersatzkomponenten begünstigt.

In allen Industrieländern wird zu einem bestimmten Grad¹⁸ der einheimische Landwirtschaftssektor subventioniert. In den „unterentwickelten“ Ländern muss dieser dagegen das Bildungssystem, die Gesundheitsversorgung, die Infrastrukturmaßnahmen sowie insbesondere den verhätschelten, aber oft nicht sehr effektiven industriellen Sektor subventionieren. Dies bringt die intensive kleinbäuerliche Landwirtschaft Afrikas insgesamt in eine nachteilige Position. Artikel 3 der Präambel des WTO-Agrarabkommens fordert, Subventionen an die einheimische Landwirtschaft zu beseitigen. Die Forderung wird jedoch hohl, weil das angestrebte Ziel als ein „langfristiges“ bezeichnet wird. Wann endet diese Frist? Wann ist die traditionelle Landwirtschaft des Südens endgültig vom Erdboden verschwunden? Aus diesem Grund ist das Abkommen Anlass für einen nicht enden wollenden Streit zwischen Nordamerika und Europa, ohne dass jedoch beide dazu gebracht werden, die Subventionen deutlich abzubauen, weshalb das Wörtchen „langfristig“ wohl ewig bedeutet. Das WTO-Landwirtschaftsabkommen dient von daher nur als Nebelschleier, hinter dem die bestehenden Subventionen an den agroindustriellen Sektor des Nordens beibehalten werden – zum Schaden der agrarbiologischen Vielfalt und Agrarökosysteme.¹⁹ Andererseits werden die an agrarbiologischer Vielfalt reichen bäuerlichen Gemeinschaften im Süden vom zukünftigen Erhalt von Subventionen ausgeschlossen mit dem Argument, hier handle es sich um neue Subventionen; und deren Akzeptanz verletze das WTO-Abkommen, genauer dessen Artikel 3 und insbesondere dessen Artikel 3.3, in dem es heißt, dass es den WTO-Mitgliedsländern „verboten ist, bisher noch nicht aufgeführte Agrarprodukte neu zu subventionieren“. Dessen ungeachtet bleibt die Frage, warum denn die alten „Sünden“ toleriert und nur die neuen verdammt werden sollen? Diese absurde Situation bleibt vermutlich vorherrschend, weil nur durch die Ankurbelung des Handels mit Ersatzkomponenten von Agrarökosystemen die Industrieländer ihre Führungsrolle auf dem globalen Agrarmarkt beibehalten können. An Stabilität orientierte Agrarökosysteme, und hier besonders die in anderen Teilen der Welt, verstoßen gegen dominante Interessen und müssten daher untergraben werden.

Die indirekten Subventionen, die nicht einmal im WTO-Abkommen Erwähnung finden, sind sogar noch gefährlicher. So erzeugt zum Beispiel die sogenannte „tropische Subsistenzlandwirtschaft“ für jede in den Produktionsprozess eingegangene Energieeinheit 30 Mal mehr Energie in Form von Biomasse (Beets 1990, aber auch Pretty u.a. 2000). In der britischen Landwirtschaft beläuft sich im Vergleich dazu der Ertragsfaktor (in Form von Biomasse) für jede in die Produktion eingegangene Energieeinheit auf nur 0,4. Das heißt, dass die Landwirtschaft Großbritanniens bis zu 75 Mal mehr Energie benötigt als die afrikanische „Subsistenzlandwirtschaft“. Wer bezahlt für die Subventionierung der Energie in Großbritannien? Einleuchtenderweise die Sektoren Industrie, Handel und Dienstleistungen, die diese Kosten dadurch ausgleichen, dass sie aus den Ländern des Südens billig produzierte Fertigwaren erstehen. Umgekehrt werden ihre Güter und Dienstleistungen zu hohen Preisen verkauft. Würden nicht umgekehrt SubsistenzbäuerInnen aus Afrika oder aus anderen Ländern des Südens den Weltmarkt für Nahrungsmittel beherrschen, weil ihre Agrarerzeugnisse konkurrenzfähiger sind als Produkte, deren Herstellungskosten nicht vollständig internalisiert worden sind? Wären Güter und Dienstleistungen aus dem Norden, die befreit sind von den normalerweise an die einheimische Landwirtschaft zu zahlenden Subventionen, dann nicht auch für den Süden billiger? Angesichts der allseits bekannten Habgier der Konzerne des Nordens könnte dies der Fall sein, ist es aber nicht.

Es kann argumentiert werden, dass die sogenannten „SubsistenzbäuerInnen“ nicht genug Nahrungsmittel für die ganze Welt produzieren würden. Es sollte dabei betont werden, dass alle diese KleinbäuerInnen auch Teile ihrer Erträge verkaufen würden, wenn sich die Gelegenheit dazu ergäbe. Von daher würde der erwähnte internationale Konkurrenzvorteil zu einer größeren „Subsistenzproduktion“ anregen. Möglicherweise würde dabei auch der Energieeinsatz steigen, jedoch nicht in dem Maße, in dem der Energieverbrauch der industriellen Landwirtschaft dann dementsprechend abnehmen würden.

Der Norden hat das WTO-Abkommen über Aspekte handelsbezogener geistiger Eigentumsrechte (engl. TRIPS) etabliert, ohne auf die Stimmen aus dem Süden zu achten, der

verstand, was hier vor sich ging. Und was noch wichtiger ist: Trotz der Tatsache, dass der Norden über eine überwältigende Übermacht verfügt, hat er dabei versagt, die Konsequenzen des TRIPS-Abkommens für die soziale Entwicklung der armen Länder zu verdeutlichen. Das Abkommen ist das mit Abstand ungerechteste aller internationalen Handelsabkommen. Es genügt zu erwähnen, dass sogar einige seiner ursprünglichen Mentoren nun ihre Meinung geändert haben und für die Entfernung dieses Abkommens aus der WTO plädieren. Dies gilt zum Beispiel für Jadish Bhagwati, der sich in diesem Sinne in Zeitungskommentaren geäußert hat. Sogar das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP 2001) unterstreicht in diesem Zusammenhang die unfaire Behandlung des Südens.

Angesichts dieser Tatsachen hat Afrika zum Zwecke der Schadensbegrenzung das bereits erwähnte Modellgesetz über die Rechte der lokalen Gemeinschaften verabschiedet. In Zusammenarbeit mit der Union zum Schutz neuer Pflanzenvarietäten (frz. UPOV)²⁰ hat die Weltorganisation für geistiges Eigentum (engl. WIPO) Afrika für diese Initiative verwarnt.²¹ Dabei ist die Initiative absolut notwendig: Denn wie soll sonst die Ernährungssicherheit in Afrika gesichert werden, wenn die Innovationen der bäuerlichen Gemeinschaften auch weiterhin in privaten Händen monopolisiert und ihre Produktionsformen durch die subventionierte auswärtige Konkurrenz sowie durch internationale Gesetze und Normen, die auf eine schnelle Privatisierung abzielen, zerstört werden?

Derzeit sichern das TRIPS-Abkommen und das Landwirtschaftsabkommen der WTO sowie viele andere internationale Regulierungen die Vorteile der nur an ihren Profitinteressen und an einer schnellen Privatisierung des öffentlichen Sektors interessierten Konzerne des Nordens.²² Der Süden ist zu schwach, um die WTO zu verändern oder ausgleichende internationale Regulierungsmechanismen bzw. eine als Gegengewicht dienende Organisation zu schaffen. Denn der Norden schützt durch die Begünstigung seiner Konzerne auf Kosten aller seine Eigeninteressen. Die UNO könnte die Initiative ergreifen, um den Süden in dessen Bestrebungen zu unterstützen. Fairerweise muss zur UNO gesagt werden, dass der Norden diese umgangen und völlig unabhängig von ihr die WTO gegründet sowie auf individuelle und selektive Art und Weise die Länder des Südens in

die WTO-Mitgliedschaft gezwungen hat und immer noch zwingt.²³ Die UNO aber ist zu kritisieren für ihre Voreingenommenheit, mit der sie ihre Rolle als führende Weltorganisation wahrnimmt. Dies beweist die fehlende Opposition gegen den Gründungsprozess der WTO und das stillschweigende Einverständnis mit der Praxis dieser Organisation.²⁴

Nahrungsmitteldumping und gentechnisch verändertes Saatgut

Es soll kurz auf einen weiteren Aspekt internationaler Politik hingewiesen werden: Nahrungsmittelforthilfe zur Abwendung von Hungerkatastrophen ist im Prinzip eine ehrenwerte Aufgabe. Die Welt ist denen zu Dank verpflichtet, die in solchen Zeiten der Not zur Hungerhilfe bereit sind. Aber dieser Einsatz benötigt eine ausgefeilte Regulierung und Überwachung. Zu oft benutzen die Länder des Nordens die Nahrungsmittelforthilfe zur Erlangung eines politischen Vorteils und werden dabei zugleich ihre Überschussproduktion los (Hancock 1989: 170). Die Hungerhilfe wird dann zu einem schmutzigen Propagandatrick. Die Regierungseliten des Südens sehen in den Lebensmittellieferungen ein geeignetes Mittel, um die Not der Armen zu lindern, deren Hunger ja auch darauf zurückzuführen ist, dass eben jene Eliten versagt haben, die strukturellen Ursachen der Armut zu beseitigen. In der derzeitigen Situation stimmen daher, aus jeweils verschiedenen Gründen, die Regierungen der ärmeren Länder mit denen der reichen Länder in ihren Interessen überein. Es besteht kein Zweifel daran, dass dieser Konsens in Bezug auf die Nahrungsmittelhilfe die noch bestehende Landwirtschaft der Hungernden völlig ruiniert (Hancock 1989: 168-170).²⁵ Soll deren Elend abgewendet werden, dann kann Hilfe nicht darin bestehen, Teile der überschüssigen Lebensmittelbestände über sie auszuschütten und so die lokale Nahrungsmittelproduktion zu zerstören. Dies macht die Menschen in den betroffenen Regionen nur noch notleidender.

Der Norden verbreitet neue „Wundertechnologien“ im Süden. Ein gutes Beispiel dafür sind Pflanzenschutzmittel, die DDT oder vergleichbare hochtoxische Substanzen enthalten. Der Norden lässt den Süden die wenigen vorhandenen oder geliehenen Gelder in die Anwendung dieser neuen Technolo-

gien investieren.²⁶ Wenn diese Technologien im Norden aufgegeben werden, kommt es teilweise dazu, dass die mit diesen jetzt „veralteten“ oder „schädlichen“ produzierten Erzeugnisse mit einem Importbann belegt werden. Unvermeidlich verliert so der Süden nicht nur seine Märkte für die Devisenerwirtschaftung, sondern häuft auch Schulden in auswärtigen Währungen an (Payer 1974, insbesondere S. 18).

Der Norden sollte vorsichtiger sein, wie er seine Macht einsetzt. Er sollte das Vorsorgeprinzip (*precautionary principle*)²⁷ effektiv umsetzen, insbesondere in Bezug auf die neuen Technologien, deren Gebrauch die menschliche Gesundheit oder die natürliche Umwelt negativ beeinträchtigen können. Er kann es sich leisten, bei sich selbst Fehler zu machen und diese dann zu korrigieren. Er sollte aber kaum erprobte und möglicherweise hochgefährliche Technologien nicht in den armen Ländern einführen und dann die verheerenden Auswirkungen ignorieren, welche dann dem Süden aufgenötigt werden, um die Folgewirkungen zu bekämpfen (Conway/Pretty 1991).

Der durch die Dumpingpolitik im Nahrungsmittelsektor erzeugte Hunger im Süden wird heute durch die biotechnologische Industrie des Nordens als Argument dafür missbraucht, um nach einer selbst durchgeführten und mehr als oberflächlichen Testphase genetisch modifizierte Kulturpflanzen zu verbreiten. Meines Wissens existieren bisher keine gentechnisch veränderten Kulturpflanzen, deren gesteigerte Erträge pro Einheit Agrarfläche die Erträge der in gleicher Umgebung wachsenden nicht-manipulierten Varianten übertroffen hätte. Unsicher ist sogar, ob jemand überhaupt schon einmal versucht hat, auf diese wichtige Frage eine Antwort zu geben. Die Industrie scheint zudem die Überlegung zu ignorieren, ob denn gentechnisch manipulierte Kulturpflanzen durch ihre besonderen Eigenschaften die Welt von Hunger befreien können. Dies geschieht vorsätzlich. Noch schlimmer wird die Sache durch die Tatsache, dass die Patentierung das gentechnisch manipulierte Saatguts, welche die BäuerInnen gegebenenfalls jede Saison für ihre Aussaat benötigen, verteuert, da sie jedes Mal Patentgebühren bezahlen müssen. Zudem bleiben die Vorteile vermeintlicher Mehrerträge aus, mit denen auch nach Abzug der Zahlung dieser Gebühren eine gewisse wirtschaftliche Rentabilität bliebe. Gentechnisch manipulierte

Kulturpflanzen sind daher wie Hechte im Forellenteich: Sie ködern nichtsahnende KleinbäuerInnen und bringen sie unter die Kontrolle der ausländischen Agrarmultis. Einmal im Netz zappelnd, erkennen KleinbäuerInnen nicht die Interessen der aus der Ferne angelnden Konzerne und können so diese auch nicht dazu bewegen, Verständnis für die örtlichen Bedingungen zu entwickeln.

So wie gentechnisch manipulierte Nutzpflanzen derzeit entwickelt und kontrolliert werden, stellen sie ein Instrument zur Markterweiterung und -beherrschung dar, das den Süden in die Falle locken soll. Die gentechnische Forschung und Entwicklung kann nur einen Nutzen für KleinbäuerInnen haben, wenn sie aus den Fittichen der Privatwirtschaft befreit wird (Egziabher 2000a; vgl. auch Egziabher 2000b über die Patentierung gentechnisch veränderter Varianten).²⁹

Die Zeitdauer, während der gentechnisch manipulierte Kulturpflanzen vor einer generellen Freigabe beobachtet werden, hat bisher nur einige Jahre betragen. Und in der Tat umfasst diese Beobachtung normalerweise nicht die Interaktionen mit anderen Arten. Daher sollte Afrika die Einführung gentechnisch manipulierter Kulturpflanzen äußerst gewissenhaft regulieren. Wenn sich eine solche Variante einmal mit örtlich wachsenden, unveränderten Varianten derselben Nutzpflanze gekreuzt hat, ist es nicht mehr möglich, durch die Zerstörung der eingeführten Art einen Fehler zu beheben.

Die bereits bestehende internationale Anerkennung der *Farmers' Rights*

Lokale bäuerliche Gemeinschaften, die nicht ernsthaft vom globalen Markt der Ersatzkomponenten von Agrarökosystemen betroffen sind, nutzen am meisten die agrarbiologische Vielfalt. Die Konvention über biologische Vielfalt (CBD), und hier insbesondere Artikel 8(j) und 10(c), stellt auf internationaler Ebene das erste legale Instrument dar, das nicht nur die Bedeutung der lokalen und indigenen Gemeinschaften für die Erhaltung sowie für die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt anerkennt, sondern auch das Recht, dass diese angehört werden müssen, wenn ihre biologische Vielfalt oder das damit zusammenhängende technologische und kulturelle Wissen von

anderen genutzt wird. Dazu kommt das Recht auf einen gerechten Vorteilsausgleich (*benefit sharing*), das heißt auf eine Teilhabe am kommerziellen Nutzen, der von anderen aus der Anwendung der lokalen biologischen Vielfalt, des kulturellen Wissens, der technologischen Kenntnisse sowie der Alltagspraktiken der betroffenen Gemeinschaften geschlagen wird. Die CBD erwartet von den Vertragsstaaten Anreize zu schaffen für diejenigen, welche die biologische Vielfalt erhalten und zu ihrer nachhaltigen Nutzung beitragen (Artikel 11 und 20(1)), wozu auch die eigenen lokalen und indigenen Gemeinschaften gehören, das heißt auch die bäuerlichen Produktionsgemeinschaften. Der genaue Mechanismus zur Umsetzung dieser Rechte wird zur Zeit innerhalb der CBD ausgearbeitet.²⁹

Auch in den Verhandlungen über die Neufassung des unter der Schirmherrschaft der Welternährungsorganisation (FAO) stehenden *International Undertaking* für pflanzengenetische Ressourcen (IU-PGR) ist mit Artikel 9 den Rechten der (Klein-) BäuerInnen (*Farmers' Rights*) zugestimmt worden. In Einklang mit diesem Artikel sollen jeweils die nationalen Gesetzgeber die spezifische Natur dieser Rechte näher bestimmen. Jeder Staat kann also die *Farmers' Rights* als eine Anzahl einklagbarer Schutzbestimmungen festlegen, welche das (meist ungeschriebene) Gewohnheitsrecht der kleinbäuerlichen Gemeinschaften anerkennt. Insbesondere die kollektiven Rechte auf das eigene Saatgut werden festgeschrieben. Die Umsetzung der Rechte auf den Gebrauch des selbst produzierten Saatguts würden Afrikas BäuerInnen vor dem Zwang schützen, in jeder Saison auswärtiges Saatgut kaufen zu müssen. Denn der erzwungene Saatguterwerb ist auf die Einwirkung externer Akteure zurückzuführen. In der Regel sind das die im Norden beheimateten multinationalen Agrarkonzerne, die das Hybridsaatgut patentiert haben, zu dessen Benutzung die BäuerInnen selbst neigen bzw. überzeugt oder sogar gezwungen werden.³⁰

Aus diesem Grund verbietet das schon erwähnte afrikanische Modellgesetz die Patentierung von Lebewesen. In diesem Sinne versucht das Gesetz, die kleinbäuerlichen ProduzentInnen vor einer Kontrolle durch die Agrarmultis zu schützen. Es soll den Dorfgemeinschaften dabei helfen, ihre agrarbiologische Vielfalt sowie ihre Biosysteme maximal nutzen und die Stabilität ihrer Agrarökosysteme auf einem hohen Produktivi-

tätsniveau halten zu können. Das Modellgesetz bindet die im Land vorhandenen Potentiale bei der Aufgabe ein, den bäuerlichen Gemeinschaften bei der Erlangung eines dem wissenschaftlichen Fortschritt angemessenen Sachverstands zu helfen, was auch neue Technologien einschließt, mit denen die ökologische Stabilität gesteigert und die Ertragsproduktivität erhöht werden können.

Die CBD hat verschiedene Vorkehrungen getroffen, die von der Annahme ausgehen, dass sich Ökosysteme nur stabilisieren, wenn die natürlichen homöostatischen Prozesse neu etabliert und auf einem bestimmten Niveau beibehalten werden. Die Artikel 6 und 8 fordern von den Ländern, die biologische Vielfalt zu erhalten und deren nachhaltige Nutzung zu garantieren.³¹

Klar ist, dass die derzeit dem Süden auferlegte Handelsliberalisierung die Aufrechterhaltung und Entwicklung einer nachhaltigen Landwirtschaft hemmt, da die angestrebte Nachhaltigkeit offensichtlich notwendigerweise eine Einschränkung des Handels von Waren wie Düngemitteln oder Saatgut beinhaltet. Darum heißt es in Artikel 10 der Entscheidung IV/6 der 4. Vertragsstaatenkonferenz (COP) der CBD: „Die Vertragsstaatenkonferenz fordert den Generalsekretär dazu auf, die Vertragsstaatenkonferenz – nach Konsultationen mit relevanten Einrichtungen wie der Welthandelsorganisation – über die Auswirkungen der Handelsliberalisierung auf die Erhaltung und die nachhaltige Nutzung der agrarbiologische Vielfalt zu informieren.“

Afrika sollte daher mit seiner Initiative zur Förderung der *Farmers' Rights* sowie einer Nachhaltigkeitswende in der Landwirtschaft fortfahren. Dies will nicht heißen, dass sich der Kontinent in seinen Anstrengungen zugunsten einer nachhaltigen Landwirtschaft keinen Problemen gegenübergestellt sehen wird, zumal die Patente-heckenden Konzerne des Nordens und einige ihrer nationalen Regierungen auch weiterhin diese Pläne zu vereiteln suchen. Trotz der Unangemessenheit, lebende Organismen zu patentieren, werden die Patentregelungen im Norden immer laxer gehandhabt.³² Der Norden will einen verstärkten Druck auf Afrika ausüben, um die Patentierung von Lebewesen zu akzeptieren.

Die Händler von Düngemitteln, anderen Agrochemikalien und Saatgut wollen zudem einen Zustand aufrechterhalten, in

dem Afrika trotz aller diesbezüglichen Bestrebungen den Handel mit diesen Komponenten weder einschränken noch verbieten kann. Sie argumentieren, dass solche Restriktionen die WTO-Prinzipien der Gleichbehandlung mit inländischen Firmen (*national treatment*) sowie mit der jeweils meistbegünstigten ausländischen Nation (*most favoured nation*) verletzen würde.³⁴

Sogar einige UN-Einrichtungen behindern die von Afrika gestartete Initiative zur Festschreibung der *Farmers' Rights*. Das Abkommen über Aspekte handelsbezogener geistiger Eigentumsrechte (TRIPS) ist von der UPOV und vom WIPO verteidigt worden, die beide Afrika der Verletzung dieses WTO-Abkommens bezichtigen. Aber was immer diese beiden Einrichtungen auch behaupten, so sagt doch die Bestimmung über die *Ausnahmen der Patentierbarkeit* (Artikel 27.3(b)) nicht, dass Saatgut patentiert werden muss, sondern nur dass dieses durch besondere Pflanzenzüchterrechte geschützt werden kann. Und der genannte Artikel beinhaltet auch nicht, dass diese Pflanzenzüchterrechte in der erwähnten UPOV-Konvention ihren Ausdruck finden. Da diese schon vor den Verhandlungen über das TRIPS-Abkommen in Kraft war, würde dessen Artikel 27.3(b) sicherlich explizit angeben, dass seine Absichten auf die Forderungen der UPOV hinauslaufen. Ein anderer Beleg dafür, dass der Inhalt von Artikel 27.3(b) des TRIPS-Abkommen über die diesbezüglichen Bestimmungen der UPOV-Konvention hinausgeht, ist das im ersteren erwähnte eigenständige Systems (*sui generis*) als mögliche Alternative zu Patentrechten an pflanzengenetischen Ressourcen. Es könnte sogar argumentiert werden, dass wenn die UPOV-Konvention als mögliche Trägerin eines solchen *sui generis*-Systems in Betracht käme, diese Einrichtung, die ja schon lange vor 1994 bestand, auch im TRIPS-Abkommen namentlich erwähnt worden wäre.

Zusammengefasst: Es geht nicht darum, dass Afrika umgehend den Import von sog. Ersatzkomponenten für Agroökosystemen, insbesondere für seine kommerzielle Landwirtschaft, zu stoppen hat. Aber der Kontinent täte gut daran, seine nachhaltige Landwirtschaft zu fördern, die sich auf die ländlichen Gemeinschaften stützt.³⁴

Mögliche nationale Vorgehensweisen

Afrika sollte mit der Umsetzung der *Farmers' Rights* sowie der ergänzenden Elemente des eigenen Modellgesetzes fortfahren. Zudem: Viele der in Afrikas ländlichen Gemeinschaften hergestellten Erzeugnisse würden in den Industrieländern als „organisch“ bezeichnet werden. Von daher besteht die dringende Notwendigkeit, dass die Landwirtschafts- und Handelsminister der afrikanischen Staaten ein Zertifizierungssystem für organisch erzeugte Agrarprodukte entwickeln, das in Europa und in Nordamerika akzeptiert werden kann. Afrikanische Lebensmittelzeugnisse könnten so leichter auf den globalen „organischen“ Nischenmarkt gelangen. Es könnten auch neue Nischenmärkte geschaffen werden. Begleitet von einer angemessenen Kampagne könnten die Anbaubedingungen der aus Afrika stammenden Lebensmittel – die an agrarbiologischer Vielfalt reichen Agroökosysteme des Kontinents – thematisiert werden. Es könnte betont werden, dass die KonsumentInnen durch den Kauf dieser Lebensmittel zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt beitragen. Besonders angesprochen werden könnten KäuferInnen, die den grünen Bewegungen nahe stehen.

Direkte Subventionen an den bäuerlichen landwirtschaftlichen Sektor sind in Afrika kaum zu erwarten, da der landwirtschaftliche Sektor eher andere Bereiche subventioniert als umgekehrt. Obwohl die afrikanischen Länder als Mitglieder der WTO bisher noch keine Agrarsubventionen registriert haben, würde eine zukünftige Unterstützung ihrer Dorfgemeinden durch die WTO blockiert. Dem könnte Afrika mit Hilfe der CBD und sogar der WTO entgegenreten.³⁵

Auch ohne eine zukünftige Subventionierung, die dennoch für das ländliche Afrika einen großen symbolischen Wert besäße, könnte den bäuerlichen Gemeinschaften eine besondere Rechtsstellung verliehen werden. Diese rechtliche Anerkennung würde auch den im afrikanischen Modellgesetz vorgesehenen *Farmers' Rights* ein größeres politisches Gewicht verleihen.

Aus dem Englischen von Stefan Armbrorst

Anmerkungen

- 1 Anmerkung der Hg.: Wir haben große Textteile in Fußnoten verschoben, um den allgemeinen Argumentationsfluss für die eher an den allgemeinen Sachverhalten interessierten LeserInnen nicht zu stören. Die detaillierten und sehr wichtigen Verweise des exzellenten Kenners der politischen Prozesse, insbesondere der völkerrechtliche Hintergrund, finden sich in den Fußnoten.
- 2 Jede Einleitung in die Ökologie reicht, um die Funktionsweise von Ökosystemen zu verstehen. Eine kurze, aber ausreichende analytische Beschreibung befindet sich in Linthurst/Bourdeau/Tardiff 1995. Sei es die Sichtweise des Ökosystems als lose Gruppe von Organismen mit komplementären Anforderungen (McIntosh 1976) oder aber als Superorganismus mit den Arten als klar bestimmbar Komponenten desselben (Clements 1905), so ist es doch allgemein anerkannt, dass das Ökosystem – auch wenn es zu langfristig zu Wandlungsprozessen kommt – eine Einheit darstellt, die sich durch eine mehr oder weniger gleichbleibende Verfasstheit auszeichnet. Diese Verfasstheit gründet auf der Homöostase, die erreicht wird durch die Interaktionen zwischen allen existierenden Komponenten.
- 3 Gut dokumentiert ist die Versalzung als Konsequenz von Bewässerung, besonders wenn die Wasserdrainage nicht ordnungsgemäß durchgeführt wird. Obwohl es zunächst wenig logisch erscheint, den Überschuss an Salz mit dem Überschuss an Wasser in Verbindung zu bringen, führt eine unzureichende Drainage zu Überwässerung und Versalzung, woraufhin sich der Boden normalerweise verklumpt. Laut Brown/Flavin (1997: 42) gehen jährlich 2 Mio. ha Land durch Überwässerung und Versalzung verloren. Pretty (1995: 126-127) schätzt den Verlust nur auf 1,5 Mio. ha. Beide Zahlen sind gleichermaßen erschreckend.
- 4 Nach WRI/UNEP/UNDP/WB (1998: 157) erodieren jährlich 16 bis 300 mal mehr Bodenmassen als neu gebildet werden. Dies zeigt, dass wir die Zukunftsanlagen der Natur auffressen und in den Tod zukünftiger Generationen investieren.
- 5 Howard (o.J.: 1; 32-38) beschreibt dieses System, das in der industriellen Landwirtschaft nicht existiert, jedoch von den bäuerlichen Gemeinschaften des Südens, einschließlich Afrikas, in großem Umfang eingesetzt wird.
- 6 Nach dem Kenntnisstand des Autors behandeln die heutige Bodenwissenschaft die gesundheitlichen Implikationen des organischen Bodenmaterials (Humus). Vielleicht sind die heutigen Autoren so auf die ökosystemersetzenden Agrochemikalien als angeblich einziges Mittel zur Bekämpfung von Krankheiten und

- Epidemien bei Kulturpflanzen fixiert, dass sie natürlichen Heilmethoden keine Aufmerksamkeit schenken. Vor der Zeit des umfassenden Einsatzes von Agrochemikalien gab es jedoch Veröffentlichungen zu diesem Thema. Howard (o.J.: 143-174) zeigt die Bedeutung eines hohen Humusgehaltes und eines ausgeglichenen Agroökosystems für die physiologische Gesundheit der Anbaupflanzen und für die erfolgreiche Abwehr von Krankheiten und Epidemien. Er argumentiert, dass der Einsatz von Agrochemikalien zur Bekämpfung von Krankheiten und Epidemien nur begrenzte Effektivität besitzt, da diese sich an die Chemikalien anpassen. Später, aber noch bevor Agrochemikalien allgemein verbreitet waren, ergänzte Russel (1961) diesen Ansatz durch genauere Informationen über die unterstützende Funktion der Mikroflora des Bodens (vgl. S. 210-221) und über die Bedeutung der organischen Bodenmaterials für die Pflanzengesundheit und Widerstandsfähigkeit gegen Krankheiten und Epidemien (S. 523-534).
- 7 Fowler/Mooney (1990, 135) berichten, dass zwischen 1947 und 1977 die neue Gerstenvarianten in Großbritannien alle drei Jahre ihre Widerstandskraft verloren.
 - 8 Saatgutfirmen, die homogene Varianten für die industrielle Landwirtschaft liefern, haben es immer abgestritten, dass ländliche Gemeinschaften Pflanzenzüchter sind, und behauptet, dass dort nur ausgewählt wird, was die Natur liefert. Das ist wahr, trifft aber nicht nur auf die ländlichen Agrargemeinden, sondern auch auf die WissenschaftlerInnen in der Saatgutzüchtung zu. Dank dieser behaupteten Trennlinie können die industriellen Saatgutfirmen die von den Gemeinden produzierten Varianten als „Landrassen“ bezeichnen, als ob der Boden und nicht die Menschen die Erzeugung dieser Varianten kontrollierten. Widerwillig akzeptieren heute sogar die Saatgutfirmen die Rolle der KleinbäuerInnen als ZüchterInnen – zum Beispiel Duvick (1995, 221-222), der aber trotzdem noch zwischen „professioneller“ und „bäuerlicher Pflanzenzüchtung“ unterscheidet.
 - 9 Pretty (1995: 94-130) beschreibt die Methoden, die bäuerliche Dorfgemeinschaften in vielen Teilen der Welt anwenden, um die Homöostase der Agroökosysteme aufrechtzuerhalten. Zu diesem Thema existieren zahlreiche Studien aus den Ländern des Südens.
 - 10 Im Weltentwicklungsbericht 2001 (UNDP 2001: 31) heißt es: „Die Biotechnologie das einzige oder sogar beste ‘Auswahlinstrument’ für marginale Ökozonen (...), in denen mehr als der Hälfte des ärmsten Teils der Weltbevölkerung wohnt.“ Im nächsten Paragraf heißt es: „Es ist noch ein langer Weg, bis das

- Potential der Biotechnologie ausgeschöpft ist.“ Das UNDP erkennt indirekt an, dass die Biotechnologie noch nicht auf marginalen Böden ausprobiert worden ist, wodurch sich auch noch nicht als sicher herausgestellt hat, ob sie dort das Beste oder überhaupt ein geeignetes Instrument darstellt. Daher erweist sich die Behauptung, sie sei das ‘beste Instrument’ dafür, als bloßes Wunschdenken. Jeder hat das Recht darauf, sich etwas zu erträumen, auch die UNDP. Aber Wunschträume werden nicht zu Nahrungsmitteln. M.E. ist bisher noch keine, angeblich speziell für die arme Bevölkerung entwickelte, gentechnisch veränderte Kulturpflanze erfolgreich gewesen. Angenommen dass die Biotechnologie in der Tat auf marginalen Böden Nahrungsmittel liefert, wie sollen die „Ärmsten der Weltbevölkerung“, die zu meist kein Bargeld besitzen und Analphabeten sind, die komplizierten Verhandlungen mit den PatentinhaberInnen aus dem Norden bestreiten? Und wie sollen sie die Patentgebühren bezahlen? Allen Debatten um geistige Eigentumsrechte zum Trotz schweigt die UNDP zu diesen Fragen. Deshalb wird ihr Traum mit Sicherheit zu einem Alptraum!
- 11 Die gentechnisch behandelten Bt-Varianten besitzen alle das Gen einer eingeführten Bakterie (*Bacillus thuringensis*). Dieses Gen produziert ein generell wirkendes Gift, das zumindest alle Insekten tötet. Vgl. zum Beispiel National Research Council (1989: 63) und James 2000.
 - 12 Es ist verständlich, dass offizielle Publikationen aus dem Norden und sogar die UNO, der IWF oder die Weltbank, die es eigentlich besser wissen sollten, nicht viel über diese Problematik schreiben, es sei denn in groben Zügen, so über die Verschuldung der ‘Entwicklungsländer’ – siehe zum Beispiel UNDP (2001: 191-194). Viele einzelne AutorInnen haben sich diesem Thema gewidmet. Hancock (1989: 37-75) beschreibt auf leicht lesbare Weise, wie die ‘entwickelten Länder’ durch die Struktur Anpassungsprogramme ihre Bedingungen diktieren. Der private Sektor leistet ebenfalls Gehorsam gegenüber diesen Konditionen und übt effektiv Druck auf die Regierungen aus, damit deren Politik ihren Wünschen entsprechen. (siehe dazu u.a. Korten 1995).
 - 13 Conway/Pretty (1991: 534) schreiben dazu: „In den 50er und 60er Jahren wurden beträchtliche Mengen Pflanzenschutzmittel, die in den Industrieländern verboten oder im Gebrauch eingeschränkt worden sind, zu Dumping-Preisen in die Entwicklungsländer verkauft.“ Gesetze legten generelle Höchstgrenzen für die Restbestände von Pflanzenschutzmitteln in Lebensmitteln fest, zum Beispiel in den „1998 Pesticide (Maximum Residues Levels

Food Regulations“ in Großbritannien. Nun wurden Lebensmittelimporte aus den Entwicklungsländern aus Gründen des dortigen Pflanzenschutzmittelgebrauchs eingeschränkt. So wurden allein zwischen 1977 und 1979 insgesamt 40 Schiffsladungen Lebensmittel zurückgewiesen, die in die USA eingeführt werden sollten. (Conway/Pretty 1991: 550)

- 14 Der Fall Kenia zeigt exemplarisch die mit der Aufbüdung eines europäischen Landbesitzformen verbundenen Probleme. Sorrenson (1968: 177-179) beschreibt ausführlich, wie das traditionelle, nach dem Abstammungsprinzip organisierte Bodeneigentum der ganzen Familie zugute kam, was die europäischen SiedlerInnen zu der Annahme verleitete, das Land hätte keine EigentümerInnen und lüde sie zur Inbesitznahme ein. Frank (1979: 160) zitiert K. Woddis, der folgende Meinung vertritt: „Nur ein sehr kleiner Teil des für die EuropäerInnen reservierten Bodens wurde in der Tat von diesen landwirtschaftlich genutzt. (...) Für diese Tatsache und insgesamt für die massenhafte Landnahme in so weiten Teilen Afrikas waren zwei Motive verantwortlich. Zum einen sollte verhindert werden, dass die afrikanischen BäuerInnen zu Konkurrenten für europäischen FarmerInnen und PlantagenbesitzerInnen werden. Und zum anderen sollte die afrikanische Landbevölkerung derart verarmt werden, dass die Mehrzahl ihrer männlichen Erwachsenen sich dazu gezwungen sahen, für die EuropäerInnen in den Bergwerken und auf den Farmen zu arbeiten.“ Vor dem Kolonialismus waren in fast ganz Afrika die Frauen für den Feldanbau verantwortlich und es vielerorts ist die heute noch so. Snyder/Tadesse (1995: 20-26) streichen heraus, dass Frauen deshalb auch für die Verteilung der Ernte zuständig waren. Viele AutorInnen (zum Beispiel Ahooja-Patel 1977: 66-89) betonen, dass Afrika mit der politischen Unabhängigkeit die in der Kolonialzeit geänderten Formen des Landeigentums übernahm, was drastische Konsequenzen für die nun ihrer sozialen Funktionen entledigten Frauen hatte. Frank (1979: 159) streicht heraus, dass sogar in den für AfrikanerInnen reservierten Arealen „die Stammesführer immer mehr das von ihnen verwaltete Kollektiveigentum in Privateigentum überführten“.
- 15 Die Auswirkungen, die sich aus der Änderung der Landbesitzformen für Frauen ergaben, ist gut dokumentiert, zum Beispiel in FAO 1979. Ein Beispiel für die vielen aus Afrika stammenden Publikationen zu diesem Thema ist Kameri-Mbote 1992.
- 16 Bedjaoui 1979 beschreibt auf 287 Seiten (v.a. 23-63), wie die internationalen Normen und Machtverhältnisse asymmetrisch im Interesse der Industrieländer geformt wurden, um die Interessen der Entwicklungsländer zu unterdrücken. Childers/Urquhard

(1994: 102) erwähnen, dass es in der UNO ähnlich aussieht: deren Führungspositionen werden vor allem von Personen aus dem Norden eingenommen. Weiter heißt es dort: „Trotz des in der UN-Charter verbrieften Schutzes gegen Privilegien und illegale Einflussnahme bei der Personalauswahl ist es in der UNDP sowie der UNICEF zur Tradition geworden, von US-AmerikanerInnen angeführt zu werden – unabhängig davon, ob diese die für diese Posten am besten Geeigneten oder am besten geeigneten US-AmerikanerInnen sind. Die UN-Generalsekretäre haben bis auf den heutigen Tag die von den USA diktierten Nominierungen akzeptiert. Andere große ‘Geberländer’ bestehen darauf, dass Angehörige ihrer Nationen Chefposten in den Fonds und Programmen erhalten. (...) Im UNO-Sekretariat macht sich der Einfluss der freiwilligen Beitragsleistungen geltend, denn dort werden 68 Prozent der Finanzen der außerbudgetären Ausgabenposten von Angehörigen aus nur 20 ‘Geberländern’ kontrolliert.“ Auf S. 37 weisen die Autoren darauf hin, dass die Mitgliedsländer des Nordens diejenigen UNO-Büros und -Programme selektiv fördern und stärken, die ihrem Eigeninteresse dienen, und so das gesamte UN-System zu ihren Gunsten beeinflussen. Auf S. 126-129 zeigen sie, wie die Delegationen, die der Südens in der UNO samt ihren Unterorganisationen hält, gegenüber den Delegationen des Nordens benachteiligt werden und wie so die mit ‘Unterstützung’ des Südens getroffenen Entscheidungen letztendlich einseitig dem Norden zugute kommen.

- 17 In den 80er Jahren erzeugte die unter dem Protagonismus der Weltbank vorangetriebene Verringerung der Ausgaben für die höhere Bildung viel Diskussionen auf den Rektorenkonferenzen der afrikanischen Universitäten. Der Autor war damals Rektor der Asmara-Universität. 15 Jahre später beklagte der Weltentwicklungsreport (UNDP 1990: 72-74), dass in den Entwicklungsländern ein drastischen Ausgabenschwund in den Bereichen Bildung und Gesundheit zu verzeichnen sind. Am schwersten betroffen davon sei Afrika.
- 18 Die Existenz des WTO-Agrarhandelsabkommens ist Beweis dafür, dass die Landwirtschaft in Norden subventioniert wird. Heywood/Watson (1995: 777) verweisen auf die „Subventionen für den Landwirtschafts- und Energiesektor in den Industrieländern, insbesondere in Osteuropa und in Nordamerika“. Sie erwähnen auch andere kontraproduktive Subventionen, Systeme und Politiken (S. 776-783). Pretty u.a. (2000) schätzen die „gesamten Umwelt- und Gesundheitskosten“, das heißt die nicht-internalisierten Kosten, der britischen Landwirtschaft auf 2342 Mio. Pfund Sterling.

- 19 Shiva (o.J.: 104-111) streicht heraus, dass das WTO-Agrarabkommen nur den Nahrungsmittelhandel liberalisiert, aber nicht die Vergabe von Subventionen an die landwirtschaftlichen Inputs, zum Beispiel Investitionen, Kunstdünger, Marketing und Infrastruktur. An anderer Stelle heißt es dort: „Afrikas Ausgaben für Nahrungsmittelimporte stiegen von 8,4 Mrd. Dollar auf 14,9 Mrd. Dollar im Jahr 2000.“ Eine genaue Sicht auf Artikel 6 von Anhang 3 des WTO-Agrarhandelsabkommens zeigt, das Shiva in ihrer Interpretation richtig liegt.
- 20 Anm. d. Hg.: UPOV steht für *Union Internationale pour la Protection des Obtentions Végétales* mit Sitz in Genf. Das spezielle Schutzsystem für Pflanzenvarietäten wurde 1961 eingerichtet und 1978 und 1991 verändert.
- 21 Am 9-11 Mai gaben WIPO und UPOV, zusammen mit anderen Organisationen, die für private Rechte auf Kosten kollektiver Rechte eintreten, ihre Kritik am „Afrikanischen Modellgesetz zum Schutz lokaler Gemeinschaften, BäuerInnen, SaatgutzüchterInnen und zur Regulierung des Zugangs zu biologischen Ressourcen“ bekannt. Die Kritik zielte ohne Ausnahme darauf ab, die Anerkennung geistiger Eigentumsrechte zu fördern, welche, in Übereinstimmung mit den Paragrafen der Präambel des WTO/TRIPS-Abkommens, allein als private Rechte verstanden werden und so die Privatisierung von Wissen, Technologien und Innovationen der bäuerlichen Gemeinschaften voranzutreiben.
- 22 Frank (1979) fasst zusammen, wie der Norden seine Vorrangstellung den Vorteilen verdankt, die er historisch gegenüber dem Süden erworben hat. Der analytische Rahmen des Autors basiert auf einem sozialistischen Ansatz. Alexander (1996) und Korten (1995) bieten neuere Daten zu diesem Thema und analysieren auch den Kapitalismus in seinen derzeitigen Nord-Süd-Dimensionen. Alle drei Autoren streichen die ungerechten Beziehungen zwischen Nord und Süd heraus. *Farmers' Rights* und Ernährungssouveränität sind nur ein Bereich einer umfassenden globalen Problematik.
- 23 Artikel XI des Marrakesch-Abkommens von 1994, das die Gründung der WTO beschloss, sah die Vertragsparteien des GATT-Abkommens von 1947 als Gründungsmitglieder der neuen internationalen Handelsorganisation vor. Jedes andere Land hatte gemäß Artikel XII.1 seinen WTO-Beitritt „unter den zwischen ihm und der WTO vereinbarten Bedingungen“ zu verhandeln – was nichts anderes hieß als zwischen ihm und den ursprünglichen GATT-Vertragsparteien von 1947, das heißt den Industrieländern samt einigen wenigen Ländern des Südens. Die WTO-Zulassungsnormen waren also faktisch vom den Interessen des

- Nordens geprägt, weil dieser einen enormen Einfluss darauf besaß, zu welchen Bedingungen andere Länder als WTO-Mitglieder akzeptiert wurden.
- 24 Auf einer Konferenz der Organisation Afrikanischer Staaten (OAU) behauptete der Repräsentant der WIPO, dass die WTO die WIPO – die ja auch Teil der UNO ist – mit der weltweiten Implementierung des TRIPS-Abkommens vertraut habe.
- 25 Hancock (1989: 168) zitiert Quellen der US-amerikanischen Entwicklungsbehörde (USAID), die seine Ansicht bestätigen, internationale Nahrungsmittelforthilfe werde als Risikokapital benutzt, um Exportmärkte für die US-amerikanischen Agrarprodukte, und hier insbesondere Weizen, zu schaffen. Hancock verweist auf die Ergebnisse der „Lateinamerikanischen Konferenz zu Nahrungsmittelhilfe und genetisch veränderten Organismen“ (6.-9. August 2001), die mit der Analyse schließt, dass sich die negativen Auswirkungen der internationalen Nahrungsmittelforthilfe verstärkt haben. Die Menge der Lebensmittellieferungen aus den USA und aus EU ist seitdem noch angestiegen. Außerdem werden heute auch gentechnisch veränderte Lebensmittel, die in Europa abgelehnt werden und deren legaler Import von den bedürftigen Empfängerländern offiziell nicht erlaubt wird, als Nahrungsmittelforthilfe kaschiert werden.
- 26 Conway/Pretty (1991: 534 u. 540) zeigen, dass statt in den Süden zu investieren, um die negativen Auswirkungen des Gebrauchs der zu Dumpingpreisen verschleuderten Pflanzenschutzmittel auszugleichen, der Norden dieses Problem instrumentalisiert, um den eigenen Handelsprotektionismus zu rechtfertigen.
- 27 Nummer 15 der auf der Umweltkonferenz von Rio de Janeiro 1992 verabschiedeten Prinzipien kann in doppelter Hinsicht interpretiert werden. Einerseits bedeutet es, dass keine Handlung vollzogen werden soll, bevor nicht erwiesen ist, dass diese keinen bedeutenden Schaden anrichtet, und andererseits, dass keine Handlung der Schadenvermeidung ausgelassen werden soll, auch wenn keine eindeutige Sicherheit darüber besteht, dass solch eine Handlung diesen Zweck erfüllt. Das Prinzip sagt auch, dass wenn Unsicherheit darüber besteht, ob eine Handlung Schaden erzeugt oder nicht, diese nicht vollzogen werden soll, bevor nicht eine eindeutig bestimmbare Sicherheit über die Harmlosigkeit der Handlung besteht.
- 28 Artikel 16.4 des Protokolls von Cartagena über biologische Sicherheit macht erforderlich, dass jeder gentechnisch manipulierter Organismus „eine angemessene Beobachtungsperiode durchlaufen muss, die mit dem Lebenszyklus oder der Generationsdauer in Einklang steht, bevor er zum vorgesehenen Einsatz

- kommt“. Der Grund für diese Bestimmung wird unter anderem in Paragraf 9(e) des Anhangs III genannt, in dem es um die Risikoeinschätzung geht. Analysiert werden sollen hier „die Unterschiede in den biologischen Charakteristika“ zwischen genetisch behandelten Organismen und ihrer nicht-behandelten Elterngeneration. Eine der wichtigsten biologischen Eigenschaften, die untersucht werden muss, ist das Verhalten der gentechnisch veränderten Arten innerhalb der natürlichen Ökosysteme, in die diese notwendigerweise entweichen werden.
- 29 Entscheidung III/14 der 3. COP der CBD, die im November 1996 in Buenos Aires stattfand, sowie Entscheidung IV/9 der 4. COP der CBD, die im Mai 1998 in Bratislava abgehalten wurde, haben einige der genannten Rechte der lokalen und indigenen Gemeinschaften genauer definiert und auch erste Schritte unternommen, in diesem Sinne eine juristisch eindeutige Rechtslage auszuarbeiten. Der wichtigste dieser Schritte war die Schaffung einer zeitlich nicht begrenzten Ad-hoc-Arbeitsgruppe zu diesem Thema.
- 30 In den USA fand die ersten Patentierungen von Hybridvarianten sowie von Genen in den Jahren 1956 bzw. 1980 statt. Bis zur Gründung der WTO im Jahr 1995 patentierte kein anderes Land Lebewesen oder lebende Prozesse. Doyle (1985: 300-338) behauptet, dass diese Patentierungen mit der Absicht vollzogen werden, den US-Firmen einen Vorsprung gegenüber den Unternehmen anderer Länder zu geben und ersteren eine dominierende Stellung auf dem Weltmarkt zu verschaffen. Als die Welt, und insbesondere die Länder des Südens, noch ahnungslos waren, planten die USA schon die allgemeine Anerkennung von Patenten in der CBD. Ebenso schufen sie heimlich die Voraussetzungen für die Patentierung von Bakterien und bakteriellen biologischen Prozessen sowie auch die Option für eine Patentierung anderer Lebensformen und lebendigen Prozessen im Rahmen des TRIPS-Abkommens.
- 31 Artikel 8(d) bezieht sich auf die Notwendigkeit, „den Schutz der Ökosysteme zu fördern“. Artikel 8(f) betrifft die „Sanierung und Wiederherstellung degradierter Ökosysteme“. Artikel 8(i) verlangt von den Ländern, „Anstrengungen zu unternehmen, um die nötigen Bedingungen für eine Kompatibilität zwischen der gegenwärtigen Nutzung und der Erhaltung der biologischen Vielfalt bzw. einer nachhaltigen Nutzung seiner Komponenten zu schaffen“. Es sei betont, dass Artikel 2 in seiner Definition der „biologischen Vielfalt“ die „Vielfalt innerhalb einer Art, die Vielfalt der verschiedenen Arten sowie die Vielfalt innerhalb des gesamten Ökosystems“ umfasst. Deshalb zieht Artikel 8(i) Ände-

rungen in der Nutzungsform von (auch landwirtschaftlichen) Ökosystemen in Betracht mit dem Ziel, die Anzahl der in ihnen befindlichen Arten insgesamt zu maximieren. Artikel 8(m) fordert die Länder auf, auch die im Norden, „dazu beizutragen, dass den in Artikel 8 genannten Aktivitäten ein ausreichender finanzieller Rahmen gegeben sowie andere Unterstützung zuteil wird“. Auch für den Fall, dass einige Regierungen die Anstrengungen Afrikas nicht unterstützen mögen, artenreiche und stabilitätsfördernde Agrarökosysteme aufrechtzuerhalten, sollte die Politik auf dem Kontinent zumindest respektiert werden.

Ganz im Sinne dieser wichtigen Bestimmungen von Artikel 8 machen einige der Entscheidungen der CBD-Vertragsstaatenkonferenzen genauere Angaben darüber, wie Ökosysteme im Allgemeinen und Agrarökosysteme im Besonderen nachhaltig genutzt werden können. In Artikel 2 der Präambel der Entscheidung IV/6 der 4. Vertragsstaatenkonferenz der CBD in Bratislava heißt es: „Besonders hervorzuheben ist die Notwendigkeit einer weltweiten Neuorientierung hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft, die Produktion und Naturerhaltung miteinander vereinbart in dem Sinne, dass die Bedürfnisse einer wachsenden Weltbevölkerung befriedigt werden, aber auch das ökologische Gleichgewicht aufrechterhalten wird.“ Artikel 4 und 5 der Entscheidung geben weitere Einzelheiten darüber, wie dies zu bewerkstelligen sei. Artikel 4 „schlägt vor, dass Regierungen, Finanzagenturen, privater Sektor und Nichtregierungsorganisationen gemeinsame Anstrengungen unternehmen, nicht nur nachhaltige landwirtschaftliche Praktiken und ein integriertes Landschaftsmanagement – das Zusammenspiel von genutzten und naturbelassenen Arealen – zu kennzeichnen und zu fördern. Unterstützt werden sollen auch angemessene Produktionsformen, welche die negativen Auswirkungen von Ackerbau und Viehzucht auf die biologische Vielfalt verringern und die ökologischen Funktionen stärken helfen, welche die Biodiversität zum Nutzen der Landwirtschaft ausübt.“ Artikel 5 der Entscheidung betrachtet alle Formen der Bodenflora als essentielle Komponenten agrarbiologischer Vielfalt.

Ganz eindeutig rechtfertigen Artikel 6 und 8 sowie Entscheidung IV/6 der 4. COP der CBD die Anstrengungen Afrikas zum Aufbau einer nachhaltigen Landwirtschaft, die auf dem bewährten überlieferten Gemeinschaftsprinzip basiert. Wissenschaftliche Erkenntnisse können obendrein dazu benutzt werden, um sowohl die Produktivität zu erhöhen als auch die Agrarökosysteme als ganze zu stärken. Darum heißt es auch in Artikel 15(k) der Entscheidung III/11 der 3. COP der CBD in Buenos

Aires, dass „die Parteien dazu angeregt werden, nationale Strategien, Programme und Pläne zu erarbeiten, die unter anderem die Forschung, Entwicklung und Anwendung von integrierten Strategien zur Plagenbekämpfung beinhalten, insbesondere alternative Methoden und Praktiken in Gebrauch und Anwendung von Agrochemikalien, um die biologische Vielfalt zu erhalten, die Widerstandsfähigkeit der Agrarökosysteme zu stärken, die Boden- und Wasserqualität zu sichern und nicht die menschliche Gesundheit nicht zu beeinträchtigen.“

- 32 Nach Angaben des New Scientist Magazin vom 14. Juli 2001 (S. 12) versuchte ein Patentanwalt in Melbourne zu zeigen, wie leicht es ist, in Australien dank der neuen, im Mai 2001 eingeführten Regelung Patente anzumelden. Er stellte einen Antrag auf die Patentierung des Rades, das doch seit Urzeiten in Gebrauch ist, und bezeichnete es als „kreisförmige Einrichtung zur Erleichterung des Transporte“ und erhielt das Patent! Was nur die Verantwortlichen in der WTO denken, wenn sie zur Arbeit fahren!
- 33 Für das TRIPS-Abkommen mag das sogar stimmen. Dort heißt es in Artikel 3: „Jedes Mitgliedsland soll in Bezug auf den Schutz der Rechte des intellektuellen Eigentums den Angehörige anderer Mitgliedsländer eine nicht weniger günstige Behandlung zuteil werden lassen als es den Angehörigen der eigenen Nation zukommen lässt.“ Das Wort „Angehörige“ umfasst sowohl natürliche als auch juristische Personen. Artikel 4 schreibt die Gleichbehandlung mit der meistbegünstigten ausländischen Nation vor. Dieses Prinzip macht es erforderlich, dass jede Begünstigung, die den Angehörigen eines WTO-Mitgliedslands gegenüber den Angehörigen eines anderen Mitgliedslands eingeräumt werden, auch den Angehörigen aller anderen Mitgliedsländer eingeräumt werden muss. Doch wenn einmal Artikel 3 in Kraft getreten ist, hat Artikel 4 nur Sinn, wenn ein Land den Angehörigen eines anderen Landes eine bessere Behandlung zuteil werden lässt als den Angehörigen des eigenen Landes. Das ist sehr unwahrscheinlich. Artikel 4 des TRIPS-Abkommens besitzt deshalb eine Overkill-Wirkung.

In Artikel II des WTO-Abkommen zu Gütern (*Multilateral Agreement on Trade in Goods*; MATG), in dem es um die Gleichbehandlung mit der meistbegünstigten Nation geht, heißt es: „In Bezug auf jede durch dieses Abkommen abgedeckte Maßnahme soll jedes Mitgliedsland unverzüglich und ohne Bedingungen Dienstleistungen und Dienstleistungsanbietern eines jeden anderen Mitgliedslands eine nicht weniger begünstigende Behandlung zuteil werden lassen als diejenige, die es Dienstleistungen und Dienstleistungsanbietern eines andere Mitglieds-

lands einräumt.“ Dies erlaubt jedem Mitgliedsland, einige oder alle Dienstleistungen eines anderen Landes, die anzubieten es einem beliebigen Drittland verboten hat, außerhalb des Kreises der erlaubten ausländischen Anbieter von Dienstleistungen zu stellen. Dessen ungeachtet wird in Artikel XIX-XXI an jedes Mitgliedsland die Anforderung gestellt, auf der Grundlage des in den Verhandlungen vereinbarten Zeitplans in bestimmten Dienstleistungskategorien Liberalisierungsschritte zu unternehmen. Artikel XVII fordert, Dienstleistungen und Dienstleistungsanbietern dieser Bereiche innerhalb der angegebenen Fristen das NT-Prinzip einzuräumen. Demgegenüber benutzt das MATG-Abkommen das Prinzip des *national treatment* in einem verschiedenen Kontext als das Prinzip des *most favoured nation*. Artikel I des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT), das Bestandteil der MATG-Abkommens ist, macht das Prinzip de das MFN-Prinzip nur erforderlich „in Bezug auf alle Zollabgaben und -gebühren“. In diesem Sinne verbietet also dieses Prinzip dort keinesfalls ein generelles Einfuhrverbot bestimmter Warenklassen. Und es zwingt WTO-Mitgliedsländer auch nicht, Angehörige anderer Länder zu akzeptieren, die das Land betreten und dort eine beliebige Ware herstellen wollen. Der Begriff *most favoured nation* wird also im MATG-Abkommen viel einschränkender gebraucht als zum Beispiel im Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) oder (in noch verstärktem Maße) im TRIPS-Abkommen. Aus diesem Grund können die Industrieländer den Import von Fertigwaren aus dem Süden nach Gutdünken blockieren. Und darum brauchte die WTO auch besondere Abkommen über Textilien und über die Landwirtschaft. Im GATT-Vertrag ist auch das Prinzip des *national treatment* viel eingeschränkter. In dessen Artikel III gilt das NT-Prinzip nur bei der „internen Besteuerung und Regulierung“, nachdem die Fertigwaren einmal importiert worden sind. Im MATG-Abkommen, in das die ursprünglichen GATT-Bestimmungen integriert sind, beinhaltet das NT-Prinzip also keine mögliche Einschränkung von spezifischen Importverboten. Wie weiter oben gezeigt wurde, hat der Norden also durch das MATG-Abkommen der WTO die Erlaubnis bekommen, Importe aus dem Süden zu verhindern. So muss also auch Afrika im Streben nach einer nachhaltigen Landwirtschaft auf der Basis ländlicher Gemeinschaften das freie Entscheidungsrecht darüber eingeräumt werden, ob, wann und wie es den Import von Ersatzkomponenten von Agroökosystemen erlaubt. Es ist natürlich klar, dass die durch die Geberländer, den IWF und die Weltbank auferlegten Bedingungen es ermöglichen, sich auf Dauer über dieses Rechte hinwegzusetzen. Es bleibt zu hoffen, dass Afrika

die Kraft aufbringen wird, sich dem zu widersetzen. Alexander beschreibt, wie die Industrieländer es durch ökonomisch-finanziellen Druck erreichen, dass die Entwicklungsländer ihrem Willen folgen (1986: 54-84), welche Rolle der IWF und die Weltbank dabei spielen (S. 120-145) und wie insbesondere die „Strukturangepassung“ dazu dient, die Märkte der Entwicklungsländer zu öffnen (S. 126-128). So machen nur die Industrieländern von dem im MATG-Abkommen verbrieften Recht Gebrauch, Warenimporte abzublocken. Durch die Strukturangepassung wird den Entwicklungsländern dieses Recht verweigert, das ihnen das internationale Handelsrecht verbürgt. Einleuchtenderweise ist letztlich das ökonomische Gewicht ausschlaggebend. Viele andere AutorInnen haben sich mit dieser Thematik beschäftigt.

- 34 Die Konvention über biologische Vielfalt (CBD) sieht unter anderem den Gebrauch von Anreizen vor. Zu diesem Zweck fordert Artikel 11 und 20.1 die Länder auf, Anreize für diejenigen schaffen, welche die Biodiversität erhalten und ihren nachhaltigen Gebrauch fördern. Als Reaktion darauf traf die 3. Vertragsstaatenkonferenz der CBD zwei Entscheidungen, die für die agrarbiologische Vielfalt von Wichtigkeit sind. In Paragraph 9(b) der Entscheidung III/9 heißt es, dass die Länder die Pflicht haben, „negative Anreize zu unterbinden oder abzuschwächen, die einen schädigenden Einfluss auf die biologische Vielfalt haben“. Entscheidung III/18 gibt weitere Einzelheiten über die Notwendigkeit, die existierenden Gesetze sowie die Wirtschaftspolitik daraufhin zu ändern, dass angemessene Anreize geschaffen und falsche Anreize unterbunden werden, dass aber auch die biologische Vielfalt „in den Buchhaltungssystemen und Investitionsstrategien“ zu berücksichtigen sind. Daher ist es gerechtfertigt, dass Afrika nicht nur die *Farmers' Rights* anerkennt und auf die Nachhaltigkeit der Agroökosysteme ihrer ländlichen Gemeinschaften setzt, sondern dass, wenn dies finanziell möglich ist, auch ein diesbezügliches positives internes Anreizsystem geschaffen wird.
- 35 Und zwar mit Artikel 11 und 20.1 der CBD sowie Paragraph 12 von Anhang 2 des WTO-Agrarhandelsabkommens. Da aber, wie hier schon herausgestrichen worden ist, die industrielle Landwirtschaft die größte Bedrohung für die Erhaltung sowie die nachhaltige Nutzung der agrarbiologischen Vielfalt darstellt, sollte der letzte Teil des Artikels 22.1 der CBD herangezogen werden, um das WTO-Agrarabkommen in Frage zu stellen. In Artikel 22.1 der CBD heißt es, dass wenn „die biologische Vielfalt einen ernsthaften Schaden erleidet oder sich einer schwerwiegenden Bedrohung“ gegenübergestellt sieht, die in den anderen internationalen legalen Instrumente eingelassenen Rechte und

Obligationen außer Acht gelassen werden können, um das Problem zu lösen. Hier wäre aber auch Paragraph 12 des Anhangs 2 des WTO-Landwirtschaftsabkommens relevant. Dieser Paragraph nimmt Umweltschutzprogramme von der Verpflichtung zum Subventionsabbau aus - und die agrarbiologische Vielfalt ist eine der wichtigsten Umweltschutzkomponenten. Da aber die Subventionen ohnehin gering sind und es auf andere Dinge ankommt, ist eine Auseinandersetzung in diesem Bereich wohl nicht notwendig.

Literatur

- Ahooja-Patel, K. (1977): Another development, for women. In: Marc Nerfin (Hg.): Another Development. Dag Hammarskajold Foundation: Uppsala, S. 66-89
- Alexander, T. (1996): Unraveling Global Apartheid, Polity Press: Cambridge
- Bedjaoui, M. (1979). Towards a New International Economic Order, UNESCO
- Brown, L. R./Flavin. C. (1997): Vital Signs, 1997, World Watch Institute, Washington.
- Childers, E./Urquhart, B. (1994): Renewing The United Nations System, Development Dialogue
- Clements F. E. (1905): Research Methods in Ecology. University Publishing Co., Lincoln, Nebraska
- Conway, G. R./Pretty, J. N. (1991): Unwelcome Harvest, Earthscan Publications Ltd., London.
- Doyle, J. (1985): Altered Harvest: Agriculture, Genetics and the Fate of the World's Food Supply, Viking Penguin Inc., New York, NY
- Duvick, D.N. (1995): Plant breeding and biotechnology for meeting future food needs. In: Islam, N. (Hg.), Population and Food in the Early Twenty-First Century: Meeting Future Food Demand of an Increasing Population, International Food Policy Research Institute, Washington, D.C.
- FAO (1979): Food and Agriculture Organization of the United Nations, Food and Nutrition Paper No. 8, Women in Food Production, Food Handling and Nutrition with Special Emphasis on Africa, Rom
- Fowler, C./Mooney, P. (1990): The Threatened Gene: Food, Politics and the Loss of Genetic Diversity. The Lutterworth Press, Cambridge
- Frank, A. G. (1979): Dependent Accumulation and Underdevelopment, Monthly Review Press, New York

- Hancock, G. (1989): *Lords of Poverty*, Mandarin Paperbacks, London
- Heywood, V. H./Watson, R. T. (1995): *Global Biodiversity Assessment*, Veröffentlicht für die UNEP von Cambridge University Press: Cambridge
- Howard, A. (o.J.): *An Agricultural Testaments*, The Other India Press (Neudruck, Erstveröffentlichung London 1940)
- James, C. (2000): *Global Status of Commercialized Transgenic Crops*. ISAA, Ithaca, NY.
- Kameri-Mbote, P. (Hg., 1992): *African Women as Environmental Managers*, ACTS Press, Nairobi, Kenya
- Korten, D.C. (1995): *When Corporations Rule the World*, Earthscan Publications, London.
- Linthurst, R./Bourdeau, A, P./Tardiff, R. G. (Hg., 1995): *Methods to Assess the Effects of Chemicals on Ecosystems*, John Wiley & Sons Ltd: Baffins Lane, Chichester, U.K.
- McIntosh, R. P. (1976): *Ecology since 1900*. In: Taylor, B. J./White, T. J. (Hg.), *Issues and Ideas in America*, University of Oklahoma Press, Norman, Oklahoma, S. 353-372
- National Research Council (1989): *Field Testing Genetically modified Organisms*, National Academy Press, Washington
- Payer, C. (1974): *The Debt Trap*, Monthly Review Press, New York
- Pretty, J. N. (1995): *Regenerating Agriculture*, Earthscan Publications, London
- Pretty u.a. (2000) - Pretty, J. N./Brett, C./Gee, D./Hine, R. E./Mason, C. F./Morison, J. I. L./Raven, H./Rayment, M. D./van der Bijl, G.: *An assessment of the total external costs of U. K. agriculture. Agricultural Systems* (im Druck)
- Russel, E. W. (1961): *Soil Conditions and Plant Growth*, Longman, Green and Co., London
- Shiva, V. (o.J.): *War against nature and the South*. In: Khor, M./Bello, W./Shiva, V./Keet, D./Larrain, S./Douglass, O. (o.J., aber dem Autor ist das Jahr 1999 bekannt): *Views from the South*, International Forum on Globalization, San Francisco, S. 104-111
- Shiva, V. (1991): *The Violence of the Green Revolution*, Third World Network, Penang, Malaysia.
- Snyder, M. C./Tadesse, Mary (1995): *African Women and Development*, Zed Books, London & New Jersey
- Sorrenson, M. P. K. (1968): *Origins of European Settlement in Kenya*, Oxford University Press, London
- Egziabher, Tewolde B. G. (2000a): *The use of genetically modified crops in agriculture and food production, and their impacts on the environment - a developing world perspective, unveröffent-*

- liches Papier zur Konferenz „Genetically Modified Crops: Why? Why Not?“, 14-15 Mai 2001 in Stockholm
- Egziabher, Tewolde B. G. (2001b): *The Inappropriateness of the Patent System for Life Forms and Processes*, Third World Network, Penang, Malaysia
- UNDP (1990): *Human Development Report, 1990*, Oxford University Press, New York
- UNDP (2001): *Human Development Report 2001*, Oxford University Press, New York
- WRI/UNEP/UNDP/WB (1998): *1998-99 World Resources - A Guide to the Global Environment*, Oxford University Press, Oxford

Achim Brunnengräber

Umwelt- oder Gesellschaftskrise? Zur politischen Ökonomie des Klimas¹

„Mittlerweile hatten die Vögel die Grillen abgelöst und Tau lag schlüpfrig auf den Blättern. Es schwebte ein Geruch in der Luft, herb und süß zugleich, der Geruch der Sonne, die Knospen entzündete und Blüten öffnete. Ich betrachtete den Wagen. Er lag da wie ein Wrack irgendwo am Rand des Highways, wie eine Stahlskulptur. Zeugnis einer längst untergegangenen Kultur. Alles war still. Das war Natur“ (T. C. Boyle, Greasy Lake).

Der Klimawandel wird als eines der zentralen Probleme der Menschheit angesehen, das es „im Jahrhundert der Umwelt“ (Weizsäcker 1999) zu bewältigen gilt. Meist ist negativ formuliert von einem globalen Umweltproblem, positiv formuliert von einem global zu schützenden Gut, einem sog. *global public good* die Rede (Kaul et al 1999). Um die natürlichen Grenzen zu verdeutlichen, an welche die Gesellschaften auf Grund eines überstrapazierten Ressourcenverbrauchs und zu hoher Schadstoffemissionen stoßen, spricht das Wuppertal Institut vom begrenzten „globalen Umweltraum“ (BUND/Misereor (Hg.) 1996). Aus der „Vermehrung von Risiken, die alle Gesellschaften betreffen“, werden schließlich „gemeinsame Interessen an Sicherheit, wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung sowie globaler Umweltpolitik“ abgeleitet (Messner/Nuscheler 1996). Die Botschaften, die mit einer solchen Problemwahrnehmung begründet werden und zu „neuen“ Nachhaltigkeitsstrategien führen sollen,² sind eindeutig – und notwendig: Sie fordern zu international abgestimmtem Handeln der sog. Staatengemeinschaft gegen die gravierenden ökologischen Zerstörungen auf, die im Zuge der temporeichen und ressourcenintensiven Globalisierung noch verschärft werden (Globale Trends 2001).

Eine solche politisch-strategische Problemsicht und -bearbeitung greift allerdings analytisch zu kurz, weil sie eine einheitliche Problemdefinition suggeriert, den Schwerpunkt auf die internationale Politik als wesentliches Entscheidungszentrum legt und einen Automatismus zwischen Problemwahrnehmung und dem Strukturwandel in Richtung Nachhaltigkeit unterstellt. Beispielhaft kann hierfür Klaus Töpfer, der Chef des UN-Umweltprogramms (UNEP), zitiert werden: „Ob der Kyoto-Vertrag

kommt, hängt nicht von der einen oder der anderen Regierung, sondern von den Notwendigkeiten ab, und was notwendig ist, das kann man an den sich häufenden Extrem-Wetterlagen in der ganzen Welt ablesen“ (FR vom 27.11.2000). Mit der Bezugnahme auf das Kyoto-Protokoll ist auch festgelegt, wie die „richtige“ Antwort auf den Klimawandel aussehen soll: Vor allem wirtschaftliche Instrumente wie der Emissionshandel oder der Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung sollen dem Trend des zunehmenden Treibhauseffekts entgegenwirken.

Das eigentliche Problem aber ist viel komplexer als es auf den ersten – und globalen – Blick erscheint: Gesellschaften werden *erstens* in ihren Reaktionsweisen und Entwicklungsmöglichkeiten durch „die Natur“ nicht eindeutig festgelegt. Denn die Natur ist auch das Ergebnis der gesellschaftlichen Kommunikation über das, was als schützenswerte oder der Nutzung zu unterwerfende Natur verstanden wird. Der jeweilige Ansatzpunkt, machtförmige Diskurse oder die mediale Aufbereitung dessen, was als Krise definiert wird, sind also entscheidende Elemente der Perzeption des Klimawandels.³ *Zweitens* sind der Klimawandel und Klimakatastrophen keine rein natürlichen Erscheinungen, sondern anthropogen, d.h. von Menschen mitverursacht (IPCC 1996). Dem Klimawandel liegen also gesellschaftliche Naturverhältnisse zugrunde, d.h. ein widersprüchliches und problematisches Geflecht aus Beziehungen und Verhaltensformen zwischen Individuen, Gesellschaft und Natur. *Drittens* ist Klimapolitik abhängig von machtvollen Interessen und einflussreichen Akteuren, die wesentlich dazu beitragen, dass sich hegemoniale Formen der Problembearbeitung herausbilden. Maßnahmen, die sich in das bestehende Wirtschaftsgefüge einpassen, erscheinen dabei realistischer und durchsetzbarer als solche, die das bestehende System in Fragen stellen. In der Klimapolitik entsprechen sie einem technischen Steuerungsoptimismus und polit-ökonomisch einer weitgehend neoliberalen Strategie.⁴

Umkämpfte Problembearbeitung

Allseits geteilt werden die internationalen Antworten auf den Klimawandel aber nicht. Dementsprechend unterschiedlich werden auch die Ergebnisse der Verhandlungen bewertet, wie

exemplarisch an der Klimakonferenz im Juli 2001 in Bonn (Conference of the Parties; COP 6b) verdeutlicht werden kann: Für EU-Umweltkommissarin Margot Wallström gelang dort ein Durchbruch auf den „wir stolz sein“ können und Konferenzpräsident Pronk sprach kaum bescheidener von einem „Erfolg für den Multilateralismus“. Solche Reaktionen mögen nach dem kräftezehrenden Konferenzkrimi verständlich sein. Aus einer Außenperspektive waren sie jedoch kaum nachvollziehbar. Umweltexperte Franz Alt kritisiert das Bonner Ergebnis in scharfer Form als „geradezu lächerlich“ und Hermann Scheer, Präsident von Eurosolar, sieht darin nur einen „Pyrrhussieg“.

Die Zusammenhänge, die trotz der mageren Ergebnisse zur positiven Einschätzung der Ergebnisse aus der „Innenperspektive“ beitrugen, seien kurz in Erinnerung gerufen: US-Präsident George W. Bush stellte im Vorfeld der Klimaverhandlungen im Juli 2001 in Bonn die Grundsatzfrage, ob es den anthropogenen Treibhauseffekt überhaupt gibt. Der vermeintliche Konsens der Staatengemeinschaft über diese Frage, die wissenschaftlich geklärt zu sein schien, wurde somit aufgekündigt. Als jedoch ein von der Bush-Administration einberufenes Expertengremium der *National Academy of Sciences* bestätigte, dass der Treibhauseffekt bereits in vollem Gange und menschengemacht sei, war diese Position von Bush nicht mehr haltbar. Gleichwohl schrieb er in einem Brief an die Senatoren Hagel, Helms, Craig und Roberts vom 13. März 2001: „I oppose the Kyoto Protocol“ (vgl. Simonis 2001).

Damit versuchte er – und die hinter ihm stehenden Interessengruppen der *fossilistischen* Industrie – die mühsam im Rahmen der Vertragsstaatenkonferenzen getroffenen Vereinbarungen zu unterminieren. Gleichzeitig unternahm er bilaterale Anstrengungen, um auch andere Vertragsstaaten zum Ausscherehen aus dem Kyoto-Prozess zu gewinnen. Das aber blieb erfolglos. Trotz des Ausstiegs der USA und des zögerlichen Verhaltens anderer Staaten konnte Ende 2001 bei der COP7 in Marrakesch die Voraussetzung für die Ratifikation des Kyoto-Protokolls geschaffen werden. Erklärtes Ziel ist es nun, das Kyoto-Protokoll bis September 2002 zur Weltkonferenz für Nachhaltigkeit (World Summit on Sustainable Development; WSSD) im südafrikanischen Johannesburg in Kraft treten zu lassen. Dafür müssen mindestens 55 Staaten das Proto-

koll ratifiziert haben, wobei auf diese mindestens 55 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen der Industrieländer von 1990 entfallen müssen. Ein Scheitern der Verhandlungen hätte dieses Ziel frühzeitig vereitelt. Dies erklärt die für Außenstehende meist unverständliche Euphorie. Ob die Ergebnisse aber real zur Verringerung der Treibhausgasemissionen in den Industrieländern werden beitragen können, ist eher zu bezweifeln.⁵

Der Grund für die unterschiedliche Beurteilung der Klimaverhandlungen liegt zunächst also auf der Hand: Während die offiziellen Verhandlungsführer aus der Warte der „hohen Diplomatie“ argumentieren, dass der Prozess der internationalen Klimapolitik vor dem „Aus“ stand und in letzter Minute gerettet wurde, fragen sich die externen Konferenzbeobachter, inwiefern das alles noch etwas mit Klimaschutz zu tun hat. Aus einer weitergehenden Perspektive zeigt sich aber auch, dass es sich beim Klimawandel keinesfalls um ein klar definiertes globales Umweltproblem handelt, das spezifische Lösungsstrategien erforderlich macht, sondern um ein Konfliktterrain, auf dem um die Problemdeutung und den „richtigen“ Fahrplan zur Problemlösung gerungen wird.

Systemimmanente Risiken

Umweltschutz und Umweltpolitik in den Industrieländern seit den 1960er, 1970er Jahren des vergangenen Jahrhunderts zielten noch auf die Ausweisung von Naturreservaten, die Rettung von Vögeln, *end of pipe*-Technologien oder auf die Behebung oder Begrenzung von Schäden, welche die Menschen der physischen Umwelt wie den Wäldern, Flüssen oder Böden zugefügt hatten. Die Risiken waren zumindest zum Teil kontrollierbar; sie konnten als *äußere Risiken* durch eine mehr oder weniger beherrschbare Umwelt interpretiert werden. Darin zeigte sich der Anspruch der Moderne, die Beziehungen zwischen den Menschen und der objektiven äußeren Welt rational zu gestalten. Dieser Anspruch hat heute weniger denn je seine Geltung; insbesondere wenn er auf den Klimawandel bezogen wird.

Der ubiquitäre Treibhauseffekt lässt die begriffliche Abgrenzung von Umwelt und Gesellschaft nicht mehr zu, geschweige denn, dass seine – im Einzelnen gar nicht vorhersehbaren – Auswirkungen kontrollier- oder beherrschbar wären.

Die Menschen selbst, vor allem diejenigen in den reichen Industrieländern, tragen durch die Nutzung fossiler Energieträger zum Treibhauseffekt bei. Überschwemmungen, Stürme oder Dürrekatastrophen sind daher systemimmanente oder *innere* Risiken. Noch drastischer formuliert: Menschen und Gesellschaften werden von den Geistern bedroht; die sie selbst gerufen haben. Die ökologischen Probleme wirken in Form von Schädigungen der Lebensgrundlagen, der Gesundheit oder zusätzlicher Kosten auf die Menschen zurück (Görg 1999:10).

Gleichwohl kann daraus nicht der Zwang zur vernünftigen Gestaltung der Naturverhältnisse abgeleitet werden. Vielmehr müssen die widersprüchlichen Wechselbeziehungen zwischen Natur und Gesellschaft als zentrale Dimension der ökologischen Krise verstanden werden: Menschen artikulieren Schutzansprüche gegenüber der Natur und sind selbst durch die eigene Produktions- und Konsumweise beständig dabei, Natur zu verändern und zu zerstören. Dabei sind allerdings sowohl auf der Verursacher- wie auf der Betroffenenseite erhebliche Ungleichheiten vorhanden. Während vor allem die armen Bevölkerungsschichten in den Entwicklungsländern unter den Klimaveränderungen zu leiden haben, können sich die Menschen in den Industrieländern (noch) relativ gut dagegen durch Anpassungsmaßnahmen schützen. Ebenso sind die Emissionen, sprich die Ursachen des Treibhauseffekts, ungerecht verteilt. Während rechnerisch die CO₂-Emissionen pro Kopf und Jahr in Deutschland bei rund 10,2 Tonnen CO₂ liegen, beträgt dieser Wert in den USA 22 Tonnen. Dagegen liegen die Pro-Kopf-Emissionen in China bei 2,7 und in Indien bei 0,7 Tonnen CO₂. Die sozialen und wirtschaftlichen Ausprägungen des Klimawandels sind also alles andere als global.

Grenzen des Umweltraums?

Der Klimawandel ist tief in gesellschaftliche Strukturen wie die Produktions- und Konsumweise, den Nord-Süd-Konflikt oder das Mobilitätsverhalten eingeschrieben. Vor diesem Hintergrund ist die Vorstellung trügerisch, dass der überzogene Ressourcenverbrauch und ökologische Zerstörungen – interpretiert als das Überschreiten natürlicher Grenzen – schon dafür sorgen werden, dass Umweltprobleme auch adäquat be-

arbeitet werden. Die Grenzen der Natur sind, was den Klimawandel betrifft, nämlich keine unüberwindlichen Barrieren im Umweltraum. Sie sind vielmehr der Gegenstand der gesellschaftlich-wissenschaftlichen Debatten.

Die assimilative Kapazität der Weltmeere, der Pflanzen und Wälder für anthropogene klimaschädliche Emissionen ist zwar überschritten, d.h. das „natürliche“ Gleichgewicht hinsichtlich der stofflichen Zusammensetzung der Atmosphäre, das über Jahrtausende hinweg Bestand hatte, ist gestört. Schließlich drückt sich das Überschreiten der assimilativen Kapazität der Natur für klimaschädliche Gase auch in einer Erhöhung der Weltmitteltemperatur aus. Das IPCC geht davon aus, dass sie im 21. Jahrhundert zwischen 1,4 und 5,8 Grad C ansteigen wird (ebd. 2001). Damit ist aber noch keine Grenze definiert, welche die zunehmende Konzentration von klimaschädlichen Gasen in der Atmosphäre verhindern könnte. Im Gegenteil: In den nächsten Jahrzehnten werden noch Millionen Tonnen an CO₂ und anderer schädlicher Klimagase dort „deponiert“ werden. Im rein naturwissenschaftlichen Sinne existiert also keine Grenze, wie es der Ansatz des begrenzten Umweltraums nahe legt (BUND/Misereor (Hg.) 1996).

Das Ökosystem Klima ist vielmehr ein offenes System, das sich aus mehr oder weniger stabilen wie aus sich stetig verändernden und fortschreitenden Prozessen zusammensetzt. Das Verschwinden der Dinosaurier bedeutet vor dem Hintergrund dieser materiell-stofflichen Dimension des Klimas keinesfalls das Ende der Entwicklung. „Bekanntlich ist der Natur die ökologische Krise ziemlich egal; es sind die Menschen, die sie bewirken, von ihr betroffen sind und sie bewältigen müssen“ (Sachs 1998: 203). Erst in dem Moment, als die ersten dramatischen Auswirkungen des Klimawandels zu spüren waren, der anthropogene Charakter des Treibhauseffekts wissenschaftlich untermauert werden konnte und die Ursachen davon in der auf fossilen Energieträgern beruhenden Ökonomie verortet wurden, konstituierte sich die Klimapolitik als konfliktives gesellschaftliches Terrain. Der strategische Bezug auf die „Grenzen des Umweltraums“ oder auf die „nachhaltige Globalisierung“ stellen spezifische Antworten auf diese Entwicklung dar. Sie sind aber selbst nur ein – und sicher auch nicht der politisch einflussreichste – Teil der damit verbundenen symbolisch-

sprachlichen Dimensionen der Naturverhältnisse. Mit anderen Worten: Die „Grenze“ ist als Symbol zu verstehen, mit dem verdeutlicht werden kann, das die Menschen – freilich auf ganz verschiedene Art und Weise und in unterschiedlichem Umfang – dabei sind, sich ihrer Lebensgrundlagen zu berauben. Dieses ökologische Problem lässt sich aber außerhalb einer sozialen Interpretation und Vermittlung gar nicht bearbeiten.

Weil absolute Grenzen fehlen bzw. der diskursiven Konstruktion bedürfen, verfolgt etwa der WBGU die folgende Strategie. Er fordert die Festlegung einer „konkreten ‚Leitplanke‘, also derjenigen Klimaänderung, die nicht mehr tolerierbar ist“ (*Politikpapier 1/2001*: 8). Auswirkungen des Klimawandels wie ungewöhnlich heftige Stürme, die über die Elendsviertel der Entwicklungsländer hinwegfegen, geografische Verschiebungen der Vegetationszonen, die zu neuer Armut der ländlichen Bevölkerung führten, oder der angekündigte Untergang der Südseeinseln des Staates Tuvalu mit seinen Atollen und Eilands dürften für die Betroffenen aber schon jetzt nicht mehr tolerierbar sein (vgl. auch Schellnhuber u.a. 2001). Der moralische Appell an ein Umsteuern zur Nachhaltigkeit, so notwendig er auch ist, reicht zur Krisenbewältigung ganz offensichtlich nicht aus. Und er wirft noch ein anderes Problem auf. Die Frage, wer diese Leitplanken eigentlich definieren soll, verweist auf einen *top down*-Ansatz von Politik. Dies trägt wiederum zur verkürzten Problemkonstitution bei, weil „... vom Gesellschaftlichen, also dem Ineinander von Institution, Macht und Bedeutung, in das jeder Umgang mit der Natur eingelassen ist, abstrahiert [wird], mit der Folge, daß die Umweltproblematik als Naturkrise und nicht als Gesellschaftskrise erscheint“ (BUND/Misereor (Hg.) 1996:149).

Der Klimawandel ist eine solche Gesellschaftskrise. Er wird in vergesellschafteter Form bearbeitet, wahrgenommen und symbolisiert, d.h. die Krise ist sozial, politisch, ökonomisch und kulturell geprägt (Görg 1999, Harvey 1996:131) und wird im Interessenkampf selbst zum Gegenstand der Interpretation. Das erklärt auch, warum die politische Bearbeitung des Klimawandels keineswegs auf einem einheitlichen Verständnis davon beruht, welches Problem eigentlich gemeinsam und auf welche Weise bearbeitet werden soll. Vielmehr geraten die Akteure mit ihren ganz unterschiedlichen Problemdefinitionen aneinander, wobei sich allerdings vor allem diejenigen Akteure

durchsetzen, die politisch und von ihren Ressourcen her in der Lage sind, Einfluss auf die (internationale) Klimapolitik nehmen zu können. Klimapolitik – wie alle anderen Bereiche, in denen es um Lastenteilung und die Probleme der Aneignung der Natur geht – reagiert also keineswegs nur auf objektiv bestehende Umweltveränderungen, sondern wird zugleich von Herrschafts- und Machtverhältnissen überformt.⁶

Neoliberales Klima

Der Deutungsspielraum des Problems erklärt auch, weshalb in der internationalen Klimapolitik, wie sie sich seit Mitte der 1980er Jahre herausbildete, „tektonische“ Verschiebungen möglich waren (Walk/Brunnengräber 2000: 26, 72ff.). Die Problementdeckung und die Versuche, die Ursachen des Treibhauseffekts zu klären und öffentlich zu machen, wurden vor allem von NaturwissenschaftlerInnen und Umweltverbänden unternommen; sie wurden lange Zeit nicht besonders ernst genommen. Erst in den späten 1980er Jahren kam es zu einer stärkeren Politisierung des Phänomens. Die anfänglichen Diskussionen bewegten sich um Fragen der Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd, um die weltweite Gleichverteilung der Pro-Kopf-Emissionen, um den Zusammenhang von Armut, Reichtum und Umweltzerstörung oder um die Frage der historischen Verantwortung für den Klimawandel und einen substantiellen Finanztransfer von den Industrie- in die Entwicklungsländer (Missbach 1999).⁷ Klimapolitik hat in dieser Phase also durchaus die gesellschaftlichen Naturverhältnisse zum Gegenstand. Nachdem sich die Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention 1997 auf das Kyoto-Protokoll geeinigt hatten und damit die Reduktionsziele für die Industrieländer feststanden, ging diese Phase aber zu Ende. Sie wurde, weil die fossilistische Industrie plötzlich aus ihrem Schlummer erwachte, die weitreichenden Folgen der Klimapolitik hinsichtlich ihrer Geschäftsinteressen abzuschätzen begann und ihre Gegenkräfte mobilisierte, von der engen Fokussierung der Klimaverhandlungen auf ökonomische Fragen abgelöst.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen, neue Technologien und Finanzinstrumente bestimmen nunmehr die Verhandlungen. Schon aus den Kommentaren zum Kyoto-Protokoll wurde

deutlich, dass nunmehr in erster Linie der freie Markt die Probleme lösen soll. Der UNFCCC-Exekutivsekretär Cutajar bezeichnete es als „eine der weitreichendsten ökonomischen Vereinbarungen ..., die seit Jahren unter der Flagge der Vereinten Nationen abgesegnet worden sind“ (zitiert nach Taalab 1998: IV). In der Folge bildete sich eine *hegemoniale* Problembearbeitung heraus, weil sich hierbei nicht etwa alleine die dominanten Interessen der Regierungen oder Wirtschaftslobby machtvoll durchsetzten, sondern durch Partizipation von NGOs ein breiter gesellschaftlicher Konsens über die zentrale Strategie der Klimaverhandlungen, sprich die Erschließung neuer Märkte, erzielt werden konnte; freilich bei erheblichen Divergenzen im Detail. Die Notwendigkeit zur breit angelegten Regulierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, die auch das Klima in der Gesellschaft berücksichtigt, geriet – wird von zahlreichen aber erfolglosen Protestaktionen engagierter Umweltaktivisten einmal abgesehen – aus dem Blick.

Joint Implementation und Clean Development Mechanism: moderne Formen des Ablasshandels

Die Idee der beiden Instrumente ist einfach: Regierungen oder Firmen, die ihre Emissionen reduzieren müssen, können ihren Pflichten nachkommen, indem sie Klimaschutzmaßnahmen in einem anderen Land durchführen. Bei *Joint Implementation* (JI) geht es um Projekte von Industrieländern in einem anderen Industrieland und beim Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (*Clean Development Mechanism*; CDM) um Projekte von Industrie- und Entwicklungsländern in einem anderen Entwicklungsland. In Frage kommen etwa die Hilfe beim Bau von Kraftwerken und Windkraftanlagen oder Wiederaufforstungsprojekte. Die auf diese Weise eingesparten bzw. im Falle der Aufforstungsprojekte gebundenen (siehe Abschnitt 5.3.) Emissionen können auf das Konto des investierenden Landes als Gutschrift verbucht und von den internationalen Reduktionspflichten abgezogen werden. Auf diese Weise soll den Ländern ein kostengünstiger Klimaschutz ermöglicht werden, zumal es als irrelevant angesehen wird, in welchem Land die Treibhausgase emittiert bzw. deren Emissionen reduziert werden. Als ökonomisch effizient gilt es hingegen, die Maßnahmen in denjenigen Ländern und Regionen

durchzuführen, in denen mit einem bestimmten Budget die größten Emissionsreduktionen erreicht werden können.

Zu Beginn der offiziellen Klimaverhandlungen erteilten die Regierungen der Entwicklungsländer dem Instrument dennoch eine Absage, weil sie es als Form des modernen Ablasshandels ansahen (Michaelowa 1997: 256). In Kyoto wollten die G77 und China ihre Einwilligung nur dann geben, wenn die Industriestaaten die ersten Schritte zur Emissionsreduktion übernehmen und nur einen Teil der international vereinbarten Reduktionsverpflichtungen außerhalb des eigenen Landes erfüllen könnten. Auf diese Weise sollte verhindert werden, dass die nationale Verantwortung für den Klimaschutz aufgeweicht und die eigentliche Problembearbeitung in die Entwicklungsländer verschoben wird. Solche Überlegungen berührten noch das (Un-) Gerechtigkeitsproblem zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern, das aus den unterschiedlichen Betroffenheiten und Ursachenstrukturen resultiert. Im weiteren Verlauf der Klimaverhandlungen wurden solche Überlegungen immer mehr von technischen Fragen abgelöst.

Bei der COP 1 1995 in Berlin wurde zunächst eine Pilotphase vereinbart, in der die Reduktionen nicht gutgeschrieben werden durften. Auch wurden für die Pilotphase weder explizite Ziele noch konkrete Kriterien zur Berichterstattung genannt, die es ermöglicht hätten, unterschiedliche Projekte zu vergleichen. Es existierte lediglich ein gemeinsames Berichtsformat. Ein durchschlagender Erfolg der Erprobungsphase blieb dann auch aus (Michaelowa 1997: 259, Herold 1998: d1). Viele verfahrenstechnische und naturwissenschaftliche Details blieben auch in der Folge ungeklärt. So wurden etwa die notwendigen Berechnungsmethoden noch nicht standardisiert, weshalb sich nicht eindeutig klären lässt, wie viele Emissionen bei einem gegebenen Projekt eingespart werden. 1998 bei der COP 4 in Buenos Aires bestand darüber hinaus die Befürchtung, dass einige Regierungen eigene Regeln zur Berechnung der Reduktionen festlegen könnten, bzw. – da keine Vereinbarungen der Vertragsstaaten existierten – der Mechanismus willkürlich angewendet werden könnte. Mitnahmeeffekte wären dann ein Leichtes, d.h. dass Projekte wie große Wasserkraftwerke, die auch ohne CDM wirtschaftlich sind und ohnehin durchgeführt werden, als CDM-Maßnahme deklariert werden könnten.

Mit dem Beschluss der COP 6 wurde nun zumindest ausgeschlossen – was lange Zeit eine offene Frage war –, dass Atomkraftwerke im CDM und bei JI berücksichtigt werden können. Bei der COP 7 wurde darüber hinaus – um den Start von CDM-Projekten zu gewährleisten – ein CDM-Exekutivrat gewählt, der über Richtlinien und Methodologien von Projekten entscheidet sowie Projektanträge registriert und prüft. Bei JI hingegen soll nur dann ein Aufsichtsgremium aktiv werden, wenn das Gastland seine Berichtspflicht nicht erfüllt. Andernfalls kann es selbst das Registrierungs- und Überprüfungsverfahren durchführen. Die oben angeführten Probleme mit den flexiblen Mechanismen sind mit dieser Regelung im einzelnen noch nicht aus der Welt geräumt. Sie wurden lediglich anderen Gremien überantwortet, die nun die Konkretisierung der Instrumente voranbringen soll.

„Hot and tropical air“ für den Emissionshandel

Ohne die Klausel über das *emission trading*, durch die der internationale Handel mit Emissionszertifikaten prinzipiell ermöglicht wird, hätten sich die USA bei den Klimaverhandlungen in Kyoto kaum auf eine Emissionsreduktion um 7 Prozent verpflichtet (eine Festlegung, die nun freilich schon verstaubt ist). In Buenos Aires machte der Verhandlungsführer der USA, Stuart Eizenstat, unmissverständlich deutlich, dass auch die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls andernfalls nicht in Frage käme. Andere Industrieländer wollten dieser Forderung gerne nachgeben, zumal sie die Möglichkeiten beinhaltet, dass die vereinbarten Reduktionen wenigstens rechnerisch eingehalten werden können.

Grundsätzlich geht es bei dem Handel mit Emissionszertifikaten darum, dass alle Staaten Zertifikate erhalten, die den ihnen zugeteilten Emissionsmengen entsprechen (*assigned amount*). Der Handel ist entsprechend des Protokolls von 2008 an vorgesehen. Die Länder mit ungenutzten Emissionsrechten können diese Mengen dann solchen Ländern zum Verkauf anbieten, die ihre zugeteilten Emissionsmengen überschreiten. Das Käuferland kann die Anteile zu der ihm zugeschriebenen Menge hinzuzählen und somit die Reduktion eigener Emissionen kompensieren.

Vor allem den mittel- und osteuropäischen Transformationsländer kommt der Handel mit Emissionskontingenten

gelegen. So wurde in Kyoto vereinbart, dass Russland und die Ukraine ihre Emissionen bis 2012 gegenüber 1990 lediglich stabilisieren müssen. Durch den Zusammenbruch der jeweiligen Wirtschaften kam es real aber zu Emissionsminderungen, woraus sich die Möglichkeit ergibt, dass beide Länder ihre überschüssigen Emissionsrechte auf dem zukünftigen Zertifikatenmarkt versteigern könnten (es wird in diesem Fall vom Handel mit *hot air* gesprochen). 2001 in Bonn und dann noch einmal wenige Monate später in Marrakesch gelang es Russland sogar noch, Senken-Potentiale zu erhalten (*Russian forest air*; siehe Abschnitt 5.3), die sie auf den Handel mit *hot air* dazu addieren können. Um diese Forderung durchzusetzen, musste Russland nicht lange kämpfen. Nachdem die USA ihren Ausstieg aus dem Kyoto-Protokoll verkündet haben, ist eine Ratifikation Russlands für das in Kraft treten des Protokolls unabdingbar. Russlands Stimme konnte also teuer verkauft werden.

Weil im Kyoto-Protokoll lediglich erwähnt wird, dass der Handel mit Emissionsrechten zusätzlich zu den nationalen Maßnahmen erfolgen soll, wurden Obergrenzen für das *emission trading* diskutiert (*cap* oder *concrete ceiling*). Die vor allem von Entwicklungsländern vorgetragene und von der EU unterstützte Forderung, dass mindestens 50 Prozent der Emissionsreduktionen im eigenen Land umgesetzt werden sollten, blieb aber chancenlos. Auch hier traten die USA als *hardliner* in Erscheinung – und setzte sich letztlich im Verbund mit anderen Industrieländern durch. Im Bonner Beschluss heißt es jetzt lediglich, dass ein „signifikanter Anteil“ im eigenen Land erbracht werden soll.

In Bonn wurde zudem ein System der Erfüllungskontrolle verhandelt, das die Konsequenzen auflistet, die bei Nichteinhaltung der Reduktionsziele drohen. Auf Grund des Widerstands insbesondere von Japan und Russland wurde dieses System aber nicht rechtsverbindlich vereinbart.⁸ Wie es auf nationaler Ebene konkret aussehen soll, ist noch offen. Großbritannien, die Niederlande und Dänemark haben schon Pilotvorhaben zum Emissionshandel gestartet. In der deutschen Industrie hingegen sind die Widerstände groß, weil Wachstumshemmnisse und zusätzliche finanzielle Belastungen befürchtet werden.⁹ Die Selbstverpflichtungserklärungen werden von weiten Teilen der deutschen Industrie als ausreichend

angesehen. Das ist verständlich, entsprechen sie doch nur dem *business-as-usual*.

Die große Unbekannte: Die Senken

Unter *Senken* wird die Bindung von CO₂ durch Pflanzen, Wälder oder Meere verstanden. So wird durch Aufforstungsprojekte CO₂ im Holz von Bäumen gespeichert. Umgekehrt wird bei der Verbrennung von Biomasse CO₂ freigesetzt, was als *Quelle* bezeichnet wird. Brandrodungen führen demzufolge zu CO₂-Emissionen, wohingegen wachsende Wälder CO₂ absorbieren und somit zum Klimaschutz beitragen. Die Vorteile liegen auf der Hand: Aufforstungs- und Walderhaltungsprojekte sind im Vergleich zu vielen anderen Projekten, die etwa auf Technologietransfer beruhen, recht preisgünstig – und eignen sich ausgesprochen gut für *public relations*-Zwecke. Der französische Autokonzern Peugeot schützt den brasilianischen Regenwald, das Chemieunternehmen Henkel den Wald in Argentinien und Neuseeland will gleich 80 Prozent seiner Emissionsverringerung durch Aufforstung erzielen (Michaelowa 1997: 245).

Vor allem auf Drängen von Staaten wie den USA, Neuseeland, Australien und Norwegen wurde diese Möglichkeit 1997 im Kyoto-Protokoll fest gehalten. Vier Jahre später in Bonn konnte hinsichtlich dieses Instrumentes ein nur fragliches Ergebnis erzielt werden. Insbesondere große Flächenstaaten und Japan forderten eine unbegrenzte Anrechnung von Senken als Klimaschutzmaßnahmen – und setzten sich weitgehend durch. Japan wird – wie einige andere Länder auch – zukünftig einen erheblichen Teil seiner Reduktionsziele über Senkenaktivitäten realisieren können, wenn auch eine Obergrenze für Waldsenken festgelegt wurde. Das Schlupfloch sind die landwirtschaftlichen Böden, die unbegrenzt als Senke genutzt werden können. Im CDM sind allerdings nur Aufforstung und Wiederaufforstung zugelassen und gedeckelt. Über die technischen Fragen der Definition, des Anrechnungsverfahrens sowie des *monitoring* konnte zwar formal Einigkeit erzielt werden, die grundlegenden Probleme der Berechnung von Senkenpotentialen sind damit aber noch nicht aus der Welt geräumt.

Problematisch ist *erstens*, dass es keine zuverlässige Methode gibt, die Auskunft darüber gibt, wieviel CO₂ überhaupt

von der Vegetation gespeichert wird. Dennoch können nach den Bonner Beschlüssen nun auch die Acker- und Grünlandbewirtschaftung sowie die Ödlandbegrünung als Klimaschutzmaßnahmen angerechnet werden. *Zweitens* geht vom Senken-Ansatz der Anreiz zur Schaffung von Holzplantagen aus (bspw. von Eukalyptus), die ökologisch höchst fragwürdig sind und den Zielen der Biodiversitätskonvention zuwiderlaufen könnten. Nicht vorgesehen ist auch, wie die gespeicherten Kohlenstoffmengen wieder mit dem Kohlenstoff verrechnet werden, der bei der späteren Nutzung des Holzes oder bei der Anlage der geplanten Holzanlagen frei wird. Schließlich besteht *drittens* die Gefahr, dass der Einbezug von Senken eine weitere kostengünstige Ausweichmöglichkeit bietet, um die Entwicklung und den Einsatz von Technologien zur CO₂-armen Energienutzung und -erzeugung in den Industrieländern selbst zu verzögern oder gar zu verhindern.¹⁰

Aus den Entwicklungsländern ist deshalb auch wieder die Kritik zu vernehmen, die schon zum Thema JI geäußert wurde. Insbesondere VertreterInnen von indigenen Völkern kritisierten die Senken-Debatte und sprechen von Kohlenstoff-Kolonialismus, weil vor allem in Entwicklungsländern Klimaschutz betrieben werden soll, während die Industrieländer selbst untätig bleiben. Außerdem wird mit diesem und den anderen flexiblen Instrumenten die schon lange im Nord-Süd-Verhältnis in die Kritik geratene „Projektitis“ neu belebt. Neue Politikansätze oder Ansätze internationaler Strukturpolitik wurden durch die internationale Klimapolitik aber nicht realisiert. Dabei wurde lange angenommen, dass die Entwicklungsländer vor dem Hintergrund der ökologischen Krise nunmehr über eine größere Durchsetzungsmacht ihrer Interessen verfügten (so etwa Udo Ernst Simonis, *epd Entwicklungspolitik* 4/99). Zwei Aspekte ließen hoffen: Zum einen wurde die „Überentwicklung“ der Industrieländer aufgrund ihrer hohen CO₂-Emissionen konstatiert. Sie müssten sich folglich unter ökologischen Gesichtspunkten nunmehr mit weitreichenden Entwicklungserfordernissen im eigenen Land auseinandersetzen. Der ökologischen Krise könne zum anderen aber nicht ohne die aktive und intensive Mitwirkung der Entwicklungsländer begegnet werden, weil die hier zu erwartende Zunahme der Treibhausgasemissionen das globale Ökosystem erheblich

beeinträchtigen wird. Wie nicht nur die Instrumentendebatte innerhalb der internationalen Klimaverhandlungen zeigt, blieben jedoch die Hoffnungen auf veränderte weltpolitische Machtkonstellationen, die vor allem durch die Konferenz für Umwelt- und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro genährt wurden, unerfüllt.

Fraglicher Steuerungsoptimismus

Die 1997 in Kyoto vereinbarten klimapolitischen Ziele wurden Ende 2001 in Marrakesch verwässert, die Instrumente wurden abgeschwächt und die Finanzierungsfrage wurde alles andere als befriedigend geklärt. In den Instrumenten, die vor allem *all winners*-Lösungen versprechen, sieht Jürgen Maier vom Forum Umwelt und Entwicklung eine „kreative Kohlenstoffbuchführung“ und konstatiert: „Für das Klima bringt das alles noch nicht sehr viel“ (Rundbrief des Forum Umwelt und Entwicklung 3/2001). Eine Reihe von renommierten Klimaexperten wie Tom Wigley (Intergovernmental Panel on Climate Change; IPCC) oder Patrick Michaels (Sachverständiger für den US-Senat) teilen diese Auffassung. Selbst wenn das Kyoto-Protokoll in der jetzt vorliegenden Form von allen Unterzeichnerstaaten ratifiziert wird, könne dies die Erwärmung der Erdatmosphäre weder stoppen noch nennenswert beeinflussen (*Wirtschaftswoche* 9.8.2001). Dazu wären konkretere und weitreichendere Maßnahmen erforderlich als sie bisher bei den COPs 1 bis 7 vereinbart worden sind. Insofern ist auch der Erfolg zu relativieren, dass in Marrakesch ein Kontrollsystem vereinbart worden ist, das verbindliche Konsequenzen im Falle der Nichterfüllung der Vertragspflichten eines Staates und detaillierte Verfahrensvorschriften bei der Entscheidungsfindung vorsieht.

Zahlreiche wissenschaftliche Studien wurden bereits durchgeführt, die Licht ins Dunkel der komplizierten Materie bringen sollten – die aber immer auch neue Unsicherheiten produzierten. Alleine die offiziellen Dokumente umfassen heute mehrere tausend Seiten. Der Teufel aber steckt im Detail. Viele strittige Formulierungen und Fragen sollen noch präzisiert und geklärt werden. Auf diese Weise ist die Debatte um den Klimaschutz immer mehr aus der Alltagswelt in die Hände der „globalen Ressourcenmanager“ (Goldmann 1998) verlagert

worden. Die Schlupflöcher, die die Dokumente offen lassen, sind kaum noch von den ExpertInnen selbst und schon gar nicht mehr von der breiten Öffentlichkeit identifizierbar. Ganz zu schweigen von der Frage der nach wie vor fehlenden Kohärenz mit den Vertragswerken der Welthandelsorganisation oder der Konvention zur biologischen Vielfalt.

Ein Ausweg aus der verfahrenen Situation wird in der Verschlingung oder der „Rückverhandlung“ der Instrumentenvielfalt gesehen. „Es gibt kein Patentrezept für die Lösung dieses diplomatischen Knotens, aber eins ist sicher: ohne eine drastische Reduktion der Komplexität wird es keinen Fortschritt geben. Die wesentlichen politischen Fragen müssen von den eher technischen Details getrennt werden. Ohne eine drastische Reduktion der Komplexität wird es keinen Fortschritt geben“ (Hermann Ott, *FR* 16.7.2001). Der Vorschlag zielt jedoch, wie oben begründet wurde, am eigentlichen Problem der Klimaverhandlungen vorbei. Der Steuerungsoptimismus, wie er in der Fokussierung auf die wirtschaftlichen Instrumente und zwischenstaatlichen Verhandlungen zum Ausdruck kommt, überdeckt die Unsicherheiten und zugleich die gesellschaftlich-sozialen Dimensionen des Problems. Sie eröffnen einen globalen Nebenschauplatz, auf dem die Ursachen der hergestellten Risiken und die Krise der Regulierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse schon lange nicht mehr thematisiert werden. Er verengt die Lösungssuche auf systemspezifische Perspektiven, Begriffe und Methoden. Die Komplexität des Konfliktfeldes, wie sie im widersprüchlichen Doppelcharakter von symbolisch-sprachlicher und materiell-stofflicher Dimension zum Ausdruck kommt, wird gar nicht erfasst. Mit anderen Worten: Wichtig ist, „was seit der Eröffnung der Konferenzserie versäumt, vertagt, ausgespart, unterlassen und verspielt wurde“ (Scheer 2001).

Die Engführung des klimapolitischen Fahrplans wird von machtvollen Interessengruppen aus der Kohle-, Gas- und Erdöl-Lobby gefördert; immerhin 80 Prozent des Ausstoßes klimarelevanter Gase basieren auf diesen Energieträgern (zuzüglich eines geringen Umfangs Uran). Ordnungspolitische bzw. vermeintlich wirtschaftsschädigende Maßnahmen sollen verhindert, Marktgängigkeit, Effizienz und ökologische Modernisierung sollten gewährleistet werden. Dem wirken staatliche Entscheidungen nicht grundsätzlich entgegen. Vielmehr wird den

Akteuren aus der Privatwirtschaft ein Bewegungsfeld eröffnet, um Marktinstrumente mit entwickeln, erproben und implementiert zu können. Dabei gibt es zwar, wie die Diskussionen um die Strategie zum Emissionshandel in Deutschland und der Europäischen Union zeigen, heftige Auseinandersetzungen (Joachim Wille, *FR* 26.1.2002), letztlich haben aber auch Regierungen – gerade über den „strategischen Umweg“ der internationalen Ebene – das Ziel, *ihre* Wettbewerbsfähigkeit, nationale energiewirtschaftliche Interessen und ökonomische Wachstumsziele durchzusetzen. Auch die meisten NGOs in den Industrieländern beziehen hierzu keine grundsätzliche Gegenposition, sondern sehen ihre Aufgabe vor allem darin, Steuerungsleistungen im Detail zu erbringen. Kritischer argumentieren noch die meisten der Süd-NGOs, die bei den internationalen Klimaverhandlungen aber zumeist unterrepräsentiert sind (Walk/Brunnengräber 2000: 141ff.).

Die Klimaverhandlungen und die dort organisierten Akteure orientieren sich also keinesfalls nur an den – durch die Klimakatastrophen als zwingend postulierten – sozial-ökologischen Notwendigkeiten, wonach die Transformation der Industrieländer in Richtung „nachhaltiger Globalisierung“ quasi zwangsläufig erfolgen müßte. Stattdessen wird die Klimapolitik ebenso wie am Beispiel der biologischen Vielfalt gezeigt werden kann, „von zwei gegensätzlichen und sich überlagernden Tendenzen durchzogen: der Politisierung von Nutzungsformen im Naturverhältnis und der Überformung ökologischer Problemdefinitionen durch Macht- und Herrschaftsverhältnisse“ (Görg 1997: 112). In diesem Zusammenhang ist auf eine wichtige Unterscheidung zwischen der Klima- und Biodiversitätspolitik hinzuweisen: Hinsichtlich der Biodiversitätspolitik steht die direkte Aneignung von Natur in Form ihrer Ökonomisierung unter Wettbewerbsbedingungen im Vordergrund der Auseinandersetzungen (Brand/Görg 1998; ebd. 2001). In der Klimapolitik ist, weil hier eine unmittelbare wirtschaftliche Verwertbarkeit nicht gegeben ist, die Suche nach den Instrumenten zur indirekten Aneignung in Gange. Dabei wird weitreichend über die gesellschaftliche Zukunft (mit-)entschieden, d.h. bestimmte Entwicklungspfade werden eröffnet, andere bleiben tendenziell verschlossen. Den dadurch entstandenen Blindstellen der internationalen Klimapolitik gilt es zukünftig wieder mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Resümee: Ein anderes Krisenkonzept

Die Defizite der Klimapolitik liegen darin, dass sie die mit dem Klimawandel verbundene sozial-ökologische Komplexität nicht angemessen zu erfassen und zu berücksichtigen vermögen. Sie haben stattdessen zu Formen der politischen Regulierung der ökologischen Krise geführt, die durch drei wesentliche Verkürzungen gekennzeichnet sind: *zum einen* eine Konzentration auf die wirtschaftliche Instrumentendebatte, welche die systematische Förderung alternativer Ansätze der Problembearbeitung wie einen weitreichenden energiepolitischen Strukturwandel weitgehend ausklammert, *zum zweiten* ein hegemoniales Problemverständnis, das von einem scheinbar naturwissenschaftlich objektivierbaren globalen Umweltproblem ausgeht und daraus die direkte und vor allem lösungsorientierte Problembearbeitung ableitet, und schließlich *drittens* einen Fokus auf der internationalen Handlungsebene, die als die angemessene und zentrale Bearbeitungsebene angesehen wird, obgleich der hier zwingend erforderliche Konsens nur schwache und sehr begrenzte Vereinbarungen zulässt. Darüber hinaus konnten die Mechanismen zur Reduktion der schädlichen Treibhausgase noch nicht soweit konkretisiert und umgesetzt werden, dass eine in absoluten Zahlen gemessene CO₂-Minde- rung garantiert werden könnte.

Die „langfristig größte ökologische Herausforderung der Menschheit“ (U. E. Simonis, in: *Das Parlament* Nr. 46, 9.11.2001) stößt sich im Wesentlichen an den kurzfristigen ökonomischen Interessen. Die Krisendiagnose und die Vorschläge ihrer Bearbeitung sind in Macht- und Herrschaftsverhältnisse eingelassen und folglich mit wissenschaftlichen Modellierungen alleine weder beschreib- noch bearbeitbar. Ebenso wenig ist ihr alleine mit technischen und wirtschaftlichen Instrumentarien beizukommen. Noch nicht einmal die Wirkungen der bisher angedachten Instrumente zur Problemlösung sind im Einzelnen vorhersehbar. „Durch die Wechselwirkungen von globalen und lokalen Umweltveränderungen, technologischen Entwicklungen, ökonomischem Strukturwandel, der Globalisierung von Märkten, sich wandelnden Bedürfnissen und Lebensstilen entstehen komplexe sozial-ökologische Problemlagen mit einer nur schwer zu erfassenden Dynamik.

Wieweit die beabsichtigten und die unbeabsichtigten Folgen von politischen Eingriffen und Maßnahmen diese Dynamik tatsächlich beeinflusst, ist eine offene Frage“ (Becker u.a. 1999: 27).

Ein anderes, sozial-ökologisches Krisenkonzept wird also erforderlich, weil es dem an der Schnittstelle zwischen Gesellschaft und Natur gelegenen politisch-ökonomischen System immer weniger gelingt, die Verknüpfung des Naturverbrauchs für die Wachstumsdynamik der Weltwirtschaft und die Reproduktionsgrundlage der Gesellschaft störungsfrei zu gewährleisten. Zumindest wird dieses System zunehmend zum Gegenstand von Kritik und sozialen Auseinandersetzungen. Die zerstörerischen Produktionsweisen sowie die ressourcenintensiven Konsumstile und Mobilitätsbedürfnisse – vor allem in den Industrieländern – werden allerdings weitgehend verteidigt. Im Vordergrund steht vor allem die Frage der gesellschaftlichen Nutzung und Inwertsetzung der Natur sowie das „enorme Innovationspotenzial für Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft“, das unter dem Label der Nachhaltigkeit erschlossen werden soll, wie es die deutsche Bundesregierung im Rahmen ihrer Nachhaltigkeitsstrategie fordert (PM 19.12.2001). Die internationale Klimapolitik ist diesem Ziel durchaus förderlich. Dort werden die konfliktreichen gesellschaftlichen Naturverhältnisse auf spezifische Weise machtvoll reguliert, um darauf hin über das politisch-institutionelle Institutionensystem wirkungsmächtig auf den lokalen Ort zurückwirken.¹¹

So bleibt unberücksichtigt, welche sozial-ökologischen Folgen es etwa für indigene Völker eigentlich hat, wenn ihre „natürlichen Umwelten“ nun als CO₂-Senken in Wert gesetzt werden. Unabsehbar sind auch die sozial-ökologischen Konsequenzen des Handels mit *hot air*. Jedenfalls scheint die Regierung Russlands größeres Interesse am schnellen internationalen Geld zu haben, als daran, langfristig und intensiv den Bereich der erneuerbaren Energien „vor Ort“ zu erschließen und zu fördern. Und die Maßnahmen im Rahmen des *Clean Development Mechanism könnten eher zu einem ökologischen Notanker der in die Krise geratenen Entwicklungszusammenarbeit werden, die kaum dazu in der Lage sind, die strukturellen Probleme der Weltwirtschaft zu beseitigen. Ihre Sozialverträglichkeit wäre jedenfalls an konkreten Beispielen zu überprüfen*. Es müsste außerdem geklärt werden, ob die

Liberalisierung des Welthandels durch die WTO mit klimapolitischen Zielen überhaupt vereinbart werden kann. Die Dimensionen globaler Gerechtigkeit und der Nord-Süd-Konflikt müssten verstärkt zum Gegenstand der klimapolitischen Debatten werden. Und schließlich müssten nationale wie lokale Widerstände wieder als Teil der umfassenden sozial-ökologischen Krise angesehen werden.

Die Reaktion auf sozial-ökologische Krisen geschieht also nicht nur auf Grund natürlicher Zwänge, denen Gesellschaften in spezifischer Weise ausgesetzt sind. Die diskursive Konstruktion von äußeren Realitäten mit eigenen Gesetzmäßigkeiten wie die „globale Umweltkrise“ wird vielmehr selbst zum Machtinstrument. Darauf stützt sich heute argumentativ die ökonomisch-technisch geprägte Instrumentendebatte, mit der neue Märkte erschlossen werden sollen, oder auch die Forderung nach einer Weltumweltorganisation, deren Aufgaben und Ziele abgesehen vom „Schutz der Umwelt“ meist nicht genauer definiert werden. Staatliche und internationale Klimapolitik dient vor diesem Hintergrund nicht nur dem Klimaschutz, sondern ist eingebettet in Interessenpolitik und hegemoniale Verhältnisse. Nicht die Komplexitätsreduktion wäre daher erforderlich, sondern die thematische Öffnung und Re-Politisierung der Klimaproblematik. Denn sie lässt sich als tiefgreifende Gesellschaftskrise mit den klassischen Instrumenten der Umweltpolitik nicht bearbeiten.

Anmerkungen

- 1 Der Aufsatz entstand im Rahmen eines Sondierungsprojektes zum Rahmenprogramm sozial-ökologische Forschung, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) initiiert wurde. Der Titel des abgeschlossenen Vorhabens: „Globaler Klimawandel, gesellschaftliche Naturverhältnisse und (inter-)nationale Klimapolitik“. Dem Projektleiter Elmar Altvater und meiner Kollegin Angela Oels sowie Heike Walk, Axel Michaelowa, Christoph Görg und Ulrich Brand danke ich für wertvolle Anregungen zu diesem Text.
- 2 Klimawandel und Klimapolitik nehmen auch in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung einen prominenten Stellenwert ein, deren Ausarbeitung auf Beschluss des Bundeskabinetts vom 26. Juli 2000 beschlossen wurde. Dafür wurden ein „Staatssekretärsausschuss für Nachhaltige Entwicklung“

- (*green cabinet*), ein „Rat für Nachhaltigkeit“ und ein „Internet-Forum Dialog Nachhaltigkeit“ ins Leben gerufen (vgl. <http://www.dialog-nachhaltigkeit.de>; <http://www.nachhaltigkeitsrat.de> und <http://www.weltgipfel2002.de>).
- 3 Auch die Nicht-Thematisierung von Umweltproblemen stellt in diesem Zusammenhang ein Problem dar. Dabei sind Unterschiede zwischen lokalen, nationalen und globalen „Blindstellen“ wichtig. Lokale oder nationale Umweltprobleme können ja „externalisiert“ werden und zum „Nimby-Syndrom“ (*not in my backyard*) beitragen.
 - 4 Im Folgenden konzentriere ich mich im Wesentlichen auf den internationalen Politikprozess, obgleich dieser nicht unabhängig ist von Auseinandersetzungen auf der nationalstaatlichen und lokalen Ebene. Die dort vorzufindenden Kräfteverhältnisse, Problemdeutungen und als legitim anerkannten Formen der Problembearbeitung sind kaum identisch mit denjenigen auf internationaler Ebene. Gleichermaßen kann aber auch die (zunehmende) Deutungsmacht internationalen Politik nicht unberücksichtigt bleiben.
 - 5 Nach dem Kyoto-Protokoll sollen die Industrieländer bis 2012 ihre Emissionen im Durchschnitt um 5,2 Prozent verringert haben. Von dieser Zielmarke sind die Industrieländer weit entfernt. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung beziffert den Anstieg der CO₂-Emissionen in den OECD-Ländern 1999 auf 8-9 Prozent gegenüber 1990 (*DIW-Wochenbericht* 6/2001). Problematisch ist außerdem das Aufweichen des Reduktionsziels durch die Rolle von Senken und der „heißen Luft“ (siehe unten; Jotzo/Michaelowa 2001).
 - 6 In der sich herausbildenden *Global Change*-Forschung, die im Begriff ist, die klassische nationale Umweltpolitik zu ergänzen bzw. abzulösen, wird dieser Aspekt gänzlich vernachlässigt. Schon terminologisch wird die ökologische Gesellschaftskrise entdramatisiert. Dem globalen Wandel gilt es dann mit pragmatischen Managementkonzepten, technologischen Innovationen oder neuen globalen Institutionen zu begegnen.
 - 7 Auch bei der COP 6b gelang es den Entwicklungsländern nicht, ihre Forderung nach rechtsverpflichtenden Finanzbeiträgen durchzusetzen. Zwar wurde die Globale Umweltfazilität (Global Environmental Facility; GEF) als Finanzmechanismus der Konvention konsolidiert sowie drei neue Fonds für Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern geschaffen („Special Climate Change Fund“, „Least Developed Countries Fund“, „Adaptation Fund“). Die Ausstattung von jährlich 410 Mio. US\$, die in der politischen Erklärung der COP6b genannt wird,

- ist jedoch keineswegs garantiert und blieb weit hinter den Erwartungen der Entwicklungsländer zurück.
- 8 Festgelegt wurde allerdings, dass die im Jahr 2010 festgestellten „Fehlmenen“ an Treibhausgasreduktionen in der darauffolgenden Periode mit einem Aufschlag (Faktor 1,3) nachgeholt werden müssen.
 - 9 Wirtschaftsminister Werner Müller gibt Schützenhilfe: In seinem Energiebericht, den er Ende 2001 vorlegte, wird ein Szenario entwickelt, nach dem auf die Verbraucher bis 2020 kumulierte Zusatzkosten von 500 Milliarden Mark durch Klimaschutzmaßnahmen zukommen würden. Im rot-grünen Regierungslager führte der Bericht zu einigem Unmut, zumal sich auch Umweltminister Jürgen Trittin nicht mehr eindeutig zu dem bereits gesteckten 25-Prozent-Ziel bekennt (*FR* 27.11.2001).
 - 10 Mit dem Problem der Senken befasste sich auch ein Sondergutachten des „Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen“. Obgleich der Beirat die Idee einer Verbindung von Klima- und Senkenschutz befürwortet, bewertet er die Art der Anrechnung von Tätigkeiten im Bereich Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft des Kyoto-Protokolls „als unzureichend und verbesserungsbedürftig ... Der derzeitige Anrechnungsmodus kann zu negativen Anreizen sowohl für den Klimaschutz als auch für den Schutz der Biodiversität und der Böden führen“ (WBGU 1998:1, zur Senken-Position des WBGU siehe auch *Politikpapier* 1/2001: 8). Als Problem bzw. Schlupfloch könnte es sich auch noch erweisen, dass die aus den drei Mechanismen erzeugten Emissionsrechte sowie Emissionsgutschriften, die aufgrund der Kohlenstoffbindung von Senken erzielt wurden, sowohl zur Erfüllung der Emissionsreduktionsverpflichtungen als auch zum Handel mit anderen Vertragsstaaten genutzt werden können. Auch hier sind also viele die Statistik und Berechnung betreffenden Detailfragen noch ungeklärt.
 - 11 Davon sind auch die nationalen Industrien betroffen, die sich gegen die Implementierung der internationalen Verhandlungsergebnisse dann heftig zur Wehr setzten. Vor diesem Hintergrund ist auch die These nicht von der Hand zu weisen, dass es ohne die internationale Klimapolitik gar keine Fortschritte auf nationaler Ebene geben würde.

Literatur

- Becker, Egon/Jahn, Thomas/Schramm, Engelbert (1999): Sozial-ökologische Forschung - Rahmenkonzept für einen neuen Forschungsschwerpunkt, Institut für sozial-ökologische Forschung, <http://www.iso.de> (14.2.2001)

- Brand, Ulrich/Görg, Christoph (1998b): Neue Akteure der Biopolitik. Nichtregierungsorganisationen und ihr Beitrag zum 'Netzwerk internationaler Regulation'. In: Flitner, Michael u.a. (Hg.) (1998): *Konfliktfeld Natur. Biologische Ressourcen und globale Politik*, Opladen, S. 143-168
- (2001): *Access & Benefit Sharing. Zugang und Vorteilsausgleich - das Zentrum des Konfliktfelds Biodiversität*, Hg. von Germanwatch und dem Forum Umwelt & Entwicklung, Bonn
- BUND/Misereor (Hg) (1996): *Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung*; Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, Basel, Boston, Berlin
- Globale Trends (2000): *Globale Trends 2001. Fakten, Analysen, Prognosen* (Hg. von der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn
- Goldmann, Michael (1998): Allmacht und Allmende. Die 'Commons'-Debatte und der Aufstieg der globalen Ressourcenmanager. In: Flitner, Michael/Görg, Christoph/Heins, Volker (Hg.) (1998): *Konfliktfeld Natur. Biologische Ressourcen und globale Politik*, Opladen, S. 87-118
- Görg, Christoph (1997): Schutz durch nachhaltige Nutzung? Der Konflikt um die biologische Vielfalt. In: Brand, Karl-Werner u.a. (Hg.) (1997): *Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie*, Opladen, S. 111-129
- (1999): *Gesellschaftliche Naturverhältnisse*, Münster
- /Brand Ulrich (1999): *Globale Umweltpolitik und nationalstaatliche Konkurrenz. Zur Regulation der biologischen Vielfalt* In: Wolfgang Hein/Peter Fuchs (Hg.): *Globalisierung und Ökologie*, Hamburg, S. 231-264
- Harvey, David (1996): *Justice, Nature & the Geography of Difference*, Blackwell Publishers: Cambridge, MA and Oxford, UK
- Herold, Anke (1998): Kopfgeburt oder praktikables Konzept? Öko-Institut beurteilt Pilotprojekte für Joint Implementation im Klimaschutz skeptisch. In: *epd-Entwicklungspolitik* 1/98, d1-d2
- IPCC (1996): *Climate Change 1995 - Impacts, Adaptations and Mitigation of Climate Change: Scientific-Technical Analyses. Contribution of Working Group II to the Second Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*, Cambridge, New York, Melbourne
- (2001): *Third Assessment Report, Climate Change 2001: Impacts, Adaptations and Vulnerability*, Cambridge University Press
- Jotzo, Frank/Michaelowa, Axel (2001): *Estimating the CDM market under the Bonn Agreement*, HWWA Discussion Paper No. 145, Hamburg, Oktober 2001

- Kaul, Inge/Grunberg, Isabelle/Stern, Marc A. (Hg.) (1999): *Globale öffentliche Güter. Internationale Zusammenarbeit im 21. Jahrhundert*, New York, Oxford: Oxford University Press.
- Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (1996): *Global Governance. Herausforderungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*, *Policy Paper 2* der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn
- Michaelowa, Axel (1997): *Klimapolitik fünf Jahre nach Rio: zwischen Ernüchterung und Konsolidierung*. In: *Nord-Süd aktuell*, No 2/1997, S. 249-260
- Missbach, Andreas (1999): *Das Klima zwischen Nord und Süd. Eine regulationstheoretische Untersuchung des Nord-Süd-Konflikts in der Klimapolitik der Vereinten Nationen*, Münster
- Sachs, Wolfgang (1998): *Astronautenblick - Über die Versuchung zur Weltsteuerung in der Ökologie*. In: Altner, Günter u.a. (1998): *Jahrbuch Ökologie 1999*, Hamburg ... München, S. 199-206
- Scheer, Hermann (2001): *Klimaschutz durch Konferenzserien: eine Fata Morgana*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 9/2001, S. 10967-10973 Oktober 1999
- Schellnhuber, Hans-Joachim/Schulz-Baldes, Meinhard/Pilardeaux, Benno (2001): *Umweltveränderungen und ihre Folgen*. In: *Bundesakademie für Sicherheitspolitik* (Hg.) (2001): *Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen. Kompendium zum erweiterten Sicherheitsbegriff*, Hamburg, Berlin, Bonn: Mittler
- Simonis, Udo Ernst (2001): *Präsident Bushs klimapolitische Wegfahrsperre*. In: *Jahrbuch Ökologie 2002*, S. 271-274
- Taalab, Azza (1998): *Stimmen gegen den Treibhauseffekt*, Frankfurt am Main
- UNEP (1999): *GEO-2000. Global Environment Outlook*, (United Nations) New York (<http://www.unep.org/unep/eia/geo2000>)
- WBGU (1998): *Die Anrechnung biologischer Quellen und Senken im Kyoto-Protokoll: Fortschritt oder Rückschlag für den globalen Umweltschutz? Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, Bremerhaven, Sondergutachten 1998*, Bremerhaven
- Walk, Heike/Brunnengräber, Achim (2000): *Die Globalisierungswächter. NGOs und ihre transnationalen Netze im Konfliktfeld Klima*, Münster
- Weizsäcker, Ernst Ulrich von (1999): *Das Jahrhundert der Umwelt. Vision: Öko-effizient leben und arbeiten*, Frankfurt am Main, New York

Über die Autorinnen und Autoren

Henri Acselrad, Dr. in Ökonomie, ist Professor am Institut für Stadt- und Regionalplanung und Forschung der Bundesuniversität von Rio de Janeiro, Brasilien und Mitglied des Leitungskreises des interinstitutionellen Projektes „Brasilien – Nachhaltigkeit und Demokratie“. Ehemaliges Mitglied im Brasilianischen NGO Forum im Rio-Vorbereitungsprozess (1991-1992).
eMail: acsel@attglobal.net

Ulrich Brand, Dr. phil., arbeitet im Fachgebiet „Globalisierung & Politik“ der Universität Kassel und in einem Forschungsprojekt zur internationalen Biodiversitätspolitik an der Universität Frankfurt/M.; Schwerpunkte sind Global Governance/internationale Politik, Staatstheorie, Nichtregierungsorganisationen und Umweltpolitik. Mitarbeit im Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft in der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO).
eMail: ulibrand@uni-kassel.de

Achim Brunnengräber, Dr. pol., Politikwissenschaftler, arbeitet an der Freien Universität Berlin über die transnationale Vernetzung von NGOs, Neue soziale Bewegungen, die internationale Klimapolitik und Global Governance. Er ist außerdem wissenschaftlicher Mitarbeiter von Ernst Ulrich von Weizsäcker (MdB), dem Vorsitzenden der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“.
eMail: priklima@zedat.fu-berlin.de

Tewolde Berhan Gebre Egziabher, Dr. nat., leitet die äthiopische Umweltschutzbehörde, die den Status eines Umweltministeriums hat. In den 90ern war er ein wichtiger Verhandlungsführer der afrikanischen Staaten in den CBD- und FAO-Verhandlungen; gleichzeitig übernahmen diese Länder immer stärker eine führende Rolle in der aus südlichen Ländern bestehenden „Gruppe der 77 und China“, was die Gruppe insgesamt stärkte. Wichtig waren seine Beiträge im Rahmen der afrikanischen Position zum TRIPS-Abkommen, zu *Community Rights* und zu biologischer Sicherheit. Er ist Träger des Alternativen Nobelpreises.
eMail: sustain@telecom.net.et

Christoph Görg, Dr. phil., ist Sozialwissenschaftler mit den Schwerpunkten kritische Theorie und Naturverhältnisse und ar-

beitet u.a. in einem Forschungsprojekt zur internationalen Biodiversitätspolitik an der Universität Frankfurt/M.
eMail: goerg@soz.uni-frankfurt.de

Enrique Leff, Dr. in Entwicklungsökonomie, ist Leiter des Netzwerks für Umwelterziehung des Umweltprogramm der Vereinten Nationen in Lateinamerika und der Karibik (UNEP). Autor zahlreicher Bücher und Aufsätze zum Verhältnis von Kapitalismus und Natur bzw. ökologischer Krise.
eMail: eleff@rolac.unep.mx

Silvia Ribeiro, derzeit Programmdirektorin der NGO Erosion, Technology and Concentration (ETC Group; vormals RAFI), davor arbeitete sie als Journalistin und Kampagnenaktivistin in Uruguay, Brasilien und Schweden zu sozial- und umweltpolitischen Themen. Nahm als zivilgesellschaftliche Vertreterin an den Verhandlungen mehrerer internationaler Abkommen im Rahmen der FAO, CBD und des Biosafety-Protokolls teil. Zahlreiche Veröffentlichungen und Durchführung von Workshops. Sie lebt in Mexiko-Stadt.
eMail: silvia@etcgroup.org

Silvia Rodríguez Cervantes, Dr. in Agrarsoziologie, Professorin an der Universidad Nacional in Heredia, Costa Rica, im Programm CAMBIOS (Cambio Social, Biodiversidad y Sostenibilidad), Mitglied der nationalen Kommission zum Biodiversitätsmanagement und im Board der internationalen NGO GRAIN (Genetic Resources Action International).
eMail: silviar@racsa.co.cr

Christa Wichterich, Dr. in Soziologie, arbeitet als freiberufliche Journalistin, Buchautorin und Beraterin in der Entwicklungszusammenarbeit. Arbeitsschwerpunkte: Globalisierung, Ökologie, Frauenbewegungen, internationale Frauenpolitik, Frauenarbeit. Regionale Schwerpunkte: Süd- und Südostasien, Ost- und Südafrika. Mitarbeit im NRO-Frauenforum, beim Forum Umwelt und Entwicklung, bei Women in Development Europe (WIDE), bei ATTAC.
eMail: Christawic@aol.com